

# Niedersächsischer Landtag

## Stenographischer Bericht

### 23. Sitzung

Hannover, den 15. März 1991

#### Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten .....	1925	Horrmann (CDU) .....	1944
		Schneider (Salzgitter) (SPD) .....	1948
		Goldmann (FDP) .....	1955
		Puls (Grüne) .....	1958
		Frau Hoops (Grüne) .....	1961, 1989
		Bannier (FDP) .....	1963
		Dr. Hruska (FDP) .....	1964, 1975
		Köneke (SPD) .....	1964
		Schuchardt, Ministerin für Wissenschaft und Kultur .....	1964
		Wernstedt, Kultusminister .....	1966
		Grill (CDU) .....	1968
		Frau Dr. Schole (Grüne) .....	1972
		Frau Tewes (SPD) .....	1977
		Griefahn, Umweltministerin .....	1981
		Frau Pawelski (CDU) .....	1983
		Frau Lenke (FDP) .....	1986
		Frau Hammelstein (SPD) .....	1987
		Schoppe, Frauenministerin .....	1991
		<i>Beschluß</i> .....	1996
Mitteilungen des Präsidenten .....	1925		
<b>Tagesordnungspunkt 14:</b>			
noch:			
Zweite Beratung: Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 1991 (Haushaltsgesetz 1991 — HG 1991 —) — Gesetzentwurf des Landesministeriums — Drs 12/515 — Beschlußempfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen — Drs 12/1000 bis 12/1016 — Änderungsantrag der Fraktion der FDP — Drs 12/1066 — Änderungsantrag der Fraktion der CDU — Drs 12/1076 .....	1925		
Stock (CDU) .....	1925		
Senff (SPD) .....	1931		
Küpker (FDP) .....	1934		
Frau Dr. Dücker (Grüne) .....	1937		
Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr .....	1939		

Dritte Beratung: Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 1991 (Haushaltsgesetz 1991 — HG 1991 —) — Gesetzentwurf des Landesministeriums — Drs 12/515 — Beschlußempfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen — Drs 12/1000 bis 12/1016 — Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der Grünen — Drs 12/1073 — Änderungsantrag der Fraktion der CDU — Drs 12/1077 — Änderungsantrag der Fraktion der FDP — Drs 12/1079 — Übersicht über Beschlußempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben — Drs 12/949 — Fassung der Dritten Beratung — Drs 12/1080 ..... 1996  
 Hildebrandt (FDP).....1996, 1998, 2014

Waike (SPD) .....1996, 1999, 2009  
 Gansäuer (CDU) .....1997, 1999, 2009  
 Kempmann (Grüne).....1998, 2008  
 Frau Dr. Dückert (Grüne) 2000, 2007, 2016  
 Freiherr von Wangenheim (CDU) .... 2000  
 Krapp (CDU) ..... 2002  
 Küpker (FDP)..... 2003  
 Aller (SPD)..... 2005  
 Bruns (SPD) .....2010, 2011  
 Swieter,  
     Finanzminister ..... 2011  
 Wernstedt,  
     Kultusminister ..... 2016  
*Beschluß* ..... 2017  
 (Erste Beratung: 13. Sitzung am 12. 12. 1990)  
**Nächste Sitzung** ..... 2017

**Vom Präsidium:**

Präsident       Milde (SPD)  
 Vizepräsident   Dr. Blanke (CDU)  
 Vizepräsidentin Goede (SPD)  
 Vizepräsident   Jahn (CDU)  
 Vizepräsidentin Herrmann (Grüne)  
 Vizepräsident   Rehkopf (FDP)

Schriftführerin Lau (SPD)  
 Schriftführerin Lübben (SPD)  
 Schriftführer   Mientus (SPD)  
 Schriftführer   Rettig (SPD)  
 Schriftführer   Puls (Grüne)  
 Schriftführer   Brunkhorst (CDU)  
 Schriftführerin Pawelski (CDU)  
 Schriftführer   Reinemann (CDU)  
 Schriftführerin Stoll (CDU)

**Auf der Regierungsbank:**

Ministerpräsident Schröder (SPD)	Staatssekretär Scheibe, Niedersächsische Staatskanzlei
Innenminister Glogowski (SPD)	Staatssekretär Schapper, Niedersächsisches Innenministerium
Finanzminister Swieter (SPD)	Staatssekretär Neuber, Niedersächsisches Finanzministerium
Sozialminister Hiller (SPD)	
Kultusminister Wernstedt (SPD)	
Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr Dr. Fischer (SPD)	
Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Funke (SPD)	Staatssekretär Bartels, Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Justizministerin Alm-Merk (SPD)	Staatssekretär Henze, Niedersächsisches Justizministerium
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten Trittin (Grüne)	
Ministerin für Wissenschaft und Kultur Schuchardt	
Umweltministerin Griefahn	Staatssekretär Bulle, Niedersächsisches Umweltministerium
Frauenministerin Schoppe (Grüne)	Staatssekretärin Dr. Karras, Niedersächsisches Frauenministerium



Beginn: 10.02 Uhr.

**Vizepräsident Rehkopf:**

Ich eröffne die 23. Sitzung im 10. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtags der 12. Wahlperiode.

Die Beschlussfähigkeit kann ich derzeit noch nicht feststellen.

(Küpker [FDP]: Es sind doch mehr als die Hälfte!)

Zur Tagesordnung, meine Damen und Herren. Die heutige Sitzung steht ganz im Zeichen der Beratungen über den Haushaltsplanentwurf 1991. Wir beginnen mit der Fortsetzung der Debatte über ausgewählte Haushaltsschwerpunkte, und zwar über Wirtschaft und Verkehr, Bildung, Wissenschaft, Kultur sowie Jugend und Sport. Nach der Mittagspause wird dann die Debatte über ausgewählte Haushaltsschwerpunkte mit den Themen Umwelt, Gleichberechtigung und Frauenfragen sowie Bundes- und Europapolitik beendet. Anschließend wird die zweite Beratung des Haushaltsplanentwurfs 1991 mit den Abstimmungen abgeschlossen. Der Haushaltsplanentwurf 1991 soll dann in der dritten Beratung verabschiedet werden.

Nach unserer ursprünglichen Planung soll die Sitzung gegen 18 Uhr beendet sein.

Ich erinnere an die rechtzeitige Rückgabe der Reden an den Stenographischen Dienst.

Es werden jetzt geschäftliche Mitteilungen durch den Herrn Schriftführer bekanntgegeben.

**Schriftführer Puls:**

Es haben sich entschuldigt von der Fraktion der CDU der Abgeordnete Kohlenbach, von der Fraktion der FDP der Abgeordnete Jürgens.

**Vizepräsident Rehkopf:**

Danke schön.

Ich rufe jetzt erneut Punkt 14 der Tagesordnung auf:

noch:

Zweite Beratung: Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 1991 (Haushaltsgesetz 1991 — HG 1991 —) — Gesetzentwurf des Landesministeriums — Drs 12/515 — Beschlußempfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen — Drs 12/1000 bis 12/1016 — Änderungsantrag der Fraktion der

FDP — Drs 12/1066 — Änderungsantrag der Fraktion der CDU — Drs 12/1076

Für den Beratungsteil am heutigen Vormittag sind insgesamt 180 Minuten vorgesehen. Den Fraktionen stehen in der Debatte folgende Redezeiten zur Verfügung: der SPD und der CDU jeweils bis zu 45 Minuten, der FDP und den Grünen jeweils bis zu 30 Minuten. Der Ältestenrat ist davon ausgegangen, daß die Landesregierung eine Redezeit von insgesamt 30 Minuten nicht überschreitet.

Nach den Vorstellungen, die im Ältestenrat entwickelt worden sind, beginnen wir mit dem Bereich Wirtschaft und Verkehr. Weitere Themen für den heutigen Vormittag sind Bildung, Wissenschaft, Kultur sowie Jugend und Sport.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich schriftlich zu Wort zu melden und dabei anzugeben, zu welchem Gebiet Sie sprechen wollen.

Ich eröffne die Debatte zum Bereich Wirtschaft und Verkehr. Zu Wort gemeldet hat sich der Kollege Stock von der Fraktion der CDU. Herr Stock, Sie haben das Wort.

**Stock (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Stellenwert des Einzelplans für das Aufgabengebiet Wirtschaft und Verkehr hat im Rahmen des Gesamthaushalts in erschreckender Weise an Bedeutung verloren. Der Anteil des Wirtschaftshaushalts am Gesamthaushalt betrug im Jahr 1989 noch 6,5 %. Er soll im Jahr 1991 nur noch 5,5 % betragen.

In der langfristigen Perspektive des Gesamthaushalts soll die Investitionsquote dramatisch sinken. Im Jahr 1990 betrug sie 13,1 %. Im Jahr 1991 soll sie — unter Berücksichtigung der Anträge zur dritten Beratung — 12,6 % betragen. In der Perspektive mit Blick auf das Jahr 1994 sieht Rot-Grün nur noch eine Investitionsquote von 10,9 % im Gesamthaushalt vor.

Auf der anderen Seite steigen die Personalausgaben um 7,5 % und erreichen damit eine Spitzenposition im Verhältnis zu allen westlichen Bundesländern.

Hinter diesen Zahlenreihen der Umschichtungen aus den investiven Bereichen in die konsumtiven Bereiche verbergen sich erstens massive Kürzungen für den Mittelstand und zweitens massive Kürzungen für wichtige Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen.

(Zuruf von der SPD: Stimmt doch gar nicht!)

Stock

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Wirtschaftsförderfonds, das Herzstück niedersächsischer Wirtschaftsförderung, ist geplündert, getreten, mißhandelt und mit neuen Aufgaben befrachtet worden, und das bei gleichzeitiger Mittelkürzung.

(Widerspruch bei der SPD. — Beifall bei der CDU.)

— Ich erzähle Ihnen das jetzt im einzelnen. — Im ersten Entwurf für den Haushaltsplan 1991 wurden bereits 20 Millionen DM gekürzt. Im Zusammenhang mit dem jetzt vorgelegten Kürzungspaket werden weitere 20 Millionen DM gestrichen. Zusammen sind dies 40 Millionen DM weniger. Was sind nun die Folgen, meine sehr verehrten Damen und Herren? — Erstens. Die mittelständischen Unternehmen werden demnächst in die Röhre gucken, wenn sie Anträge auf Mittel aus dem Landesdarlehensprogramm stellen werden. Gerade in dieser Hochzinsphase muß man mit Erschrecken feststellen, daß gerade jetzt zinsgünstige Darlehensprogramme für den Mittelstand gekürzt werden. Zweitens. Das erfolgreiche Technologieprogramm wird zu Grabe getragen. Die Hilfen für Forschung und Entwicklung für mittelständische Unternehmen sind seit Oktober letzten Jahres praktisch abgeschafft. Das Referat im Wirtschaftsministerium wurde aufgelöst. Vorliegende Anträge wurden nicht mehr entschieden. Unter den 70 bis 80 noch vorliegenden Anträgen befinden sich Anträge auf Maßnahmen, die für die Innovationskraft niedersächsischer mittelständischer Unternehmer von größter Bedeutung sind.

Meine Damen und Herren, Anträge von Schiffswerften, die in Forschung und Entwicklung dringend investieren müssen, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben zu können, liegen auf Eis. Anträge holzverarbeitender Unternehmer zur technischen Bewältigung der gefährlichen Holzstaubemissionen sind verfallen. Dieses Programm, das in den letzten zehn Jahren mit 600 Förderungen und einer Fördersumme in Höhe von 200 Millionen DM gerade für den Mittelstand so erfolgreich war, wird nunmehr aus ideologischen Gründen zerstört.

Ich erinnere daran, meine Damen und Herren, daß gerade die Technologiehilfen des Landes eine breite Spanne von der Mikroelektronik über die Lasertechnik bis hin zur Biotechnik, vom Maschinenbau über den Fahrzeugbau bis hin zur Umwelttechnik umfaßten. Wenn dann behauptet wird, mit dem neuen Ökologieprogramm sei nun sozusagen eine Wunderwaffe erfunden worden, so müssen wir jedoch feststellen, daß bis heute

noch nicht einmal die Richtlinien vorliegen, nach denen die mittelständischen Unternehmen Mittel aus diesem Programm beantragen könnten.

Meine Damen und Herren, der Wirtschaftsförderfonds wird geplündert und gerupft, indem Mittel nach Belieben gekürzt werden. Der Wirtschaftsförderfonds wird zu einem großen Verschiebebahnhof. Man kündigt zusätzlich ein Ökologieprogramm an, holt sich die Finanzierungsmittel dafür aber, indem man das Technologieprogramm kaputtmacht. Wenn man die Mittel nun hinreichend gekürzt sowie hin und her geschoben hat, gibt man ihm dann auch noch neue Aufgaben, ohne aber zusätzliches Geld bereitzustellen.

Meine Damen und Herren, uns allen wird ein Rätsel bleiben, wie die neue Hafenpolitik der Landesregierung aussehen soll. Im Moment spüren wir eher, daß die Zusammenarbeit mit Hamburg und Bremen dazu führt, daß eine eigenständige niedersächsische Linie nicht mehr erkennbar ist. Wie allerdings die vorgesehenen und angekündigten Maßnahmen in Cuxhaven, Emden, Brake und Nordenham finanziert werden sollen, bleibt ein Buch mit sieben Siegeln; denn sie sollen ja aus dem Wirtschaftsförderfonds finanziert werden, den man gerade um 40 Millionen DM gekürzt hat.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Rot-grüner Landeshaushalt 1991, meine sehr verehrten Damen und Herren, das bedeutet auch eine massive Kürzung der Mittel für Verkehrsprojekte für Schiene und Straße.

(Waike [SPD]: Was sagen Sie zu der Bonner Kürzung? — Frau Hammelstein [SPD]: Bei uns ist eine Straße gestoppt worden wegen Bonn!)

— Ich werde Ihnen das schön einzeln erzählen. Im SPD-Wahlprogramm 1990 war zu lesen, daß der Schienenverkehr Vorrang vor allen anderen Verkehrsinvestitionen haben solle.

(Zurufe von der SPD.)

— Nun hören Sie mal zu, dann lernen Sie das. — In der Logik einer solchen politischen Absichtserklärung „Schiene vor Straße“ liegt es ja noch, wenn Rot-Grün im Landeshaushalt die Mittel für den Landesstraßenbau zusammenstreicht. Aber völlig grotesk, meine Damen und Herren, wird es, wenn man nicht nur die Neubaumittel für Landesstraßen stark reduziert, sondern auch die Mittel, die für die Instandsetzung von Landesstraßen benötigt werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Noch grotesker wird es, wenn man sogar so weit geht und sagt, diese These berechtige Rot-Grün dazu, die Mittel für die Unfallschwerpunkte zusammenzustreichen. In gleichem Atemzug stellt sich der Innenminister dieser rot-grünen Landesregierung hier hin und berichtet uns von der erschreckenden Statistik über die steigenden Unfallzahlen und über die zunehmende Zahl der Toten auf unseren Straßen. Und dann sagt man, die Beseitigung von Unfallschwerpunkten brauche im Landshaushalt nicht mehr finanziert zu werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Nun müßte man unter der Überschrift „Schiene vor Straße“ eigentlich erwarten, daß die gekürzten Straßenbaumittel zumindest bei den Haushaltstiteln auftauchen, bei denen es um die Schiene geht. Aber nun stellt man im Haushaltsplan 1991 fest, daß auch dort, wo landeseigene Mittel eingesetzt werden müßten, wie etwa bei den Mitteln für nichtbundeseigene Eisenbahnen, diese Mittel gekürzt werden. Das heißt für Rot-Grün in Niedersachsen „Schiene vor Straße“!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Das Verwirrspiel geht weiter. Mit der Neugestaltung und Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans müssen entscheidende Weichen für die Verkehrsströme in Niedersachsen und zwischen Niedersachsen und den ostdeutschen Bundesländern gestellt werden. In einer Presseinformation vom 8. März 1991 — darüber haben wir uns in der Öffentlichkeit schon auseinandersetzen müssen — behauptet der Wirtschaftsminister, die Landesregierung habe bereits im Dezember 1990 bzw. im Januar 1991 dem Bundesverkehrsministerium die aus niedersächsischer Sicht notwendigen Verkehrsinfrastrukturprojekte übermittelt und um Aufnahme in den ersten gesamtdeutschen Bundesverkehrswegeplan gebeten. Noch am 5. März hat derselbe Wirtschaftsminister in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der CDU-Landtagsfraktion hin ausgeführt, die Landesregierung sei dabei, die Planungsvorstellungen des Landes für den ersten gesamtdeutschen Verkehrswegeplan einschließlich der notwendigen Anbindung an die Nachbarländer in einem niedersächsischen Verkehrsprogramm zusammenzufassen. Und — jetzt kommt es! — dieses Verkehrswegeprogramm solle anschließend mit dem Landtag erörtert werden, und zwar bevor es gegenüber dem Bundesverkehrsminister als offizielle Stellungnahme des Landes vertreten werde.

Ich frage den Wirtschaftsminister: Was stimmt denn nun? Ist eine Bedarfsanmeldung erfolgt

oder nicht? Wer soll hier getäuscht werden? Uns ist bekannt, daß unter dem 23. Januar 1991 eine über vier Seiten lange Vorschlagsliste nach Bonn geschickt worden ist. Handelt es sich dabei nun um die offizielle Bedarfsanmeldung? Steht die niedersächsische Landesregierung dahinter, und gibt es dazu Beschlüsse im Kabinett? Darf eine solche Liste vielleicht nur klammheimlich nach Bonn gegeben werden, um dem grünen Koalitionspartner zu verheimlichen, daß man nun doch neue Straßen in Niedersachsen bauen will? Will der Wirtschaftsminister gar den Niedersächsischen Landtag hinter das Licht führen, wenn er im Wirtschaftsausschuß öffentlich zusagt, er wolle die Vorschläge mit dem Parlament erörtern, bevor er die Vorstellungen nach Bonn weiterleite? Meine Damen und Herren, wir erwarten hier eine eindeutige Stellungnahme zu den verkehrspolitischen Weichenstellungen für die nächsten Jahre. Doppelzüngigkeit, Herr Minister, ist eine schlechte Basis für die Beratung im Parlament und schon gar kein Ersatz für Verkehrspolitik.

(Beifall bei der CDU.)

Dieses Haus hat ein Recht darauf, Klarheit darüber zu bekommen, was wirklich mit den Anmeldungen zum Bundesverkehrswegeplan geschehen ist. Wir erwarten darüber hinaus, daß das Parlament und die zuständigen Ausschüsse die von Ihnen, Herr Minister, zugesagte Chance haben, zusätzliche Maßnahmen ins Gespräch zu bringen und anzumelden. Zu diesen wichtigen Maßnahmen gehört z. B. die Schnellverkehrsverbindung vom sächsischen Industrieraum Leipzig-Halle-Magdeburg zu den deutschen Nordseehäfen, um deren Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

(Beifall bei der CDU.)

Die Leute, die jetzt an dieser Entwicklung vorbeigehen wollen, werden dieselben sein, die in wenigen Jahren vor der Öffentlichkeit und von Rot-Grün das Süd-Nord-Gefälle beklagen werden. Und eben diese Leute sind jetzt nicht bereit, Entscheidungen zu treffen, die wegweisend für die nächsten Jahrzehnte sein werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Das gleiche gilt für die Straßenverbindung vom Ostseehafen Rostock über Schwerin, Dannenberg, Uelzen, Celle nach Hannover. Wir fordern eine Straßenanbindung der Industrieregionen Sachsen, Sachsen-Anhalt, Halle, Nordhausen, Seesen, Holzminden, Ruhrgebiet.

(Zuruf von Waike [SPD].)

— Sie stimmen mir zu, Herr Waike. Es wird aber nicht angemeldet, was für dieses Land wichtig ist.

Stock

Ich freue mich, daß Sie zustimmen. Aber setzen Sie sich doch bitte schön auch durch.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Ein zusätzlicher Ausbau auf der Schiene sollte von Uelzen zu den niedersächsischen Häfen Wilhelmshaven, Cuxhaven und Emden erfolgen.

Das Verwirrspiel und Durcheinander in der Verkehrspolitik der SPD ist kaum noch zu überbieten. Im Wahlkampfprogramm der SPD heißt es: Für neue Fernstraßen sieht die SPD-Landesregierung keinen Bedarf. Bei einer IHK-Veranstaltung in Hannover am 7. Januar 1991 sagte Ministerpräsident Schröder: Autobahnen im Norden seien wirtschaftlich sinnvoll, aber nicht machbar. Was will denn dieser Ministerpräsident: Will er das durchsetzen, was richtig ist, oder will er sich dem beugen, was ihm die Koalitionsraison vorschreibt?

(Beifall bei der CDU.)

Es gibt die unterschiedlichsten und widersprüchlichsten Aussagen im Land. Herr Bruns kommt auf die groteske Aussage, Autobahnen seien nicht notwendig. Es gebe Gutachten, so Herr Bruns, nach denen Räume sich entleeren könnten, wenn ein Autobahnanschluß käme. Ich frage mich: Wo wäre der Raum Ostfriesland, wo wäre das Emsland wohl, meine Damen und Herren, wenn solche Positionen in den letzten zehn Jahren von CDU und FDP vertreten worden wären?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Nun kommt es aber ganz überraschend. Die Koalitionsvereinbarung sagt wiederum: Die Koalitionsparteien einigen sich darauf, in Planung bzw. im Bau befindliche Bundesfernstraßen zu Ende zu führen. Gleichzeitig werden Anmeldungen gemacht, die wir begrüßen und denen wir einiges hinzufügen wollten. Aber wir, das Land, die planende Wirtschaft und die Verkehrsteilnehmer in Niedersachsen, Herr Wirtschaftsminister, haben einen Anspruch darauf, zu wissen, wohin im wahrsten Sinne des Wortes die Reise in der Verkehrspolitik geht. Nehmen Sie die Gelegenheit wahr, uns heute reinen Wein einzuschenken, und hören Sie mit den Vernebelungen auf, die seit Wochen stattfinden.

(Beifall bei der CDU. — Zuruf von Biel [SPD].)

— Biel, hör mir gut zu. Du kannst nur lernen. — In der niedersächsischen Wirtschafts- und Strukturpolitik ist gerade für den östlichen Bereich die Straßen- und Verkehrspolitik wichtig.

(Zuruf von Bruns [SPD].)

— Kaum ist der Bruns hier, schon redet er dazwischen. — Niedersächsische Wirtschafts- und Strukturpolitik ist letztlich eine Politik der verpaßten Chancen. Eine Chance, die nur einmal und nicht wieder kommt, ist die Weltausstellung Expo. Als im vorigen Jahr das Land Niedersachsen und insbesondere die Landeshauptstadt Hannover den Zuschlag für die Weltausstellung im Jahre 2000 erhalten haben, hat die große Mehrheit der Niedersachsen dies als eine Jahrhundertchance für unser Land begriffen.

Wenn wir uns nach fast einem Jahr nunmehr fragen, was aus dieser Chance geworden ist und was die Stadt Hannover, was das Land Niedersachsen — jeweils mit rot-grünen Regierungen und rot-grüner Verantwortung — bisher getan haben, dann ist das Ergebnis geradezu kläglich. Herr Schröder hat gestern gesagt: Wie stehen zur Expo. Er hat ungefähr so getan, als seien diejenigen an der negativen Entwicklung schuld, die nunmehr öffentlich kritisieren, daß bis heute keinerlei Grundsatzentscheidungen getroffen worden sind. Es gibt keine Entscheidungen darüber, wo sich das Ausstellungsgelände abgrenzen soll. Es gibt keine Vorstellungen und Entscheidungen darüber, wie ein Ausstellungs-dorf gebaut und finanziert und mit welchem Nutzen es später weitergeführt werden soll. Es gibt zwar Gutachten über Umweltverträglichkeit, es gibt Umfragen über Akzeptanz, aber es gibt kein konkretes Gesamtkonzept, es gibt keinen Kostenplan, es gibt keinen Finanzierungsrahmen. Dies — das darf nicht verwischt werden — muß nun einmal der Veranstalter, das Land Niedersachsen und die Stadt Hannover, vorlegen. Es muß mit dem Abschieben der Verantwortung auf die Bundesregierung Schluß sein, denn diese kann nur auf der Grundlage eines vernünftigen Konzeptes ihre Finanzbeteiligung prüfen und entscheiden.

(Beifall bei der CDU.)

Deswegen, meine Damen und Herren, müssen zwangsläufig die bisher nur sporadisch geführten Gespräche in Bonn ohne Konturen bleiben. Die Grünen behandeln das Thema wie eine Müsli-Veranstaltung, aber nicht wie eine internationale Weltausstellung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Die Kleinkariertheit, mit der dieses Thema behandelt wird, beschädigt immer mehr die Faszination, die von einer Weltausstellung für Hannover und für das ganze Land Niedersachsen ausgehen muß. Was soll man denn davon halten, wenn zu lesen ist, daß eine Expertengruppe der Stadt Hannover unter Beteiligung des Umweltdezer-



nenten Mönninghoff so weit gegangen ist, zu sagen, aus Umweltgründen dürfe während der Expo der Flughafen Hannover-Langenhagen nicht angefliegen werden?

(Lachen bei der CDU.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann mir schon vorstellen, daß die Nationen dieser Welt staunend dieses internationale Flair zur Kenntnis nehmen, das sich hier unter Rot-Grün zunehmend verbreitet.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.  
— Jüttner [SPD]: Herr Mönninghoff hat das schriftlich dementiert!)

Wir müssen gerade bei der Weltausstellung  
— — —

(Frau Tewes [SPD]: Sie sagen die Unwahrheit! — Jüttner [SPD]: Es gibt eine schriftliche Korrektur, Herr Stock! — Weitere Zurufe von der SPD.)

— Lesen Sie doch nach! Ich habe den Zeitungsausschnitt dabei. — Wir müssen gerade bei der Weltausstellung beweisen, daß wir die zentrale Lage Niedersachsens im wiedervereinigten Deutschland auch nutzen, daß wir gemeinsam mit der Hannover-Messe unseren nationalen und internationalen Ruf ausweiten.

Meine Damen und Herren, ich lasse überhaupt keinen Zweifel daran, daß wir als CDU in diesem Lande alles tun werden, damit die Expo stattfindet und damit die Expo ein Erfolg wird.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Die Landesregierung hat es bitter nötig, Verbündete zu suchen. Aber die rot-grüne Landesregierung tut ja alles, um für ein schlechtes Gesprächsklima zu sorgen. Bei der Fundamentalopposition, die Niedersachsen in Sachen Gorleben und Schacht „Konrad“ betreibt, wird völlig vergessen, daß das Land auch eine bundesstaatliche Gesamtverantwortung hat. Meine Damen und Herren, ich sage das in allem Ernst: Es grenzt schon an Borniertheit, wenn ein Kabinettsmitglied, der grüne Bundesratsminister Trittin, die Bundesregierung der verfassungswidrigen Kriegstreiberei beschuldigt und wenn gleichzeitig der Ministerpräsident dem Bundeskanzler schreibt, er möge doch bitte schön pauschal und ohne Vorlage eines Konzeptes einige Milliarden für die Finanzierung der Weltausstellung in die Tüte tun.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Wir brauchen endlich Beschlüsse von Stadt und Land. Gegenwärtig hat man den Eindruck, daß der Sonderstab in der Staatskanzlei mehr oder

weniger mit der Stange im Nebel herumstochert. Herr Ministerpräsident, Herr Wirtschaftsminister, machen Sie Tempo. Treffen Sie die notwendigen Entscheidungen. Verhandeln Sie mit Bonn über ein konkretes Konzept. Verbessern Sie das Verhandlungsklima. Wie wollen Sie denn Verbündete bekommen — ich spreche jetzt insbesondere Oberbürgermeister Schmalstieg an —, wenn sich auch Ihr Oberstadtdirektor zu Entgleisungen hergibt? Zitat des Oberstadtdirektors Fiedler — ich sage das, weil ich von diesen persönlichen Beleidigungen und Verunglimpfungen, ganz gleich, von welcher Seite sie kommen, überhaupt nichts halte —

(Zurufe von der SPD)

— Sie werden das von mir nicht hören; deswegen nehme ich für mich auch in Anspruch, das zu kritisieren, wenn andere das tun —, der auf einer Veranstaltung der Landtagsabgeordneten aus Niedersachsen im Zusammenhang mit der Expo gesagt hat: „Wenn dieser Kanzler etwas beherrscht, dann das Aussitzen.“

(Zuruf von der SPD: Da hat er doch recht!)

— Ich sage ja, wie Sie Verbündete anwerben! — In diesem Zusammenhang kritisierte der Verwaltungschef die Absicht der Bundesregierung, Finanzierungszusagen für die Expo erst zu geben, wenn ausgereifte Konzepte vorliegen. Wenn das jemand im politischen Schlagabtausch tut, kann ich das ja noch begreifen. Wenn das aber ein Oberstadtdirektor der Landeshauptstadt Hannover tut und meint, das sei Werbung dafür, Mittel aus Bonn zu bekommen, dann soll er sich verabschieden. Das ist doch kein Stil, wie man miteinander umgeht!

(Beifall bei der CDU.)

Ich will von dieser Veranstaltung noch zwei Zitate bringen, die das Bild abrunden.

(Schmalstieg [SPD]: Sie hätten lieber dabei sein sollen!)

— Sie wissen ja, es gibt immer konkurrierende Veranstaltungen. Sie sind doch gestern auch zur CeBIT gegangen und waren nicht hier. Spielen Sie sich doch nicht so arrogant auf, Herr Schmalstieg!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

— Herr Schmalstieg, ich will Sie ja gerade zitieren! — Herr Schmalstieg hat auf derselben Veranstaltung gesagt — das war in der Zeitung nachzulesen —, bei den Vorbereitungen sei Hannover schon weiter, als manch einer sich das vorstellen könne.

(Hortmann [CDU]: Ja, das hat er gesagt!)

Stock

Der Landtagspräsident, Herr Milde, hatte offenbar Zweifel. Er hat wörtlich gesagt: „Ich kenne viele, die das noch nicht glauben.“ Ich kann nur sagen: ich auch!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Niedersachsen muß weiter wachsen. Niedersachsen ist bei der wirtschaftlichen Entwicklung in den letzten Jahren einen guten Weg gegangen. 1988 und 1989 lag das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts über dem Durchschnitt. Niedersachsen lag in diesen Jahren in der Spitzengruppe der Länder, und zwar unmittelbar hinter Bayern. Auch 1990 hat Niedersachsen eine hervorragende Wirtschaftsentwicklung vorzuweisen, die vor allem durch die Binnenkonjunktur und hierbei besonders durch die vereinigungsbedingten Nachfrageimpulse initiiert ist.

Ich lasse jetzt viele Einzelheiten weg, die ich mir als Beweis dafür noch notiert hatte. Herr Wirtschaftsminister Fischer, wenn ich diesen Haushalt und das Handeln im vergangenen Jahr sehe, seitdem Sie die Verantwortung tragen, dann kann ich nur sagen: Wir haben diese guten wirtschaftlichen Ergebnisse trotz einer miserablen Wirtschaftspolitik in Niedersachsen erreicht.

Der Wirtschaftsminister reist durch das Land und preist die neue Zentralität Niedersachsens. Die Bilanz der rot-grünen Landesregierung ist allerdings eine Bilanz der verpaßten Chancen. Die Chancen für Niedersachsen zu ergreifen erfordert den raschen und gezielten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur auf Schiene und Straße. Es kommt jetzt — darüber sind sich alle Experten einig — darauf an, daß uns die besonders ausgeprägte Binnenkonjunktur in Niedersachsen eine Atempause im Strukturwandel gönnt, die wir kreativ und ausgiebig nutzen müssen. Die strategische Chance, die Wettbewerbspositionen jetzt zu verbessern, ist wichtig. Deshalb müssen wir gerade jetzt die sektoralen und strukturellen Anpassungsprozesse nutzen und sie nicht auf die lange Bank schieben. Das heißt aber, das wir gerade jetzt Mittelstandsförderung betreiben und Technologieförderung machen müssen, statt sie nach rot-grünem Strickmuster zu kürzen.

Meine Damen und Herren, die CDU-Vorschläge zum Landeshaushalt 1991 nehmen Rücksicht auf den engen Finanzrahmen, den wir vorfinden. Sie weisen aber deutlich den Weg, den eine solide Finanzpolitik und eine zukunftsweisende Wirtschaftspolitik in Niedersachsen gehen müssen.

Wir wollen die Neuverschuldung senken, und wir wollen Mittel in den investiven Bereich lenken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir wollen Ihnen Verstärkung für gemeinsame Beschlüsse anbieten, und zwar für den Wohnungsbau, für die Städtebauförderung und für das Wohnungsbauprogramm — alles investive Bereiche. Ich frage Sie, meine Damen und Herren von Rot-Grün: Sind Sie nicht auch mit mir der Meinung, daß ein Ansatz im Haushalt von 63,9 Millionen DM für Gutachten viel zu hoch ist? In Wahrheit bestellen Sie sich doch nicht Gutachten, um klüger zu werden oder um Fachverstand einzuholen, sondern weil Sie zu feige sind, ein schwieriges Problem zu entscheiden. Sie mißbrauchen die Gutachten als Vertragungsinstrument.

(Beifall bei der CDU. — Zuruf von der SPD: Woher weißt Du das denn?)

Sie sollten unserem Antrag folgen, die Mittel für Gutachten um 20 Millionen DM zu reduzieren. Sind Sie nicht auch mit uns der Meinung, daß wir davon besser 10 Millionen DM für zinsgünstige Darlehen an kleine und mittelständische Unternehmer vergeben sollten, daß wir 10 Millionen DM wieder zum Technologieprogramm geben sollten? Wollen Sie wirklich unseren Antrag ablehnen, den exorbitanten Zuwachs der rot-grünen Landesregierung für Veröffentlichungen und Werbekampagnen um 6 Millionen DM zu kürzen? Warum folgen Sie nicht unserem Antrag, das Geld nunmehr für den Ausbau von Radwegen an Landesstraßen oder zur Beseitigung von Unfallschwerpunkten auszugeben?

Ihre Ankündigung, meine Damen und Herren von der SPD, in Ihrem Wahlprogramm, in absehbarer Zeit an allen Landesstraßen Radwege zu bauen, ist doch Makulatur und das Papier nicht wert, auf dem es geschrieben ist. Das ist doch die wahre Situation!

(Beifall bei der CDU.)

Die Wirtschaftspolitik dieses Landes ist ein einziges Verwirrspiel ohne Konzept und ohne Führung. Die Mittel im Landeshaushalt für den Wirtschaftsbereich werden massiv gekürzt, und der Wirtschaftsminister hält still. Der Ministerpräsident reist mit Wirtschaftsdelegationen in die Sowjetunion, und der Wirtschaftsminister bleibt zu Hause.

Der Ministerpräsident macht Frühstückspolitik über Tausende von Arbeitsplätzen bei Conti in Hannover und muß sich — Sie haben es in der Zeitung auf vielen Seiten gelesen — von allen

Seiten, aus Gewerkschaft, Politik und Öffentlichkeit, bestätigen lassen, wie dilettantisch er Wirtschaftspolitik in diesem Lande betreibt.

(Beifall bei der CDU.)

Dies läßt nur ein Fazit zu: Der Wirtschaftsminister darf nicht, und der Ministerpräsident kann nicht.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, das ist Wirtschaftspolitik in Niedersachsen: eine Politik ohne Konzept, „avanti, dilettanti!“, ein Trauerspiel für Niedersachsen. Niedersachsen hätte es besser verdient.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

#### Vizepräsident Rehkopf:

Meine Damen und Herren, bevor der Kollege Senff zur Fortsetzung der Debatte das Wort erhält, stelle ich die Beschlußfähigkeit des Hauses fest. — Herr Senff, Sie haben das Wort.

#### Senff (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach dem, was uns gerade geboten wurde, stellt sich mir jedenfalls die Frage — ich denke, die Damen und Herren der CDU-Fraktion sind auch ganz gespannt auf die Beantwortung der Frage —, wer denn nun besser oder schlechter war, Stock oder Gansäuer. Ich habe den Eindruck gehabt, daß hier ein Gefecht abläuft, das sich nicht so sehr mit der Politik der Landesregierung beschäftigt,

(Beifall bei der SPD)

sondern ein Gefecht, das um die Führungspositionen der CDU und der CDU-Landtagsfraktion ging.

(Stock [CDU]: Ich kann nur sagen: Beide sind allemal besser als Sie!)

Meine Damen und Herren, wenn man einmal die künstliche Aufgeregtheit beiseite läßt, die Herr Stock an den Tag legte, weil er zu Ihrer eigenen inneren Hygiene wuchtig reden mußte, dann bleibt nicht mehr viel übrig. Übrigbleibt nur das: Herr Stock, ich finde es nicht gut, daß Sie entgegen dem, was Sie selbst gesagt haben, und entgegen auch Ihrer sonstigen Art und Weise, mit dem politischen Gegner umzugehen, heute zum Mittel persönlicher Diffamierung und falscher Aussagen gegriffen haben.

(Beifall bei der SPD.)

Ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit, obwohl es nicht meine Aufgabe ist — das müßten Sie eigentlich selbst kontrollieren können —: Das Zitat von Herrn Mönninghoff ist glatt falsch.

(Stock [CDU]: Ich habe es doch hier!)

— Ja, ich kenne es. — Sie haben zu dem Mittel gegriffen, daß Sie die eine Seite vortragen und die andere Seite, auf der es korrigiert wird, nicht vorlesen. Meine Damen und Herren, das ist keine Art, in diesem Hause miteinander umzugehen.

(Beifall bei der SPD.)

Und wie Sie über den Oberbürgermeister und Oberstadtdirektor der Landeshauptstadt ebenfalls mit Zitaten herfallen, die zwar richtig, aber genau am Rande der Wahrheit liegen,

(Lachen bei der CDU — Fischer [CDU]: Herr Schmalstieg liegt am Rande der Wahrheit? Das ist aber peinlich!)

auf diese Art und Weise werden Sie es jedenfalls nicht erreichen, daß Sie Ihre durchaus einmal vorhanden gewesene Reputation in der politischen Auseinandersetzung über Ihre innere Auseinandersetzung hinwegretten.

Aber ich will mich mit dem Haushalt und nicht mit Ihrem politischen Stil beschäftigen. Der Einzelplan 08 ist — daß wir das anders beurteilen als Sie, wird Sie nicht wundern — aus unserer Sicht der in Zahlen gegossene Beweis einer anderen, einer neuen, unserer Politik im Lande Niedersachsen.

(Beifall bei der SPD. — Hildebrandt [FDP]: Das ist allerdings richtig! Ich denke nur an das Absenken der Investitionsquote!)

Lassen Sie uns ganz nüchtern abprüfen, was die SPD und dann die Koalitionsfraktionen in der Koalitionsabsprache versprochen haben. Es waren drei Dinge. Wir haben erstens gesagt, wir wollten eine inhaltliche Neuorientierung der Wirtschaftsförderung durchführen und dabei gleichzeitig ihre Effizienz steigern. Wir haben zweitens gesagt, daß wir eine Gewichtsverlagerung in der Verkehrspolitik vornehmen wollen, die von der bisherigen Vernachlässigung des öffentlichen Personennahverkehrs wegführt und die Schiene attraktiver macht. Wir haben drittens gesagt, daß wir den Einstieg in eine alternative Energiepolitik durchführen wollen, die den Ausstieg aus der Atompolitik flankiert.

Meine Damen und Herren, nun zum ersten Punkt, zur Neuorientierung der Wirtschaftsförderung. Die alte müde Gießkanne — meine Damen und Herren von der CDU und der FDP, das war Ihre alte müde Gießkanne — hat die

Senff

Wirtschaftsförderungsgelder eher auf Großbetriebe als auf den Mittelstand verteilt, den der Herr Stock und die FDP immer so gern im Bauchladen vor sich hertragen.

Diese Wirtschaftsförderung war ungezielt, und sie war unwirksam. Das lesen wir aus den Zahlen, die wir aus dem NiWi geliefert bekommen. Sie gehört genau dorthin, wo wir sie hingestellt haben: in den Garten zu den wirtschaftspolitischen Gartenzweigen, die immer noch daran glauben, daß man damit etwas anfangen kann.

(Beifall bei der SPD.)

In einer modernen Wirtschaftspolitik hat dieses Instrument jedenfalls nichts zu suchen. Unser Hauptziel ist die ökologische Umstrukturierung der Wirtschaft. Damit werden wir wirtschaftliches Wachstum, gesicherte Beschäftigung und eine Erneuerung der Wirtschaftsstrukturen für die und in der Zukunft sichern.

Meine Damen und Herren, eine leistungsfähige Wirtschaft und die Schonung der Umwelt sind für uns keine Gegensätze, so wie dies von den Oppositionsfraktionen in der politischen Diskussion oft dargestellt wird. Wir sind der festen Überzeugung, daß sie sich gegenseitig bedingen, daß sie mittlerweile zwei verschiedene Seiten einer und derselben Medaille sind. Deshalb fördern wir die Umstellung auf umweltgerechte Produkte und Produktionsprozesse. Damit wollen wir im Wirtschaftsablauf Rohstoffe und Energie sparen. Genau aus diesem Grunde haben wir den Wirtschaftsförderfonds neu definiert. Sie kennen den Ökologiefonds. Ich will dies nicht weiter ausführen. Eines will ich Ihnen, Herr Stock, aber entgegenen: Die Diskussion über die Richtlinien ist innerhalb unserer Fraktionen — ich gehe davon aus, auch im Ministerium — in Gang gekommen. Ihrer Fraktion würde ich dies auch anraten. Wir sind dabei, unsere Vorstellungen in Richtlinien bezüglich des Ökologiefonds zu formulieren, damit wir dann, wenn diese Richtlinien in die Diskussion kommen,

(Stock [CDU]: Das ist doch zunächst einmal Sache der Exekutive, etwas vorzulegen! Dann soll sie uns das auch vorlegen!)

— das wird ja auch passieren — damit wir dann, wenn diese Diskussion aufkommt, auf sie vorbereitet sind. Sie können sich genauso leicht wie ich an fünf Fingern abzählen, daß das bis zur Sommerpause erledigt ist.

Meine Damen und Herren, wir haben uns auch die anderen Programme des Wirtschaftsförderfonds vorgenommen. Das Darlehensprogramm hat sowohl vom Inhalt als auch vom Volumen her

— dies war einer Ihrer angeblichen Kritikpunkte — eine Neuformulierung dringend nötig. Es ist doch für jeden leicht einsichtig: Betriebe mit Geld zu versorgen und ihnen unter die Arme zu greifen, wenn sich diese Betriebe gerade in einer exzeptionellen Vertragslage befinden, ist doch unsinnig.

(Zuruf von Küpker [FDP].)

Meine Damen und Herren, so produziert man — Herr Küpker, Sie wissen das auch; wenn Sie etwas anderes sagen, sagen Sie es wider besseres Wissen — Mitnahmeeffekte, gegen die wir doch angeblich alle gemeinsam zu Felde ziehen.

(Grill [CDU]: Alles nur Sprüche!)

Wir haben, wenn Sie so wollen, den Bundeswirtschaftsminister, den bedauerlicherweise nicht unsere Partei stellt, ernst genommen. Wir haben mit der Abschaffung von Zuschüssen und mit der Abschaffung der Gießkanne, also damit, Mittel ungezielt in die Betriebe und ins Land zu geben, Ernst gemacht.

(Grill [CDU]: Das ist doch Quatsch!)

Vermutlich werden wir die einzigen in diesem Hause sein, die nach dem handeln, was zu diesem Punkt in Bonn gesagt wurde.

Was machen Sie? Ihre Rede und Ihre Politik in der Vergangenheit beweisen, daß Sie gegen die Förderung der Umweltechniken sind. Deshalb ziehen Sie gegen die Änderung der Wirtschaftsförderung zu Felde.

(Beifall bei der SPD. — Grill [CDU]: Darauf kriegst Du eine Antwort; das kann ich Dir sagen! — Weitere Zurufe von der CDU.)

Sie sind gegen eine Modernisierung der Wirtschaft. Deshalb wollen Sie die alte Mühle Gießkanne weiterhin beibehalten. Ich sage Ihnen: Auch wenn Sie weiter für die Gießkanne sind, so sind wir doch dagegen und werden unsere neue Politik innerhalb der Wirtschaftspolitik umsetzen.

(Beifall bei der SPD.)

Neue Vergaberichtlinien für den Darlehensfond sind in Arbeit. Sie werden genau unserem Prinzip folgen: weg von der Gießkanne, hin zu neuartigen Produkten und modernen Techniken.

In diesem Zusammenhang sage ich Ihnen folgendes: Alle neuen Maßnahmen werden im Sande steckenbleiben, wenn wir es nicht schaffen, eine effektivere Abwicklung der Wirtschaftsförderung zu erreichen. In den vergangenen Jahren wurden von den jetzigen Oppositionsfraktionen und von

der damaligen Landesregierung Sinn und Zweck der Wirtschaftsförderung bis zur Handlungsunfähigkeit diskutiert. Im Jahre 1987 sollte die Wirtschaftsfördergesellschaft bereits eingerichtet sein. Heute sind wir nun in der Lage anzukündigen, daß wir bis zum Sommer ein Konzept für die Wirtschaftsförderung vorlegen werden, das arbeitsfähig, personell durchdacht und finanziell gesichert ist.

Auch hier gilt: Sie haben in der Vergangenheit geredet — wir werden handeln, und zwar im Sinne einer effizienten Gestaltung dessen, was die Wirtschaft von uns verlangt, nämlich die Wirtschaftsförderung auf kurzem Wege, aus einer Hand, vor Ort und aus einem Guß vorzunehmen und umzusetzen.

(Beifall bei der SPD.)

Einen weiteren, letzten, Punkt zur Wirtschaftspolitik im engeren Sinne will ich nicht verschweigen: die Regionalisierung der Wirtschaftspolitik.

Meine Damen und Herren, wir gehen von der Erkenntnis aus, daß es einfacher und effizienter ist, wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten vor Ort, d. h. in den Regionen, aufzuspüren und umzusetzen. Dieser Ansatz fällt mit der Notwendigkeit zusammen, wegen der europäischen Entwicklung das Gewicht und die Bedeutung der Regionen selbst hervorzuheben. Deshalb müssen und wollen wir das regionale Engagement stärken und die Entwicklungschancen in den Regionen mobilisieren.

Die Landesregierung hat die niedersächsischen Kommunen aufgefordert, sich zu regionalen Einheiten zusammenzuschließen, zu kooperieren, und sie hat ideell und materiell Hilfe angeboten.

Meine Damen und Herren, auch hier gilt: Sie haben in der Vergangenheit die Chancen einer potentialorientierten Regionalpolitik nie erkannt. Wir nehmen die Diskussion mit den Regionen auf.

Der zweite Punkt, den wir gemeinsam abprüfen müssen: Gewichtsverlagerung in der Verkehrspolitik.

Meine Damen und Herren, aus zwei Gründen stehen wir in der Verkehrspolitik vor gewaltigen Herausforderungen. Das ist erstens die Ausweitung des Individualverkehrs, die, wenn wir sie nicht stoppen, zum Kollaps führt, und zweitens die Verkehrszunahme, die sich aus Expo, Binnenmarkt und deutscher Einheit ergibt. Wir wissen, daß zur Bewältigung dieser Fragen in kürzester Zeit gewaltige planerische Anstrengungen not-

wendig sind. Bis zum Sommer werden die Leitlinien der Verkehrspolitik vorgelegt sein und diskutiert werden können. Sie werden sich nach unseren Vorstellungen daran ausrichten, daß wir alle Strategien zur Verkehrsverminderung selbst nutzen. Ich sage das bewußt an erster Stelle. Wir stehen hier, wie die meisten, zwar erst am Anfang, doch wenn es uns nicht gelingt, das Aufkommen selbst zu reduzieren, werden alle anderen Maßnahmen im Verkehrschaos untergehen. Wir werden den Vorrang für den Ausbau der Ost-West-Verkehre beschließen, und wir werden bei einzelnen Projekten, die dabei notwendig sind und diskutiert und beschlossen werden müssen, selbstverständlich auch zu schnell zu verwirklichenden Lösungen kommen müssen.

Wir werden Vorrang für die ÖPNV-Systeme einführen. Lassen Sie mich hier einen Moment verweilen. Unseren Städten droht der Verkehrsinfarkt, wenn wir den Individualverkehr nicht in den Griff bekommen. Neben der Vermeidung von Verkehr müssen wir auch die Verkehrsträger ändern. Raus aus dem Privat-Pkw — rein in Bus und Bahn des öffentlichen Personennahverkehrs!

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Die Koalitionsfraktionen haben deshalb die Starthilfe für regionale Verkehrskonzepte von wenigen tausend Mark, die zu Ihren Zeiten im Haushalt standen, auf 2,6 Millionen DM im ersten Anlauf erhöht.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Die Koalitionsfraktionen und die Landesregierung haben für Busse und Stadtbahnwagen 21 Millionen DM in den Haushalt eingesetzt, während Sie 1990 0 DM hatten.

(Hört, hört! bei der SPD. — Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Meine Damen und Herren, der nächste Punkt ist der Vorrang für die Schiene. Sie haben völlig zu Recht erwähnt, Herr Stock, daß wir für die Schiene sind. Wir werden der Schiene Vorrang geben. Nur, um die Schiene nutzen zu können, muß man sie doch überhaupt erst einmal haben, sie muß noch vorhanden sein! Unter wessen Regierung ist denn der schienengebundene Verkehr in Niedersachsen systematisch ausgedünnt und stillgelegt worden? — Das war doch Ihre Regierung, die das zugelassen hat, und nicht die unsere!

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Meine Damen und Herren, es ist klar: Ihre Politik hat in der Vergangenheit zu einem weiteren Anwachsen des Individualverkehrs geführt. Sie hat

Senff

diesen ermöglicht. Wir sind in der Verkehrspolitik gegen Chaos, gegen Staus und gegen Infarkt.

(Reinemann [CDU]: Wir auch!)

Sie, Herr Stock und meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, haben auf die neuen Fragen in der Verkehrspolitik doch wieder nur Ihre alten Antworten.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Es würde mich überhaupt nicht wundern, wenn Sie morgen wieder mit dem ausgelutschten Bonbon des Transrapid aufträten.

(Heiterkeit bei der SPD. — Gansäuer [CDU]: Sie waren doch auch dafür!)

Meine Damen und Herren, der dritte Punkt: Energiepolitik. Die Koalitionsfraktionen haben versprochen, mit einem Landesprogramm den sparsamen und rationellen Energieeinsatz sowie die Nutzung und Weiterentwicklung regenerierbarer Energiequellen zu fördern. Wir wollen damit einen weiteren entscheidenden Schritt zum Ausstieg aus der Atompolitik tun.

(Grill [CDU]: Ach du liebe Zeit!)

Die Landesregierung hat im Landeshaushalt 10 Millionen DM bereitgestellt.

(Grill [CDU]: 10 Millionen DM!)

Die Koalitionsfraktionen haben diesen Betrag um 50 % erhöht.

(Zuruf von Grill [CDU].)

— Weil er an dieser Stelle immer dazwischenbabbelte, habe ich richtig darauf gewartet, daß mein Freund Kurt-Dieter Grill dies wieder tut. — Herr Grill — wir dürfen uns hier ja angeblich nicht mehr duzen —, wissen Sie noch, was Sie in Ihrem eigenen Haushalt und in Ihrer eigenen Mittelfristigen Planung hatten?

(Zuruf von Grill [CDU].)

— Kein Wunder, wenn Sie es wissen, daß Sie jetzt dazu einen roten Kopf kriegen. An Ihrer Stelle würde ich mich da auch schämen.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung wird konsequent das Ziel verfolgen, aus der Kernenergie auszusteigen. Die Nutzung der Kernenergie beinhaltet ein unverantwortbares Risiko.

(Zustimmung bei der SPD.)

Wir werden deshalb in der Energiepolitik einen weiteren Schritt tun: Wir werden das Landesraumordnungsprogramm ändern, das bislang noch den Bau von Atommeilern zuläßt. Sie sind auch hier, wie in der Vergangenheit, unbelehr-

bar, wenn Sie sich jetzt weiter zusammen mit Herrn Töpfer und Ihrer Bundes-CDU für den Bau von AKWs in der Bundesrepublik Deutschland engagieren. Wir bevorzugen den schwierigeren, aber, wie wir hoffen, sicheren Weg des Ausstiegs.

(Zustimmung von Frau Dr. Dücker [Grüne].)

Lassen Sie mich zusammenfassen: Wir werden erstens die Wirtschaft in Niedersachsen modernisieren, ob Ihnen das gefällt oder nicht.

(Lachen bei der CDU.)

Wir werden zweitens eine zukunftsfähige Verkehrspolitik installieren, die dem Anspruch, Menschen ohne Schädigung der Umwelt von einem Ort zum anderen zu bringen, gerecht wird.

(Zustimmung bei der SPD.)

Drittens werden wir eine Energiepolitik durchsetzen, die eine Alternative zum Atom bietet.

In einem Satz: Wir werden Niedersachsen zu einem modernen, lebensfähigen Wirtschafts- und Lebensstandort machen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

**Vizepräsident Rehkopf:**

Das Wort hat jetzt der Herr Kollege Küpker für die FDP-Fraktion.

**Küpker (FDP):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Die Wirtschaft ist unser Schicksal.“ Das hat Churchill einmal gesagt. Ich füge hinzu: Die Wirtschaft wird das Schicksal von Rot-Grün in Niedersachsen. Sie geben überall mehr Geld aus: für Personal, auch bei etlichen konsumtiven Ausgaben. Für die Verbesserung der Einnahmen tun Sie aber gar nichts.

(Zustimmung bei der FDP.)

Wenn der Herr Kollege Senff meint, der Haushalt des Wirtschaftsministers, der Einzelplan 08, sei Ausweis der neuen Wirtschaftspolitik in diesem Lande, dann muß ich sagen: Das ist ein ganz billiger Beleg dafür und zeigt schon an, daß es in der Zukunft hier überhaupt nicht klappen kann. Wenn Sie sagen, Sie hätten neue Ansätze im Bereich der Wirtschaftspolitik, dann vergessen Sie, daß Sie das nicht nur mit Worten und Programmen machen können, sondern daß Sie dafür auch eine ganze Menge Geld benötigen. Genau hier, nämlich beim Geld, kürzen Sie beim Einzelplan 08. Diese Situation hatten wir allerdings schon immer vorher. Nur, die Situation war bis-

her so, daß die Koalitionsfraktionen den Haushalt immer wieder in Ordnung gebracht haben, sage ich mal, nämlich das, was der Finanzminister meinte nicht mittun zu können. In diesem Fall nehmen Sie es so hin. Sie verschlimmern sogar noch die Situation. Ich weise in diesem Zusammenhang auf die Einsparungsvorschläge zur dritten Beratung hin, wie Sie den Mehrwertsteuerausfall ausgleichen wollen. Da wird gerade der Etat des Wirtschaftsministers noch einmal betroffen.

(Zustimmung bei der FDP. — Dr. Hruska [FDP]: Der Antrag ist ja noch gar nicht eingebracht!)

— Was man so hört, Herr Kollege Dr. Hruska. — Man meint wohl, die Konjunktur boomt nun schon im achten Jahr. Herr Kollege Senff, das ist ein dickes Lob für unsere Wirtschaftspolitik in Bonn und wie wir sie bislang in Niedersachsen gemacht haben.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU.)

Sie haben ja eben selbst gemeint: Schade, daß der Wirtschaftsminister nicht Ihrer Partei angehört. Ich bin sicher, Herr Möllemann macht noch eine ganze Menge aus seinem Ressort.

(Zustimmung bei der FDP.)

Er ist bereit, auch etwas zum Nutzen Niedersachsens zu tun, wenn man ein Konzept hat und ihn beizeiten fragt und mit einbindet. Dazu sind wir hier bereit.

(Zustimmung bei der FDP.)

Meine Damen und Herren, man muß heute etwas für die Zukunft tun, weil die gegenwärtige Situation — Boom und noch Verstärkung durch die Effekte aus den fünf neuen Ländern — so nicht anhalten wird. Ich will es noch einmal sagen: Die CDU ist mit dem Förderzinsaufkommen nicht richtig umgegangen. Im Moment läuft es nicht so, wir haben Schwächen beim Einsatz der Strukturhilfe. Da ist viel zuviel Kleinklein drin. Es werden da immer noch viel zu viele Radwege gebaut. Ihr Antrag oder auch derjenige der CDU, den Radwegeposten zu verstärken, bezieht sich auf die Strukturhilfe. Nein, das muß regulär aus dem Haushalt und nicht aus der Strukturhilfe erfolgen.

(Stock [CDU]: So lautet auch der Antrag!)

— Ich meine den alten Antrag. Dann korrigiere ich mich. Ich habe es nicht doppelt kontrolliert.

Meine Damen und Herren, zu den Zahlen kommt zusätzlich hinzu: Rot-Grün darf die Stim-

mung für Niedersachsen nicht verderben. Die Gefahr dazu besteht permanent, auch wenn — was ich zugebe — einige Erfolge dagegenstehen. Das Stichwort „Mobil Oil“ ist vom Ministerpräsidenten genannt worden. Rot-Grün verdirbt den Ruf Niedersachsens als Land mit Zukunft

(Zustimmung bei der FDP)

durch Kompetenzverlagerungen der wirtschaftsnahen Institute, durch Bemerkungen zu Conti und Pirelli, durch das Hickhack um die Managementakademie, durch das Gerangel um Jessi, durch Quasieingriffe in Freiheit von Lehre und Forschung,

(Zustimmung bei der FDP)

durch das Hickhack beispielsweise um die A 26 und durch das Anlegen mit dem Bund in verschiedenster Weise.

Und dann meint man noch, der Bund solle aber so gnädig sein, Geld nach Niedersachsen zu schieben. So läuft das nicht.

Damit bin ich auch beim Thema Expo, das ich eben schon ansprach. Herr Möllemann will das Vorhaben ja wohl unterstützen, wenn man ein Konzept vorlegt.

Meine Damen und Herren, die Konjunktur läuft auch noch bei Rot-Grün.

(Zuruf von der FDP: Wie lange noch?)

Aber die Vorsorge für die Zukunft wird klein geschrieben. Dabei hat Niedersachsen neue Chancen, neue Chancen als Drehscheibe zwischen Nord und Süd sowie West und Ost. Dazu muß man aber die Infrastruktur weiter verbessern. Man muß Straßenverbindungen schaffen, die Wasserwege ausbauen, die Flughafenkapazität anpassen und auch die Schienenverkehre für Güter und Personen verbessern.

Das alles dauert seine Zeit. Ich habe den Eindruck, Sie geben Gutachten in Auftrag und reden über den Schienenverkehr, vergessen dabei aber, die Straßen im Land in Ordnung zu bringen.

Meine Damen und Herren, so kommen wir in Niedersachsen nicht voran. Herr Kollege Senff, wenn Sie sagen, der Schienenverkehr sei systematisch abgebaut worden, dann ist das falsch. Das war eine Abstimmung mit den Füßen. Unsere Mitbürger haben die Schiene nicht angenommen. Das war doch die Situation. Wir haben immer versucht, dagegenzuhalten.

(Dr. Hruska [FDP]: Das weiß er auch!  
— Senff [SPD]: Bei welchem Angebot?)

Küpker

Herr Kollege Fischer, ich nehme an, wir werden Ihre Quasi-Anmeldung zum Bundesverkehrswegeplan noch im Ausschuß zu sehen bekommen und darüber diskutieren können.

Meine Damen und Herren! Über die Hafenpolitik haben wir in diesem Hause häufig gesprochen. Wir sehen die Notwendigkeit, gerade auf diesem Gebiet voranzukommen. Für Cuxhaven ist eine verzögerte Lösung in Aussicht, eine andere Lösung, die teurer ist und uns mehr Geld kostet. Wenn das, was wir jetzt endlich bekommen haben, so Bestand hat und wenn nicht noch irgendwelche Kinken in Geheimverträgen oder sonstwo vorgesehen sind, tragen wir das mit. Wir tragen auch das mit, was jetzt endlich für Emden anlaufen soll. Wir wollen auch für Papenburg die gegenwärtigen Schwierigkeiten lösen und nach einer Dauerlösung Ausschau halten.

(Zustimmung bei der FDP.)

Wir setzen uns für den privaten Midgard-Hafen an der Unterweser ein, so wie wir uns für die anderen Unterweserhäfen einsetzen.

Meine Damen und Herren, jeder Wirtschaftsminister hebt die Bedeutung der kleinen und mittleren Betriebe hervor. Nur, gehandelt wird ganz unterschiedlich. Ich selbst habe das Landesdarlehensprogramm erfunden. Wenn ich sehe, daß das Programm im Stock auf 850 Millionen DM angewachsen ist und jetzt atomisiert wird, tut es mir schon ein bißchen weh, muß ich sagen. Es werden jetzt immer neue Aufgaben auf diesen Fonds übertragen; zugleich werden immer weniger Mittel zur Verfügung gestellt. Das paßt einfach nicht zusammen.

Frau Dr. Dückert, es war Ihr Anliegen, daß ein spezieller Öko-Fonds geschaffen wird. Gut, Sie machen es so. Durch eine Änderung der Richtlinien hätte man den gleichen Effekt erzielen können. Aber dann hätte man nicht soviel darüber reden können. Im Grunde bringt das nicht mehr, weil der Ansatz der Mittel nicht erhöht worden ist.

Meine Damen und Herren, so ist das Ende eines hervorragenden Förderungsinstruments im Bereich der Wirtschaftspolitik abzusehen. Dabei sollte der MW wirklich für den Erhalt dieses Instruments kämpfen. Kämpfen sollte der Minister auch für die Technologieförderung. Ich gehe davon aus, daß Jessi außerhalb der normalen Technologieförderung läuft.

(Senff [SPD]: Warum eigentlich?)

Hinsichtlich der Technologieförderung liegt eine ganze Menge unerledigter Anträge vor. Ich

gebe zu, sie stammen noch aus der alten Zeit.

(Senff [SPD]: Eben!)

Diese müssen aufgearbeitet werden können. Also braucht man mehr Mittel. Man muß die lange Verfahrensdauer, die für die Betriebe, für Unternehmer und Arbeitnehmer, unerträglich ist, verkürzen. In dieser Hinsicht darf man sich ruhig etwas entscheidungsfreudiger verhalten. Leider war das, wie gesagt, lange Zeit nicht der Fall.

Wir verstehen überhaupt nicht — ich will das anfügen —, daß beispielsweise hinsichtlich der überbetrieblichen Ausbildung im Handwerk Haushaltskürzungen vorgenommen werden. Das kann nicht die Position eines Landes sein, das in die Zukunft blicken will und das für die verschiedensten Aufgaben gut ausgebildete Handwerker braucht. Auf diesem Gebiet muß man mehr tun und darf nicht die Ansätze kürzen.

(Zustimmung bei der FDP.)

Meine Damen und Herren, die gesamte Wirtschaftsförderung wird, von der Gemeinschaftsaufgabe abgesehen, aus dem Wirtschaftsförderfonds betrieben. Ich sagte schon, daß der Fonds immer mehr Aufgaben, aber immer weniger Mittel bekommt. Das paßt nicht zusammen. Wir stellen Anträge, um diese Situation zu ändern. Wir weisen nach, daß sie geändert werden kann.

(Zustimmung bei der FDP.)

Ich nehme die Bemerkung auf, daß sich aufgrund der neuen Beschlüsse auch die regionale Wirtschaftsförderung reduzieren wird. Aufgrund der Entwicklung müssen wir auf diesem Gebiet mit weiteren Kürzungen rechnen. Um so mehr kommt es jetzt darauf an, Herr Kollege Fischer, die letzten wichtigen Infrastrukturmaßnahmen noch aus der Gemeinschaftsaufgabe zu finanzieren

(Zustimmung bei der FDP)

und zu versuchen, zusätzliche Mittel aus Brüssel zu bekommen, damit Niedersachsen weiterhin eine gezielte Infrastrukturpolitik betreiben kann.

Ich stimme nicht mit dem überein, was Sie in Emden beim Kaufmannsmahl gesagt haben, daß nämlich die Industrieansiedlungspolitik ein Milliardenflop gewesen sei. Meine Damen und Herren, bisher hatte ich den Eindruck, daß der Herr Kollege Hirche und auch ich vom Vorsitzenden der SPD-Fraktion immer dafür gelobt worden sind, daß wir überproportional viele Mittel nach Ostfriesland gegeben haben. Nach unserem Gusto soll das auch so bleiben.

(Beifall bei der FDP.)



Meine Damen und Herren, die Ihnen vorliegenden Anträge der FDP-Fraktion zielen auf die Wiederherstellung der Vorjahresansätze für die Beseitigung von Gefahrenstellen an Landesstraßen und für das Radwegeprogramm ab. Wir wollen das Darlehensprogramm in der alten Höhe fortsetzen. Wir wollen auch das Technologieprogramm wenigstens wieder auf Vorjahreshöhe bringen und fortführen. Die Verlagerung in den Öko-Fonds ist dabei bereits abgezogen worden.

(Beifall bei der FDP.)

Meine Damen und Herren, die FDP-Fraktion unterstützt den Wirtschaftsminister in seinem Bemühen, die gesamte Wirtschaftsförderung schlagkräftiger zu gestalten, Entscheidungsprozesse zu begleiten und zu koordinieren. Herr Kollege Fischer, das hat aber nur dann Zweck, wenn Sie für die Wahrnehmung einer solchen neuen Aufgabe auch die erforderlichen Mittel haben. Daran scheitert es aber. Dann helfen so lange auch regionale Entwicklungsgesellschaften nicht weiter.

Ich habe schon immer befürchtet, daß von den notwendigen Spar- und Kürzungsmaßnahmen gerade der Wirtschaftsminister und dessen Einzelplan 08 überproportional betroffen sind, weil nämlich hier wenig rechtsverpflichtet ist. Genau das ist eingetroffen, Herr Kollege Fischer. Den schriftlichen Beleg dafür haben wir inzwischen vor uns liegen. Der Wirtschaftsminister hat unsere Unterstützung bei der Verteidigung seiner besonderen Mittelansätze, die dem Finanzminister wieder umgehend Mittel in die Kasse bringen sollen. Im Finanzministerium hat man dies aber noch nie begriffen.

Ich möchte hier noch auf folgendes hinweisen, meine Damen und Herren. Noch vor der Wahl hatte die SPD Schlagzeilen in den Zeitungen, die etwa lauteten: Die SPD legt Dringlichkeitsprogramm mit einem Volumen von 500 Millionen DM vor. Es gelte, so hieß es als Begründung, mehr Innovationsanreize zu schaffen, um verkrustete Strukturen aufzubrechen, intelligente Arbeitsplätze zu sichern und so eine Technologie-lücke zu schließen. — Dann tun Sie das doch bitte, und kürzen Sie nicht die Mittel für diese Programme!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Von Ihnen wird aber genau das Gegenteil von dem, was notwendig ist, getan.

Dem Wirtschaftsminister — ich habe gesagt, daß insbesondere er von Kürzungen betroffen ist — ist ja eine Hausmacht innerhalb seiner Partei zu wünschen. Diese können wir Ihnen als FDP-Fraktion allerdings nicht geben. Wir können Sie aber

mit guten Argumenten unterstützen. Ich glaube, Sie werden diese Argumente aufnehmen. Dies tun wir allerdings nicht ganz selbstlos. Wir haben im Ausschuß festgestellt, daß es in der Wirtschaftspolitik viel Kontinuität gibt, auch wenn man das eine oder andere dann anders benennt. Wenn ich sage, daß wir Ihnen die notwendige Unterstützung gewähren wollen, dann wollen wir Kontinuität für das Jahr 1994 erreichen. Dann wollen wir wieder alles besser machen. — Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

**Vizepräsident Rehkopf:**

Das Wort hat nun die Kollegin Dr. Dücker von der Fraktion der Grünen.

**Frau Dr. Dücker (Grüne):**

Herr Präsident! Meinen Herren und Damen! Herr Küpker hat gerade mit dem Wirtschaftsboom auf Bundesebene argumentiert und versucht, sich diesen selbst bzw. seiner Partei ans Revers zu heften. Gestern war es noch der einigungsbedingte Boom. Heute ist es Herr Möllemann. Herr Küpker, ich möchte Ihnen nur eines sagen. Auch in Niedersachsen boomt die Wirtschaft erheblich; seit dem letzten Mai aber besonders stark. Wir heften uns diesen Boom nicht als rot-grünen Erfolg an, sondern wir sehen durchaus die politischen Zusammenhänge. Man könnte, wenn man Ihrer Argumentation folgt, daß nämlich der Wirtschaft seit Mai der Alpdruk genommen sei, allerdings auch sagen, daß bis dahin permanent hinterwäldlerische und nach hinten gewandte Politik betrieben worden ist.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

**Vizepräsident Rehkopf:**

Frau Dr. Dücker, möchten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hildebrandt zulassen?

**Frau Dr. Dücker (Grüne):**

Nein, ich habe nur sehr wenig Redezeit und kann deshalb keine Fragen zulassen. Meine Damen und Herren, Herr Stock argumentierte dann mit Müsli und Unwahrheiten, indem er von Herrn Mönninghoff falsche Zitate brachte, die in der Zeitung ausdrücklich richtiggestellt worden sind. Das ist einfach unfair. Ich verstehe, warum Sie das machen. Ich glaube nämlich, daß es Ihnen und auch der FDP-Fraktion verdammt schwerfällt, sich damit abzufinden, daß unsere Wirtschaftspolitik neue, in die Zukunft gerichtete

Frau Dr. Dückert

Aufgaben angeht, die Sie, Herr Stock — das war verräterisch —, als Negativbeispiele der rot-grünen Landesregierung angeführt haben.

Sie haben über den Wirtschaftsförderfonds gesprochen und haben beklagt, daß wir neue Aufgaben wahrnehmen. Ich sage Ihnen: Genau das wollen wir; es ist Inhalt rot-grüner Wirtschaftspolitik, neue Aufgaben im Bereich von Ökologie und Wirtschaft anzupacken. Beides gehört zusammen, und wir müssen wegkommen von einer Gießkannenpolitik und einer rückwärtsgewandten Mauschelpolitik, die sich während Ihrer Regierungszeit mehr auf eine Agrargesellschaft konzentriert hat als auf eine moderne Industriegesellschaft.

Meine Damen und Herren, deswegen haben wir den Öko-Fonds eingeführt, den Ökologischen Fonds im Wirtschaftsförderfonds, und zwar nicht mit reduzierten Mitteln, sondern mit 250 Millionen DM für vier Jahre und mit 44 Millionen DM in diesem Jahr. Dieses Geld ist erforderlich, um umweltfreundliche Produktionslinien auf den Weg zu bringen, um erstmals einen integrierten und nicht einen nachgelagerten Umweltschutz zu betreiben, um neue Technologien und Produktionsverfahren auch bei Reinhaltung von Luft, Wasser und Boden in Gang zu setzen.

Dieses Programm und auch eine innovative Abfallwirtschaft werden sich insbesondere auf die mittelständische Wirtschaft positiv auswirken. Das gleiche gilt im Zusammenhang mit dem Ökologiefonds auch für die Energieversorgung, d. h. die Flankierung des Konzeptes zum Ausstieg aus der Atomenergie, also zum Ausstieg aus einer unverantwortbaren Energiequelle hin zu einer umweltverträglichen Energieversorgung, die drei Elemente hat: regenerative neue Technologien, modernste Einspartechnologien und eine regionalisierte kommunale Energieversorgung.

Wir haben aber nicht nur diesen Ökologiefonds im neuen Haushalt verankert, wir betreiben auch eine andere Hafen- und Industriepolitik. Gerade im Bereich dieser Politikfelder haben wir Ansätze gefunden, die am Bedarf und an der Ökologie orientiert sind und die auf Kommunikation setzen, und zwar auf Kommunikation mit den Unternehmen, um im Zusammenhang mit der Erfüllung der notwendigen Aufgaben auch die Umwelt zu schützen, und auch auf Kommunikation mit den Umweltverbänden, um diese beratend an den Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Das ist in beispielhafter Weise z. B. bei der Raffinerie in Wilhelmshaven oder bei der Bleihütte in Nordenham geschehen. Das sind praktische Beispiele, die sich nicht unbedingt mit irgendwelchen

Zahlen im Haushalt belegen lassen müssen oder können, sondern das sind Beispiele dafür, daß bereits jetzt eine völlig andere Strukturpolitik betrieben wird, nämlich eine Wirtschaftspolitik, die auf die Integration von Ökologie und Ökonomie gerichtet ist.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, die alte Landesregierung hat relativ viel Geld verbuddelt. Es ist in der Vergangenheit eine ganze Reihe von Projekten auf den Weg gebracht worden, die heute zum Teil noch — wie ich meine — als Leichen im Keller der niedersächsischen Wirtschaftspolitik liegen. Eine solche Leiche, über die wir hier auch sprechen müssen, ist nach meiner Überzeugung das Projekt Luneplate, für das überhaupt keine Ansiedlungsinteressen oder langfristig nachgewiesene wirtschaftliche Verpflichtungen bestehen. Durch das Projekt Cuxhaven haben wir zukunftsorientiert hinreichend Flächen für industrielle Erweiterungen geschaffen, und ich bin davon überzeugt, daß es unverzichtbar ist, daß die Ansprüche der Umweltverbände ernst genommen werden und daß eben solche noch aus der Vergangenheit übernommenen unsinnigen Infrastrukturprojekte begraben und nicht fortgeführt werden.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Ein wichtiger Schritt der neuen Landesregierung — Herr Senff hat ihn schon genannt — ist die Regionalisierung der Wirtschaftspolitik. Ich gehe davon aus, daß etwa Ende April ein Konzept zur Regionalisierung der Wirtschaftspolitik vorgelegt werden kann, das auf Dialog und Partizipation vor Ort zwischen ökonomischen, kulturellen und umweltpolitischen Initiativen und Institutionen setzt. Wir werden Modellvorhaben in Südniedersachsen und im Küstenraum, also Wilhelmshaven und Emden, auf den Weg bringen können. Die Einbeziehung der Umweltverbände in eine ökologisch orientierte regionale Politik ist meines Erachtens unerlässlich.

Es ist richtig — Herr Stock wollte es geißeln, hat aber eigentlich genau das Richtige beschrieben —: Wir wollen eine Verkehrspolitik, die vom Beton weggeht und zur Schiene hingeht.

(Stock [CDU]: Nur wenn Sie es beweisen können! Der Widerspruch!)

Was Sie so schmerzt, ist, daß das mittlerweile schon in Ansätzen gelungen ist. Das Dumme bei der Verkehrspolitik ist, daß für die Umsetzung der Projekte ein so langer Zeitraum benötigt wird. Ich meine insbesondere gesamtverkehrsorientierte Projekte. Wir haben aber damit schon

angefangen. Herr Senff hat die einzelnen Bereiche deutlich genannt. Wir haben Kürzungen im Straßenbau vorgenommen und haben Mittel umgeschichtet. Dabei haben wir Mehrausgaben im öffentlichen Personennahverkehr und im Radwegebau vorgesehen.

(Haselbacher [CDU]: Mehrausgaben im Radwegebau? Weniger als im letzten Jahr!)

— Die beiden Fraktionen haben im Radwegebau nachgelegt. Wir haben auf diesem Gebiet große Anstrengungen unternommen. Wir haben zu den im Haushaltsplanentwurf ausgewiesenen 13 Millionen DM im Straßenbauetat weitere 12 Millionen DM eingestellt. Wir haben ferner 7 Millionen DM aus den Strukturhilfsmitteln dafür vorgesehen. Damit sind wir summa summarum genau auf derselben finanziellen Ebene wie Ihre Vorschläge.

(Zuruf von Stock [CDU].)

— Es tut mir leid, wenn Sie nicht rechnen können. Das sollte aber nicht zu Lasten meiner Redezeit gehen. Die Zahlen sind in den Änderungsanträgen nachlesbar.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Meine Damen und Herren! Ein weiteres wichtiges Element der neuen Verkehrspolitik ist, daß in großem und vernünftigen Umfang der öffentliche Personennahverkehr Starthilfen für regionale Verkehrskonzepte erhält. Wir haben in den letzten Jahren immer wieder versucht, das über die Haushalte auf den Weg zu bringen. Sie haben es aber immer abgebügelt. Sie haben dem wohl auch diesmal nicht zugestimmt.

(Stock [CDU]: Das ist exakt falsch!)

— Vielleicht haben Sie dazugelernt. Daran, daß Sie zugestimmt haben, kann ich mich nicht mehr genau erinnern. Wenn Sie zugestimmt haben, dann können Sie es auch jetzt tun.

(Haselbacher [CDU]: Sie mußten ja nachlegen! Die Regierung wollte es auch nicht!)

Daran kann man sehen, daß Sie den Umstand, daß man, weil die zukünftigen Verkehrsprobleme allein über Straße und Beton nicht zu lösen sind, in der Verkehrspolitik neue Wege gehen und neue Konzepte finden muß, ignoriert haben und es auch weiterhin tun. Deshalb ist es ganz gut, daß Sie auch an diesem Punkt keine Mehrheiten haben.

Zusammengenommen: Die Umorientierung — das können wir schon zeigen — ist in Niedersachsen gelungen, und zwar in eine ökologisch orientierte Richtung in der Wirtschaftspolitik. Ich

will an einem Beispiel, das sich mit Ihren Änderungsanträgen deckt, zeigen, mit welchem alten Zopf Sie immer noch Politik machen und wie Ihre Politik ausgerichtet ist. Beide Fraktionen haben in ihren Anträgen die Aufstockung der Mittel für die Wirtschaftsförderung — in unterschiedlichen Bereichen — gefordert. Herr Hildebrandt hat gestern, wie ich finde, dankenswerterweise deutlich gemacht, wo Sie streichen wollen. Sie haben am Podium deutlich gesagt, daß die Finanzierung beispielsweise von Kindergärten durch das Land nicht vorgenommen werden soll. Sie haben wörtlich gesagt: Wir wollen das in Niedersachsen nicht. — Das ist Ihre Form des sozialen Subventionsabbaus in einer Zeit, in der die Wirtschaft boomt.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Das alles gehört zusammen. Wenn man soziale und ökologische Wirtschaftspolitik macht, muß man auch wissen, wo man dann, wenn man auf der einen Seite etwas zulegt, auf der anderen Seite streicht. Dafür muß man sich auch verantworten.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

**Vizepräsident Rehkopf:**

Das Wort hat nun der Herr Wirtschaftsminister. Herr Dr. Fischer, bitte!

**Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Küpker, zunächst möchte ich Ihnen für Ihre freundliche Unterstützung danken, die Sie mir angeboten haben.

(Hildebrandt [FDP]: Sie können bei uns Asyl bekommen, Heimstatt!)

Für Mitgefühl soll man immer dankbar sein. Aber ich darf Sie beruhigen. Die Außenseiterrolle, die Sie mir innerhalb meiner Fraktion und innerhalb des Kabinetts andichten, ist nicht vorhanden. Das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei der SPD. — Hildebrandt [FDP]: Herr Fischer, warum müssen Sie das betonen?)

Meine Damen und Herren, bevor ich auf einzelne Punkte der Kritik eingehe, möchte ich noch ein paar grundsätzliche Bemerkungen zum Thema rot-grüne Wirtschaftspolitik machen. Daß Sie von der Opposition diese Wirtschaftspolitik nicht gut finden, habe ich nicht anders erwartet.

(Hildebrandt [FDP]: Dafür haben Sie Verständnis!)

Dr. Fischer

Dafür, daß in der Wirtschaft Vorbehalte gegenüber einer rot-grünen Wirtschaftspolitik bestehen, habe ich Verständnis. Deshalb haben der Ministerpräsident und ich in den letzten Wochen und Monaten sehr intensive Gespräche mit den Unternehmen und den Verbänden in diesem Land geführt, um für Verständnis für unsere Politik zu werben.

Wir haben versucht deutlich zu machen, daß wir eine offensive Wirtschaftspolitik machen wollen, die die Chancen, die sich vor allem aus der neuen Situation für Niedersachsen ergeben, auch ergreift. Wir haben auch versucht, um Verständnis dafür zu werben, daß wir ein Konzept zur Harmonisierung von Wirtschaft und Umwelt anstreben. Die Resonanz auf unsere Gespräche war erfreulicherweise sehr positiv. Das kann ich Ihnen auch gern schriftlich geben, wenn Sie dies wollen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.  
— Senff [SPD]: Das ist etwas, was ihr von der CDU früher nie erreicht habt!)

Denn wir haben festgestellt, daß beispielsweise auch in der Wirtschaft ein ausgeprägtes Umweltverständnis vorhanden ist.

(Beifall bei der SPD und bei der FDP.  
— Senff [SPD]: Richtig!)

Herr Stock, nach dem, was ich heute von Ihnen gehört habe, muß ich fast befürchten, daß die CDU in ihrem Verständnis weit hinter dem der Wirtschaft hinterherhinkt.

(Beifall bei der SPD. — Stock [CDU]: Dann haben Sie nicht richtig zugehört!)

Meine Damen und Herren, die Tatsache, daß bei den Bürgern die Sorge um den Erhalt der Umwelt ganz oben steht, ist auch der Wirtschaft nicht verborgen geblieben.

(Haselbacher [CDU]: Nicht erst seit heute, Herr Dr. Fischer!)

Deshalb wird auch das Konzept der Landesregierung „Harmonisierung von Wirtschaft und Umwelt“ positiv aufgenommen.

Zum Glück können wir auch etwas vorweisen. Frau Dr. Dückert hat die Beispiele soeben erwähnt. Wir haben in Wilhelmshaven eine Raffinerie bei gleichzeitiger Verbesserung der Umweltbedingungen wieder in Betrieb genommen. Wir haben außerdem der Zinkhütte in Nordenham bei gleichzeitiger Verbesserung der Umweltbedingungen eine neue Perspektive gegeben. Wir haben Emden und Wilhelmshaven — Entschuldigung, Emden und Cuxhaven; Wilhelmshaven kommt später dran — neue Perspektiven in der

Hafenpolitik gegeben, und wir haben gemeinsam mit den Umweltverbänden und mit der Hafenvirtschaft vor Ort neue Konzepte mit dem Ziel entwickelt, diese Konzepte schneller und nicht langsamer umzusetzen, Herr Küpker.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, insofern habe ich nach diesen Gesprächen den Eindruck, daß die Wirtschaft das von uns entwickelte Konzept honoriert und daß mancher Vorbehalt, der im Vorfeld geäußert wurde, auf Vorurteilen beruhte, die wir aber Stück für Stück ausräumen können.

(Hildebrandt [FDP]: Wie bei Pirelli?)

Insofern bin ich zuversichtlich, daß das Klima der Kooperation zwischen der Wirtschaft und dieser Landesregierung gut ist — Herr Stock, auch wenn das nicht in Ihr Konzept paßt — und sich noch besser weiterentwickeln wird.

Natürlich wird dieses gute Klima auch von der gegenwärtig guten Konjunktur beflügelt. Selten war — da stimmen wir mit Ihnen überein — das Konjunkturklima so gut wie zum gegenwärtigen Zeitpunkt.

(Hildebrandt [FDP]: Ist das Ihr Verdienst?)

Ich sage aber ausdrücklich, daß wir nicht so vermessen sind zu sagen, daß dies unser Verdienst ist.

(Haselbacher [CDU]: Das ehrt Sie! — Waike [SPD]: Das hätte ich aber getan!)

Wir sagen nur, daß das Ausdruck der allgemein guten Binnenkonjunktur ist,

(Hildebrandt [FDP]: Trotz Rot-Grün!)

Ich meine auch, daß das eigentlich für die vergangenen Jahre gilt, die Sie immer für sich reklamieren, Herr Stock. Auch Herr Gansäuer hat gestern in großzügiger Manier diese gute wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre in Niedersachsen als Erfolg der alten Landesregierung bezeichnet.

Ich sage noch einmal: Wir sind nicht so vermessen, die gegenwärtige gute Wirtschaftslage als unseren Erfolg auszuweisen. Ich sage aber auch, daß diese Situation ein Ausweis dafür ist, daß die Wirtschaft in unserem Land durch die Politik von Rot-Grün nicht im Koma liegt, wie Sie das gelegentlich weismachen wollen.

(Beifall bei der SPD. — Stock [CDU]: Wenn Sie das als Erfolg bezeichnen, ist das eine tolle Fanfare!)

Meine Damen und Herren, unter dieser glänzenden Oberfläche der schönen Zahlen, die wir zur Zeit haben, liegen allerdings bedenkliche Pro-

bleme: Wenn wir einmal die Zahlen, die die Konjunktur beschreiben, auf ihre strukturellen Inhalte hin überprüfen, dann werden in Niedersachsen ganz bedenkliche Strukturschwächen erkennbar, die sich in einzelnen Punkten während Ihrer Regierungszeit verstärkt haben.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.  
— Waike [SPD]: Das stimmt!)

Ich möchte hier nur ein Beispiel nennen, weil das sehr wichtig und repräsentativ ist: ich meine die tendenzielle Abnahme der Exporte Niedersachsens am Gesamtexport der Bundesrepublik. Dies ist auch Ausdruck einer tendenziell abnehmenden internationalen Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft unseres Landes. Dies ist kontinuierlich seit den 70er Jahren geschehen, und dies ist in einer Zeit der zunehmenden Internationalität unserer Wirtschaft passiert. Von daher ist diese Exportschwäche eine sehr bedenkliche Entwicklung, die dazu geführt hat, daß Niedersachsen bei der Ausfuhr pro Kopf innerhalb der Flächenländer im Jahre 1989 vor Schleswig-Holstein gerade noch den vorletzten Platz eingenommen hat.

Es ist Ihnen also nicht gelungen, die Exportschwäche und das dahinterstehende Modernisierungsdefizit unserer Wirtschaft abzubauen; im Gegenteil! Das ist eine schwere Erblast, mit der die neue Landesregierung fertig werden muß. Darüber täuschen auch die gegenwärtig guten konjunkturellen Zahlen nicht hinweg.

Was tut nun die neue Landesregierung dagegen? Lassen Sie mich damit auch auf den Inhalt des Haushaltsplanentwurfs 1991 zu sprechen kommen.

Zunächst muß ich Sie grundsätzlich korrigieren. Der Wirtschaftsförderfonds ist trotz einer Kürzung um 20 Millionen DM zugunsten der Finanzierung der deutschen Einheit nicht kleiner geworden als im Vorjahr,

(Stock [CDU]: Sie haben vergessen, daß das inzwischen 40 Millionen DM geworden sind!)

sondern er hat sich trotz dieser Kürzungen gegenüber dem Vorjahr erhöht.

(Haselbacher [CDU]: Durch die Rückflüsse!)

Auch die Investitionen im Einzelplan 08, Herr Stock, haben sich gegenüber dem Vorjahr nicht vermindert, sondern sie haben sich um 65 Millionen DM erhöht.

(Bruns [SPD]: Hört, hört!)

Dies nur zur Korrektur der Zahlen, die Sie hier vorgetragen haben.

Aber nun ein Stichwort zur Technologiepolitik. Ich muß energisch dem widersprechen, was sowohl Sie, Herr Stock, als auch Sie, Herr Küpker, hier gesagt haben, daß wir nämlich die Technologieförderung abgebaut hätten. Das Gegenteil ist der Fall. Sie wollen nicht zur Kenntnis nehmen, daß wir innerhalb des Haushalts Umstrukturierungen vorgenommen haben, die Sie beachten müssen. Und wenn Sie diese Umstrukturierungen addieren, dann stellen Sie fest: Wir wollen mehr Geld für die Technologieförderung ausgeben!

Wenn ich nur die Zahlen aus dem Wirtschaftsförderfonds, aus dem Kapitel 08 04 — Bewilligung für Investitionen im Bereich der wirtschaftsnahen Forschung —, und aus dem Strukturhilfeprogramm nehme, dann haben wir schon dort mehr als im vergangenen Jahr.

Wenn wir dann noch die Beträge hinzunehmen, die wir in großem Umfang erstmalig für Sican aufbringen, nämlich 33 Millionen DM, dann kommen wir bei der Technologieförderung insgesamt auf ein Plus von 36 Millionen DM gegenüber dem Vorjahr.

(Beifall bei der SPD. — Zustimmung von Frau Dr. Dückert [Grüne].)

Das ist kein Abbau, sondern das ist eine erhebliche Zunahme, die auch notwendig ist, um die Strukturschwäche, von der ich eben sprach, in den Griff zu bekommen.

Nun zum Landesdarlehensprogramm. Herr Küpker, ich kann ja verstehen, daß Ihr Herz daran hängt, weil Sie das einmal auf den Weg gebracht haben. Aber wir müssen — das hat Herr Senff schon deutlich gemacht — folgendes sehen: Dieses Landesdarlehensprogramm ist zu wenig differenziert, zielt zu wenig auf die Strukturschwäche ab, die wir im Lande haben. Herr Senff hat es Gießkannenprinzip genannt. Ich kann das nur unterstreichen.

(Küpker [FDP]: Mit dieser Differenzierung bin ich einverstanden!)

Wir wollen dieses Programm mit der Fortschreibung der Richtlinien stärker auf technologische Struktureffekte hin ausrichten.

(Küpker [FDP]: Das ist okay!)

Das heißt, daß auch das Landesdarlehensprogramm in Zukunft verstärkt in den Dienst der Technologieförderung gestellt werden soll.

(Haselbacher [CDU]: Aber Sie haben doch Geld abgezogen! — Zuruf von Stock [CDU].)

Dr. Fischer

Also auch im Bereich der Technologieförderung ein Plus, um die Modernisierungslücke in der Wirtschaft abzubauen, die wir von Ihnen übernommen haben!

(Zustimmung von Frau Dr. Dückert [Grüne]. — Hildebrandt [FDP]: Aber Sie kürzen doch das Programm! Das ist es doch!)

Im übrigen meine ich, daß die Kritik an der Kürzung, die Sie hier ausgesprochen haben, nicht gerechtfertigt ist. Wo denn bei uns im Haushalt soll ein solcher Solidarbeitrag stattfinden, den wir zur deutschen Einheit leisten wollen?

(Frau Dr. Dückert [Grüne]: Bei den Kindergärten oder bei der Lernmittelhilfe zum Beispiel!)

Es muß doch irgendwo gekürzt werden. Ist es denn nicht mehr als gerechtfertigt, dieses dort zu tun, wo aufgrund der Einigung am meisten profitiert wurde?

(Beifall bei der SPD.)

Sie haben in Ihrem Gutachten doch selber nachgewiesen, daß die Wirtschaft hier im Lande von der Einigung besonders profitiert hat. Deshalb glaube ich, daß gerade, wenn die Wirtschaft brummt, sie es am ehesten verkraften kann, wenn Subventionen gekürzt werden.

Apropos Subventionen: Ich bin im übrigen der Meinung, daß wir tendenziell von den unternehmensbezogenen Subventionen wegkommen müssen.

Was Sie und Ihre Parteien landauf und landab verkünden, daß nämlich Subventionen abgebaut werden sollen, wollen wir umsetzen; und dies werden wir auch mit Unterstützung der Wirtschaft tun. Ich habe in den Gesprächen mit der Wirtschaft, von denen ich hier berichtet habe, dafür bereits Zustimmung signalisiert bekommen. Wir haben deshalb die Kammern und Verbände Niedersachsens eingeladen, um mit ihnen über eine solche Umstrukturierung der Wirtschaftsförderung mit dem Ziel zu sprechen, daß wir für die Investitionen im Lande dadurch mehr Mittel freibekommen, daß wir die unternehmensbezogenen Subventionen abbauen. Das heißt, wir wollen in Zukunft die Wirtschaftsförderung stärker auf die Bereiche konzentrieren, die in unserer marktwirtschaftlichen Ordnung dem Staat zustehen, und wir wollen die Wirtschaftsförderung da wegnehmen, wo Sie zu stark unternehmensbezogen ist.

(Beifall bei der SPD.)

An dieser Stelle möchte ich noch eine Anmerkung zum Thema „Großprojekte“ machen. Herr Küpker, ich habe in der Tat in Emden gesagt, daß die Industrialisierungspolitik der letzten 20 Jahre an der Küste ein Flop gewesen sei, und habe damit das Zielen auf industrielle Großprojekte an der Küste gemeint. Dafür sind in der Tat Landesmittel in Milliardenhöhe ausgegeben worden

(Küpker [FDP]: Wo denn?)

— in Wilhelmshaven zum Beispiel —, und zwar mit dem Ergebnis, daß nur wenige hundert Arbeitsplätze dadurch geschaffen worden sind. Wenn wir diese Mittel verstärkt in Maßnahmen der Technologieförderung, in den Ausbau von Fachhochschulen u. ä. gesteckt hätten, dann wäre die Situation an unserer Küste heute wahrscheinlich wesentlich günstiger, als sie sich gegenwärtig darstellt.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Meine Damen und Herren, ich komme nun zur Verkehrspolitik. Sie beklagen fehlende Konzepte. Ich bitte Sie, genau hinzuschauen. Zum ersten haben Sie hier falsche Zahlen vorgetragen. Weder die Mittel für den Radwegbau noch die Zuschüsse an die nichtbundeseigenen Eisenbahnen sind gekürzt worden.

(Widerspruch bei der CDU.)

— Wir können uns darüber noch einmal unterhalten; ich erkläre Ihnen das noch einmal.

(Zurufe von Stock [CDU]. — Gegenruf von Senff [SPD]: Du hast ja wieder alles falsch aufgeschrieben! Das kannst Du doch nicht machen, Mensch!)

**Vizepräsident Rehkopf:**

Herr Minister, möchten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Haselbacher beantworten?

**Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:**

Ich bin jetzt ein bißchen in Zeitdruck. Im übrigen habe ich ja angeboten, daß wir das gern aufklären können.

Ferner übersehen Sie auch geflissentlich, daß wir in der Verkehrspolitik einen deutlichen Schwerpunkt in der Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs gesetzt haben.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Nach einem Jahrzehnt der Verhandlungen mit dem Bund ist es der neuen Landesregierung

innerhalb weniger Monate gelungen, die dringend notwendige Verbindung Wunstorf—Lehrte auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Für diesen Bereich stehen zusätzlich 34 Millionen DM zur Verfügung, und der Zuschuß des Landes nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz beläuft sich, verteilt auf mehrere Jahre, auf 88 Millionen DM. Erstmals sind auch Landesmittel für rollendes Material in den Haushalt eingesetzt worden. Für Busse in der Fläche und für Stadtbahnzüge setzt das Land 1991 21 Millionen DM gegenüber null DM im vorigen Jahr ein.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.  
— Zurufe von der SPD: Hört, hört!)

Bei der für die Region Hannover und für ganz Niedersachsen so wichtigen Expo 2000 — da stimmen wir völlig überein — ist es mit Hilfe der Landesregierung gelungen — nehmen Sie das bitte zur Kenntnis —, eine mit allen Verkehrsträgern abgestimmte Nahverkehrskonzeption voranzutreiben, damit die notwendigen planerischen Arbeiten durchgeführt werden können.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Insofern geht Ihre Kritik in diesem Punkte völlig ins Leere.

Dann, Herr Stock, ein Wort zum Thema „Anmeldungen zur Bundesverkehrswegeplanung“. Ausgerechnet Sie werfen mir hier Doppelzüngigkeit vor. Ich muß das zurückgeben. Auf der einen Seite — Herr Sprung hat das gesagt — wirft man uns vor, wir — hätten gar nichts angemeldet. Andererseits beklagen Sie nun, daß wir etwas angemeldet haben.

(Stock [CDU]: Haben Sie nun, oder haben Sie nicht?)

— Wir haben.

(Frau Lenke [FDP]: Da wurden wir wieder einmal nicht informiert!)

Und nun lassen Sie mich einmal erzählen, wie das läuft, obwohl Sie das eigentlich wissen sollten. Die Anmeldungen zur Bundesverkehrswegeplanung sind ein Prozeß und kein einmaliger Akt. Es gibt seit langem intensive Gespräche zwischen dem Staatssekretär meines Hauses und dem Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium über diese Frage. Im Dezember und im Januar haben wir unsere Vorstellungen schriftlich übermittelt. Sie wissen genau, daß durch die deutsche Einigung die Prioritäten inzwischen auch von Bonn neu gesetzt werden. Der neue Bundesverkehrsminister hat ein Sofortprogramm auf die

Beine gestellt, von dem auch Niedersachsen profitiert — wir unterstützen ihn bei diesem Programm voll —, und das hat natürlich Auswirkungen auf andere Maßnahmen.

(Zustimmung von Abgeordneten der CDU und der FDP.)

Das heißt, die Findung der Prioritäten für die Bundesverkehrswegeplanung ist ein fortlaufender Prozeß, in dem wir uns mittendrin befinden.

Niedersachsen ist in der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft, die die Bewertung der Projekte vornimmt, vertreten. Ich habe Ihnen angeboten, Sie zu informieren. Dies haben wir auch dem Ausschuß angeboten. In Kürze wollen wir das auch tun. Deshalb entsteht, denke ich, kein Informationsdefizit des Landtags.

Zum Bundesverkehrswegeplan darf ich also feststellen: Es ist nichts versäumt worden, und das Angebot einer umfassenden Information der parlamentarischen Gremien steht nach wie vor.

(Haselbacher [CDU]: Aber wie verstehe ich dann die Antwort auf die kleine Anfrage?  
— Stock [CDU]: Die Antwort auf die kleine Anfrage!)

Nun noch eine Bemerkung zu Ihrer Kritik an der Hafenspolitik. Was Sie im Hinblick auf die Politik Niedersachsens gegenüber Hamburg bezüglich Cuxhavens gesagt haben, hat mich doch sehr erstaunt. Ich muß dies so interpretieren, daß Sie weiterhin eine Hafenspolitik gegen Hamburg machen wollen. Dies halte ich für äußerst bedenklich.

(Beifall bei der SPD. — Stock [CDU]: Das habe ich gar nicht gesagt!)

Wir leben in einer Zeit, in der die Regionen Europas zusammenwachsen, und Sie wollen auf Konfrontation gehen. Das kann doch nicht wahr sein!

(Beifall bei der SPD. — Stock [CDU]: Das habe ich überhaupt nicht gesagt.)

— So mußte ich dies aber interpretieren, Herr Stock.

(Stock [CDU]: Wenn Sie das interpretiert haben, ist das etwas anderes; aber es ist trotzdem falsch!)

— Dann müssen Sie vielleicht versuchen, sich vorsichtiger auszudrücken.

(Beifall bei der SPD. — Zuruf von der SPD: Wir haben es auch so verstanden!)

Ich darf feststellen, daß wir uns bemühen, in eine engere Kooperation sowohl mit Hamburg als auch mit Bremen zu treten. Denn die vielen

Dr. Fischer

Menschen, die im niedersächsischen Umland von Hamburg und Bremen leben und in Hamburg und Bremen arbeiten, haben überhaupt kein Verständnis dafür, wenn wir weiterhin an einer Grenzbetrachtung festhalten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Deshalb hat diese Landesregierung erstmalig eine gemeinsame Kabinettsitzung mit Bremen durchgeführt.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Und deshalb wird diese Landesregierung in nächster Zeit erstmalig eine gemeinsame Kabinettsitzung mit Hamburg durchführen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch eine Schlußbemerkung machen. Neben den harten Fakten spielt — das wissen wir alle — in der Wirtschaftspolitik auch die Psychologie eine Rolle. Darüber haben wir schon früher einmal gesprochen. Ich habe bereits eingangs versucht deutlich zu machen, daß die Landesregierung darum bemüht ist, ein kooperatives und vertrauensvolles Verhältnis zur Wirtschaft in diesem Lande herzustellen. Ich glaube, wir sind auf einem guten Wege dazu. Für die Wirtschaftspolitik im psychologischen Sinne trägt meiner Ansicht nach auch der Landtag als Ganzes eine Verantwortung. Deshalb meine Bitte: Bei allem Streit in der Sache, der in diesem Landtag notwendig ist, sollten wir aber unnötigen Streit vermeiden. Lassen Sie uns versuchen, auch Gemeinsamkeiten zu sehen. Überziehen Sie die Kritik nicht. Lassen Sie die Kirche im Dorf!

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Denn auch die Opposition trägt wirtschaftspolitische Verantwortung. Wirtschaft heißt Wettbewerb. Niedersachsen befindet sich in einem starken Wettbewerb mit anderen Bundesländern und darüber hinaus mit anderen Ländern in Europa. Deshalb ist es wichtig, nicht nur — wie ich eben sagte — Gemeinsamkeiten zu entdecken, sondern diese auch energisch nach außen zu vertreten. Herr Stock, ich bin mit Ihnen einig, daß die Chancen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Niedersachsens günstig sind. Dazu haben die Veränderungen der vergangenen Monate beigetragen. Lassen Sie uns diese Chancen nicht zerreden!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

**Vizepräsident Rehkopf:**

Meine Damen und Herren, damit ist das erste Schwerpunktthema abgeschlossen.

Ich rufe nun den zweiten Schwerpunkt unserer heutigen Vormittagsitzung auf: Bildung, Wissenschaft und Kultur.

Für die CDU-Fraktion hat sich der Kollege Horrmann gemeldet. — Herr Horrmann, Sie haben das Wort.

(Vizepräsident Dr. Blanke übernimmt den Vorsitz.)

**Horrmann (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Ministerin, wohin die Reise in der Hochschulpolitik geht, ist für mich gegenwärtig nicht erkennbar, obwohl Sie viel im Lande herumreisen. Erkennbar sind für mich die Fußstapfen, die Ihr Amtsvorgänger auf seinen Reisen in der hochschulpolitischen Landschaft Niedersachsens hinterlassen hat.

(Lachen bei der SPD. — Zurufe von der SPD.)

Zu diesen Fußstapfen gehört auch, daß der Arbeitsauftrag der Hochschulstrukturkommission Ihnen, Frau Ministerin, übertragen ist. Wenn ich Ihre Einlassungen sowohl im Wissenschafts- als auch im Haushaltsausschuß ansehe, so entnehme ich ihnen nichts anderes als: „abwarten“, „prüfen“, „überlegen“, wogegen ich im Prinzip nichts habe.

Aber ich hätte gerne wenigstens andeutungsweise gewußt, wohin im Bereich der Hochschulstruktur die Reise geht. Die Nähe Hildesheims zu Hannover hat zumindest für Hildesheim dazu geführt, daß Sie dort etwas haben erkennen lassen. Das will ich nicht bestreiten. Aber an den berühmten neuralgischen Punkten, die die politische Entscheidung notwendig machen — ich denke an Vechta, ich denke an Nienburg, ich denke an Buxtehude,

(Zuruf von der CDU: Holzminden!)

— ich denke an Holzminden, danke schön —, bedarf es noch vieler Abstimmungen, vieler Klärungen. Dort steht Ihr hochschulpolitisches Credo noch bevor. Ich hoffe, daß wir hierzu alsbald wenigstens die Grundstruktur erkennen dürfen, damit wir unseren Kompaß darauf einstellen können. Solange das orientierungslos bleibt, Frau Schuchardt, kann ich, wie Sie sicherlich verstehen, wenig Kritik daran üben oder unterstützend wirken. Letzteres biete ich Ihnen ausdrücklich an.



Im Bereich der Fachhochschulen, Frau Ministerin, können Sie auf dem aufbauen, was die Vorgängerregierung auf den Weg gebracht hat. Ich darf daran erinnern, daß der notwendige Ausbau der niedersächsischen Fachhochschulen von der Vorgängerregierung eingeleitet wurde, daß beabsichtigt war, 4 750 Studienplätze im Fachhochschulbereich zu etablieren. Sie können jetzt — das ist nicht Ihr Verdienst und wäre auch nicht unmittelbar unser Verdienst gewesen — 7 500 Studienplätze auf den Weg bringen, nachdem uns der Bund mit dem berühmten Möllemann-Programm die Möglichkeit gegeben hat, flächenbezogen Studienplätze auszubauen. Sie haben angekündigt, dies in einem Umfang von 15 000 zu tun; mit den Fachhochschulen — 7 500 — beginnend, was wir unterstützen. Wir sind natürlich aber auch gespannt, wie Sie die anderen 7 500 für die wissenschaftlichen Hochschulen auf den Weg bringen wollen.

Frau Ministerin, Sie sollten auch nicht vergessen, daß die Finanzierungsregelung für uns durchaus lukrativ ist, wenn der Bund mit 60 % dabei ist und wir zu 40 % beteiligt sind.

Im Bereich der wissenschaftlichen Hochschulen, Frau Schuchardt, ist die Gretchenfrage die: Wie halten Sie es mit der Lehrerausbildung? Sie haben schon einige Male Gelegenheit genommen, mich aus meinem ehemaligen Geschäftsbereich hierauf anzusprechen. Ich möchte Ihnen dazu sagen, Frau Schuchardt: Wenn in den letzten 15 Jahren in Niedersachsen die Zahl der Schüler im allgemeinbildenden Schulwesen von 1,3 Millionen auf 800 000 zurückgegangen ist, dann ist sicherlich unschwer festzustellen, daß politischer Handlungsbedarf in der Frage besteht, wie umfangreich Lehrerausbildung in diesem Lande zu betreiben ist, und auch in der zweiten Frage, die Sie unmittelbar berührt, an welchen Standorten dies sinnvollerweise vorgehalten werden muß. Das ist eine sehr schwierige Aufgabe, und ich bin gespannt, wie Sie sie vor dem Hintergrund auch lokaler und regionaler Egoismen in der Verteidigung traditioneller Standorte für die Lehrerausbildung lösen wollen.

Daß wir in Niedersachsen, was die Versorgung mit Lehrern angeht, eigentlich gar nicht so schlecht dastehen, zeigt der Hinweis aus Nordrhein-Westfalen. Ihr Kollege aus dem Schulbereich, Herr Schwier, sagte: Wenn in Nordrhein-Westfalen nur annähernd der Standard der Lehrerversorgung erreicht werden soll wie im Bundesdurchschnitt, dann fehlen in Nordrhein-Westfalen 14 000 Lehrer. Daß wir in Niedersachsen mit unserer Lehrerausbildungspolitik durchaus richtig

gelegen haben und die daran geübte Kritik falsch war, belegen diese Zahlen aus dem Nachbarland.

Frau Schuchardt, Sie haben auch die Situation der Überlast an den Hochschulen beklagt. Hier besteht überhaupt kein Streit. Das ist ein bundesweites und kein speziell niedersächsisches Thema. Aber die Frage, wie jedes einzelne Bundesland in den letzten Jahren mit der Überlast fertig geworden ist, ist doch eine interessante Frage. Ein Indikator, um festzustellen, wie leistungsfähig unsere Hochschulen trotz Überlast sind, ist doch der Maßstab, wie lange unsere Studenten an den Hochschulen verweilen, bis sie ihr Examen ablegen.

Wenn ich das in einigen Fächern mit dem Bundesdurchschnitt vergleiche — das ist aber symptomatisch für fast den gesamten Fächerbereich —, brauchen wir uns in Niedersachsen nicht zu verstecken. In sehr vielen Fächern liegen wir voll im Bundesdurchschnitt. Es gibt sogar Bereiche, in denen wir deutlich besser sind. Zum Beispiel in dem Fachbereich Rechtswissenschaften beträgt die durchschnittliche Verweildauer bis zum Examen in Niedersachsen 10,9 Semester, im Bundesdurchschnitt 11,7 Semester. Selbst in dem stark nachgefragten Überlastfach Betriebswirtschaftslehre, bei dem viele Klagen aus den Hochschulen kommen, muß ich feststellen, daß wir mit 10,9 Semestern wenn auch unwesentlich, aber immerhin etwas unterhalb des Bundesdurchschnitts von 11 Semestern liegen. Das Fertigwerden mit der Überlast, so schwierig dieses Problem im einzelnen ist, ist also in Niedersachsen mindestens genauso gelungen wie in anderen Bundesländern.

Frau Schuchardt, Sie haben in den Ausschüssen fast krokodilstränenhaft beklagt, daß die Vorgängerlandesregierung den wissenschaftlichen Nachwuchs, überhaupt die Stellenbewirtschaftung an den Hochschulen nach dem Zufallsprinzip durchgeführt habe.

(Boekhoff [SPD]: Genauso war es!)

Ich habe Ihnen schon einmal gesagt: Es gibt auch mal Themenbereiche, in denen wir uns nicht wild streiten müssen. Es ist dem Bereich Wissenschaft und Kultur sogar angemessen, daß wir es vielleicht auf einer anderen Ebene tun können.

Ich will überhaupt nicht bestreiten, daß Sie dann, wenn Sie den Hochschulen — Sie machen es genauso wie wir — letztlich die Entscheidung darüber belassen, wie sie die Einsparquoten erbringen, natürlich den Weg des geringsten Widerstands gehen und zunächst einmal die Stellen kassieren, die auf dem natürlichen Weg oder wie auch immer in Abgang gestellt werden. Das hatte

Horrmann

ja zur Folge — ich sage das auch ganz selbstkritisch —, daß in den Studienbereichen, in denen traditionell Zeitstellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs ausgewiesen werden, diese in dem Augenblick, als der Zeitvertrag ausgelaufen war, kassiert wurden. Das sind leider die ingenieurwissenschaftlichen und naturwissenschaftlichen Fächer gewesen, wogegen in den kulturwissenschaftlichen Fächern, aus welchen Gründen auch immer, die beamteten Stellen vergeben worden sind, wo sie kaum in den Einsparauflagen eingreifen konnten. Wenn dann eine Stelle freigeworden ist und dort kassiert wurde, war das in dieser Systematik im Grunde genommen vorprogrammiert. Deswegen hat Ihr Vorgänger, Herr Dr. Cassens, zumindest zur Milderung der Härten in diesen Bereichen die berühmten §-12-Mittel flexibilisiert. Sie haben dieses Prinzip auch in den Ausschüssen als richtig deklariert. Nur, Frau Schuchardt, wenn ich nun im Vorgriff auf das, was heute nachmittag offensichtlich geschehen wird, lese, daß Sie im Rahmen der Kürzungen, die Ihr Haus zur Erwirtschaftung der 443 Millionen DM beitragen muß, offensichtlich ausgerechnet an dieser empfindlichen Stelle der Personalbewirtschaftung, der Flexibilisierung und des punktuellen Eingehens auf Bedürfnisse einzelner Institute Kürzungen zulassen, dann frage ich mich, warum Sie das ausgerechnet bei den §-12-Mitteln zulassen, wo Sie die Kürzung von 7 Millionen DM mitverkräften müssen. Das ist kontraproduktiv. Das entspricht auch nicht den Vorstellungen und Erwartungen, die Sie an unsere Hochschulpolitik gestellt haben.

(Kempmann [Grüne]: Wo würden Sie kürzen wollen?)

Hier müssen Sie sich schon fragen lassen, wie Sie dies zukünftig regeln wollen.

(Zustimmung bei der CDU.)

In der Forschungspolitik, Frau Schuchardt, haben Ihre Vorgängerregierungen sehr viel Wert darauf gelegt, daß die zukunftsorientierten Forschungen in der Hochtechnologie auch eine entsprechende Ausstattung erhielten. Ich denke in diesem Zusammenhang an die Biotechnologie, an die Mikroelektronik, an die Aerosolforschung, an die wirtschaftsnahe Forschung — die jetzt vom Wirtschaftsministerium in Ihr Haus verlagert worden ist —, an die Meeresforschung und an die Kommunikationsforschung. Unsere niedersächsischen Hochschulen, die in diesen Bereichen geforscht haben, sind überregional anerkannt. Wenn ich nur einmal die entsprechenden Institute in Clausthal, Braunschweig und Hannover als Beispiel nehme, haben sie Niveau im Weltmaßstab,

und sie sind in der gesamten Welt in ihren Forschungsaufträgen und -arbeiten voll anerkannt.

Wenn man Spitzenforschung als einen wesentlichen Indikator für die wissenschaftliche Stärke eines Landes zugrunde legt, so betrifft dies diese berühmten Sonderforschungsbereiche. In der Zeit der Albrecht-Regierung, Frau Schuchardt, sind die Sonderforschungsbereiche in Niedersachsen vehement ausgebaut worden. Das sind die olympischen Disziplinen in der Forschung, Frau Schuchardt.

(Zuruf von Ministerin Schuchardt.)

Wir sind stolz darauf, daß wir in Niedersachsen praktisch von Null auf mehr als 20 solcher Sonderforschungseinrichtungen gekommen sind.

Frau Schuchardt, ein weiteres Wort zur Forschungspsychologie. Ich halte das für außerordentlich bedenklich, um nicht zu sagen für gefährlich, was Sie mit Ihrem Erlaß zur sogenannten militärnahen Forschung, den Sie am 29. Januar 1991 in die Hochschulen hineingegeben haben, angerichtet haben.

(Kempmann [Grüne]: Was?)

Sie haben in Ihrem Anschreiben selbst dargestellt — Frau Schuchardt, dürfte ich Ihre Aufmerksamkeit erbitten? —, daß das ein sehr ambivalentes Betätigungsfeld ist.

Der Präsident der Braunschweiger Universität hat Ihnen, wie ich meine, eine angemessene Antwort gegeben, indem er Ihnen nachwies, daß Sie damit im Hinblick auf die durch das Grundgesetz garantierte Freiheit von Forschung und Lehre in Bedrängnis gekommen sind, um nicht zu sagen ins Schleudern geraten sind.

(Zustimmung bei der CDU.)

Sie müssen mit sich selbst ausmachen, wie Sie im hochschulinternen Verkehr versuchen wollen, dies zu rechtfertigen.

Entscheidend ist aber der psychologische Schaden, der über Niedersachsen hinaus entstanden ist, Frau Schuchardt. Die Drittmittelgeber werden es sich künftig dreimal überlegen, ob sie noch Forschungsaufträge nach Niedersachsen vergeben werden, wenn in dieser Weise in die Forschungsfreiheit eingegriffen wird. Sie bleiben die Antwort auf die Frage schuldig, wie Sie diese hochtechnologische Forschung überhaupt noch finanzieren könnten, wenn die Drittmittel einmal wegfallen sollten.

(Kempmann [Grüne]: Sagen Sie einfach, ob Sie militärische Forschung haben wollen oder nicht! Darüber müssen wir reden!)

Mit Ihrem Erlaß, Frau Schuchardt, haben Sie der Forschungslandschaft in Niedersachsen erheblichen Schaden zugefügt. Sie haben dies aus einem rein opportunistischen Gesichtspunkt heraus getan, weil Sie glaubten, daß es in der Zeit dieses schrecklichen Golfkriegs opportun sei, gegenüber der Öffentlichkeit einen solchen Aspekt in die Diskussion zu bringen.

(Kempmann [Grüne]: Das ist unglaublich, was Sie da sagen!)

Sie haben Beifall haben wollen. Sie haben ihn auch bekommen, sicherlich von der falschen Seite.

(Zustimmung von Eveslage [CDU].)

Der Forschungslandschaft in Niedersachsen — ich wiederhole das — haben Sie damit einen Bärendienst erwiesen.

(Zustimmung bei der CDU. — Frau Tewes [SPD]: Es ist gut, daß es zwei Seiten gibt! Dann suche ich mir eine aus!)

Das wird noch nachhaltige Wirkungen für die Forschungslandschaft in diesem Land haben.

Zum Kulturbereich möchte ich nur ein Thema ansprechen. Frau Schuchardt, Sie haben in den Ausschüssen versucht, die Filmförderung als ein Highlight, wie es heute so schön heißt, darzustellen. Sie meinten, die alte Landesregierung habe sich schwerlastig auf die wirtschaftliche Filmförderung konzentriert und habe die Förderung des kulturellen oder nichtkommerziellen Films vernachlässigt. Frau Schuchardt, wenn Sie die früheren Haushaltsansätze für die Filmförderung in den Einzelplänen 08 und 06 zusammenrechnen und das Ergebnis zu dem in Vergleich setzen, was Sie noch für die Filmförderung vorhalten, so müssen Sie feststellen, daß es einen Rückschritt gegenüber dem bisherigen Stand gibt.

Wenn Sie meinen, die Filmförderung habe äußerste Priorität in der Kulturförderung, so kann ich diese Priorität nicht erkennen. Von der geplanten und von Ihnen gewollten Förderung in Höhe von 8,4 Millionen DM bleibt nur noch ein kleiner Rest übrig.

Frau Schuchardt, eine letzte Bemerkung zu Ihrem Geschäftsbereich. Sie haben sich in den Ausschüssen gerühmt, es sei Ihnen gelungen, eine deutlich höhere Steigerung Ihres Etats zu erreichen als die durchschnittliche Steigerungsrate der Einzelpläne. Auf Anhieb klang das sicherlich ganz gut. Wenn man aber bei dieser Rechnung die Mittel, die aus dem Einzelplan 08 in Ihren Geschäftsbereich verlagert worden sind, und die höheren Zuweisungen des Bundes für das BAföG

abzieht, stellt man fest, daß die Zuwachsrate in Ihrem Geschäftsbereich keineswegs höher ist als in den anderen Ressorts. Es ist Ihnen also nicht gelungen — das ist meine abschließende Bemerkung dazu —, für Ihr Ressort eine deutlich bessere finanzielle Ausstattung und damit eine Prioritätensetzung zu erreichen. Mit den Mitteln, die Sie vorgefunden haben, können Sie im Grunde genommen nur das abwickeln, was unabdingbar notwendig ist. Zusätzliche Maßnahmen sind nicht möglich.

Ich bin nicht auf den gebäudemäßigen Hochschulausbau eingegangen. Auf diesem Gebiet wickeln Sie nicht einmal das ab, was ursprünglich vorgesehen war. Ich glaube, Sie kommen auf der Vorhabenliste bis Platz 13. Sie können das gegebenenfalls gleich noch richtigstellen. Das ist auch nicht das Allerwichtigste.

Daß der Hochschulausbau bei Ihnen eine besondere Priorität haben soll, wie Sie noch im Ausschuß gesagt haben, ist nun wirklich nicht erkennbar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf mich jetzt dem Geschäftsbereich von Herrn Wernstedt zuwenden. Herr Wernstedt, ausweislich der „HNA“ haben Sie in Sudheim zur Kindergartenerweiterung neulich gesagt — ich darf zitieren —:

„Zur Kindergartenerweiterung wies der Minister auf das Achtjahresprogramm hin, nach dessen Ablauf eine 100prozentige Übernahme der Personalkosten durch das Land vorgesehen ist.“

**Vizepräsident Dr. Blanke:**

Im Hinblick auf Ihr Sprechtempo weise ich Sie darauf hin, daß Sie nur noch eine Redezeit von knapp drei Minuten haben.

**Hortmann (CDU):**

Herr Wernstedt, die Mipla bezieht sich zwar auf einen Zeitraum von vier Jahren, wenn ich aber richtig gelesen habe, dann werden Sie in den nächsten vier Jahren bei der Kindergartenerweiterung — insbesondere vor dem Hintergrund der Tatsache, daß Sie anlässlich der Einbringung unseres Gesetzentwurfs gesagt haben, daß Sie im Herbst einen eigenen Gesetzentwurf einbringen wollten — bestenfalls auf 20 % Fördermittel des Landes kommen. Wie Sie die Personalkosten mit diesem Anteil bis 1994 abdecken wollen, ist mir einigermaßen schleierhaft. Ich bin gespannt darauf, wie Sie die Selbstbindung, die die SPD-Frak-

Hormann

tion in dieser Frage damals auf den Weg gebracht haben wollte, realisieren wollen. Wir werden das bei der Vorlage Ihres Gesetzentwurfs feststellen.

Herr Wernstedt, in Anbetracht der mir noch zur Verfügung stehenden knappen Redezeit möchte ich mich zum allgemeinbildenden Schulwesen nicht weiter äußern. Wahrscheinlich wird es dafür noch die eine oder andere Möglichkeit geben. Statt dessen möchte ich mich nun dem berufsbildenden Bereich zuwenden. In diesem Bereich zeichnen Sie sich gegenwärtig durch Untätigkeit aus. Der alte Landtag hatte eine Expertise in Auftrag gegeben. Die Schlußfolgerungen daraus sind für mich im Augenblick aber nicht erkennbar. Sie müssen unseren Berufsschulen und auch der ausbildenden Wirtschaft schon sagen, wohin die Reise geht. Es kann nicht angehen, Herr Wernstedt, daß gegenwärtig etwa ein Drittel der Fachpraxislehrer ohne Arbeit, arbeitslos ist, obwohl sie beschäftigt sind. Ursache dafür ist, daß das freiwillige BGJ leerläuft. Das freiwillige BGJ als Aufangstation für alle diejenigen jungen Leute, die nicht unmittelbar einen Ausbildungsplatz gefunden haben, gibt es nicht mehr, weil das Ausbildungsplatzangebot inzwischen größer ist als die Zahl der Nachfrager. Deshalb laufen die freiwilligen Berufsgrundbildungsjahre leer, oder die Fachpraxislehrer beschäftigen sich mit einer knappen Handvoll junger Leute in den Werkstätten. Deshalb brauchen wir dort so schnell wie möglich entsprechende Konzeptionen.

Zum Schluß noch folgendes, Herr Wernstedt. Ich habe den Eindruck, daß Sie zu tragischer Größe wachsen.

(Beifall bei der CDU. — Waike [SPD]: Wenn Sie das „tragische“ weglassen, stimmt es! — Weitere Zurufe von der SPD.)

Sie müssen einerseits dem Schmusekurs der GEW-Funktionäre widerstehen, andererseits leiden Sie unter dem partiellen Liebesentzug der GEW-Basis. In diesem Spannungsverhältnis wackeln Sie täglich hin und her. Das mag Ihrer Bewegungsfreudigkeit ja ein wenig entgegenkommen. Der Sache ist dies aber wenig dienlich.

(Puls [Grüne]: Sind Sie dafür Experte?)

Deshalb fordern wir Sie auf, zum Segen und Vorteil der niedersächsischen Schule wieder zu dem mittleren Kurs, dem berühmten Mittelstreifen, der die Bildungspolitik dieses Landes über Jahre hinweg geprägt hat, zurückzufinden. Gegenwärtig sind Sie davon aber noch ein gutes Stück entfernt. — Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Vizepräsident Dr. Blanke:

Danke schön, Herr Abgeordneter. — Jetzt spricht der Abgeordnete Schneider (Salzgitter) für die SPD-Fraktion. Bitte, Herr Abgeordneter!

Schneider [Salzgitter] [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Drei Minuten für seinen alten Geschäftsbereich. Mehr ist Herrn Hormann nicht eingefallen; jetzt nicht und früher nicht.

(Beifall bei der SPD. — Lachen bei der CDU.)

Das war doch ein Trauerspiel, was Sie eben vorgeführt haben.

(Krapp [CDU]: Herr Schneider, Sie sind aber sonst besser!)

Wir Sozialdemokraten sind im vorigen Jahr mit einer eindeutigen Schwerpunktsetzung in der Bildungspolitik in den Landtagswahlkampf gegangen. Wir wußten, daß die Menschen in unserem Land höchst unzufrieden mit der Politik der damaligen CDU/FDP-Koalition waren. Sie hatten kein Verständnis für einen Ministerpräsidenten, der in Bonn bei der Verhinderung der Aufnahme des Rechts auf einen Kindergartenplatz in das neue Jugendhilfegesetz die aktive Rolle übernommen hatte. Sie schüttelten den Kopf über Koalitionsfraktionen, die noch vor einem Jahr ein Kindertagesstättengesetz für Niedersachsen schlicht als überflüssig abtaten.

(Frau Knoblich [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

Wir wußten von dem Unmut der Eltern, die ihr Kind schon bei der Geburt anmelden mußten, um einen Kindergartenplatz zu bekommen.

(Hormann [CDU]: Wir haben doch ein Gesetz eingebracht, Herr Schneider!)

— Ja, ein Jahr zu spät! Sie kommen immer zu spät, Herr Hormann. Das ist Ihre Tragik. — An die Protestaktionen der Schülerinnen und Schüler werden sich diejenigen von Ihnen erinnern, die bereits in der vorigen Legislaturperiode diesem Hohen Hause angehört haben. Deformation und nicht Reform der gymnasialen Oberstufe nannten die Schülerinnen und Schüler die Reformen, die Sie vorgenommen haben, und auch die Einschränkung der Wahlfreiheit ist hart kritisiert worden. Da wir gerade über Proteste reden, meine Damen und Herren, erinnern Sie sich vielleicht auch noch an die großen Protestdemonstrationen der Studentinnen und Studenten rund um den Landtag, weil die CDU und die FDP angesichts der übervollen Hochschulen auf die Wahn-

sinnsidee kamen, Studiengebühren einzuführen. Herr Horrmann, Sie haben von den Fußstapfen gesprochen, die der frühere Wissenschaftsminister Dr. Cassens hinterlassen habe. Wissen Sie, wo die Fußstapfen von Herrn Dr. Cassens zu finden sind? — In zahlreichen Fettnäpfchen in diesem Lande.

(Beifall bei der SPD. — Horrmann [CDU]: Sie sind anatomisch schlecht gebildet! — Klare [CDU]: War das spontan oder aufgeschrieben?)

Wir Sozialdemokraten wußten auch von der Erwartung vieler Eltern, zukünftig freie Lernmittel an den Schulen vorzufinden und damit ein Stück Chancengleichheit verwirklicht zu sehen.

Meine Damen und Herren von der Opposition! Ihre Regierung ist nicht zuletzt am Versagen in der Schul- und Hochschulpolitik, an fehlenden Kindergartenplätzen, an konzeptionsloser Wurstelei und an Handlungsunfähigkeit gescheitert. Daß nun ausgerechnet Sie, Herr Horrmann, hier Handlungen in bezug auf das BGJ anmahnen, ist ja nur ein Treppenwitz.

(Beifall bei der SPD.)

Da wir also um den Unmut über diese Politik wußten, formulierten wir im vorigen Jahr unsere Alternativen. Durch den vorliegenden Haushaltsplan 1991 und die mit ihm fortgeschriebene Mittelfristige Planung wird jetzt umgesetzt, was wir vor der Wahl versprochen haben.

(Dr. Stratmann [CDU]: Das wäre ja schön, das stimmt aber nicht!)

Wir haben alle wichtigen reformpolitischen Vorhaben in den Politikfeldern Wissenschaft und Kultur, Schule, Jugend und Sport einlösen können. Und dies, obwohl wir nach Aufstellung des Wahlprogramms und nach der Wahl eine gänzlich veränderte finanzpolitische Situation vorgefunden haben.

(Frau Knoblich [CDU]: Mehr Geld, als je eine Regierung zur Verfügung hatte!)

Auch ohne die Steuerlüge war es schon schlimm genug. In der Zeitung der GEW ist dieser Tage vom „Oberkultusminister“ Hinrich Swieter die Rede.

(Zuruf von der CDU: Der hört gar nicht zu!)

Herr Finanzminister, Sie lesen die GEW-Zeitung gewöhnlich sicherlich nicht.

(Lachen bei der CDU.)

Das ist im übrigen die einzige inhaltliche Opposition, mit der wir uns zur Zeit auseinandersetzen müssen. Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie sind dazu ja nicht in der Lage.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Der „Oberkultusminister“ Hinrich Swieter wird in der Zeitung der GEW natürlich negativ beleumdet. Ich, Herr Swieter, möchte Ihnen, auch im Namen der Fraktion der SPD, ausdrücklich dafür danken, daß Sie in einer außerordentlich schwierigen finanziellen Situation einen Beitrag dazu geleistet haben, daß wir die bildungspolitischen Reformvorhaben umsetzen können.

(Beifall bei der SPD.)

So viel Verständnis für die Notwendigkeiten der Bildungspolitik hat es bei Finanzministern und Finanzministerinnen in diesem Hause lange Jahre nicht gegeben. Sie sind gegenüber Frau Breuel doch immer untergegangen.

(Beifall bei der SPD. — Horrmann [CDU]: Denken Sie mal an Professor Heinke!)

Da ich gerade dabei bin, mich zu bedanken, möchte ich auch Helga Schuchardt und Rolf Wernstedt sehr herzlich für die konstruktive und gute Zusammenarbeit bei der Aufstellung des Haushaltsplans danken.

(Beifall bei der SPD. — Dr. Schneider (Isernhagen) [CDU]: Das fördert die Karriere!)

Meine Damen und Herren, wir haben unserer Bildungs- und Kulturpolitik drei Schwerpunkte zugrunde gelegt, die den Rahmen für die Beschlüsse zum Haushalt gebildet haben. Erstens. Die Sicherung der materiellen Grundlagen unseres Bildungswesens. Zweitens. Die Stärkung der Entscheidungsmöglichkeiten vor Ort und der Beteiligungsrechte. Drittens. Die Schaffung von Freiräumen für Kreativität und Innovation.

Ich werde im Folgenden dieser Zuordnung entsprechend einige Anmerkungen zu den Einzelplänen 06 und 07 bzw. zu der Politik, die sich in diesen Einzelplänen manifestiert, machen.

(Goldmann [FDP]: Aufhören!)

— Es ist klar, daß Ihnen das wehtut. Sie stehen vor dem Trümmerhaufen Ihrer Bildungspolitik.

(Beifall bei der SPD.)

Weswegen sind Sie denn bei der letzten Wahl gegen die Wand gefahren? Nicht zuletzt wegen der miserablen Bildungspolitik.

(Beifall bei der SPD. — Dr. Schneider (Isernhagen): Das haben Sie noch vor sich!)

Schneider (Salzgitter)

Das erste Stichwort unter der Überschrift „Sicherung der materiellen Grundlagen“ heißt „Kindertagesstätten“. Wir haben die Regierung in einem Land übernommen, das in der Versorgung mit Kindergartenplätzen am Ende der Skala der alten Bundesländer liegt. Es liegt auch einschließlich der neuen Bundesländer am Ende der Skala. Die vorige Regierung und die sie tragenden Parteien haben eine Entwicklung verschlafen, die von wieder steigenden Kinderzahlen, von veränderten gesellschaftlichen Bedingungen — Stichwort „Alleinerziehende“ — und von einem anderen Verhältnis der Kinder zur Vorschulerziehung geprägt ist.

(Zurufe von der CDU.)

— Sie beschwerten sich im Moment, daß ich das wie Schnipkoweit mache. Dazu kann ich Ihnen auch etwas sagen. Sie kennen ja den guten Spruch von Schnipkoweit: „Vor der Hacke ist es duster.“ Bei Schnipkoweit war es auch hinter der Hacke duster.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Der Fehlbedarf an Kindergartenplätzen im Vormittagsbereich, den wir übernommen haben, liegt bei mehr als 30 000. Bei Krippen haben wir im Land einen Versorgungsgrad von 1 %. Bei Kinderhorten haben wir ganze 2 % übernommen.

(Zuruf von Dr. Schneider (Isernhagen) [CDU].)

Was haben wir angesichts dieser Situation gemacht? Wir haben ein Sofortprogramm für den Bau von Kindertagesstätten eingeleitet, das eine Verdoppelung der Investitionsmittel und eine Starthilfe im Personalbereich beinhaltet. Wie notwendig dies war, können Sie daran ablesen, daß bereits jetzt beim Land doppelt soviel Anträge auf Bezuschussung vorliegen, wie wir im 91er Haushalt Mittel bereitgestellt haben. Wir gehen davon aus, daß die neue Regierung kurzfristig die notwendigen Maßnahmen ergreift, um eine Bedienung der vorliegenden Anträge zu Lasten des Haushalts 1992 zu ermöglichen, damit kein Investitionsstau auftritt.

**Vizepräsident Dr. Blanke:**

Wollen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Schneider zulassen?

**Schneider [Salzgitter] [SPD]:**

Nein.

Gegenüber der alten Mittelfristplanung — Ihrer Mittelfristplanung —, die im Kindergartenbereich lediglich 4 Millionen DM Investitionszuschüsse für 1991 vorgesehen hat, haben wir 38 Millionen DM eingeplant. Für die Folgejahre sind jeweils 33 Millionen DM veranschlagt.

(Zurufe von der CDU.)

Während die CDU — ich weiß nicht, warum Sie so schreien — ihre Fehler auf diesem Gebiet eingesehen hat und sich in der vorigen Sitzung mit der Vorlage — man höre und staune — eines Kindertagesstättengesetzes elegant in die Kurve gelegt hat, ignoriert die FDP diese gesellschaftlichen Realitäten ausweislich ihres Haushaltsantrags nach wie vor. Die FDP möchte nämlich — das wird noch abzustimmen sein — die Investitionszuschüsse wieder auf magere 5 Millionen DM runterfahren.

(Goldmann [FDP]: Ganz genau!)

Sie werden dafür bei den Eltern und bei den Kindergartenträgern wenig Verständnis finden.

(Zuruf von Goldmann [FDP].)

— Bei den Gemeinden auch nicht. Die Gemeinden haben doppelt soviel Anträge gestellt, wie wir überhaupt Mittel haben. Denen müssen Sie erklären, was Sie machen wollen.

(Beifall bei der SPD.)

Bereits mit dem Nachtrag 1990 haben wir ein weiteres Wahlversprechen eingelöst. Im Schnellverfahren sind seinerzeit 600 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer eingestellt worden. Der vorliegende Haushalt schafft die Basis zur Einstellung von 1 150 weiteren Lehrkräften, davon 365 auf neuen Stellen. Auch dies, meine Damen und Herren, ist eine radikale Kehrtwende gegenüber Ihrer verfehlten Politik.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Während in der vorigen Legislaturperiode 1 500 Stellen von Ihnen gestrichen worden sind, werden wir in der vor uns liegenden Wahlperiode mit rund 1 200 neuen Stellen insgesamt mehr als 5 000 neue Lehrkräfte in unsere Schulen bringen. Auch dies ist ein Beitrag zum Leben an den Schulen und zur Unterrichtsversorgung.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Außerdem müssen wir folgendes bedenken: Es wird uns trotz aller Voraussicht nicht gelingen, eine wirklich durchgreifende Verbesserung der Unterrichtsversorgung zu erreichen

(Zurufe von der CDU)

— hören Sie gut zu —, weil durch Aussiedler und Übersiedler eine enorme Erhöhung der Schülerzahlen eingetreten ist. Wir haben aber einen Haushalt und eine Mittelfristplanung übernommen — — —

(Eveslage [CDU]: Seit wann denn schon?)

— Seit zwei oder drei Jahren.

(Aha! bei der CDU.)

— Gucken Sie mal in Ihre Mipla, soweit Sie lesen können. Sie haben dafür überhaupt keine Vorsorge getroffen. Wir müssen auch auf diesem Gebiet auf Teufel komm raus reparieren.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Die mangelnde Vorausschau der früheren Regierung hat so weit geführt, daß sie nicht einmal eine fächerspezifische Bedarfsanalyse vorgelegt hat. Die Hochschulstrukturkommission wurde nachweislich mit eklatant falschen Zahlen über den künftigen Lehrbedarf versorgt. Wir können froh sein, daß die Konsequenzen noch nicht alle gezogen sind. Es ist doch geradezu makaber, meine Damen und Herren, wenn sich der für die falschen Zahlen verantwortliche frühere Kultusminister hier hinstellt, wie vorhin geschehen, und anmahnt, die neue Regierung möge doch endlich solide Zahlen vorlegen. Das ist doch makaber!

(Beifall bei der SPD. — Horrmann [CDU]: Sie können nicht mal zuhören! — Weitere Zurufe von der CDU.)

Besonders katastrophal entwickelt sich die Lage an den berufsbildenden Schulen. Die Stellenstreichungspolitik der früheren Regierung hat eine abschreckende Wirkung gehabt. Ausgebildete Berufsschullehrer sind in andere Bundesländer und in die Industrie abgewandert.

(Goldmann [FDP]: Stimmt!)

Schon jetzt können ausgeschriebene Stellen in wichtigen Berufsfeldern — ich nenne Metall und Elektrotechnik — nicht mehr besetzt werden.

(Goldmann [FDP]: Stimmt!)

Das ist Versagen Ihrer Planung, Versagen Ihrer Politik, ohne jeden Zweifel!

(Goldmann [FDP]: Stimmt nicht!)

Zum Stichwort BGJ; das paßt in diesem Zusammenhang ganz gut: Sie haben fünf Jahre lang Handlungsunfähigkeit demonstriert. Von 1985 bis 1990 hat sich nichts bewegt. Sie haben sich in Ihrer Koalition in die Wolle gekriegt. Sie waren noch nicht einmal in der Lage, Anfang 1990 einen gemeinsamen Entschließungsantrag zu for-

mulieren. Unser Antrag, mit dem wir eine Bestandsaufnahme gefordert haben, war daher der Rettungsanker für Ihre Koalition. Wir werden uns jetzt die notwendige Zeit lassen. Aber Sie können sicher sein, wir werden ein zukunftssträchtiges Konzept auf den Tisch des Hauses legen.

Ein anderes Stichwort: Gegenüber dem Entwurf haben wir 1,5 Millionen DM zusätzlich für die Förderung der überbetrieblichen Lehrgänge bereitgestellt. Der Hintergrund — auch das ist kein Ruhmesblatt; lesen Sie mal die Landtagsdrucksachen aus der vorigen Periode — ist folgender: Der Landesrechnungshof und der Haushaltsausschuß mit Ihrer Mehrheit haben mehrfach angemahnt, Richtlinien zur Vergabe der Mittel, die Bestand haben, zu erarbeiten und damit die erforderlichen Rechtsgrundlagen zu schaffen. Wir werden in Kürze eine tragfähige Lösung haben, die auch vor dem Landesrechnungshof besteht. Das ist zwar ein kleines Versagen, aber auch ein Versagen, zwei Jahre lang die Beschlüsse des Haushaltsausschusses dazu zu ignorieren.

Wir werden Überfinanzierungen in Zukunft ausschließen können. Dem Wunsch des Handwerks, den Verwaltungsaufwand in angemessenen Grenzen zu halten, soll Rechnung getragen werden. Dies ist auch unser Wille.

Meine Damen und Herren, zur Sicherung der materiellen Grundlagen unseres Bildungswesens rechne ich auch die Beseitigung materieller Zugangshemmnisse. Mit der Einführung der Lernmittelfreiheit wird auch in Niedersachsen endlich eines der letzten Relikte der Vergangenheit beseitigt, in der der Zugang zu weiterführender Bildung vom materiellen Zustand des Elternhauses abhängig war. Mit einer enormen finanzpolitischen Kraftanstrengung wird mit diesem Haushalt die endgültige Einführung der Lernmittelfreiheit in Angriff genommen, nachdem wir im vorigen Jahr mit dem Vorschaltgesetz den Einstieg geschafft haben. Der Haushaltsansatz für 1991 beträgt 56 Millionen DM. In den Folgejahren bewegen sich die Ansätze in ähnlicher Höhe. In drei Schritten wird am Ende die Lernmittelfreiheit für alle Schülerinnen und Schüler Niedersachsens eingeführt sein. Wir werden damit unser Wahlversprechen in vollem Umfang erfüllt haben.

(Goldmann [FDP]: Na, na!)

— Ja. — Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie können so lange in der Suppe nach Haaren fischen, wie Sie möchten. Die Eltern in

Schneider (Salzgitter)

unserem Lande begrüßen das, was wir eingeleitet haben. Sie sind damit zufrieden, wie wir die Lernmittelfreiheit einführen.

(Beifall bei der SPD. — Klare [CDU]: Das stimmt nur zum Teil!)

Wenn Sie sich weiterhin dagegen stemmen, wie Sie das jetzt tun, prophezeie ich Ihnen, daß Sie am Ende genau da stehen werden, wo Sie mit Ihrer Kindergartenpolitik bereits jetzt gelandet sind: vor den Trümmern Ihrer Positionen!

(Beifall bei der SPD.)

Die FDP — Herr Goldmann, Sie kommen noch dran —

(Goldmann [FDP]: Ich bin nicht die FDP!)

hat in ihrem Haushaltsantrag die Streichung des Vorhabens Lernmittelfreiheit beantragt.

(Goldmann [FDP]: Richtig!)

Sie will an dem Lernmittelgutschein festhalten. Wenn ich Ihr Modell richtig verstehe, Herr Goldmann, kann man es etwa so beschreiben: Die Armen kriegen die Lernmittelgutscheine, und den Reichen senken wir die Vermögensteuer, damit sie in der Lage sind, die Bücher für ihre Kinder zu bezahlen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei den Grünen. — Goldmann [FDP]: Und den Verlust, den sie bei der Einkommensteuer haben, gleichen Sie durch Lernmittelfreiheit aus!)

Aber Spaß beseite.

(Zurufe von der CDU.)

— Zu Ihnen komme ich jetzt wieder. — Nach der katastrophal falschen Beurteilung des Wohnungsmarktes durch die frühere Regierung dürfte die Fehleinschätzung der Bedarfslage bei den Hochschulen an zweiter Stelle der prognostischen Fehlleistungen liegen, noch vor dem schon beschriebenen Desaster im Hinblick auf den künftigen Lehrerberuf.

Noch vor zwei Jahren — das ist so lange gar nicht her — hat die damalige Mehrheit die Notwendigkeit zum Hochschulausbau schlicht geleugnet. Die Hochschulbaugesellschaft ist aus diesem Grunde aufgelöst worden. Wir haben die Regierung mit 136 000 Studierenden im Wintersemester 1989/90 auf 85 000 flächenbezogenen Studienplätzen übernommen. Das ist eine Überlast von 160 %, meine Damen und Herren!

In der alten Mipla, Ihrer Mipla, kann man die Schlußfolgerung der vorigen Regierung nachlesen. Da heißt es: „Das qualitative Ausbauziel ist

erreicht“. Herr Hottmann, Sie haben die Schlußfolgerung aus der Hochschulstrukturkommission angemahnt. Sie müssen sich einmal in Erinnerung rufen, was Sie heute sagten — ich habe mir das aufgeschrieben, weil ich es so nett fand —: Sie wollten endlich Zahlen haben, damit Sie Ihren Kompaß einstellen könnten. Das ehrt Sie. Aber dann hätten Sie ihn schon früher einstellen sollen! Dann würden wir heute nicht so viele Probleme haben.

(Beifall bei der SPD. — Goldmann [FDP]: Ihrer geht in Himmelsrichtung!)

Wir Sozialdemokraten haben als Ausbauziel 100 000 flächenbezogene Studienplätze angekündigt. Mit dem vorliegenden Haushalt werden die Weichen dafür gestellt. 7 500 dieser Plätze sollen an den Fachhochschulen entstehen. Dort ist die Überlast besonders groß. Wir haben inzwischen eine Verdrängung von den Fachhochschulen hin zu den Universitäten. Dies entspricht weder dem künftigen Nachwuchsbedarf der Wirtschaft noch den Interessen der Studentinnen und Studenten. Darüber hinaus wird das Land unnötigerweise mit der teureren Universitätsausbildung belastet.

Frau Schuchardt, wir ermuntern die Regierung ausdrücklich, bei der Finanzierung und Abwicklung der notwendigen Bauvorhaben unkonventionelle Wege zu gehen. Eile tut not. Auf diesem Gebiet ist durch die Untätigkeit der vorigen Regierung schon zuviel Zeit vertan worden.

(Beifall bei der SPD.)

Nun zum Stichwort §-12-Mittel. Herr Hottmann, Sie haben die Systematik des Landshaushalts entweder nicht richtig verstanden oder nicht richtig dargelegt. Wenn Sie unseren Haushaltsantrag richtig lesen und richtig verstehen, dann spielt sich folgendes ab: §-12-Mittel sind die Mittel, die aus Stellen für andere Zwecke verwendet werden dürfen, weil sie für Personalausgaben zur Zeit nicht benötigt werden.

(Goldmann [CDU]: Autonomie von Hochschulen nennt man das!)

Es ist also keine feste Größe, sondern eine Variable, die sich durch die Stellenbewirtschaftung im Laufe des Jahres an den Hochschulen ergibt. Im vorigen Jahr waren das 70 Millionen DM. Wir haben gesagt: im Prinzip 7 Millionen. Das sind 10 %. „Im Prinzip“ heißt aber folgendes: Wenn es gelingt, im übrigen Personalkörper, der im Wissenschaftsbereich immerhin eine Milliarde beträgt, durch entsprechende Personalbewirtschaftung mehr als die 70 Millionen zu erwirtschaften, die in 1990 angefallen sind, tritt effektiv keine Senkung der §-12-Mittel ein. Die Hoch-



schulen haben es also — zugegebenermaßen in gewissen Grenzen — selbst in der Hand, einen Ausgleich zu schaffen.

Im übrigen gilt das, was wir an anderer Stelle schon gehört haben, beispielsweise vorhin vom Wirtschaftsminister. Sie schreien immer: Wir müssen sparen! Wenn wir aber irgendwo einmal eine Sparmaßnahme beschließen, dann verlangen Sie, daß gerade da nicht gespart werden darf. Wir wären dankbar für Vorschläge gewesen, wo wir es denn hätten tun sollen. Das sind Sie uns im Gegensatz zur FDP schuldig geblieben. Die FDP war nämlich so ehrlich, die Vorschläge auf den Tisch zu legen.

(Goldmann [FDP]: Ja, haben wir gemacht!)

Meine Damen und Herren! Ich habe vier Beispiele für das Thema „Sicherung der materiellen Grundlagen“ genannt. Ich will mit zwei weiteren kurzen Beispielen schließen.

Für die Erwachsenenbildung haben wir im Haushalt für das Jahr 1991 zusätzlich 10 Millionen DM bereitgestellt. Damit werden zum einen die Schäden repariert, die die früheren Regierungen mit ihrer Kahlschlagspolitik im Bereich der pädagogischen Mitarbeiter insbesondere an den kleinen Volkshochschulen angerichtet haben. Daneben werden eine Erhöhung der allgemeinen Finanzhilfe und ein Investitionszuschuß für die Heimvolkshochschulen ermöglicht.

(Beifall von Goldmann [FDP].)

— Danke! — Das zweite Beispiel — da können Sie auch gleich klatschen — ist der Sport. Der niedersächsische Sport hat jahrelang vergeblich um eine finanzielle Besserstellung nachgesucht.

(Lachen bei der CDU.)

— Das stimmt doch! Sie sind von Ihrem Ministerpräsidenten doch immer abgefegt worden! Er hat sowieso mit Ihnen gemacht, was er wollte. — Wir machen unser Versprechen wahr, das Gerhard Schröder im übrigen bei seiner Regierungserklärung wiederholt hat, und werden mit dem Haushaltsplan für 1991 die Zuweisung an den Landessportbund um 3 Millionen DM erhöhen. Darüber hinaus werden wir 5 Millionen DM investive Bar-mittel zur Ablösung von Verpflichtungsermächtigungen aus dem Vorjahr bereitstellen sowie eine neue Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 5 Millionen DM zu Lasten des nächstjährigen Haushalts ausbringen. Dem Sport gegenüber kann ich mit gutem Gewissen sagen: Wort gehalten!

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, ich komme nun zum zweiten Schwerpunkt unserer Bildungspolitik, nämlich der Stärkung der Beteiligungsrechte. Die neuen Grundsatzverlässe für die Arbeit an Orientierungsstufen der Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien greifen reformpädagogische Ideen auf und setzen rechtliche Rahmengenbungen um. Innerhalb dieses Rahmens — das ist das Neue an diesen Erlassen — nimmt jedoch der Spielraum der Schulen erheblich zu.

Dies ist ein Wesensmerkmal unserer Bildungspolitik und wird es bleiben. Wir bieten mehr Gestaltungsfreiheit vor Ort, stärkere Beteiligungsrechte von Eltern und Schülern und eröffnen damit auch innovatorische Möglichkeiten. Entscheidungsverlagerung nach unten, meine Damen und Herren, heißt nicht nur, mehr Demokratie zu fördern, sondern sie ermöglicht auch die Einbeziehung örtlichen Sachverständs und die Einbeziehung von Detailkenntnis; die Entscheidungen werden allemal besser, als sorgte man durch zu viele Detailvorgaben von zentraler Ebene für Friedhofsruhe vor Ort.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

In diesem Zusammenhang ist natürlich das Thema „Schülerarbeitszeit“ anzusprechen. Die vorherige Regierung hat sich mit dieser Frage befaßt, und Herr Horrmann hat dazu sogar einen Kongreß veranstaltet.

(Goldmann [FDP]: Richtig, und das Ergebnis?)

Aber es gehört bekanntermaßen zu einem der Grundfehler der Politik, zu wollen, ohne zu handeln. Gewollt hat er wohl; gehandelt hat er aber nicht;

(Goldmann [FDP]: Weil die Ergebnisse so waren!)

vielleicht hat er auch nicht gedurft. Die neue Regierung, meine Damen und Herren, hat gehandelt. Wir begrüßen ausdrücklich die Beschränkung der Pflichtstundenzahl in den neuen Erlassen. Im Flächenland Niedersachsen muß neben der reinen Schulzeit und der für die Hausaufgaben notwendigen Zeit auch der enorme Fahraufwand gesehen werden. An vielen Orten unseres Landes kommen jetzt schon Arbeitstage für Schülerinnen und Schüler zustande, die denen eines Erwachsenen in keiner Weise nachstehen. Das ist ja wohl kein vernünftiger Zustand.

(Pörtner [CDU]: Insbesondere bei der IGS!)

— Sie haben wenig begriffen, dies aber gründlich.

Der mit den neuen Grundsatzverlässen eingeschlagene Weg der Entscheidungsverlagerung an die

Schneider (Salzgitter)

Schulen soll bei der Novellierung des Schulgesetzes fortgesetzt werden. Wir werden uns für entsprechende Regelungen einsetzen und dabei auch die Stellung der Schulträger, also die kommunale Selbstverwaltung, nicht vernachlässigen. Es wird mit uns und durch uns keine Schulreformpolitik von oben nach unten geben. Wir vertrauen auf die Reformbereitschaft und den Reformwillen von Schülerinnen und Schülern, von Eltern, von Lehrerinnen und Lehrern.

Die Stärkung der Entscheidungsfreiheit wird auch Gegenstand der Novellierung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes sein, die ebenfalls in dieser Legislaturperiode angegangen wird. Wir brauchen zur Lösung der Probleme an den Hochschulen den Sachverstand und die Mitarbeit der Gruppen vor Ort. Das gilt auch und gerade dort, wo unbequeme Entscheidungen notwendig sind. Ohne unbequeme Entscheidungen wird es nicht gehen; das wissen Sie alle, gleich, welcher Fraktion Sie angehören.

Ich komme nun zum dritten und letzten Stichwort, der Schaffung von Freiräumen für Kreativität und Innovation. Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen haben die Koalitionsfraktionen einige Veränderungen an Einzelpositionen vorgenommen. Ich erinnere zum Beispiel an die Erhöhung der Mittel für Umweltbildung oder für die Modellversuche zur Koedukation an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen. Die volle Halbtagsschule, von uns Sozialdemokraten vor mehr als zehn Jahren vorgeschlagen, beginnt sich jetzt zu einem Knüller der niedersächsischen Bildungspolitik zu entwickeln. Wir werden dafür Sorge tragen, daß die angelaufenen Modellversuche weitere Nachahmer finden und daß eine angemessene Auswertung der unterschiedlichen Modelle stattfindet. Eine planlose Ausweitung ist auch in der Sache nicht gut. Im Grunde sind wir ja in der Betonung der Notwendigkeit dieser Modellversuche einer Meinung. Wir sollten dafür sorgen, daß wir hier ein gemeinsames Anliegen nicht um der bloßen Opposition willen kaputt reden.

Eine Mittelaufstockung für innovatorische Maßnahmen haben wir auch im Bereich der Jugendpolitik vorgenommen. Die Koalitionsfraktionen haben zusätzlich Geld für das Werkstättenprogramm, für die Betreuung jugendlicher Spätaussiedler und für betreutes Wohnen von Jugendlichen, die besonderer Zuwendung bedürfen, bereitgestellt. Im Wissenschaftshaushalt ist die Verstärkung der Mittel für soziokulturelle Zentren erwähnenswert. Auch dies steht im Zusammenhang

mit unserem Bestreben, Initiativen vor Ort zu unterstützen und so die Weiterentwicklung von Ideen zu fördern.

Eine durchgreifende Veränderung der Kulturpolitik ist mit dem 91er Haushalt noch nicht erfolgt.

Wir werden erst in Ruhe die Konsequenzen prüfen müssen, die sich aus der Reduzierung der Zonenrandförderung ergeben. Der bisherige Zufluß von Bundesmitteln in den Zonenrand hat ja nicht nur dort Erleichterung verschafft, sondern er hat der Kultur in unserem Lande insgesamt gedient, weil das dem Land insgesamt zur Verfügung stehende Finanzvolumen durch sie gestiegen ist. Anders ausgedrückt: Auch die zonenrandfernen Regionen haben davon profitiert, daß dieses Geld ins Land gekommen ist. Im Zuge des schrittweisen Abbaus der Zonenrandprobleme, die ja im übrigen nicht so schnell abgebaut sein werden, wie mancher glaubt, wird es darauf ankommen, in solidarischer Diskussion nicht nur einseitig etwas wegzuschneiden, sondern die Ausgaben und Aufgaben insgesamt neu zu verteilen.

Meine Damen und Herren, die neue Mehrheit hat die Bildungspolitik in einer schwierigen Situation übernommen. Die finanziellen Ressourcen unseres Landes werden geringer. Dennoch werden wir mit dem vorliegenden Haushalt einen bildungspolitischen Reformhaushalt verabschieden, der manches Notwendige und auch manches Wünschenswerte möglich macht.

(Eveslage [CDU]: Beginnen Sie doch nicht gleich mit Entschuldigungen, daß Sie nicht genug haben!)

Meine Fraktion, Herr Horrmann, wird am Kurs der Bildungspolitik links von der Mittellinie festhalten. Wir befinden uns damit ja schließlich auf der Überholspur. Wir werden aber nicht zu schnell fahren. Auch dies kann ich der Öffentlichkeit mitteilen. Wir wollen ja die Umwelt nicht gefährden.

(Zurufe von der CDU.)

— Ganz ruhig! Sie sind gleich dran. — Niedersachsen ist mit einer Bildungspolitik an der Mittellinie übrigens immer ganz gut gefahren.

(Zustimmung von Dr. Hruska (FDP.)

Herrn Dr. Remmers, der im Moment nicht im Saale ist, von dem dieses Bild ja wohl stammt, und auch einigen anderen möchte ich ausdrücklich bescheinigen, daß wir über Jahre hinweg eine grundsätzliche Übereinstimmung in vielen Fragen hatten. Wichtige Reformschritte sind gemeinsam gegangen worden. Ich erinnere nur an die Einführung der Orientierungsstufe. Als Sie,

meine Damen und Herren, in der vorigen Legislaturperiode z. B. auch bezüglich der Orientierungsstufe diese gemeinsame Linie verlassen haben, sind Sie, um im Bild zu bleiben, von der Straße abgekommen.

(Zuruf von Puls [Grüne]. — Weitere Zurufe von der CDU.)

— Die Standspur wäre noch harmlos. — Da war zunächst Herr Oschatz. Herr Oschatz ist mit seiner Bildungspolitik im Straßengraben gelandet.

(Beifall bei der SPD.)

Dann kam Herr Knies. Der eine oder andere wird sich noch daran erinnern. Das war jener Minister, dessen bleibende Fußstapfen in der niedersächsischen Politik darin bestehen, daß er eine Naßzelle hinterlassen hat.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD.)

Dieser Herr Knies verbeulte das Auto Bildungspolitik an der Leitplanke. Ganz zum Schluß kam dann Herr Horrmann. Ihm wollten Sie selber ursprünglich das Auto gar nicht anvertrauen. Er war das dritte Aufgebot in der vorigen Wahlperiode.

(Zurufe von der SPD: Das letzte!)

Dieser Herr Horrmann entpuppte sich schließlich als Geisterfahrer, dem die Wählerinnen und Wähler den Führerschein weggenommen haben.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der SPD und bei den Grünen. — Horrmann [CDU]: Herr Schneider, Sie würden gar keinen bekommen! Es gäbe gar keinen Prüfer für Sie!)

— Herr Horrmann, warten Sie einmal ab, wie lange ich hier noch mitregieren werde!

(Heiterkeit im ganzen Hause. — Zurufe von der CDU.)

— Bei Ihrer Opposition — das ist geradezu lachhaft! — Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß. Nur noch eines: Meine Damen und Herren, insbesondere Herr Horrmann und Herr Klare, Alternativen zu unserer erfolgreichen Politik werden Sie nicht beim Schnüffeln in den Papierkörben des Kultusministers finden. Debatten über dort gefundene Papiere, wie wir sie in dieser Woche erleben mußten, erwarten die Schülerinnen und Schüler, die Eltern und die Lehrkräfte nicht von uns und von Ihnen. Wenn Sie nicht mehr zu bieten haben als solch dünnblütige Oppositionspolitik, dann wird es in drei Jahren wieder heißen: Für die Jugend unseres Landes ist Rot-Grün allemal besser als Schwarz-Gelb.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

**Vizepräsident Dr. Blanke:**

Danke schön. — Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Goldmann das Wort. — Bitte sehr, Herr Abgeordneter!

(Horrmann [CDU]: Herr Goldmann, schicken Sie ihn in den Botanischen Garten; da ist er eine dünne Blüte!)

**Goldmann (FDP):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Schneider, das war eine blumige Rede. Passen Sie aber auf, daß Herr Wernstedt nicht zum linken Geisterfahrer wird. Das sollten Sie gut im Auge behalten. Ansonsten will ich durchaus sagen, daß mich vieles an Ihrer Rede amüsiert hat. Wir sollten das alles nicht so verkrampft sehen. Wir sollten uns zunächst einmal darauf einigen, daß wir in der Bildungspolitik durchaus Gemeinsamkeiten haben werden.

Ich glaube, wir alle sind davon überzeugt, daß es notwendig ist, hier erhebliche Zukunftsinvestitionen zu tätigen,

(Beifall bei der FDP)

um den Standard unserer Gesellschaft in sozialer Verantwortung zu halten. Deswegen, meine ich, sind dort viele Dinge, die wir gemeinsam lösen können.

Nun komme ich aber einmal konkret zu dem, was sich im Haushalt niederschlägt. Sie sind angetreten, einen Reformhaushalt aufzulegen. Herr Kollege Schneider, auch Sie werden festgestellt haben, daß er weit hinter den Erwartungen zurückbleibt, die viele an diesen neuen Haushalt gestellt haben. Die Steigerung liegt unter der Steigerungsrate des Gesamthaushaltes. Das ist schon einmal ein wichtiges Indiz. Gestern wurde davon gesprochen, daß Sie rot-grüne Herzen zum Schlagen gebracht hätten. Das kann man für den Bereich der Bildungspolitik aber weiß Gott nicht sagen. Ganz im Gegenteil: Sie haben Herzstiche und Herzinfarkte ausgelöst. Lesen Sie nur einmal das Papier der GEW, das vorhin von Ihnen angesprochen wurde.

Ich möchte mich nun mit Ihren Wahlversprechungen einmal etwas näher befassen.

(Köneke [SPD]: Das wäre gut!)

— Herr Köneke, es ist schön, daß Sie da sind. Sport war vorhin dran. Sie können also durchaus noch ein wenig Pause einlegen. — Herr Schneider, die Lehrereinstellungen bleiben weit hinter dem zurück, was Sie an Erwartungen geweckt haben und was Sie versprochen haben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Goldmann

Die Feuerwehrlehrkräfte sind weiterhin im Dienst. Auch Sie sehen als Sozialdemokraten darin ein legitimes Bewältigungsmittel für die rechnerische Unterrichtsversorgung. Die Kolleginnen und Kollegen an den berufsbildenden Schulen sind tief enttäuscht über das Nichtgewicht, das berufliche Bildung bei dieser Landesregierung findet.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Die Lehrerarbeitszeitverkürzung ist von Ihnen auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben worden.

(Beifall bei der FDP. — Bartling [SPD]; Goldmann als Vorreiter der GEW!)

— Ich bin wenigstens Mitglied. Ich weiß nicht, wie das bei Ihnen aussieht.

(Zuruf von Bartling [SPD].)

— Okay, dann können wir ja einmal gemeinsam Überlegungen anstellen. Neue Schulformen gerade in sozialen und ökologischen Bereichen lassen auf sich warten. Keine Perspektiven für pädagogisch und leistungsorientierte Kolleginnen im Bereich der beruflichen Bildung, im Bereich von Theorie und Fachpraxis. Statt dessen Nebelkurs beim BGJ und — Vorstellung zum Beispiel des Kollegen Wallraff — Doppelqualifikation an integrativen Systemen. Man muß sich einmal überlegen, wie Sie zum Teil berufliche Bildungspolitik definieren.

Nun zu der Erlaßflut, die uns alle durchaus in Atem hält. Die Stundenkürzungen, die vorgenommen werden, haben keinen reformpädagogischen Ansatz. Sie sind unausgewogen, und Sie stellen sogar noch fest, daß auch das nicht hilft, denn die Neuberechnung zur Unterrichtsversorgung müssen Sie auflegen, weil Sie genau wissen, daß Sie dem Anspuchdenken zum Beispiel der GEW auf Lehrereinstellungen nicht entsprechen können und das auch zukünftig nicht werden erfüllen können.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Eine besonders pikante Situation ist durch die Dauererlaßflut zur gymnasialen Oberstufe entstanden. Konkret: Klasse 13 arbeitet nach dem Erlaß von gestern, Klasse 12 nach dem Erlaß und heute und Klasse 11 wird nach dem Erlaß von morgen arbeiten. Wissen Sie, Herr Minister Wernstedt: Sie haben sich zum Minister Erlaß-zu-Fix entwickelt. Das ist zum Schaden der gymnasialen Oberstufe.

(Zurufe.)

— Erlaß-zu-Fix. Ich habe das gestern abend geübt.

(Heiterkeit.)

Herr Minister Wernstedt, abgesehen davon, daß ich Sie für einen engagierten Pädagogen halte — das möchte ich deutlich vorwegschicken —, wollen auch wir das Sackgassensyndrom für die Hauptschulen auflösen. Nur, durch diese fast brutale Darstellung der Situation in der Hauptschule, die Sie auch überzeichnet geschildert haben, haben Sie der Hauptschule und — das ist das Schlimme — den Kindern in der Hauptschule das Licht ausgeknipst.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU. — Zuruf von der SPD.)

— Herr Köneke, wir können uns gern darüber unterhalten, wie man — das ist unsere Auffassung — in den bestehenden Schulformen die Qualität von Schule verbessert. Dort besteht, ohne jeden Zweifel, Handlungsbedarf. Aspekte der Umwelterziehung, Gleichberechtigung, Öffnung nach Europa und Autonomie von Schule sind alles Dinge, die Sie durchaus mit uns machen können. Aber wir wollen die Vielfalt pflegen und verbessern, sie aber nicht zerschlagen und nicht verdrängen, auch nicht verdrängen durch die Ausbreitung von Gesamtschulen, denen Sie — ich sage das ganz ehrlich, das ist nicht polemisch; ich bin dieser Auffassung — unrichtigerweise mehr soziale Kompetenz zubilligen als den bestehenden Bildungsgängen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Hier spreche ich von sozialer Kompetenz in gesellschaftlicher Verantwortung bei einer positiven Grundhaltung zur Leistung, und zwar Entwicklung von persönlicher Freiheit, die sich dann durchaus sozial verantwortungsvoll dem Schwächeren zuwendet.

(Zustimmung bei der FDP.)

Und was machen Sie? — Sie schaffen auf dem Erlaßweg Bedingungen für integrative Systeme. Diese Erlaßbedingungen bevorzugen die Systeme und werden ihr Ausbreiten vorantreiben, weil die Verbesserung der Bedingungen dazu führt, daß sich diese Schulen auch in ländlichen Regionen ausbreiten. Das wird zu einer Konkurrenzsituation führen, die keine fairen Grundlagen hat. Das wird dazu führen — das kann man ja relativ einfach durchrechnen —: Wenn Sie in der Region, in der ich beheimatet bin, eine Gesamtschule einführen wollen, dann brauchen Sie dafür — da stimmen wir wahrscheinlich überein — 600 Schüler. Das bedeutet für drei bis vier

Gemeinden meines unmittelbaren Umfeldes das Ende der Hauptschulen und der Realschule vor Ort.

(Eveslage [CDU]: Das ist ja das Schlimme!  
— Zuruf von Puls [Grüne].)

— Herr Puls, Sie wissen doch von Rhaudefehn, daß es dort mittlerweile durchaus Überlegungen gibt, ob das vor der Situation der Gymnasien in Leer gerechtfertigt ist. Da sage ich doch nichts Unwahres.

Nun zum Elternwillen. Ich bin selbstverständlich für Elternwille. Nur, der Elternwille muß auf der gleichen Basis erfolgen. Eltern wollen durchaus Ganztagsbetreuungsformen. Diese bieten ihnen die integrierten Gesamtschulen. Deswegen entscheiden sie sich auch sehr mehrheitlich für dieses System, Beispiel IGS Fürstenau. Sie gehen mit dem Elternwillen und mit der Freude der Kinder in der Schule etwas eigenartig um. Ich denke zum Beispiel an die Luther-Schule in Göttingen: Die Kinder sind zufrieden, die Eltern sind zufrieden,

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

aber Sie wollen sie abschaffen. Ich denke ferner an die Einführung einer Orientierungsstufe in Lorup: Die Kinder möchten es gerne, die Eltern wollen es gerne, die Lehrer wollen es gerne, aber Sie sagen: Nein, kommt nicht.

Auch wir sind für Schulvielfalt. Wir sind für volle Halbtagsschulen. Wir sind für Ganztagsbeschulung. Wir sind auch für die Integration von Behinderten in der Regelschule. Wir sind aber auch für Schulen in freier Trägerschaft,

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

denen Sie die Lernmittelfreiheit verweigern, die Lehrerversorgung erschweren und den Geldhahn, wie zumindest Pressemeldungen zeigen, insgesamt zudrehen wollen. Mit diesen Einzelpositionen können wir uns nicht einverstanden erklären.

Ich möchte auch noch etwas zu dem neuen Schulbuchrotationsverfahren sagen. Nachdem die Grünen dieses Verfahren aufgekündigt haben, führen Sie es jetzt über die sogenannte Lernmittelverschleuderung wieder ein.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU.)

Ich will Ihnen das hier ganz klar sagen und vielleicht auch beispielhaft belegen.

(Zuruf von Frau Lemmermann [SPD].)

— Frau Lemmermann, das ist relativ einfach. Sie beschenken mit diesem Verfahren Leute wie Sie und mich. Sie beschenken Bankdirektoren und Leute in einer erheblichen Einnahmesituation. Das Schlimme ist — — —

(Zuruf von der SPD.)

— Die Vermögensteuer kommt 1995. — Wissen Sie, der Bankdirektor Dr. Rechenfix hat bis jetzt immer FDP gewählt.

(Zuruf von der SPD.)

— Nun hören Sie doch mal zu! — Der Bankdirektor Dr. Rechenfix hat bis jetzt immer FDP gewählt. Dann hat er sich von der FDP getäuscht gefühlt. Er muß nämlich mehr Einkommensteuer zahlen.

(Rettig [SPD]: Er hat ein gesundes Empfinden!)

Jetzt wählt er SPD, weil er sagt: Die schenken mir die Lernmittel für meine Kinder, dadurch habe ich den Ausgleich für meine zusätzlichen Steuerzahlungen. — Wenn Sie unter „sozial“ verstehen

(Aller [SPD]: Wie hat denn Frau Rechenfix gewählt?)

— ich habe Sie nicht verstanden, Herr Aller; das ist bei Ihren Zwischenbemerkungen ein Verlust —, daß Alleinerziehende und Hausfrauen die Lernmittel der Reichen mitfinanzieren, dann, muß ich sagen, bin ich stolz darauf, daß Sie uns als unsozial bezeichnen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Ich möchte noch auf einen Einzelpunkt eingehen. Wir haben einen Antrag zum Lehreraustausch mit Sachsen-Anhalt eingebracht. Herr Kollege Dr. Domröse hat ihn im Kultusausschuß mit „bildungspolitischem Kolonialismus“ abqualifiziert.

(Lachen bei der CDU.)

Der Ministerpräsident sieht das inzwischen anders und fordert konkret Hilfen im Bereich der Gymnasiallehrerbildung in den fünf neuen Ostländern.

Lassen Sie mich einen Satz zur Wissenschaftspolitik sagen. Ich meine, daß Herr Schneider völlig recht hat, wenn er sagt, auf diesem Gebiet tue Eile not. Mein Parteifreund, Herr Minister Möllemann, hat das erkannt. Er hat ein Programm zur Förderung der Hochschulen aufgelegt.

(Zuruf von der SPD.)

— Er hat ein gutes Programm aufgelegt. Das wird von allen anerkannt. — Darauf können Sie aufbauen. Nun müssen Sie an den wissenschaftli-

Goldmann

chen und an den wissenschaftlich-künstlerischen Hochschulen 7 500 zusätzliche Plätze schaffen. Wir können im Moment nicht erkennen — das werden auch Sie bei der Beleuchtung dieses Haushaltsplans nicht erkannt haben —, wo die Mittel für diese Maßnahme sind. Aber wir lassen Ihnen noch ein bißchen Zeit. Wir warten allerdings händeringend darauf. Denn die Irritationen an den Hochschulen sind enorm. Die Hochschulen wissen im Grunde genommen jetzt gar nicht mehr, was sie machen sollen.

(Zuruf von der SPD: Was?)

— Moment! — Die Berichte der Hochschulstrukturkommission werden von Ihnen in den Papierkorb geworfen. Hildesheim bleibt. Dann finde ich es unfair, in welcher Weise sich die Ministerin und auch Ihre Fraktion auf Vechta stürzen. Man packe sich den vermeintlich Schwächsten und schlage tüchtig darauf herum. Sie meinen, daß sei das Richtige zur Lösung der Probleme in den Hochschulen.

Reden Sie vielleicht auch noch einmal mit Minister Trittin. Der verbreitet vor Ort ganz etwas anderes als der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Joke Bruns.

Ich bitte um Fairneß für Vechta!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Besuchen Sie einmal die Universität vor Ort. Lassen Sie sich das Konzept der Vechteraner vorstellen. Dann werden Sie erkennen, daß man in Vechta relativ leicht weitere 1000 Plätze schaffen kann. Das kann durchaus eine Hilfe sein.

Jetzt lachen Sie, Frau Ministerin. Sie kennen das Konzept anscheinend nicht. Das ist typisch für Ihr Auftreten in ländlichen Regionen. Sie sind nicht bereit zuzuhören.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU.)

Sie sind nicht bereit, Argumente aufzunehmen. Sie begegnen den örtlichen Belangen mit einem völlig großstädtisch geprägten Unverständnis hinsichtlich dieser Gebiete.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.  
— Oh! bei der SPD.)

Ich will Ihnen noch ein anderes Beispiel nennen. Haben Sie einmal durchgerechnet, was die Einrichtung der Ingenieurwissenschaften in Oldenburg kostet?

(Zuruf von der SPD.)

Wir haben hinsichtlich der Studienplätze eine Menge für die Nordwestregionen getan, Herr Kollege. Oldenburg und Osnabrück wissen sehr wohl, in welchen Parteien bis jetzt die Freunde saßen. Sie müssen diese Beweise erst antreten. Mit den Vorbeschlüssen, die Sie fassen wollen, nämlich 7 Millionen DM aus den Mitteln nach § 12 des Hochschulgesetzes herauszuführen, ist es sicherlich nicht getan.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU.)

Ich denke, wir werden demnächst noch einiges zum Bereich Wissenschaft und Kultur zu sagen haben. Insgesamt stelle ich fest, daß der Bereich der Bildung nicht das erfüllt, was wir uns unter Reformpädagogik vorstellen. Der Bereich der Wissenschaft und Kultur ist im Grunde genommen das, was Sie uns vorhalten, nämlich ein Trümmerhaufen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

**Vizepräsident Dr. Blanke:**

Danke schön. — Für die Fraktion der Grünen haben jetzt zunächst Herr Abgeordneter Puls, der zehn von den 20 Minuten in Anspruch nimmt, und dann die Abgeordnete Frau Hoops das Wort.

Sie können übrigens links an der Uhr auf dem Rednerpult, die gegen Null läuft, ablesen, wann Sie die Restzeit von zehn Minuten erreichen. Aber ich werde auch klingeln.

(Frau Tewes [SPD]: Dann hat er einen Vorteil! Ich habe das gestern nicht gemerkt!)

**Puls (Grüne):**

Ich hoffe, daß das nicht meine aktuelle Zeit ist.

**Vizepräsident Dr. Blanke:**

Nein. Trotz CeBIT braucht man etwas Zeit, um die Uhr umzustellen.

**Puls (Grüne):**

Gut. — Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unsere Fraktionsvorsitzende Thea Dücker hat gestern im Plenum gesagt, daß Politik auch Spaß machen kann und Spaß machen muß. Für mich ist jetzt ein Moment, in dem es mir besonders viel Spaß macht, für die Fraktion der Grünen zu reden. Ich habe das große Glück, den Bereich Kultus im ersten rot-grünen Haushaltsplan vorstellen zu dürfen. Ich möchte tatsächlich über den Haushalt sprechen und mich nicht, wie Herr

Goldmann das getan hat, auf irgendwelche Erlaßentwürfe zurückziehen, die noch in der Diskussion sind.

(Klare [CDU]: Nein, nein! — Döscher [CDU]: Lenk mal nicht ab!)

Er hat zum Haushalt überhaupt nicht gesprochen und weicht somit einer solchen Diskussion aus.

(Zustimmung bei den Grünen und bei der SPD.)

Dieser Bereich ist an sich schon ein Paradebeispiel für eine neue gute rot-grüne Politik im Lande. Aber, meine Damen und Herren: Pfeffer kommt in die Sache erst dann hinein, wenn man sich auch die Mühe macht, das, was heute geschieht, mit dem, was in den letzten 14 Jahren überhaupt nicht geschehen ist, zu vergleichen. Ich kann gut verstehen, daß die Opposition nicht ständig daran erinnert werden möchte, was sie in der Vergangenheit falsch gemacht hat. Andererseits müssen wir den Bürgerinnen und Bürgern im Lande aber auch deutlich die Unterschiede aufzeigen, die es zwischen rot-grüner Politik einerseits und schwarz-gelber Politik andererseits glücklicherweise gibt. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, bei diesem Vergleich schneidet die neue Mehrheit in diesem Hause sehr gut ab.

(Frau Lenke [FDP]: Eigenlob stinkt!)

— Danke, Frau Lenke. Das spricht für Ihr Niveau. — Ich möchte das noch an einigen Beispielen verdeutlichen. Nachdem die heutige Opposition jahrelang Stellen für Lehrerinnen und Lehrer abgebaut hat, haben wir die Lehrerversorgung in einem Kraftakt wieder auf einen Stand gebracht, der zwar nicht optimal ist, auf dem sich aber gut aufbauen läßt. 1 150 Neueinstellungen pro Jahr sprechen eine deutliche Sprache. Einen Teil dieser Stellen werden wir für Reformvorhaben brauchen. Wir werden sie brauchen für die volle Halbtagsschule, d. h. für eine längere Betreuung der Kinder in den Schulen sowie für andere, spielerische Formen des Lernens; ebenso wie das Sofortprogramm im Kindertagesstättenbereich — Herr Bruns, ich spreche dieses Wort aus und sage nicht „Kitabereich“, weil Sie gestern darauf hingewiesen haben — wird dies eine enorme Entlastung für die Eltern, insbesondere für berufstätige Alleinerziehende, sein, da sie ihre Kinder jeden Tag für mindestens fünf Stunden versorgt wissen. Da alleinerziehende Eltern in aller Regel Frauen sind, ist dies nicht nur ein pädagogisches Reformvorhaben, sondern auch ein wichtiger, ganz praktischer Teil der Frauenförderung in unserem Lande. Allein dieses Reformvorhaben wird im Jahre 1991 an ca. 50 Schulen beginnen.

Wir werden auch Stellen für die Integration Behinderter in Schulversuchen brauchen. Das Kultusministerium wird im Jahre 1991 in der Lage sein, jeden Antrag auf Integration, der gemeinsam von Eltern, Schule und Schulträger gestellt wird, zu erfüllen. Dies bedeutet ein sehr unbürokratisches und am Elternwillen orientiertes Verfahren zum Wohle der Betroffenen. Hier kommt meines Erachtens die grüne Handschrift sehr deutlich zum Vorschein.

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition: Wenn Sie Ihre Politik in diesem Bereich nach dem Mai 1990 hätten fortsetzen dürfen, dann wäre es bei der Unterrichtsversorgung zu einer Katastrophe gekommen, und die geschilderten Reformen wären nicht durchgeführt worden. Glücklicherweise haben die Wählerinnen und Wähler dies verhindert.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Nun noch ein Beispiel: Sie hätten, wenn Sie gekonnt hätten, das alte diskriminierende und völlig unzureichende System der Lernmittelgutscheine — eventuell kosmetisch ein wenig aufgepeppt — weitethin beibehalten, wenn die Wählerinnen und Wähler Ihnen nicht die rot-grüne Karte gezeigt hätten.

(Beifall bei den Grünen.)

Niedersachsen wäre weiter Schlußlicht unter den Bundesländern geblieben. Wir hingegen haben die Lernmittelfreiheit in Niedersachsen eingeführt und werden diese bis zum Ende der Legislaturperiode für alle Schülerinnen und Schüler durchgesetzt haben. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, daß hier die sozialdemokratische Handschrift stärker zum Zuge kommt.

(Auditor [SPD]: Das braucht ja nicht das schlimmste zu sein!)

Ein drittes Beispiel: Die Tatsache, daß es in unserem Lande viel zu wenig Kindergartenplätze gibt, wird inzwischen selbst von der Opposition nicht mehr bestritten. Allerdings war dafür ein sehr schmerzhafter Lernprozeß erforderlich, der allem Anschein nach noch längst nicht abgeschlossen ist. Nachdem die Kindergärten und Kinderkrippen 14 Jahre lang sträflich vernachlässigt worden sind, ist jetzt unter Rot-Grün ein Sofortprogramm aufgelegt worden, das die Baukostenzuschüsse durch das Land Niedersachsen verdreifacht. Unser Ziel ist es, in den nächsten vier Jahren 35 000 neue Kindergartenplätze zu schaffen. Wir erhöhen die Personalkostenzuschüsse, damit die neuen Gruppen mit einer vollen Fachkraft ausgestattet werden können.

Puls

Erstmals, meine Damen und Herren, wird in Niedersachsen ein Fonds für Elternselbsthilfvereine eingerichtet. Mit dem Einsatz von 3 Millionen DM wird endlich die engagierte Arbeit dieser Gruppen anerkannt und unterstützt. Dafür hat sich die Fraktion der Grünen massiv und erfolgreich eingesetzt.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.  
— Klare [CDU]: Warum wird das Gesetz zurückgezogen?)

Der Krippenbereich ist in der Landesförderung erstmals der Kindergartenförderung gleichgestellt worden. Das bedeutet, daß wir nach vier Jahren eine Verdreifachung der zur Verfügung stehenden Plätze erreicht haben werden.

Auch im Jugendbereich macht die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung gute Fortschritte. Wir haben ein Modellvorhaben für die bessere Entwicklung der regionalen Jugendarbeit auf den Weg gebracht. Das Werkstattprogramm für arbeitslose Jugendliche wurde deutlich, nämlich um 20 %, erhöht.

(Beifall bei den Grünen. — Auditor [SPD]:  
Sehr gut!)

Im Sportbereich hat sich bereits eine Expertenkommission zur Sportentwicklung an die Arbeit gemacht, deren Aufgabe es ist, Konzepte zu entwickeln zur besseren Förderung von Frauen im Sport, zur besseren Integration von Behinderten, zur besseren Einbettung des Umweltgedankens in den Sport sowie zur Förderung human-ökologischer Gesichtspunkte, insbesondere beim Sportstättenbau.

(Schneider [Salzgitter] [SPD]: Mit hervorragenden Fachleuten besetzt!)

— So ist es.

Die Schwerpunkte unserer Fraktion zum vorliegenden Haushalt lassen sich wie folgt darstellen:

Erstens. Stärkere Förderung der Umweltbildung an den Schulen. Nach den wortreichen, aber inhaltsleeren Ankündigungen der Herren Horrmann und Remmers wird jetzt an den einzelnen Schulen und für die engagierten Lehrer und Lehrerinnen tatsächlich etwas getan. Wir fördern beispielsweise konkret Schullandheime in ihrer Ausstattung mit ortsbezogenen Materialien, um Schülerinnen und Schüler mit Hand und Kopf, mit Herz und Seele umweltbewußtes Lernen erleben zu lassen.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.  
— Frau Tewes [SPD]: Wie schön! Ich will wieder zur Schule!)

Es werden wesentlich mehr Seminare im Bereich der Umweltbildung für Schülervertreter und Schülervertreterinnen stattfinden. Es werden Fachtagungen für Lehrer und Lehrerinnen zum zentralen Thema „Wirtschaftliche Entwicklung und Umweltschutz“ durchgeführt werden, damit der Umweltschutz nicht verwechselt wird mit dem alleinigen Anlegen eines Schulgartens, wie es wohl unter der ehemaligen Landesregierung durchaus geschehen ist.

Zweitens. Mädchen- und Frauenförderung. Die Mehrzahl der Lehrer und Lehrerinnen an den niedersächsischen Schulen ist weiblich, die Schulleitungsstellen hingegen sind mehrheitlich mit Männern besetzt. Allein diese Tatsache bringt unterschiedliche Voraussetzungen für das Lernen von Jungen und Mädchen mit sich, denn bekanntlich gibt es kein bedeutenderes Lernen als das an Vorbildern und das im wirklichen Leben. Deshalb gibt es jetzt endlich Fortbildungen speziell zum Thema „Förderung von Frauen in Funktionsstellen“. Deshalb soll in Modellversuchen naturwissenschaftlicher Unterricht auf neue Weise und nach Geschlechtern getrennt erteilt werden. Deshalb werden die Lehrplanarbeiten zur Gleichberechtigung der Geschlechter finanziell wesentlich besser ausgestattet werden. — Im Jugendbereich haben wir ein Programm für die verbandliche und offene Jugendarbeit zur Förderung der Mädchenarbeit aufgelegt.

Aber, meine Damen und Herren, auch wenn wir mit dem vorliegenden Haushalt eine Menge erreicht haben, war es nach 14 bildungsfeindlichen Jahren in Niedersachsen nicht möglich, ein vollständiges Umlenken zu erreichen. Es ist schmerzlich für die Grünen, daß es über unser Sofortprogramm hinaus noch nicht möglich war, im Kindergartenbereich eine Verkleinerung der Gruppen von 25 auf 20 Kinder in die Wege zu leiten. Die dringend notwendige bessere Gestaltung der Arbeitszeit für die Erzieherinnen mußte hintanstehen; die qualitative pädagogische Weiterentwicklung der Kindergärten bleibt leider aufgeschoben.

Auch die berechtigte Arbeitszeitverkürzung für Lehrer und Lehrerinnen ließ sich in diesem Haushalt nicht realisieren. Die von der CDU-Landesregierung verweigerte Umsetzung der Tarifverhandlungsergebnisse von 1988 läßt sich angesichts der von Oschatz, Remmers, Knies und Horrmann hinterlassenen Unterrichtsversorgung nicht sofort korrigieren. Wir hoffen auf das und appellieren an das Verständnis für diese klare und unumgängliche Prioritätensetzung bei den Lehrerinnen und Lehrern.



Wenngleich die Arbeitszeitverkürzung nicht realisiert werden konnte, hat diese Landesregierung doch den ersten Schritt zur Beseitigung der besonderen Benachteiligung der Lehrer für Fachpraxis an den Berufsschulen gemacht. 100 Lehrer werden in ihrer Besoldungsgruppe gehoben und damit endlich dem Bundesdurchschnitt angepaßt, eine Anpassung, die, wie so vieles, von der alten Landesregierung versäumt wurde.

Ein weiteres und letztes Beispiel für unsere konsequente Reformpolitik, die an sozialen und pädagogischen Maximen orientiert ist, möchte ich im Bereich des Schulwanderns aufzeigen. 1 Million DM haben wir mehr für Klassenfahrten eingesetzt, um allen Schülerinnen und Schülern mit ihren Lehrerinnen und Lehrern in allen Schulstufen Klassenfahrten zu ermöglichen. Wir tun dies, weil wir der Überzeugung sind, daß das gemeinsame Lernen und Erleben während einer Reise eine wichtige Rolle in der Schulzeit eines jeden Schülers spielt und auch in Zukunft spielen sollte. — Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

**Vizepräsident Dr. Blanke:**

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Hoops.

**Frau Hoops (Grüne):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ebenso wie in anderen Bildungsbereichen hat die rot-grüne Landesregierung in den wenigen Monaten ihrer Arbeit auch im Bereich der Erwachsenenbildung, der Kultur und auch der Hochschulpolitik eine deutliche Kehrtwendung gegenüber der rückwärtsgewandten Politik der abgewählten Albrecht-Regierung unternommen.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Dies spiegelt sich auch in diesem Haushalt wider. Trotz der finanziellen Enge wurden deutliche Akzente gesetzt, und mit großen Anstrengungen werden die riesigen Versäumnisse und maroden Hinterlassenschaften in der Hochschulpolitik aufgearbeitet. Herr Horrmann, uns reicht es dabei nicht, nur irgendwie mit den Überlastbedingungen fertig zu werden. Nein, Rot-Grün will die Überlastbedingungen durch ein ehrgeiziges Hochschulausbauprogramm abbauen.

Mit Priorität wurde das Fachhochschulentwicklungsprogramm aufgelegt. Damit werden Bauinvestitionen in Höhe von mehreren hundert Millionen DM sowie die Schaffung von zusätzlichen Stellen und eine erhöhte Bereitstellung von Sach-

mitteln ermöglicht. Bereits 1991 sollen an allen acht niedersächsischen Fachhochschulen Maßnahmen anlaufen, mit denen Studienangebote erweitert oder neu eingerichtet werden. Zu den jetzt anlaufenden Ausbauprojekten gehört auch der Aufbau eines ingenieurwissenschaftlichen Fachbereichs an der Uni Oldenburg und der Fachbereich Chemie an der Uni Osnabrück.

(Beifall bei den Grünen.)

Dieses, meine Damen und Herren, wird die Bedingungen für Forschung, Lehre und Ausbildung in Niedersachsen verbessern. Ebenso ist der erhöhte Etat für die Literaturversorgung eine wesentliche Voraussetzung für verbesserte Arbeits- und Studienbedingungen.

Meine Damen und Herren! Sie wissen, daß die Versäumnisse in der Wohnungsbaupolitik auch die Studierenden in besonderer Weise treffen. Billiger Wohnraum für Studierende ist Mangelware. Rot-Grün will neuen Wohnraum auch für diese Gruppe schaffen. Für Sanierungsaufgaben werden die Zuschüsse gleich bei unserem ersten Anlauf mit diesem Haushalt um das Sechsfache erhöht.

Besondere Bedeutung aber hat für uns die Förderung von Frauen an den Hochschulen. Die Situation ist folgende: Obwohl Frauen seit mehr als 100 Jahren die Hochschulzugangsberechtigung haben, hat sich hinter den Toren der Alma mater die Gleichberechtigung noch nicht verwirklicht. Je höher der Rang in der Universitätshierarchie, um so weniger Frauen sind dort zu finden. Ferner sind Frauen ungleichmäßig in den Wissenschaftsbereichen präsent. Sie, meine Damen und Herren von der CDU und der FDP, haben jahrelang die Frauenförderung als Randproblem abgetan. Daß Sie jetzt auf den Zug aufspringen wollen, überrascht nicht, macht Sie aber nicht glaubwürdiger. In zermürbenden Auseinandersetzungen mit Hochschulgremien um Personalstellen und Finanzmitteln wurde die Arbeitskraft der Frauenbeauftragten von Ihnen regelrecht verschlissen. Wir wollen der Gleichstellung von Frauen an Hochschulen noch in diesem Jahrtausend zu einem ersten Durchbruch verhelfen.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD)

Mit diesem Haushalt werden alle niedersächsischen Hochschulen in Zukunft Landesmittel für die Freistellung von Frauenbeauftragten erhalten. Auch werden Gelder für die personelle und sachliche Ausstattung der Frauenbüros bereitgestellt.

(Puls [Grüne]: Das wird auch langsam Zeit!)

Frau Hoops

— Genau. — Aber, meine Damen und Herren, nicht nur der Abbau der Benachteiligungen von Frauen wurde von der alten Regierung sträflich vernachlässigt, sondern auch die Frauenforschung an den Hochschulen. Um Frauenförderung effektiv gestalten zu können, sind wir auf die Analyse von weiblichen Lebenszusammenhängen und auf vielfältiges Datenmaterial angewiesen. Die Koalitionsfraktionen haben sich darauf verständigt, mit diesem Haushalt die Frauenforschung an den Hochschulen weiter voranzutreiben. An der Uni Oldenburg wird ein Lehrstuhl für Frauenforschung geschaffen. Zudem werden Mittel für eine Bestandsaufnahme der Frauenforschung in Niedersachsen bereitgestellt. Damit schafft Rot-Grün wesentliche Voraussetzungen für die Frauenförderung. Es liegt jetzt vermehrt an den Hochschulen, den realen Teil der Gleichstellung mit zu verwirklichen.

Rot-Grün will Schwerpunkte in Forschung und Lehre setzen, die eine ökologische, frauenfördernde, soziale und friedensstiftende gesellschaftliche Entwicklung vorantreiben. Das, meine Damen und Herren von der CDU, ist das neue Aushängeschild Niedersachsens.

(Beifall bei den Grünen.)

Deutlich erkennbares Zeichen ist neben der Frauenförderung die Verankerung des ökologischen Landbaus in Forschung und Lehre.

Damit wird es gleich an zwei Hochschulstandorten — nämlich in Osnabrück und in Göttingen — erstmals möglich sein, in Niedersachsen ökologischen Landbau zu studieren. Meine Damen und Herren, das war längst überfällig.

(Beifall bei den Grünen.)

Wir begrüßen außerdem die Verdoppelung der Zuschüsse für das soziologische Forschungsinstitut in Göttingen, das sich vor allem dem Bereich der Wissenschaftsfolgeabschätzungen gewidmet hat.

Meine Damen und Herren, ich komme zur Erwachsenenbildung. Rot-Grün hat nach jahrelangem Einfrieren der Mittel endlich auch die Ansätze für die Erwachsenenbildung erhöht. Obwohl die Landesregierung für die Erwachsenenbildung im Haushaltsplanentwurf für das Jahr 1991 erheblich mehr Mittel als die Vorgängerregierung ausgewiesen hat, haben sich die Koalitionsfraktionen für eine nochmalige Erhöhung des Ansatzes ausgesprochen.

(Frau Lenke [FDP]: Das war auch notwendig!)

Nicht nur die Tarifsteigerungen und die Anerkennung neuer Bildungseinrichtungen sind damit möglich, sondern es ist auch eine qualitative Entwicklung gesichert.

Die materielle Basis für die neue Durchführungsverordnung und das neue Bildungsurlaubsgesetz sind damit mehr als gewährleistet. Damit wird der Bedeutung der Erwachsenenbildung in Niedersachsen endlich wieder Rechnung getragen.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, Sie wissen, daß uns Grünen die Förderung der Soziokultur ein besonderes Anliegen ist.

(Kuhlmann [CDU]: Was ist denn das?)

Mit diesem ersten rot-grünen Haushalt werden die Mittel für die soziokulturellen Zentren von 150 000 DM auf 1,55 Millionen DM verzehnfacht. Diese Zentren wie beispielsweise der „Pavillon“ in Hannover oder die „Kulturetage“ in Oldenburg bieten sehr vielfältigen Kunstsparten und ganz unterschiedlichen Gruppen Raum für Auftritts- und Entfaltungsmöglichkeiten, der nirgendwo sonst zur Verfügung steht. Mit diesem Haushalt werden die Arbeit der soziokulturellen Zentren und ihre landesweite Bedeutung endlich anerkannt.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Im Bereich der Kulturpolitik freuen wir uns besonders darüber, daß die Förderung der Jugendkunstschulen verfünffacht wird. Hiermit wird das Angebot erweitert und werden Neugründungen besonders in den Landesteilen gefördert, in denen es bisher keine derartigen kulturpädagogischen Einrichtungen gab.

Meine Damen und Herren, es hat sich ja bereits herumgesprochen, daß die abgewählte CDU-FDP-Regierung im Bereich der Kulturpolitik ein Feld großer Lücken und Konzeptionslosigkeit hinterlassen hat.

(Unruhe bei der CDU.)

Bis zur Verabschiedung dieses Haushaltes ist es noch nicht möglich gewesen, die in einzelnen Bereichen dringend notwendige konzeptionelle Arbeit abzuschließen. Das gilt zum Beispiel auch für die Filmförderung. Die Koalitionsfraktionen sind sich einig, daß an der alten Filmförderung nicht festgehalten werden kann. Die künftige Filmförderung muß grundlegend neu geordnet werden. Zur Zeit werden ein Gesamtkonzept und Vergaberichtlinien neu erarbeitet. Die von uns bereitgestellten 3,5 Millionen DM bilden die

Grundlage für eine solche zukunftsweisende Filmpolitik.

(Frau Lenke [FDP]: Zu wenig!)

Meine Damen und Herren, die Beispiele stehen dafür, daß es Rot-Grün trotz der Haushaltsenge und trotz der großen Versäumnisse der früheren Landesregierung gelungen ist, einige Glanzlichter zu setzen und wichtige Weichenstellungen vorzunehmen.

(Beifall bei den Grünen.)

**Vizepräsident Dr. Blanke:**

Danke schön. — Zwei Sprecher der FDP teilen sich jetzt noch die verbleibenden knapp fünf Minuten. Zunächst spricht der Abgeordnete Bannier zum Bereich Jugend, wenn ich richtig informiert bin.

**Bannier (FDP):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Einiges von dem, was dieser Haushalt im Bereich der Jugendpflege regelt, findet in Teilbereichen durchaus die Unterstützung der FDP und muß von mir nicht besonders erwähnt werden.

Wie jedoch die Koalition und die CDU, die hier leider eine Vorreiterrolle übernimmt, das Problem fehlender Kindergartenplätze angehen, findet nicht unsere Unterstützung.

(Auditor [SPD]: Eine Vorreiterrolle?)

Diese sich abzeichnende große Koalition zur Stärkung der Bürokratie gaukelt nach unserer Einschätzung durch ein Kindertagesstättengesetz Lösungen vor, die es in Wahrheit nicht geben wird.

(Waike [SPD]: Da hätte eben gelacht werden müssen!)

Hier wird nach unserer Einschätzung Anspruchsdenken in den Kommunen bewirkt.

Das, was wir brauchen — das wird durch ein solches Gesetz nicht herbeigeführt —, ist das Besinnen der Kommunen und der Bürgerinnen und Bürger auf Eigenverantwortung.

(Beifall bei der FDP. — Zuruf von Auditor [SPD].)

Wir wollen eben nicht, daß sich die Gemeinden weiterhin Spaßbäder bauen, um sich dann Kindergartenplätze vom Land bezahlen zu lassen.

(Beifall bei der FDP.)

Kindergartenbau ist nach unserer Meinung Sache der Kommunen. All das, was vor Ort erledigt werden kann, soll auch vor Ort erledigt werden.

(Beifall bei der FDP. — Bartling [SPD]: Das erzähle ich einmal bei uns!)

Das Land soll sich nach unserer Auffassung an den Personalkosten beteiligen, dann aber bitte sofort. Die FDP-Fraktion fordert nach wie vor eine völlige Neuordnung des Systems der Landeszuschüsse, wie dies in unserem Antrag deutlich wird.

(Beifall bei der FDP.)

Vor dem Hintergrund der kommunalen Verantwortung und Gleichbehandlung aller Träger sollte sich das Land ausschließlich in Form von Zuschüssen an den Personalkosten beteiligen.

(Beifall bei der FDP.)

Dann können auch die vielen Eigeninitiativen von Eltern, Betrieben und Hochschulen in erheblichem Maße davon profitieren.

(Beifall bei der FDP.)

Außerdem ermöglicht eine solche Finanzierung den Kommunen und Trägern eine langfristige und beständige Planung. Zu diesen Maßnahmen gehört dann auch eine steuerliche Begünstigung für Betriebe zur Einrichtung von neuen Kindergartenbetreuungsplätzen, nach Möglichkeit in Zusammenarbeit mit den Trägern.

(Beifall bei der FDP.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine bunte Landschaft alternativer Betreuungsmodelle ist gefordert. Kinderläden, Spielkreise bis hin zu Mutter-Kind-Gruppen sollen entwickelt werden.

(Beifall bei der FDP.)

Nur so kann der Vielfalt nach unserer Einschätzung Rechnung getragen werden.

**Vizepräsident Dr. Blanke:**

Herr Abgeordneter, wenn Sie Ihrem Kollegen Dr. Hruska noch Raum lassen wollen, dann müßten Sie jetzt allmählich unterbrechen.

**Bannier (FDP):**

Dann komme ich zum Schluß.

Über die Finanzierung hinaus muß nach unserer Meinung eben auch ein geändertes Zuschußsystem installiert werden. Insbesondere aber muß der Wust von vielen Vorschriften fallen. — Schönen Dank.

(Beifall bei der FDP.)

Vizepräsident Dr. Blanke

**Vizepräsident Dr. Blanke:**

Danke schön. — Herr Abgeordneter Dr. Hruska!  
(Unruhe.)

— Ich störe ungern. Aber wegen des fraktionsinternen Friedens tue ich es lieber von hier aus.

**Dr. Hruska (FDP):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Schönen Dank, Herr Präsident, für die zwei Minuten, die ich noch zum Sport sprechen kann.

Herr Puls, ich finde es gut, daß Sie eine Kommission berufen wollen, die sich für Umwelt und Sport einsetzen soll. Allerdings hat dies der Landtag schon einmal in einer Resolution beschlossen.

(Beifall bei der FDP.)

Ich hätte es gern gesehen, wenn sich die neuen Regierungspräsidenten, z. B. der in Bauschweig, an diesen Beschluß gehalten und daraus entsprechende Konsequenzen gezogen hätten.

(Beifall bei der FDP.)

Ich möchte im Rahmen dieser Haushaltsberatungen jedoch ein spezielles Thema des Sports herausgreifen.

(Puls [Grüne]: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?)

— Herr Puls, Sie wissen, daß ich nur zwei Minuten Zeit habe. Diese Frage ist unverschämt.

(Puls [Grüne]: Ich frage Sie dann anschließend!)

Gestatten Sie mir also noch ein Wort zu diesem Haushalt. Meine Damen und Herren! In dem Vertrag über die deutsche Einheit steht nichts über den Breitensport; vielmehr ist darin nur der Leistungssport einbezogen worden. Das ist natürlich richtig so, Herr Köneke, weil der Leistungssport Aufgabe des Bundes ist.

(Beifall bei der FDP.)

Aufgabe der Länder aber ist der Breitensport. In den neuen Ländern ist eine Umstrukturierung notwendig. Der Leistungssport ist dort hervorragend gefördert worden, besonders auf den Gebieten, auf denen er medaillenträchtig war. Den Breitensport jedoch hat man auf der Seite liegenlassen.

Deswegen brauchen wir Hilfe, damit zugunsten des Breitensports neue Vereine entstehen können und damit diese neuen Vereine auch die Möglichkeit haben — was sie bis jetzt ja nicht hatten, weil

das die Betriebssportstätten gemacht hatten —, eigenes Vereinsgelände zu erwerben und eigene Initiativen einzubringen.

(Beifall bei der FDP.)

Für diesen Zweck hätte ich im Haushaltsplan gerne etwas gefunden. Das fehlt.

(Beifall bei der FDP.)

**Vizepräsident Dr. Blanke:**

Danke schön. Herr Abgeordneter, Sie waren auf die Sekunde pünktlich.

Für die SPD-Fraktion spricht nun für eine Schlußminute der Abgeordnete Köneke noch zum Sport. Bitte schön!

**Köneke (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Gegensatz zur CDU haben die Liberalen wenigstens ein paar Worte für den Sport gefunden. Das freut mich. Sie haben hier ein paar Dinge gesagt, die bereits von Peter-Jürgen Schneider und von mir angesprochen worden sind. Ich möchte zum Schluß der Debatte über den Sport aber noch folgendes sagen:

Dem Sport ist es noch nie so gut gegangen wie unter dieser Landesregierung.

(Beifall bei der SPD. — Lachen bei der CDU.)

Ihm sind noch nie so viele Wünsche erfüllt worden.

Meine Damen und Herren, Sie alle wissen, daß wir seit 1983 im Sport gedeckelt worden sind. Endlich ist es uns gelungen, hier einen Durchbruch zu erzielen. Ich bedanke mich dafür bei den Koalitionsfraktionen und bei diesem Kultusminister.

(Beifall bei der SPD.)

**Vizepräsident Dr. Blanke:**

Danke schön. — Frau Ministerin Schuchardt!

**Schuchardt, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich stelle fest, daß auch bei der CDU eine relative Zufriedenheit mit dem Haushalt des MWK eingekehrt ist.

(Müller [CDU]: Sie haben wohl gar nicht zugehört?)

— Das merkt man daran, daß von Ihnen keine Anträge gestellt worden sind. Dies gilt allerdings nur mit einer Ausnahme, und dieser Antrag ist besonders erwähnenswert. Ich verstehe auch, warum Herr Horrmann ihn nicht erwähnt hat. Sie fordern nämlich eine zusätzliche Mittelerhöhung für das Sanierungsprogramm von Studentenwohnungen, damit dieses Programm in den nächsten zehn Jahren besser abgewickelt werden kann. Dies ist deshalb so interessant, weil wir in der Tat vor einem schrecklichen Sanierungsstau sitzen, dies allerdings dank des Versäumnisses der bisherigen Koalition.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Wir hatten im Haushalt unter der alten Koalition einen Ansatz von 300 000 DM. Dieser ist von der jetzigen Koalition auf 1,8 Millionen DM erhöht worden; dies bedeutet eine Versechsfachung.

(Beifall bei der SPD.)

Und jetzt sagt die CDU völlig zu Recht, sie habe einen solchen Sanierungsbedarf hinterlassen, daß wir einer dringenden zusätzlichen Erhöhung bedürften. Auf diese Art und Weise haben Sie in der Vergangenheit leider in vielen Punkten gehandelt, weshalb wir jetzt vieles nachzuarbeiten haben.

Nun sprechen Sie weiterhin von Fußstapfen. Ich bestätige gern, daß wir es mit einem großen Problem zu tun haben. Sie wissen, daß in den zehn Jahren von 1980 bis 1990 die Zahl der Studienanfänger von 16 500 auf 25 000 und die Zahl der Studenten von 89 700 auf beinahe 144 000 gestiegen sind. Dafür kann logischerweise kein Politiker etwas. Wofür er aber etwas kann, ist, daß er keine Sorge für eine solche Entwicklung getragen hat.

Ich muß an dieser Stelle wieder einmal darauf hinweisen, daß wir in Niedersachsen ein Wanderungsdefizit von 18 % an unseren Hochschulen haben. Es müssen also mehr Studenten aus Niedersachsen hinausgehen, als in unser Land kommen können. Dieses Wanderungsdefizit ist nicht abgebaut worden; das hätte natürlich geleistet werden müssen.

(Zuruf von der CDU: Wollen Sie es abbauen?)

Gleichzeitig sind — Herr Cassens, Sie haben immer das Gegenteil gesagt — im Bereich der wissenschaftlichen Hochschulen 647 Stellen abgebaut worden. Das ist dadurch von Ihnen immer geschönt worden, daß Sie den ungeheuren Zuwachs der medizinischen Bereiche hinzugerechnet haben. Damit haben Sie sich allerdings selbst

Sand in die Augen gestreut und den wissenschaftlichen Hochschulen, wie ich finde, einen schlechten Dienst erwiesen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Das bedeutete nämlich, daß die Betreuungsleistungen während Ihrer Amtszeit praktisch um mehr als die Hälfte verschlechtert worden sind. Das ist nun wirklich keine Bilanz, die sich sehen lassen kann.

Ich sage auch noch einmal etwas zum wissenschaftlichen Nachwuchs; denn auf den müssen wir im Augenblick hoffen, wenn es darum geht, die Qualität unserer Hochschulen zu sichern. Herr Horrmann, Sie haben es selbst zugegeben, daß Sie mit dem merkwürdigen Sparprogramm die Stellen, die zufällig frei wurden, abgebaut haben, und dies leider auch in den Bereichen, die Sie anschließend für so wichtig erklärt haben, weil dies die Sonderforschungsbereiche seien. Darüber hinaus haben Sie vergessen, daß Sie dem Sparprogramm insofern noch nachgeholfen haben — — —

Vizepräsident Dr. Blanke:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Schuchardt, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

Ich habe nur eine sehr kurze Redezeit, und deshalb bitte ich um Verständnis, wenn ich keine Zwischenfrage zulasse.

Zusätzlich haben Sie die Wissenschaftlerstellen auf sogenannte 70- bzw. 75-Prozent-Stellen zurückgeführt. Das heißt, Sie haben die Bedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs außerordentlich unattraktiv gemacht. Auch das ist ein Tort für die Zukunft unserer Einrichtungen.

Im übrigen hat — ich komme noch einmal auf die Fußstapfen zurück — Herr Cassens mir das Amt mit dem Begriff übergeben, die Hochschulen stünden in einer Überforderungskrise. So weit, so gut!

Was tun wir nun? — Sie wissen, daß wir in den nächsten acht Jahren, also in zwei Legislaturperioden, die flächenbezogenen Studienplätze um 15 000 erhöhen wollen, davon allein um 7 500 im Fachhochschulbereich.

Dazu kann ich nur folgendes sagen, Herr Horrmann. Natürlich ist im Ministerium an einem Fachhochschulprogramm gearbeitet worden, das 4 000 zusätzliche Stellen vorsah. Diese Arbeit

Frau Schuchardt

ist zwar erst ziemlich spät in Auftrag gegeben worden, aber immerhin konnte man auf ihr aufbauen. Aber das, woran Beamte arbeiten, ist nur das eine. Das andere ist, was die Politik durchsetzt. Sie, der Sie für die Wissenschaftspolitik zuständig waren, haben es nicht vermocht, die Mehrheit in Ihrem Kabinett dafür zu finden, daß das auch etatisiert wird.

(Beifall bei der SPD.)

Das heißt, die Beamten haben gearbeitet, wofür sie ja auch bezahlt werden, während Sie zu schwach waren, sich durchzusetzen.

(Beifall bei der SPD.)

Was haben wir jetzt unsererseits getan? — Dieser Haushalt wird für den Hochschulbereich zusätzliche 239 Stellen schaffen. Ich finde, das ist ein Wort. Daß uns da natürlich das Zweite Hochschulsonderprogramm des Bundes hilfreich unter die Arme greift, nehmen wir dankbar zur Kenntnis. Deshalb erwähne ich dies auch ausdrücklich.

Ich darf nun noch einiges zur Haushaltsarithmetik sagen. Herr Horrmann, unter Abzug der zusätzlichen Aufgaben, die wir vom Wirtschaftsministerium übernommen haben, und unter Abzug der zusätzlichen BAföG-Steigerungen schneiden wir immer noch überproportional ab. Das ist für mich aber überhaupt nicht der Punkt. Für mich kommt es nicht darauf an, Geld auszugeben und möglichst viel für sich an Land zu ziehen, sondern es kommt darauf an, dieses Geld konzeptionell vernünftig und verantwortungsbewußt auszugeben.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Nun finden Sie es ganz schlimm, daß der den § 12 betreffende Haushaltstitel durch den Beschluß, der heute nachmittag wahrscheinlich gefaßt werden wird, um 7 Millionen DM erleichtert werden soll. Dies ist für die Wissenschaftspolitiker in der Tat ein schwerer Brocken. Aber ich darf daran erinnern, daß die schwarz-blaue Koalition 1988 23,5 Millionen DM aus diesem Topf abgezogen hat. Tun Sie also jetzt nicht so, als ob Sie noch jungfräulich seien.

(Beifall bei der SPD.)

Über den Bereich der Forschung werden wir zu gegebener Zeit diskutieren. Ich muß mich jetzt kurz fassen und Rücksicht auf meinen Kollegen nehmen, der verständlicherweise auch noch zu Wort kommen muß. Ich möchte mich für die außerordentlich konstruktive Diskussion in den Ausschüssen bedanken. Ich denke, sie hat dem Etat insgesamt gutgetan. — Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Vizepräsident Dr. Blanke:

Danke schön, Frau Ministerin. Das Wort hat Minister Wernstedt. Ihre Redezeit, die wir Ihnen nur empfehlen und von Verfassungswegen nicht vorschreiben können, sehen Sie links. Sie beträgt noch fünf Minuten.

Wernstedt, Kultusminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Solange ich an den Landtag und seine Arbeitsweisen zurückdenken kann, war es noch niemals der Fall, daß der Sprecher der größten Oppositionsfraktion zum schulischen Bereich des Einzelplans 07 nur drei Minuten Redezeit zur Verfügung hatte. Dies ist, finde ich, fast eine Beleidigung der niedersächsischen Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrerinnen und Lehrer.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.  
— Horrmann [CDU]: Was soll das? Begeben Sie sich doch einmal in die Diskussionen draußen! Aber da kneifen Sie!)

— Nein, Herr Horrmann. Man muß sich die Zeit schon einteilen. Ich weiß genau, daß wir unter diesem Druck stehen.

Herr Horrmann, da Sie entsprechend Ihren Anträgen an unseren großen Ausgaben und an den Blöcken, die quantitativer Natur sind, im Prinzip nichts auszusetzen haben, möchte ich mich ausdrücklich dafür bedanken, daß Sie die Schwerpunkte, die wir gesetzt haben, als richtig ansehen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Wenn Sie eine wirkliche Alternative aufzeigen wollen, so müssen Sie der Politik des reformpädagogischen Augenmaßes, die die rot-grüne Landesregierung betreibt, konkrete Vorhaltungen machen.

Angesichts der knappen Zeit komme ich jetzt zu den konkreten Vorwürfen. Ich finde es schon merkwürdig. Da werfen Sie mir vor, daß in der beruflichen Bildung dafür gesorgt werden müsse, daß die Lehrerinnen und Lehrer für Fachpraxis Arbeit haben. Das muß man sich einmal vorstellen. Herr Horrmann, ich verstehe gar nicht, wie Sie dazu kommen, an dieser Stelle einen Vorwurf zu formulieren. Sie haben 1976 die Regierung in der erklärten Absicht übernommen, das Berufsgrundbildungsjahr einzuführen. Sie haben dann die entsprechenden Einstellungen der Lehrerinnen und Lehrer für Fachpraxis vorgenommen. Dies waren ungefähr 1 800. Bis 1985 haben Sie das BGJ nur zögernd und nach 1985 haben Sie

kein BGJ mehr eingeführt. Jetzt frage ich Sie: Wieso stellen Sie Lehrer ein, wenn Sie anschließend das BGJ nicht einführen wollen, wofür diese Lehrer doch eingestellt worden sind? Das bedeutet, daß ich hier eine Erblast übernommen habe, die Sie nun innerhalb von drei, vier oder fünf Monaten abzubauen einfordern.

(Horrnann [CDU]: Sie sollen einmal sagen, was Sie wollen! Bisher haben Sie noch nichts gesagt!)

Wir sagen demgegenüber, daß wir in den nächsten Tagen und Wochen eine Gesamtkonzeption bezüglich der Weiterführung des Berufsgrundbildungsjahres vorlegen werden. Sie müssen im Ausschuß im übrigen darüber beraten. Erst seit wenigen Wochen liegt uns die Analyse, die wir alle bestellt haben, vor. Sie müssen im Grunde auch einen Beitrag dazu leisten.

Herr Kollege Goldmann, in der beruflichen Bildung haben wir im übrigen eine ganze Menge getan. Wir haben die Notsituation in den Ausbildungsberufen, in denen sie vorhanden oder absehbar ist, zu lindern versucht. Wir haben — zugegebenerweise mit Notmaßnahmen — versucht, sie für die Berufsschullehrer im Metallbereich und im Elektrobereich zu lindern. Schon im Wintersemester wird dies an der Universität in Hannover weitergehen. Wir haben die Berufsschullehrereinstellung gefördert. Es sind über 100 mehr eingestellt worden, als Sie vorgesehen hatten. Wir sind dabei, die Altenpflegehelferinnen-Ausbildung entsprechend voranzutreiben. Ein diesbezüglicher Beschluß ergeht in den nächsten Wochen.

Herr Goldmann, ich nehme Sie gern ernst; sozusagen auch als Kollegen, der aus dem Berufsschullehrerbereich kommt. Ich habe den Eindruck, daß das, was in den letzten Jahren in der beruflichen Bildung — gerade im Hinblick auf die neugeordneten Berufe — an pädagogischer Umorientierung passiert ist, von so fundamentaler Bedeutung auch für die allgemeinbildenden Schulen ist, daß ich hier sagen möchte: Die berufsbildenden Schulen werden wahrscheinlich in den nächsten Jahren eine Vorbildfunktion auch in pädagogisch-didaktischer Hinsicht gegenüber allen anderen Schulen des Landes haben.

(Beifall bei der SPD.)

Das bedeutet aber gleichzeitig, daß wir mit den Kolleginnen und Kollegen an den allgemeinbildenden Schulen, vor allem mit denen, die glauben, daß sie es mit bestimmten Kompetenzen nicht so ernst zu meinen brauchen, Gespräche führen müssen und daß wir Lehrerfortbildungsveranstaltungen durchführen müssen. Wir wis-

sen, die Fachkompetenz ist eine Seite. Aber ohne entsprechende Methodenkompetenz und Sozialkompetenz wird man das Leben in Zukunft nicht gestalten können. Das müssen alle Schularten wissen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.  
— Zuruf von Klare [CDU].)

Die Organisationserlasse, die ich herausgegeben habe und die in den nächsten Tagen, was den Sekundarbereich I betrifft, in die Veröffentlichung gehen werden, bieten den Lehrerinnen und Lehrern im Rahmen — wenn man so will — auch gewohnter Arbeitsverhältnisse neue Möglichkeiten, sich zu entscheiden und Pädagogik zu betreiben. Darauf haben Herr Schneider und Herr Puls hingewiesen. Ich finde, daß in diesem Rahmen eine ganze Menge möglich wird. Von daher bin ich sicher, daß wir Reformpädagogik in diesem Sinne schrittweise, von unten akzeptiert und angenommen, vorantreiben können.

Nun zu den Anmerkungen, die Herr Dr. Hruska zum Sport gemacht hat. Daß der Breitensport im Einigungsvertrag nicht angesprochen ist, hat auch uns in der Sportministerkonferenz bewegt. Wir werden in der ersten Sitzung — ich bin ja turnusmäßig der Vorsitzende der Sportkonferenz — hier in Niedersachsen eine Beschlußvorlage erarbeiten, in der wir alle Länder dazu auffordern, über einen Fonds Möglichkeiten zur Erhaltung von Sportstätten oder zum Neuerwerb zu eröffnen.

(Beifall bei der FDP und bei den Grünen.)

Das ist ein ganz komplizierter Vorgang. Ich möchte Ihnen nur sagen, daß an dieser Stelle Überlegungen im Gange sind, weil wir sonst doch in ein schiefes Licht geraten, gerade was die DDR-Vergangenheit hinsichtlich der überproportionalen Förderung des Spitzensports betrifft.

Eine abschließende Bemerkung zu einem Problem, das alle angeht. Ich mache mir selbstverständlich, wie alle anderen in der Öffentlichkeit, Sorgen darüber, daß die Lehrerschaft in allen Bundesländern so etwas wie eine strukturelle Unzufriedenheit kennzeichnet. Die CDU hatte in den Jahren ihrer Regierungsverantwortung Sorgen mit ihren Leuten und hat natürlich die pflichtgemäße Opposition der GEW gehabt, aber natürlich auch die sehr lautstarke des Philologenverbandes. Daß wir mit der Politik, die wir betrieben haben, viele inhaltliche Forderungen aus dem bildungspolitischen Bereich der GEW jedenfalls schrittweise übernommen haben, ist kein Geheimnis. Daß wir aber an zentralen Stellen nicht der verlängerte Arm dessen sein können, dürfen und wollen, was die GEW verlangt, ist die

Wernstedt

andere Seite. Daraus die Schlußfolgerung zu ziehen, daß wir sozusagen eine Enttäuschung produziert hätten, ist doch ein wenig zu kurz gegriffen. Politisch befindet sich jeder Kultusminister sehr wohl zwischen dem Philologenverband einerseits und der GEW andererseits, obwohl wir gerade als Kultusminister darauf achten sollten, daß es in diesem Lande gemeinsame Interessen unserer Lehrerinnen und Lehrer gibt, daß es eine Bedeutung des Lehrerinnen- und Lehrerberufes gibt, die in der Öffentlichkeit vielleicht nicht immer ausgesprochen gewürdigt wird.

Ich finde, daß es in Niedersachsen eine Schülerschaft gibt, die Anerkennung dafür verdient, daß sie sich trotz mancher schlechten Laune vieler Lehrerinnen und Lehrer — es gibt viele, die sehr gute Laune haben — bereitgefunden hat, auf die Straße zu gehen und für den Frieden zu demonstrieren.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.  
— Hildebrandt [FDP]: Während der Dienstzeit!)

Das macht mich eigentlich hoffnungsfroh, denn in diesem Lande eine solche Jugend zu wissen — natürlich stehen dahinter auch die Lehrkräfte, die in all den Jahren zuvor dafür gesorgt haben, daß der Friedenswille in diesem Lande die Oberhand gegenüber allen anderen Dingen gewinnt —, ist etwas, womit wir weiterarbeiten können. — Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.  
— Klare [CDU]: Aber Ihr Umgang damit war falsch!)

**Vizepräsident Dr. Blanke:**

Danke schön. — Meine Damen und Herren, wir sind am Ende dieses Beratungsblocks und treten in die Mittagspause ein. Wir werden — ich sage das für die Mitglieder des Hauses und für diejenigen, die zuhören — um 14.30 Uhr fortfahren, und zwar mit dem letzten Beratungsblock, für den insgesamt 130 Minuten vorgesehen sind: Umwelt, Gleichberechtigung und Frauenfragen, Bundes- und Europapolitik. Für die Zeit ab 16.40 Uhr sind dann die gebündelten Abstimmungen vorgesehen.

Unterbrechung: 13.15 Uhr.

Wiederbeginn: 14.33 Uhr.

**Vizepräsidentin Goede:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nachdem unsere Mittagspause beendet ist, möchte ich gern mit der Sitzung fortfahren. Wir sind noch

beim Tagesordnungspunkt 14, bei der zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 1991. Wir setzen jetzt die Debatte über ausgewählte Haushaltsschwerpunkte einschließlich einzubringender Änderungsanträge fort. Für diesen Beratungsteil sind insgesamt 130 Minuten vorgesehen. Den Fraktionen stehen folgende Redezeiten zur Verfügung: SPD und CDU jeweils 32 Minuten, FDP und Grüne jeweils 22 Minuten. Der Ältestenrat ist davon ausgegangen, daß die Landesregierung eine Redezeit von insgesamt 22 Minuten nicht überschreitet.

Nach den Vorstellungen im Ältestenrat beginnen wir zunächst mit dem Bereich Umwelt. Weitere Themen für den heutigen Nachmittag sollen „Gleichberechtigung und Frauenfragen“ sowie „Bundes- und Europapolitik“ sein. Ich bitte auch jetzt wieder darum, sich schriftlich zu Wort zu melden und dabei anzugeben, zu welchem Gebiet gesprochen werden soll.

Ich eröffne die Beratung. Als erste Wortmeldung liegt mir diejenige des Kollegen Grill vor. Herr Kollege Grill, Sie haben das Wort.

**Grill (CDU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit dem Koalitionswechsel in Niedersachsen ist der Aufbruch in eine ökologische Neuzeit versprochen worden. Nach nur knapp einem Jahr Regierungszeit kann man eigentlich nur mit großem Erstaunen feststellen — aus der Sicht der Opposition auch mit Freuden —, daß die Umweltpolitik eher, auch und gerade was das Finanzpolitische angeht, das Schlußlicht der Landespolitik ist und daß Frau Griefahn bei dem Haushalt, den wir in dieser Woche beraten, eher die rote Laterne in der Hand hält, als daß sie sich als Aufsteigerin bezeichnen kann.

(Schack [SPD]: Lieber mit einer roten Laterne als blind durch die Gegend laufen!)

Aus der Sicht der Opposition haben wir genügend Gelegenheit, über einen mißlungenen Aufbruch in diese ökologische Zukunft zu sprechen, weil hinreichend deutlich wird, daß es der Ministerin, auch dem Haus — jedenfalls in den Teilen, in denen es neu besetzt worden ist —, nicht gelungen ist, aus der Politik des Protestes in die Politik der Gestaltung umzusteigen. Da geht es eher um Blockaden und um mangelndes Rechtsverständnis nach dem Motto Ihrer Ausführungen am 12. Juni in Gorleben, verehrte Frau Ministerin, Sie seien für Demonstrationen, und die



Bürger sollten mal ordentlich blockieren; Sie könnten oder wollten zwar nicht mehr daran teilnehmen, aber Sie würden schon den Segen dazu geben.

Ich denke, daß es dann eher nach der sehr treffenden Aussage des Oberbürgermeisters von Stuttgart, Herrn Rommel, geht, der sagt: Heute ist es leichter, etwas zu verhindern, als etwas zu gestalten und zu tun.

Dabei nutzen die Umweltpolitik dieser Landesregierung und auch Sie, Frau Griefahn, einen Zustand, in dem die Ängste vor zivilisatorischen Risiken von Ihnen als Boden für Ihre Politik eher verstärkt werden. Das wird dann auch noch als Bürgerbeteiligung getarnt. In dieser Zeit, in der es sicherlich auch darum geht, Ängste aufzunehmen und die Sensibilität in unserer Gesellschaft ernst zu nehmen, kommt es hingegen darauf an, ein Modell zu finden, das Ängste abbaut. Bei der Tagung des Club of Rome in Hannover hieß es, diese Zeit der Ängste brauche ein Modell der Hoffnung.

Sie liefern ein Modell der Hoffnung für die Menschen zur Überwindung durchaus vorhandener Umweltprobleme nicht. Wie gesagt, Sie verstärken die Angst vor den zivilisatorischen Risiken.

(Zustimmung bei der CDU.)

Ein zentraler Punkt in der Auseinandersetzung ist in diesem Zusammenhang die Energiepolitik. Es ist ganz typisch, daß Sie zwar sehr stramm und in geradezu erpresserischer Weise vom Bund eine konkrete Zusage zum Ausstieg aus der Kernenergie fordern, daß sich aber die Landesregierung noch im Januar geweigert hat, überhaupt eine Konzeption für den Ausstieg aus der Kernenergie hinsichtlich der ökologischen und ökonomischen Machbarkeit vorzulegen.

(Schack [SPD]: Müssen wir Ihnen Nachhilfe geben?)

Entweder stimmt das, was Sie uns im Ausschuß gesagt haben, nämlich daß ein Ausstieg von den technisch-wissenschaftlichen Bedingungen her innerhalb von zwei bis sechs Jahren möglich ist, oder es stimmt das, was der Wirtschaftsminister hier im Januar vorgetragen hat, nämlich daß es keine konkreten Planungen für einen Ausstieg aus der Kernenergie geben kann.

So wie Ihre Energiepolitik angelegt ist — ich komme darauf noch zurück —, ist sie ein Weg in die Sackgasse und nicht in eine neue energiepolitische Zukunft.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Der Ministerpräsident hat in der letzten Woche in der „HAZ“ ein neues Kohlekraftwerk angekündigt und hat in Aussicht gestellt, daß noch in dieser Legislaturperiode das Kernkraftwerk in Stade abgeschaltet werde. Wenn man diesen Artikel analysiert, macht man die interessante Feststellung, daß diejenigen, die uns immer vorgeworfen haben, wir hätten eine zu große Nähe zur Industrie, sich damit brüsten, daß sie dies alles mit einem großen deutschen Stromversorger vereinbart hätten. In der Begründung dafür, daß Stade noch in dieser Legislaturperiode abgeschaltet wird, spielt der Gesichtspunkt der Sicherheit überhaupt keine Rolle mehr. Die Maßnahme wird vielmehr mit dem Tausch des Kernkraftwerks Stade gegen ein Kohlekraftwerk begründet.

Meine Damen und Herren! Diese Energiepolitik liefert nicht den Nachweis, daß der Betrieb des Kernkraftwerks Stade sicherheitstechnisch nicht mehr zu verantworten ist. Das ist schlicht und einfach ein energiepolitischer Kuhhandel.

(Beifall bei der CDU. — Zustimmung von Dr. Hruska [FDP].)

Wenden wir uns der Frage zu, wie eine Energiepolitik nach dem Grundsatz „Kohle statt Kernenergie“ überhaupt zu begründen ist. Im Hinblick auf das arme Saarland und das SPD-regierte Nordrhein-Westfalen galt bisher immer die Formel „Kohle und Kernenergie“. Sie lösen diese Formel auf und schaffen den Grundsatz „Kohle statt Kernenergie“.

Dazu muß man allerdings wissen, daß die Kernenergie in Niedersachsen mit ihrem Anteil von 65 % an der Stromversorgung und den abzuführenden 8,5 % Kohlepfeffern erst dafür sorgt, daß die 12 Milliarden DM Subventionen aufgebracht werden können, die die deutsche Steinkohle jedes Jahr verbraucht und die dazu dienen, Industriezweige zu erhalten, die in Nordrhein-Westfalen und im Saarland konzentriert sind. Dieses Geld wird von der Kernenergie und von den Bürgern in Niedersachsen verdient und nicht von den Ländern Nordrhein-Westfalen und Saarland.

(Beifall bei der CDU.)

In dem Artikel über die Pressekonferenz des Ministerpräsidenten ist weiterhin entlarvend, meine Damen und Herren, daß er das Kohleproblem — so jedenfalls seine Bemerkungen — auf die Frage der SO<sub>2</sub>- und NO<sub>x</sub>-Emissionen reduziert. Er hat gesagt, was überhaupt niemand bestreitet — das Investitionsprogramm für die deutschen Kohlekraftwerke ist in den letzten sechs Jahren ja mit mehr als 20 Milliarden DM abgearbeitet worden —, daß umweltfreundliche Kohleenergie für

Grill

ihn SO<sub>2</sub> und NO<sub>x</sub> sind. Im Zusammenhang mit Kohle und fossilen Energieträgern sind SO<sub>2</sub> und NO<sub>x</sub> aber überhaupt kein Problem mehr. Das entscheidende Problem für langfristige Überlegungen und auch für Risikobetrachtungen ist in diesem Hinblick das CO<sub>2</sub>; nichts anderes, meine Damen und Herren. Ich glaube, daß wir uns, wenn wir als reiche Industrienationen den Ausstieg aus dem CO<sub>2</sub>-Problem nicht politisch, technisch und wissenschaftlich anführen, unserer globalen Verantwortung entledigen. Der Ministerpräsident hat es nun tunlichst vermieden, einen Vorschlag dahingehend zu machen, den Kohlepfennig nicht mehr für die Subventionierung der Kohle, sondern für den Ausstieg aus der CO<sub>2</sub>-Problematik einzusetzen.

Der Ministerpräsident hat hier gestern formuliert: Niemand hat in der Frage der Energiepolitik das Ei des Kolumbus. — Dem stimme ich durchaus zu. Nur, meine Damen und Herren: Dann kann es — wenn dieser Satz richtig ist — nicht angehen, daß sowohl er als auch die Umweltministerin die einzig verantwortbare ethische und moralische Position in Sachen Kernenergie und Ausstieg für sich reklamieren. Entweder gibt es eine breitgestreute Verantwortung, die moralische und ethische Kategorien über alles einschließt, oder diese Landesregierung instrumentalisiert Moral und Ethik allein aus politischem Nutzen.

Ich glaube, daß es in diesem Zusammenhang — nachdem Sie die Position der Minderheit in der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zu einer Pressekonferenz genutzt haben, Frau Griefahn — ganz interessant ist, hier mit einem anerkannten und der SPD zuzuordnenden Wissenschaftler, der in der Enquete-Kommission gesessen hat, nämlich Herrn Meyer-Abich, einmal zu sagen: Nicht nur aus der Kernenergie aussteigen müssen wir, sondern auch aus den fossilen Energieträgern. — Er lieferte dazu auch eine Formel, die er für vertretbar hält. Er sagte nämlich, das konsensfähige Modell eines Ausstiegs aus den fossilen Energien parallel zur Frage auch eines Ausstiegs aus der Kernenergie seien zehn Einheiten Einsparung, zwei Einheiten Sonnenenergie und eine Einheit Atomenergie.

Ich meine, es ist schon interessant, Herrn Meyer-Abich im Zusammenhang mit der moralisch-ethischen Verantwortbarkeit noch einmal zu zitieren. Er sagte nämlich: „Nicht Militär-, sondern Energiepolitik gefährdet über Umweltzerstörungen und Hungersnöte mit Millionen von über Grenzen flüchtenden Menschen den Frieden.“

Es scheint so zu sein, daß bei den Sozialdemokraten in Bonn in dieser Frage nunmehr ein Umden-

kungsprozeß eingesetzt hat. Harald B. Schäfer hat am 8. März 1991 erklärt: „Wir werden einem Entsorgungskonsens nur zustimmen, wenn der Ausbau oder die zeitlich limitierte Kernenergienutzung von der Koalition aufgegeben und mit Energie- und Stromsparen sofort begonnen wird.“ Ich will jetzt nicht alles zitieren, was er im Rahmen seiner Ausführungen definitiv gesagt hat. Dies bedeutet bei einem Verzicht auf einen weiteren Ausbau ein zeitliches Limit der Betriebszeit der jüngsten Kernkraftwerke von 30 bis 40 Jahren. Oder die andere Alternative: Bei Fixierung eines zeitlichen Limits etwa bis zum Jahre 2020 oder 2030 ist sogar ein Ausbau möglich.

Wenn man die Aussage des Kollegen Schäfer in Bonn einmal interpretiert, dann könnte man durchaus zu dem Schluß kommen: Die SPD macht erstmals die friedliche Nutzung der Kernenergie nicht mehr von einem Ausstiegszeitpunkt abhängig. Der Vorgang deutet darauf hin, daß bei der SPD hinter der Kulisse lauten Ausstiegsgetöses ein Nachdenkprozeß begonnen hat.

Meine Damen und Herren! Ich meine, der Ministerpräsident nimmt für sich in bezug auf die Kernenergie und den verantwortbaren Ausstieg völlig unrechtmäßig einen Satz in Anspruch, wenn er sagt, mit der Frage der Kernenergie verbinde sich die Frage unserer Verantwortung für die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde. Ich sage, daß eine solche Position die Verweigerung der Solidarität im Nord-Süd-Konflikt darstellt. Diese Koalition entzieht sich an dieser Stelle massiv der globalen Verantwortung, dem globalen Denken sowie dem, was Oskar Lafontaine selbst sehr oft zitiert hat — und was im übrigen ein amerikanisches Sprichwort ist —, nämlich: „Global denken — Örtlich handeln.“ Das heißt, die reichen Industrienationen, die nicht aus der fossilen Energie und der CO<sub>2</sub>-Problematik aussteigen, nehmen mindestens eine ebenso langfristige, unverantwortliche Position ein, wie Sie es uns im Zusammenhang mit der Nutzung der Kernenergie immer wieder unterstellen.

(Beifall bei der CDU. — Puls [Grüne]: Das ist eine abenteuerliche Verdrehung!)

Im Grunde genommen geht mit dieser Politik die Förderung der Egoismen unserer Wohlstandsgesellschaft einher. Herr Schröder schürt — wie das auch bei Herrn Kempmann angelegt ist —

(Frau Dr. Dückert [Grüne]: Wo ist da was angelegt?)

die Ängste. Sie vertrauen auf die Wirkung der Angst vor Ort, auf die Wirkung der Angst vor der Kernenergie. Sie bauen darauf, daß nur die

ärmeren Zonen unserer Welt von den Risiken der CO<sub>2</sub>-Nutzung betroffen sein werden und nicht unsere Industriegesellschaften. Diese Auffassung ist zutiefst unmoralisch und hat mit Ethik wenig zu tun.

Meine Damen und Herren, die Umweltpolitik dieser Landesregierung folgt eher der Devise von Odo Marquard: „Je besser es den Menschen geht, um so weniger wollen sie mit den Dingen zu tun haben, die die Grundlage ihres Wohlstands sind.“ Dies hat auch etwas mit der gestern und vorgestern geführten Diskussion über Abfallpolitik zu tun. Unser Problem in der Umweltpolitik liegt doch nicht darin, daß wir keine technisch-wissenschaftlichen Lösungen für viele Probleme haben, sondern vielmehr in der Schwierigkeit, die vorhandenen Anlagen zur Verbesserung unserer Umweltvorsorge vor Ort umzusetzen und den Menschen begreiflich zu machen, daß die Umwelanlagen zu ihrem Nutzen und nicht zu ihrem Schaden sind. Von diesen Ängsten leben Sie, und Sie produzieren sie mit.

Der ökologische Umbau der Industriegesellschaft, der zum Programm dieser Koalition gehört, hat in Wahrheit noch nicht einmal begonnen; die Baustelleneinrichtung ist noch nicht einmal ausgeschrieben. Ich kann mir, was die Diskussion über den Öko-Fonds angeht, ein Schmunzeln nicht verkneifen, wenn ich daran denke, daß sich Herr Senff heute morgen hier hingestellt und gesagt hat, mit 10 Millionen DM werde der energiepolitische Ausstieg finanziert. Frau Dr. Dückert hat gestern noch versucht, den Eindruck zu erwecken, aus unserem Technologieprogramm mit 112 Millionen DM sei auch noch die Atomenergie gefördert worden. Frau Dr. Dückert, wenn Sie einmal analysieren, was in Ihrem Öko-Fonds neu ist, dann sind das wirklich nur die 10 Millionen DM, die Sie vielleicht im Bereich Energie ausgeben. Der Rest ist die Fortsetzung des alten Technologieförderprogramms der früheren Landesregierung im Bereich der Sonnen- und Windenergie. Das Sonnenenergieinstitut in Hameln und das Windenergieinstitut an der Küste sind doch keine Folgen Ihrer Politik, sondern der der alten CDU-FDP-Koalition.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

In diesem Zusammenhang möchte ich noch zwei Dinge sagen. Erstens. Der Herr Kollege Senff hat heute morgen ganz stolz von 10 Millionen DM gesprochen. Nun will ich Ihnen einmal sagen, wie Ihre energiepolitische Sackgasse aussieht. Wenn man die 4 200 MW installierte Kernenergie in Niedersachsen durch Wind- und Sonnenenergie ersetzen wollte, dann müßte man für eine mit

Wind erzeugte Kilowattstunde mit etwa 3 000 bis 10 000 DM rechnen, je nach der Größenordnung der Windkraftanlage. Bei der Sonnenenergie sind die Investitionen um das Fünf- bis Sechsfache höher. Sie wollen der Öffentlichkeit also allen Ernstes weismachen, Sie könnten mit 10 Millionen DM für ein Energieförderungsprogramm ein Ersatzprogramm für Kernenergie in der Größenordnung zwischen 50 Milliarden und 100 Milliarden DM in Gang setzen. Das ist energiepolitische Scharlatanerie, und Sie verkaufen die Bürger vor Ort für dumm, wenn Sie bei ihnen den Eindruck erwecken wollen, Sie könnten Investitionen von nahezu 100 Milliarden DM — abgesehen von technisch-wissenschaftlichen Dingen — durch die Bereitstellung von 10 Millionen DM jährlich ersetzen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Im übrigen scheinen in der Umweltpolitik und in der Frage, wer eigentlich Baumeister ist, im Umweltministerium manche Dinge fröhliche Urstände zu feiern, die mit der Trennung von Legislative und Exekutive nur noch wenig zu tun haben. Es wäre an mancher Stelle ehrlicher, wenn Herr Kempmann gleich die Vertretung des Ministeriums nach außen übernehmen würde. Er scheint sich in seine neue Rolle sehr gut eingelebt zu haben, wenn man überlegt, in welcher geradezu verblüffend staatsmännischen Art er am Mittwoch über rechtsstaatlich verwerfliche Vermerke aus dem Umweltministerium gesprochen hat.

In diesem Hause gibt es genügend Abgeordnete, die mir sicherlich folgendes bestätigen werden: Wenn ein gleichartiger Vermerk unter der Regierung Albrecht das Licht der Öffentlichkeit erblickt hätte, dann hätte der gleiche Herr Kempmann hier an diesem Pult gesagt: Das sei ein Muster an Kumpanei mit der Industrie, ein Fall der Korruption, und das Ganze sei sowieso von einer kriminellen Vereinigung geplant. — Das wären die Worte von Herrn Kempmann gewesen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Gestern hat er sich hier als Brandstifter in der Maske des Biedermanns geriert. Was Frau Griefahn der Öffentlichkeit in schriftlicher Form hat zukommen lassen, ist kein ausstiegsorientierter Gesetzesvollzug, sondern man kann eher von einem konspirativen Vollzug des Ausstiegs aus der Kernenergie sprechen.

Es ist eben kein Zufall, daß dieser Vermerk entstanden ist. Am 12. Juni 1990 hat der Kollege Kempmann auf einer Versammlung mit der Bürgerinitiative in Gorleben folgenden Satz gesagt — — —

(Zuruf von Inselmann [SPD].)

Grill

— Herr Inselmann, es gibt für das, was ich jetzt vorlese, genügend Zeugen. Ich kann Ihnen nur raten, erst zuzuhören und dann zu reden. Bei Ihnen wäre es hilfreicher, wenn Sie erst nachdächten und dann redeten. — Aus den mir verfügbaren Unterlagen geht deutlich hervor, daß Herr Kempmann gesagt hat: Das OVG in Lüneburg ist mehr als ein Sicherheitsrisiko. Meine Damen und Herren, damit ist der Beweis dafür geliefert, daß der Vermerk aus dem Hause Griefahn kein Zufallsprodukt ist, sondern eine langfristig angelegte Strategie der Landesregierung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Das fügt sich mit dem anderen zusammen, nämlich dem Schüren von Angst. Auf der gleichen Veranstaltung — ich habe das hier schon einmal gesagt — hat Herr Kempmann deutlich zum Ausdruck gebracht, man müßte der Bevölkerung Angst machen. Ich empfehle Ihnen dringend, den Artikel von heute, vom 15. März, zu lesen, in dem der Präsident des OVG in Lüneburg deutlich vor einer Verletzung des Rechtsstaates warnt.

Der Ministerpräsident hat gestern eingeräumt, daß Niedersachsen in der Abfallpolitik keine anderen Probleme als andere Länder hat. Ich füge aber hinzu: Es weist alles darauf hin, daß Sie einen Offenbarungseid in Sachen Verbrennung vorbereiten. Sie reden von Verbrennung und meinen die CDU.

(Rettig [SPD]: Soweit gehen wir nicht! Wir wollen die CDU nicht verbrennen!)

Sie sagen aber selber, Sie seien für thermische Behandlung. Wir werden Sie noch an den Müllverbrennungsöfen wiedersehen, die Sie als thermische Behandlungsanlagen tarnen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Zum Schluß möchte ich einige Zahlen zum Haushalt nennen. Frau Griefahn, Sie haben im Wahlkampf gesagt: 5 % des Gesamthaushalts für die Umweltpolitik. In der Koalitionsvereinbarung fanden sich diese 5 % auch noch wieder. Dann wurde daraus die Bezeichnung „erheblich steigern“. Zusammen mit dem Öko-Fonds sinkt jetzt aber der Anteil des Umwelthaushalts am Gesamthaushalt von 2,24 % — dies war der Anteil, als Sie ihn von uns übernommen haben — auf 2,13 %. Ohne Öko-Fonds sinkt der Anteil des Umwelthaushaltes bis 1994 laut Mipla von 2,24 % auf 1,94 %. Ich will Ihnen sagen, wie Sie im Haushalt nachgebessert haben. Mit einem Anteil von 0,0004 % haben Sie den Haushalt gesteigert und das als Umweltpolitik verkauft.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Das liegt knapp oberhalb der Nachweisgrenze von Dioxin, meine Damen und Herren!

Frau Griefahn, Sie sollten sich wirklich anstrengen. Ihnen fehlen an den Wahlversprechen im Bereich Umwelt für eine Verdoppelung 500 Millionen DM jedes Jahr und zur Erreichung eines Anteils von 5 % 1 000 Millionen DM jedes Jahr. Bemühen Sie sich um ein fleißiges Training, damit Sie im Aufstiegskampf beim Haushalt 1992 die rote Laterne an ein anderes Mitglied der Landesregierung abgeben können.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

**Vizepräsidentin Goede:**

Danke schön. — Als nächste hat sich Frau Dr. Schole zu Wort gemeldet.

**Frau Dr. Schole (Grüne):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir werden heute den ersten Umwelthaushalt einer rot-grünen Landesregierung in der Geschichte Niedersachsens verabschieden. Er ist das Herzstück einer Umwelt- und Naturschutzpolitik, die bereits im ersten Dreivierteljahr nach 14 Jahren Albrechtscher Symptomkuriererei und Reparaturwurschtelei neue Maßstäbe gesetzt und zentrale Elemente einer zukunftsweisenden ökologischen Reformpolitik auf den Weg gebracht hat.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.  
— Dr. Hruska [FDP]: Neue Maßstäbe stimmt, aber was für welche!)

Als erstes möchte ich den Naturschutz erwähnen. Ich meine, daß er es verdient hat, hier als erstes genannt zu werden. Meine Damen und Herren, die Zeit des Naturschutzes als ewigem politischem Verlierer ist vorbei. Ein in den vergangenen 14 Jahren Albrecht-Regierung beispiellos heruntergewirtschaftetes, zum Propagandainstrument verkommenes Ressort

(Grill [CDU]: Frau Schole!)

hat jetzt im Umweltministerium nicht nur einen neuen Platz, sondern, entlassen aus dem unmittelbaren Zugriff der wirtschaftlichen Nutzungskonkurrenzen, auch einen neuen, selbstbewußten Status erhalten.

(Schirmbeck [CDU]: Wissen Sie überhaupt, wer das Ressort geschaffen hat?)

Auch was den Personalbestand betrifft, bin ich davon überzeugt, daß es in Niedersachsen kaum ein Ressort gibt, das in einer noch desolateren

Situation hinterlassen worden ist als die Naturschutzverwaltung. Das Vollzugsdefizit war in den vergangenen Jahren auf eine solch gewaltige Dimension angewachsen, daß die Naturschutzbehörden nicht mehr in der Lage waren, auch nur einen Teil der gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben zu erfüllen.

Man kann es natürlich auch so machen, wie es die CDU 14 Jahre lang demonstriert und Herr Gansäuer es hier wiederum als seriöse CDU-Politik propagiert hat: den Personalstand unter dem Minimum lassen, die Schutzgebietsausweisungsverfahren sich zu Hunderten in den Bezirksregierungen stapeln lassen und Prozesse gegen Naturnutzer verlieren, nur weil das Niedersächsische Landesverwaltungsamt nicht genug Personal für die Datenerfassung hat.

Die Koalitionsfraktionen haben mit den im Haushalt eingesetzten neuen Naturschutzstellen einen ersten Schritt getan. Doch was hier in der Vergangenheit versäumt worden ist, wird die rot-grüne Koalition auch in den nächsten drei Jahren nicht aufholen können. Ich versichere Ihnen aber: Wir werden diese Altlasten einer jahrelangen unseriösen Politik der CDU- und FDP-Regierung bis zur Jahrtausendwende beseitigt und eine richtungweisende Naturschutzpolitik zum Durchbruch gebracht haben.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.  
— Fischer [CDU]: So lange habt ihr nicht Zeit! — Weitere Zurufe von der CDU.)

Dafür stehen Grüne in dieser Regierungsverantwortung.

Meine Damen und Herren, trotz der engen Haushaltslage konnten die rot-grünen Koalitionsfraktionen den Haushaltsansatz für Landschaftserhaltung und -entwicklung noch zusätzlich um 5,1 Millionen DM erhöhen, um die dringendsten Aufgaben bei Ausweisung, Schutz und Entwicklung von Naturschutzgebieten anpacken zu können. In wichtigen Brennpunkten sollen Naturschutzstationen eingerichtet werden. Auch hierfür stehen im Haushalt bereits Gelder zur Verfügung. Auch zur Umsetzung des landesweiten Fließgewässerschutzprogramms haben die Koalitionsfraktionen noch zusätzliche Mittel beantragt.

Die Ausweisung großräumiger Naturlebensräume, wie zum Beispiel der Elbtalaue, wird in Angriff genommen. Ein Nationalpark Harz wird innerhalb der nächsten vier Jahre ausgewiesen werden. Ein Feuchtgrünlandschutzprogramm wird aufgelegt werden. Das ist in anderen Bundes-

ländern längst Standard, aber die Regierung Albrecht hat sich in den letzten zehn Jahren außerstande gesehen, so etwas umzusetzen.

Bereits im ersten Haushalt der neuen Landesregierung wurde auch die bislang von der CDU beharrlich verweigerte Förderung der Naturschutzverbände in die Tat umgesetzt. Meine Damen und Herren, das, was die Verbände in der Naturschutzarbeit ehrenamtlich geleistet haben und leisten, läßt sich nie und nimmer in Mark und Pfennig ausdrücken. Ohne sie hätten wir alle ein großes Stück Lebensqualität weniger.

Was die Verbände hier erstmalig erfahren, ist eine offizielle Anerkennung ihrer jahrzehntelangen Arbeit auch von seiten der Landesregierung und des Parlaments. Das, so meine ich, ist wirklich längst überfällig.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Ich habe dem Naturschutz in meiner Rede deswegen soviel Platz eingeräumt,

(Schirmbeck [CDU]: Weil er im Haushalt nicht erscheint!)

weil dem Naturschutz als Garant für den Erhalt der menschlichen Lebensgrundlagen eigentlich ein anderer politischer Stellenwert gebührt, als ihm in der etablierten Politik gemeinhin eingeräumt wird. Die rot-grüne Landesregierung hat das erkannt. Ich bin guten Mutes, daß wir Niedersachsen auch bundesweit neue Signale setzen werden.

(Schirmbeck [CDU]: Genau wie bei der Werra-Entsalzung!)

Auch in anderen Bereichen des Umweltschutzes hat diese Landesregierung deutliche Akzente gesetzt. Im Atombereich werden wir den Ausstieg aus der Atomenergie zügig weiterverfolgen. Die Oppositionsfraktionen von CDU und FDP haben dagegen die Gelder, die die Landesregierung für die Ausstiegsplanung im Haushalt bereitgestellt hat, abgelehnt. Ich gehe einmal davon aus, daß die Konsequenzen, die Ihr Vorgehen hätte, auch der Bevölkerung draußen im Lande klargemacht werden. Der Schriftsatz von Bundesumweltminister Töpfer an das Verwaltungsgericht hat nämlich eine Metamorphose erfahren und entlarvt, was der Bund und die Albrecht-Regierung in Wirklichkeit mit Schacht Konrad vorhaben bzw. immer schon vorhatten. Nach Konrad soll nämlich auch hochradioaktiver Müll aus La Hague und Sellafeld, und nach Konrad soll auch Atommüll aus dem europäischen Ausland.

(Frau Schliepack [CDU]: Wo haben Sie denn das her?)

Frau Dr. Schole

Schon deshalb, meine Damen und Herren, haben wir recht behalten, die Auslegung nicht vorzunehmen, weil die Unterlagen nichts mit den tatsächlichen Absichten zu tun haben.

(Zuruf von Frau Schliepack [CDU].)

So, Herr Grill, kann man bei der Bevölkerung auch Ängste zerstreuen! Wenn Sie uns einen konspirativen Vollzug

(Schirmbeck [CDU]: Das Wort können Sie gar nicht aussprechen!)

des Ausstiegs vorwerfen, so ist das Quatsch. Aber Ihnen kann man in diesem Falle wirklich einen konspirativen Vollzug des Einstiegs vorwerfen!

(Beifall bei den Grünen.)

Sie von der CDU und von der FDP wollen Niedersachsen zum Atomklo Europas machen. Wir können das verhindern, und wir werden das verhindern!

(Widerspruch bei der CDU. — Schirmbeck [CDU]: Glauben Sie das eigentlich selber, was Sie da erzählen?)

Umweltpolitik muß, wenn sie erfolgreich sein will, Querschnittspolitik sein. Das zeigt sich bei der Politik der rot-grünen Landesregierung nicht nur in der Konzeption und in der Gründung eines Landesumweltamtes, sondern auch an den bisherigen Erfolgen einer ökologisch orientierten Wirtschaftspolitik. Deshalb wird ein ganz zentraler Bereich der neuen rot-grünen Umweltpolitik durch den neuen Öko-Fonds im Wirtschaftsministerium beschrieben. Herr Grill verteidigt diesen als Verdienst der CDU, Herr Stock dagegen lehnt ihn als wirtschaftsfeindlich ab. Vielleicht sollten Sie sich erst einmal in Ihrer eigenen Fraktion darüber klar werden, was Sie eigentlich wirklich wollen.

(Grill [CDU]: Sie haben mir nicht zugehört, Frau Dr. Schole!)

Hier ist institutionalisiert, meine Damen und Herren, was sich in der alten CDU-Landesregierung immer bekämpft hat, nämlich das Zusammenspiel von Ökologie und Wirtschaftspolitik.

(Schirmbeck [CDU]: Wir laden Sie einmal zu unserer Fraktionssitzung ein!)

Herr Stock mag das bedauern; wir aber reden nicht nur von der Einführung umweltfreundlicher Produkte und den Umweltschutz integrierenden Produktionsverfahren, sondern wir fördern sie auch.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Als Beispiel nenne ich technische und organisatorische Lösungen zur vorsorglichen Abfallvermeidung. Eine solche innovative Förderung in der Umwelt- und Abfallwirtschaft wird sich auch strukturverbessernd auf die niedersächsische mittelständische Wirtschaft auswirken. Es ist auch ein Teil der zukunftsweisenden Politik der rot-grünen Landesregierung, meine Damen und Herren, daß die Bewirtschaftung der verbrauchten Produkte, der Abfälle, genauso ernst genommen wird, wie die Produktion der zum Verkauf bestimmten Waren.

(Grill [CDU]: Das ist nichts Neues. — Weiterer Zuruf von der CDU: Das macht man sogar schon in Bayern!)

In Niedersachsen wird eine moderne und zukunftsweisende Abfallwirtschaft aufgebaut werden. Im Siedlungsabfallbereich sind erste Schritte schon erfolgt. Oberste Priorität haben der möglichst sparsame Umgang mit Energie und Rohstoffen und die maximale Reduzierung der Müllmenge durch Vermeidung und Wiederverwertung mit dem Ziel, möglichst geschlossene Stoffkreisläufe zu schaffen.

(Zuruf von der SPD: Frau Schliepack, das ist hier nicht das Theater, sondern das Parlament! — Grill [CDU]: Das ist nichts Neues, Frau Dr. Schole!)

— Herr Grill, wenn das für Sie nichts Neues ist, warum haben Sie das in den letzten 14 Jahren dann nicht umgesetzt?

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Das Land fördert den Aufbau von Abfallwirtschaftszentren und umweltfreundliche Behandlungs- und Deponierungsverfahren mit Strukturhilfsmitteln in Modelllandkreisen zusätzlich über den Öko-Fonds.

(Schirmbeck [CDU]: Ja, Münchehagen!)

Von den Landkreisen werden große Investitionen gefordert, gleichzeitig werden in nicht unbeträchtlichem Maße Arbeitsplätze geschaffen. Es war ein besonderes Anliegen der Koalitionsfraktionen der neuen Landesregierung, den Kommunen in diesem Bereich Investitionshilfen zu gewähren.

(Schirmbeck [CDU]: Dann nehmen Sie auf der anderen Seite aber erst einmal etwas weg!)

Mit dem Ökologiefonds werden ebenfalls neue Umwelttechnologien gefördert, die besonders innovative Produkte und Produktionsverfahren zum Ziel haben. Zu nennen sind hier z. B. Tech-

nologien zur Reinhaltung von Luft, Wasser und Boden oder besonders schadstoff- bzw. energiearme Produkte.

Damit korrespondierend wird es auch möglich sein, kleine und mittlere Unternehmen mit beruflicher Weiterbildung und Beratung im Umweltschutz zu unterstützen, damit umweltfreundliche Lösungen auch tatsächlich umgesetzt werden können.

Meine Damen und Herren, in der Kürze der Redezeit konnte ich mich leider nur auf einige Schwerpunkte der rot-grünen Umwelt- und Naturschutzpolitik beschränken. Als Abgeordnete und Mitglied einer Partei, die die Umwelt- und Naturschutzpolitik immer schon als Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit begriffen hat, bin ich sehr befriedigt darüber, daß schon der erste Umwelthaushalt für die Umwelt- und Naturschutzpolitik in diesem Land ein Erfolgshaushalt sein wird. Die rot-grüne Landesregierung hat das richtige Signal für eine Verbesserung des politischen Stellenwertes des Naturschutzes gesetzt. Sie hat den Weg zu einem konsequenten ökologischen Umbau der Industriegesellschaft beschritten.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

**Vizepräsidentin Goede:**

Danke schön, Frau Dr. Schole. — Als nächster hat sich Herr Dr. Hruska zu Wort gemeldet. Sie haben das Wort, Herr Kollege Hruska.

**Dr. Hruska (FDP):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieser Umwelthaushalt, der Einzelplan 15, ist ein Dokument der Hilflosigkeit und ein Armutszeugnis dieser Umweltministerin.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Herr Grill, Sie haben nur die halbe Wahrheit gesagt,

(Lachen bei der SPD — Zurufe von der SPD: Das macht er immer! Die halbe Wahrheit ist eine schlimme Wahrheit! — Gegenrufe von der CDU)

als Sie darauf hingewiesen haben, daß sich dieser Haushalt nur um Promillebeträge ausgeweitet habe. Dieser Haushalt weist nämlich in der Tat erhebliche Steigerungsraten aus, und zwar bei den Sachverständigen-, Gerichts- und ähnlichen Kosten.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Daß diese Ministerin so viel Geld für Sachverständige ausgeben muß, ist ein Beweis ihrer Hilflosigkeit, und daß sie soviel Geld für Gerichtskosten ausgeben muß, ist ein Beweis für die Obstruktionspolitik dieser Regierung.

(Rippich [SPD]: Was heißt Obstruktion?)

— Das erkläre ich Ihnen gleich.

Im letzten Haushalt standen an dieser Stelle, wenn man auch zugeben muß, daß sich auch noch an anderen Stellen vereinzelt kleinere Positionen befanden, 150 000 DM. Jetzt stehen dort 7 Millionen DM. Herr Grill, rechnen Sie einmal nach, welch eine Steigerung das ist! Das ist wirklich eine immense Steigerung, die aber mit dem zusammenhängt, was wir vorgestern hier besprochen haben.

(Beifall bei der CDU.)

Dafür braucht man natürlich Geld. Stellen Sie sich vor: Dieser Herr Werner will 350 DM pro Stunde. Wenn Sie dann Hilfe brauchen, dann muß hier natürlich schon ein richtiger Batzen Geld her, dann müssen hierfür im Haushalt 7 Millionen DM stehen.

**Vizepräsidentin Goede:**

Herr Dr. Hruska, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Dr. Hruska (FDP):**

Nein.

Die Steigerungsraten im Umweltbereich hängen auch damit zusammen — damit komme ich auf die Obstruktionspolitik zu sprechen —, daß Ihre Umweltpolitik, Frau Griefahn, nicht darin besteht, etwas für den Umweltbereich zu tun, sondern darin, im Umweltbereich etwas zu verhindern.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Entsorgungspolitik ist Umweltpolitik. Das gilt auch für die Entsorgungspolitik im Bereich der Kernenergie; ganz egal, wie man zur Kernenergie steht. Will man die Entsorgung verhindern, entzieht man sich einer Verantwortung, die wir hier alle tragen, weil wir alle, abgesehen von den Grünen, zumindest dazu beigetragen haben, daß wir zur Zeit gerade in Niedersachsen mit einem so hohen Prozentsatz an Kernenergie ausgestattet sind. Dann brauchen wir im Rahmen dieser Verantwortung auch eine vernünftige Entsorgungspolitik, aber keine Verhinderung der Entsorgung.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Dr. Hruska

Natürlich braucht man neben den Sachverständigenkosten auch die Gerichtskosten, wenn man von einem Gericht zum anderen gehen will und erst einmal beim ganz falschen Gericht anfängt, beim Oberverwaltungsgericht.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU.)

Da werden dann natürlich Gebühren fällig. Aber da hilft trotzdem nichts. Da muß man sich sagen lassen, daß dieses Gericht für die Frage, ob die Weisung des Bundesministers hier zu befolgen ist oder nicht, gar nicht zuständig ist. Aber, Frau Schole, dort, wo es darum geht, wirklich etwas Neues zu tun und neue Maßstäbe zu setzen — wirklich nur Obstruktion. Wenn Sie neue Maßstäbe hätten setzen wollen, dann hätten Sie die Positionen des Haushalts nennen müssen, bei denen es zu einer deutlichen Steigerung kommen soll. Das haben Sie nicht gesagt.

Sie haben vom Naturschutz gesprochen. Sie haben gesagt, dieses Ressort habe Herr Albrecht 20 Jahre lang heruntergewirtschaftet.

(Zurufe von der SPD: 14!)

Wenn Sie von Ressort sprechen, dann können Sie nur den gesamten Umweltbereich meinen; denn dies ist ein Ressort. Wer hat denn dieses Ressort überhaupt erst geschaffen? Dieses Umweltressort ist doch in der letzten Legislaturperiode von CDU und FDP überhaupt erst gebildet worden.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Es hatte also gar keiner die Möglichkeit, dieses Ressort 20 Jahre lang herunterzuwirtschaften.

(Zuruf von der SPD: Gott sei Dank! — Zuruf von Frau Dr. Schole [Grüne].)

Zu dem, was wir aufgebaut haben, haben Sie bisher noch nicht viel hinzugetan. Jetzt sagen Sie, Sie bezögen sich nur auf den Naturschutz. Sie haben aber keine Zahlen genannt; Sie haben nur gesagt, Sie wollten jetzt den Nationalpark im Hochharz und Sie wollten die Elbtalauen erhalten, und verschweigen dabei — aber dies hilft nichts; es weiß ja jeder im Land —, daß in der Zeit der Regierung Albrecht ein Nationalpark Wattenmeer entstanden ist.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Ist das Herunterwirtschaften des Naturschutzes? Der Nationalpark Hochharz besteht noch nicht, ganz abgesehen davon, daß wir in der letzten Legislaturperiode gar keine Gelegenheit gehabt hätten, diesen Nationalpark zu schaffen, weil dies

erst durch die deutsche Einheit, die Sie sicherlich nicht so herbeigesehnt haben wie wir,

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

möglich geworden ist. Hierdurch ist es auch erst möglich geworden, im Bereich der Elbtalauen etwas zu tun. Wo wir etwas haben tun können, ist etwas getan worden. Dies zeigt sich sowohl im Moorschutzprogramm als auch am Nationalpark Wattenmeer.

(Zuruf von Frau Dr. Schole [Grüne].)

Nun zu den Verbänden. Die Verbände sind keine Erfindung der rot-grünen Koalition. Daß die Verbände nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes ein Mitspracherecht haben, ist von Liberalen und CDU-Politikern in Bonn ermöglicht worden,

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

und wir haben hier in Niedersachsen dafür gesorgt, daß dies wahrgenommen werden kann.

In einem Punkt gebe ich Ihnen recht. Die Verbände haben nach § 29 die Möglichkeit der Mitsprache. Diese Möglichkeit haben sie manchmal aber nur schwer wahrnehmen können, weil die Verwaltung in jahrelanger Vorarbeit alles ausbreiten konnte, wogegen die Verbände innerhalb kurzer Zeit darauf antworten mußten. Hier ist sicherlich einiges zu verbessern. Aber es ist nicht Ihre Erfindung, daß die Verbände hier ein Mitspracherecht haben.

(Zuruf von Frau Dr. Schole [Grüne].)

Soweit zum Naturschutz. — Nun zu dem wichtigen Bereich der Abfallpolitik. Sehen Sie sich einmal die im Haushaltsplanentwurf veranschlagten Mehrausgaben für den Abfallbereich an. Dann können Sie mir erklären, was Sie damit machen wollen. Das einzige, das Sie machen wollen, ist, einen ideologischen Kampf gegen die Verbrennung zu führen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Ich weiß nur nicht, wie lange Sie ihn noch durchhalten. Im Ausschuß habe ich schon sehr vernünftige Worte von Ihnen hierzu gehört. Sie haben gesagt, Sie müßten die thermische Behandlung nun doch mit überlegen, es spielten ganz andere Dinge wie beispielsweise die Pyrolyse eine Rolle.

(Frau Dr. Schole [Grüne]: Das habe ich nicht gesagt, Herr Hruska!)

Sie beginnen also einzusehen, daß man in der Abfallpolitik ohne thermische Behandlung nicht weiterkommt. Heute habe ich festgestellt, daß auch die SPD dies inzwischen einsieht. In ihren Vorbereitungen zur Kommunalwahl hat sie ein



Papier zur Abfallpolitik entwickelt. Ich weiß nicht, wer im einzelnen hieran mitgewirkt hat. Jene könnten dies hier bestätigen. Darin steht nun, daß erst, nachdem alle Anstrengungen zur Vermeidung und Verminderung gemacht worden seien, auch die technischen Behandlungen wie die Verbrennung eine Rolle spielen sollen, daß sie dann aber auch eine Rolle spielen müssen.

(Hildebrandt [FDP]: So ist es!)

Das heißt, das, was Herr Hildebrandt vor einigen Tagen gegenüber der Presse gesagt hat, daß hier der vorsichtige Ausstieg aus der Antiverbrennungspolitik gestartet wird, ist wirklich deutlich zu merken. Das ist auch richtig und vernünftig. Nur, dort werden Sie noch Schwierigkeiten bekommen. Damit kommen Sie nicht durch. — Das zur Abfallpolitik.

Wie sieht es mit den Gewässern aus? Sie haben in der Frage der Werra- und Weserentsalzung ein deutliches Beispiel geliefert, das auch im Haushalt dokumentiert ist.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Frau Wettig-Danielmeier hat sich bei der Mündener SPD darüber beschwert, daß sie in Münden ein solch schlechtes Wahlergebnis erzielt habe. Es gibt ein Papier, in dem sie sich über die Mündener SPD beschwert. Ich muß die Mündener SPD einmal in Schutz nehmen. Sie ist nicht schlechter als die andere SPD auch.

(Beifall und Heiterkeit bei der FDP und bei der CDU.)

Daß die Mündener SPD schuld daran sei, daß Frau Wettig-Danielmeier bei uns ein so schlechtes Ergebnis erzielt hat, muß ich wirklich zurückweisen.

(Zurufe von der SPD.)

— Das trifft Sie. Das schlechte Wahlergebnis ist unter anderem darauf zurückzuführen, daß einige Tage vor der Bundestagswahl bekannt wurde, daß die rot-grüne Koalition keinen Pfennig für die Werra- und Weserentsalzung in diesen Haushalt eingestellt hat

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

und daß sie das arme Land Thüringen damit alleinlassen wollte. Der DDR wollten Sie helfen, aber das arme Land Thüringen wollten Sie damit alleinlassen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Auf Druck der Verhältnisse sind jetzt 5 Millionen DM an Verpflichtungsermächtigungen eingesetzt worden. Nun heißt es, das sei mehr als das, was

wir gemacht hätten, denn wir hätten nur 3,5 Millionen DM vorgesehen, während jetzt 5 Millionen DM ausgewiesen seien. Der Unterschied — meine Damen und Herren, das muß man klarmachen, damit das in der Presse nicht falsch geschildert wird — liegt nicht bei diesen 1,5 Millionen DM, sondern der Unterschied besteht darin, daß Sie das ausweislich der Reden, die hier gehalten worden sind, eigentlich nicht bezahlen wollen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Sie haben eine Verpflichtungsermächtigung ausgebracht, weil Sie das nicht bezahlen wollen. Das soll dort nur so stehen, weil Sie den Druck gespürt haben. Sie verweisen auf die Treuhand. Ich habe deutlich gemacht, was auch die Arge Weser vorgerechnet hat, daß nämlich schon jetzt Möglichkeiten bestehen, hier etwas zu tun, auch wenn man noch nicht weiß, welche Betriebe in Thüringen weiterarbeiten werden, und daß für die Dinge, die man schon jetzt tun kann, ein Anteil Niedersachsens von 3,5 Millionen DM fällig wird. Wir wollen das bezahlen. Deshalb haben wir das in unserem Antrag als Baransatz vorgesehen, während Sie eine Verpflichtungsermächtigung ausgebracht haben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Meine Damen und Herren! Frau Griefahn, Sie haben mit diesem Haushalt gezeigt, daß Sie für den Umweltschutz nichts tun wollen, daß Sie sachliche Umweltpolitik verhindern wollen. Ich hoffe, daß Sie mit solchen Dingen nicht mehr lange durchkommen.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

**Vizepräsidentin Goede:**

Als nächste hat sich Frau Kollegin Tewes zu Wort gemeldet. — Frau Tewes, Sie haben jetzt das Wort.

(Fischer [CDU]: Das wäre ein guter Schluß gewesen! — Schirmbeck [CDU]: Ich würde an Ihrer Stelle nichts mehr sagen!)

**Frau Tewes (SPD):**

Sie werden auch nichts mehr sagen.

(Schirmbeck [CDU]: Sie müssen etwas zu München sagen! Was wir dort auskoffern! — Weiterer Zuruf von der CDU: Die Zeit ist gleich um, Frau Tewes!)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Grill, Sie haben eine rot-grüne Krawatte

Frau Tewes

um. Ich hatte die große Hoffnung, Sie würden sich mit dem rot-grünen Umwelthaushalt auseinandersetzen.

(Zuruf von der CDU: Er hat schwarze Haare!)

Sie haben das leider nicht getan. Sie haben eine energiepolitische Diskussion geführt, die sehr spannend, sehr interessant war. Sie haben einige Bemerkungen — damit zitiere ich Sie — zur Abfallpolitik und zum Öko-Fonds gemacht. Sie haben nicht Ihre Anträge begründet, und Sie haben Ihre Anträge auch nicht eingebracht. Gott sei Dank liegen sie schriftlich vor. Ich meine, es ist recht beschämend, wenn eine Haushaltsberatung ohne Debattenbeitrag der CDU so über die Bühne gehen muß.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Meine Damen und Herren, bei der Einbringung des Einzelplans 15 sagte der Herr Kollege Eveslage 1989 zufrieden — bleiben Sie mal hier, es war nämlich ganz toll, was Sie seinerzeit gesagt haben; Sie waren auch sehr damit zufrieden —, alle wesentlichen Aufgaben in der Umweltpolitik seien erkannt und in Ansätzen in Arbeit, alle Umweltprobleme und Umweltskandale könnten in einem Haushaltsjahr nicht gelöst werden, Umweltpolitik sei eine langfristige Angelegenheit, und es würden noch Jahrzehnte vergehen, in denen Nachsorge- und Reparaturmaßnahmen statt Vorsorgepolitik durchgeführt würden usw. usf.

(Schirmbeck [CDU]: Jetzt müssen Sie aber auch zitieren, was Sie damals gesagt haben!)

Schon ungefähr ein Jahr später gilt das für die Umweltpolitik der SPD und der Grünen nicht mehr. Die Opposition haut gewaltig auf die Pauke. Sie fordert Haushaltsmittel, stellt Entschließungsanträge und produziert Pressemitteilungen, die außer Ihnen hier so recht keiner versteht. Ich frage Sie: Hätten Sie nicht fünf Jahre lang in einem eigens gegründeten Umweltministerium schon mal mit der Umsteuerung dessen, was Sie hier immer einklagen, beginnen können?

(Schirmbeck [CDU]: Frau Schole hat von 20 Jahren gesprochen!)

Polemik irritiert immer nur anfänglich. Uns interessiert sie jetzt nicht mehr. Wir würden uns aber gerne wundern, wenn Sie im Umweltbereich kritisch-konstruktive Oppositionsarbeit leisten würden.

(Zustimmung bei der SPD.)

Die neue Landesregierung wird konsequent umsteuern, weil es umweltpolitisch geboten ist. Herr Remmers müßte vorweg schon mal mitziehen bei

uns; denn er hat 1989 in seiner Haushaltsrede vor dem Hohen Haus erklärt: 150 Jahre industrielle Entwicklung haben ihre Nebenwirkungen, mit denen die Umweltpolitik fertigwerden muß. Weiter sagte er: Angesichts der Herausforderung bleibt natürlich jede Umweltpolitik unvollkommen. — Wenn es so nicht weitergehen soll, Herr Remmers — ich stimme Ihnen ja zu —, kann doch nur der Schluß gezogen werden: Wir müssen mit dem ökologischen Umbau der Industriegesellschaft beginnen.

(Schirmbeck [CDU]: Darauf warten wir doch noch!)

Immer mehr komme ich zu der Ansicht, daß es gut ist, daß dafür nicht allein die Politik als Baumeister verantwortlich ist. Ein Negativbeispiel außer Ihren Zwischenrufen, Herr Schirmbeck: Die Bundesregierung bringt ja nicht einmal bei der Mineralölsteuererhöhung über die Lippen, daß dies aus ökologischen Gründen nötig ist; sonst hätte sie die Mittel für energiesparende Maßnahmen eingesetzt. Nein, da muß das arme Vaterland auch noch dafür den Kopf hinhalten.

Die anderen Baumeister, die beim Umbau nötig sind — die Bevölkerung, die Industrie, die Gerichtsbarkeit und Verwaltungsapparate — tun sich ebenso schwer wie wir. Sie sehen die Probleme und glauben, erst müsse der andere beginnen.

(Schirmbeck [CDU]: Wenn Sie die Gerichte richtig besetzen, wird es besser!)

Die Koalitionsfraktionen betrachten die heutige Verabschiedung des Einzelplans 15 unter dem Aspekt des Neuanfangs. Die Landesregierung hat bereits im zweiten Nachtragshaushalt deutliche Akzente gesetzt. Die Vorgaben lieferten die Koalitionsvereinbarungen.

Der erste Schwerpunkt: Es gab einen großen Nachholbedarf bei den Stellenplänen im Umweltbereich. Ihnen, Frau Griefahn, danken wir dafür, daß 181 Stellen in nur knapp einem halben Jahr gesichert bzw. neu geschaffen werden konnten.

(Zustimmung bei der SPD und bei den Grünen.)

Dringender Nachholbedarf in den Bereichen Naturschutz, Wasser- und Abfallwirtschaftsverwaltung sowie Gewerbeaufsicht wurde zunächst berücksichtigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, ich komme nun zu Ihrem Vorschlag, 36 Stellen in der Gewerbeaufsicht zu streichen.

(Zuruf von der SPD: Unglaublich!)

Das würde bedeuten: Die Bundes-Immissionschutzverfahren würden unverantwortbar verzögert werden. Das gleiche gilt für die anstehenden Verfahren bezüglich der Gefahrstoffverordnung, der TA Luft und der Störfall-Verordnung. Sie erweisen der Sache mit dieser Streichung einen schlechten Dienst. Der Antragsstau würde nicht abgebaut.

(Dr. Hruska [FDP]: Haben Sie schon einmal von privaten Instituten gehört?)

Die Privatunternehmen und die Industrie werden Ihnen diesen Antrag bestimmt nicht danken, Herr Dr. Hruska.

(Dr. Hruska [FDP]: Haben Sie schon einmal etwas vom TÜV und von anderen Instituten gehört, die so etwas machen können?)

— Genau dafür braucht man die Vorarbeiten, für die wir diese Stellen ausgewiesen haben, Herr Dr. Hruska. Der Antrag auf Streichung der Stellen war ein Flop.

Meine Damen und Herren, zum ökologischen Umbau der Industriegesellschaft reichen nicht allein der Wille und das Programm, um sich auf den Weg zu machen. Dazu gehören vielmehr auch qualifizierte und motivierte Leute. Die Koalitionsfraktionen erwarten für die kommenden Haushalte die restlichen zwei Drittel der benötigten Stellen. Denn Umweltpolitik muß raus aus der Nische.

(Zustimmung von Bartling [SPD].  
— Schirmbeck [CDU]: Spärlicher Beifall!)

Meine Damen und Herren, des weiteren muß die Organisationsstruktur querschnittsorientiert umgebildet werden.

(Hildebrandt [FDP]: Wer hat Ihnen die Rede aufgeschrieben?)

— Ich. — Sie finden im Einzelplan 15 die Haushaltsansätze in Höhe von ca. 300 000 DM für die Planung eines Landesumweltamtes. Als Mitglied des Münchehagen-Plenums kann ich ein Lied davon singen, wie kostspielig Reibungsverluste sind,

(Hildebrandt [FDP]: Wann koffern Sie aus, Frau Tewes?)

wenn Politik sie produziert, weil die Behörden nicht gemeinsam planen und zusammenarbeiten können.

(Hildebrandt [FDP]: Völlig richtig! Aber wann koffern Sie aus?)

Der zweite Schwerpunkt. Zu Anfang hatte ich gesagt,

(Hildebrandt [FDP]: Sagen Sie doch einmal, wann Sie auskoffern!)

daß die Arbeit mit der Bevölkerung eng verknüpft werden muß. Insofern hat die Politik eine Bringschuld.

(Hildebrandt [FDP]: Ausziehtisch! Aber wann koffern Sie aus?)

— Über Münchenhagen reden wir beim nächstenmal. Es wird auf der Tagesordnung sein.

(Zurufe von der CDU.)

— Im Gegensatz zu Herrn Grill, der nur über Energiepolitik geredet hat, spreche ich über den Haushalt.

(Zustimmung bei der SPD. — Schirmbeck [CDU]: Wenn Sie keine Mittel im Haushalt haben, können Sie auch nicht auskoffern!  
— Weitere Zurufe von der CDU. — Hildebrandt [FDP]: Sagen Sie doch ein Datum!)

Im übrigen hat er Frau Pawelski die Redezeit weggenommen, was ich auch nicht für einen feinen Zug halte.

**Vizepräsidentin Goede:**

Frau Kollegin Tewes, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Grill?

**Frau Tewes (SPD):**

Nein, der hat doch genug Zeit zum Reden gehabt.

Um eine enge Zusammenarbeit mit der Bevölkerung zu erreichen, muß die Politik etwas tun. Wir nennen das die Bringschuld der Politik. Sie ist hier gefordert. Unsere Landesregierung hat sich deswegen auf den neuen Weg gemacht

(Schirmbeck [CDU]: Wenn man etwas abholt, ist es eine Holschuld!)

und hat schon im Nachtragshaushalt 300 000 DM für Umwelt- und Naturschutzverbände veranschlagt. Im Haushaltsplan 1991 — Sie können es nachlesen — werden für die institutionelle Förderung eine Million DM eingesetzt. Frau Griefahn, Sie nannten das zu Recht den Aktivposten für lebendige Demokratie.

(Fischer [CDU]: Hier ist noch eine Zwischenfrage von Frau Schole!)

Darüber hinaus haben die Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Opposition eine Million DM beantragt, um der Umweltberatung und der Umweltaufklärung den Stellenwert einzuräumen, den diese Aufgaben verdient haben.

(Zustimmung bei der SPD.)

Frau Tewes

Für die Verbesserung der Umweltvorsorge und des Umweltbewusstseins braucht die Politik die Betroffenen. Ich sagte es. Bei der betreffenden Titelgruppe sind zum Beispiel auch Gelder für die Kommission zur Vermeidung und Verwertung von Sonderabfall und für den neu strukturierten Münchehagen-Ausschuß veranschlagt.

(Schirmbeck [CDU]: Dafür ist reichlich Geld da! Kommissionen und Gutachten! — Fischer [CDU] hält ein Blatt mit der Aufschrift „Sprechzeit beendet“ hoch.)

— Dieser Hinweis wird von mir beachtet, von Ihrem Kollegen nicht, weil der so aufgeregt ist.

Dritter Schwerpunkt. Im Einzelplan 08 finden Sie unter dem Stichwort „Wirtschaftsförderfonds“ den Öko-Fonds mit 49 Millionen DM. Damit werden umweltschonende Produktionsformen ermöglicht. Der Öko-Fonds wird Jahr für Jahr fortgeführt. In dieser Legislaturperiode haben wir dafür 250 Millionen DM vorgesehen.

Ich komme zum vierten Schwerpunkt: Naturschutz und Landschaftspflege. Auf diesem Gebiet haben die Koalitionsfraktionen den Haushaltsansatz noch einmal um 5,1 Millionen DM erhöht,

(Dr. Stratmann [CDU]: Weil der so schlecht war!)

damit die Ausweisung von Naturschutzgebieten beschleunigt werden kann.

(Dr. Stratmann [CDU]: Da können Sie mal sehen, was die Regierung wollte! Nichts!)

Im Hinblick auf die Errichtung von Naturschutzstationen soll mit einem Ansatz in Höhe von 200 000 DM im Bereich Steinhuder Meer mit den Planungsarbeiten für ein Pilotprojekt Naturschutzstation begonnen werden.

(Schirmbeck [CDU]: Kommissionen, Planungen und Gutachten!)

Fünfter Schwerpunkt: Wasser und Abfall. Die Koalitionsfraktionen haben gegen die Stimmen der Opposition für das Jahr 1991 fast zwei Millionen DM für die Einführung eines Informations- und Kommunikationssystems bereitgestellt. Das ist unter anderem die Voraussetzung für die Reduzierung des Umfangs des Mülltourismus. Erlauben Sie mir, es bei den weiteren Stichworten „Begleitscheinverfahren“ und „Sonderabfallüberwachung“ zu belassen.

Ferner haben die Fraktionen der SPD und der Grünen Geld, nämlich 5 Millionen DM, in die Tasse in Ihrem Küchenschrank, Herr Remmers, gepackt, das für Maßnahmen zur Entsalzung von

Werra und Weser verwendet werden soll. Sie wollten diesen Betrag ja nur hineinpacken, wenn die Rechtsgrundlagen stimmen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.  
— Schirmbeck [CDU]: Was? — Weitere Zurufe von der CDU.)

Das ist ein Zitat: Wir packen Sie rein, um für den Fall, daß sie benötigt werden und eine Bund-Länder-Vereinbarung endlich da ist — — —

(Schirmbeck [CDU]: Das haben wir aber schon einmal anders gehört! — Weitere Zurufe.)

— Meine Damen und Herren, wenn Sie sich einmal schreien hören würden, dann würden Sie die Lust am Zuhören verlieren.

(Schirmbeck [CDU]: Deshalb sind wir doch hier!)

Also weiter. — Wir wollen damit die Verpflichtung eingehen, daß, wenn die Bund-Länder-Vereinbarung auch mit dem Land Thüringen getroffen sein wird, auch mit der Arbeit begonnen werden kann. Mir ist sehr wohl klar, was die Arge Weser vorab gerne möchte. Wir können aber nicht an rechtsstaatlichen Bedingungen vorbei mal eben 350 000 DM ausgeben, wenn die Besitzverhältnisse über die Treuhandgesellschaft und den Bund überhaupt noch nicht geklärt sind. Das müssen Sie einmal verstehen. Wir wollen jetzt auch nicht — — —

(Zurufe von der CDU und von der FDP.)

— Nein, an rechtsstaatlichen Verhältnissen vorbei wollen wir auch nicht operieren. Damit Sie das richtig verstehen.

(Schirmbeck [CDU]: Das letzte war die Wahrheit!)

— Herr Schirmbeck, Sie sind so dämlich! Ha, ha, ha, ha!

(Frau Schliepack [CDU]: Das ist ja unmöglich! Das ist ja ein unmögliches Stück!  
— Weitere Zurufe von der CDU.)

— Wenn Sie alle Ihre Zwischenrufe einmal durchlesen würden, dann würden Sie das Grausen kriegen. Ich bitte um Verzeihung; es ist aber wirklich nicht gut.

Meine Damen und Herren, im Abstimmungs-paket liegt Ihnen ferner ein Antrag über 3,5 Millionen DM für Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände vor. Diese Mittel sind unter anderem für Gewässerrandstreifen und für naturnahe Gewässerunterhaltung vorgesehen.

Sie haben — ja, die Zeit reicht noch — im CDU-Antrag zwar nicht begründet, aber schriftlich niedergelegt, daß Sie 10 Millionen DM aus Landesmitteln für die Abwasserbehandlung haben wollen. Ich kann Ihnen dazu nur sagen: Welche Landesregierung war es denn wohl, die jahrelang den Eindruck erweckt hat, als gebe es zu den Anschlußkosten einen Zuschuß in Höhe von 30 % bis 50 %, und hinterher nur 30 % der Anträge bedient hat, so daß wir jetzt vor einem Antragsstau stehen, den wir jetzt nicht bedienen können, was allerdings Ihre Schuld ist.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Zum Schluß stelle ich fest: Mit dem Einzelplan 15 wird das richtige politische Signal für eine Umsteuerung der Umwelt- und Naturschutzpolitik gegeben. Wenn Sie es nicht glauben wollen, Herr Fischer, dann lesen Sie noch einmal das Protokoll nach. Hoffentlich ist mein Lachen über Sie da auch drin. — Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

#### Vizepräsidentin Goede:

Danke schön. — Das Wort hat jetzt die Ministerin Griefahn.

(Dr. Stratmann [CDU]: Darf man hier „dämlich“ sagen zu Kollegen? Darf ich zur Frau Ministerin sagen: „Sie sind dämlich!“? — Frau Knoblich [CDU]: Sie sollten einmal Ihre Leitung überprüfen, Frau Präsidentin! — Weitere Zurufe.)

#### Griefahn, Umweltministerin:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Grill, ich muß mich wirklich darüber wundern, daß Sie mit Freude zur Kenntnis genommen haben, daß der Umwelthaushalt das Schlußlicht des Gesamthaushalts sein soll. Das scheint mir doch sehr bedenklich zu sein. Von Ihnen hätte ich erwartet, daß Sie — — —

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen — Grill [CDU]: Wenn Ihnen dazu nicht mehr einfällt!)

Außerdem scheint es bei Ihnen keine anderen Ressorts als z. B. das Frauenressort oder das Ressort für Europa- und Bundesangelegenheiten zu geben. Das scheint bei Ihnen so zu sein.

(Grill [CDU]: Oh, ich habe Sie getroffen, Frau Griefahn! — Frau Schliepack [CDU]: Sie haben es damit bestätigt! Sie haben auch gesagt, daß wir das Schlußlicht sind!)

— „Sein soll“ habe ich gesagt. Sie sollten mir einmal etwas besser zuhören, Herr Schirmbeck. — Vielleicht haben Sie auch noch nicht erkannt — obwohl Sie das Umsteuern in der Umweltpolitik auf Ihre Fahnen geschrieben haben —, daß man Umweltpolitik nicht in nur einem Ressort losgelöst behandeln kann, sondern daß sie durch alle Ressorts hindurchgezogen werden muß, damit man eine ökologische Umsteuerung der Wirtschaftsgesellschaft erreichen kann.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Ich freue mich natürlich auch sehr darüber, daß Sie die Diskussion über die Hoffnungsträger hier angesprochen haben. Ich kann zumindest für mich sagen, daß ich in den vielen Briefen und Aufmunterungen, die ich bekomme, feststellen kann, daß ich vielleicht für viele Leute im Lande als Hoffnungsträgerin gelte; von Ihnen habe ich das noch nicht so oft gehört.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen. — Fischer [CDU]: Wir bestätigen uns das auch nicht selbst! — Schirmbeck [CDU]: Wenn man sich selber so loben muß, dann hat man es nötig!)

— Nein, Herr Grill hat es doch offensichtlich nötig; sonst hätte er es nicht erwähnt. — Sie haben gesagt, die Landesregierung habe kein Konzept für den Ausstieg aus der Atomenergie.

(Grill [CDU]: Hat sie auch nicht!)

Sie haben dabei offensichtlich noch nicht mitbekommen, daß wir gemeinsam an einem Energiekonzept für Niedersachsen arbeiten; auch das hat Herr Fischer hier gesagt.

(Hildebrandt [FDP]: Also haben Sie doch keines!)

Er hat gesagt, daß wir gemeinsam daran arbeiten. Ich finde es auch etwas unredlich von Ihnen, Herr Grill, wenn Sie hier behaupten, daß man mit 10 Millionen DM aus dem Öko-Fonds gegenüber 100 Milliarden DM Investitionsbedarf keine neue Energiepolitik machen könne. Ich bin bisher nicht davon ausgegangen, daß Sie die Atomkraftwerke, die hier im Lande vorhanden sind, mit Landeshausmitteln bezahlt haben, oder?

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

#### Vizepräsidentin Goede:

Frau Ministerin Griefahn, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Eveslage?

Frau Griefahn

Griefahn, Umweltministerin:

Nein, mir ist gesagt worden, daß ich nur acht Minuten Redezeit habe. Die möchte ich zumindest ausnützen, um hier klarzumachen, was wir alles an neuen Maßnahmen im Haushaltsplanentwurf drinhaben. Das muß einmal deutlich gemacht werden, weil hier viele falsche Dinge behauptet worden sind. Es ist auch behauptet worden, daß der Anteil des Einzelplans des Umweltministeriums am Gesamtvolumen des Landeshaushalts weniger als 2 % betrage. Das traf für Ihren Haushalt zu. Wir haben ohne Öko-Fonds jetzt einen Anteil von 2,25 %. Das ist doch wohl eine erhebliche Steigerung gegenüber Ihrem Haushalt.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.  
— Unruhe. — Zurufe von der CDU.)

Ich verstehe auch Ihre Anträge nicht, in denen Sie zu vielen Haushaltspositionen Kürzungen vorschlagen, während Sie gleichzeitig sagen, wir sollten noch etwas mehr tun. Das verstehe ich überhaupt nicht.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.  
— Dr. Hruska [FDP]: Wir haben doch die Koalitionsvereinbarung mit der 5-Prozent-Steigerung nicht abgeschlossen!)

Wir haben gerade erst angefangen, und daß man die Umschichtungen innerhalb eines Haushalts nicht in einem halben Jahr durchführen kann, das wissen Sie ebensogut wie ich. Die Zielperspektive sind vier Jahre — das ist eine ganze Legislaturperiode —, nicht ein halbes Jahr.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.  
— Zuruf von Grill [CDU].)

Sie wollen z. B. 36 Stellen in der Gewerbeaufsicht streichen, obwohl Sie gleichzeitig sagen, daß hier keine neuen Investitionen getätigt werden könnten und deshalb die Anträge nicht bearbeitet werden könnten. Herr Hruska, Sie haben gesagt, wir sollten das z. B. mit dem TÜV machen. Gleichzeitig wollen Sie aber die Mittel für Sachverständigengutachten streichen, mit denen man derartige Aufträge dem TÜV erteilen könnte.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.  
— Zuruf von Dr. Hruska [FDP].)

— Ich kann Ihnen genau sagen, für welche Sachverständigengutachten wir Mittel vorgesehen haben: 3,7 Millionen DM für Sicherheitsanalysen für das AKW Stade sowie für zusätzliche Begutachtungen für das Endlager Schacht Konrad und das Faßlager Gorleben, 1 Million DM für die Umsetzung von Umweltverträglichkeitsprüfungen, 0,9 Millionen DM für einen Beirat, der alle mög-

lichen Fragen begutachten soll — dazu gehören u. a. auch TÜV-Gutachten —, 0,3 Millionen DM — das ist ja nur ein geringer Anteil von dem, was Sie erwähnt haben — für einen Ausstiegskongress. Es ist richtig, wir wollen eine neue Energiepolitik, und zwar ohne Atomenergie, und wir brauchen jetzt Investitionen in eine positive Energiepolitik, in Alternativenergien, in Energiesparen und in Energieeffizienz. Wir könnten die 10 Milliarden DM, die jetzt in neue Atomkraftwerke investiert werden sollen, viel besser verwenden.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Dann haben wir weiter von den Mitteln für Sachverständigengutachten 0,2 Millionen DM für die Gentechnik vorgesehen. Auch das ist eine neue Aufgabe, die uns durch Bundesgesetz übertragen worden ist, und auch die müssen wir sorgfältig wahrnehmen. Das soll wahrscheinlich nach Ihrer Meinung überhaupt nicht beachtet werden; das soll einfach so gemacht werden.

(Puls [Grüne]: Da fehlen denen die Argumente!)

Sie haben des weiteren gesagt, daß wir nichts für die Abfallwirtschaft täten. Wir tun da eine ganze Menge. Sie wollen Anlagen, Herr Grill, und wir bauen statt zehn Anlagen 250. Wenn wir nämlich Kompostwerke, Zerkleinerungsanlagen, Getrennsammelanlagen, Wiederverwertungsanlagen usw. in vielen Landkreisen bauen, dann ist das eine größere Zahl an Investitionen, als Sie sie jemals geplant haben.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.  
— Dr. Hruska [FDP]: Wer baut die denn, die Landkreise oder Sie?)

Wir haben im Haushalt enorme Steigerungen in diesem Bereich.

(Fischer [CDU]: Das wird über den Gebührenhaushalt abgewickelt!)

Wir haben für den Bereich Siedlungsabfälle 10,1 Millionen DM mehr als 1990 vorgesehen, nämlich 23,3 Millionen DM. Das ist fast das Doppelte gegenüber dem, was Sie in Ihrem Haushalt hatten.

(Beifall bei der SPD.)

Wir haben die Gelder für die Sonderabfallentsorgung um 6,6 Millionen DM aufgestockt. Das ist auch fast das Doppelte gegenüber dem, was Sie eingeplant hatten. Sie hatten nämlich nur 10 Millionen DM dafür vorgesehen. Wir haben zusätzlich die Investitionsmöglichkeiten über den Öko-

logiefonds geschaffen. Damit bezahlen wir konkret die Umsteuerung der Produktion. Dafür hatten Sie noch kein Geld vorgesehen.

(Beifall bei der SPD. — Fischer [CDU]: Jetzt verlesen Sie mal die Streichungen! Oder die Werra-Entsorgung, das wäre doch mal ein Thema!)

— Wir müssen alles nicht immer dreimal machen. Über die Weser-Entsorgung haben wir im Landtag schon Debatten geführt. Ich habe immer gesagt, daß wir das unterstützen wollen, wenn die rechtlichen Verhältnisse geklärt sind. Wir haben Ihnen deutlich gemacht, daß wir das Geld dafür zur Verfügung stellen. Das haben wir im Haushalt mit Verpflichtungsermächtigungen dargestellt. Die Aushandlung der Verträge dauert bestimmt noch bis Ende des Jahres.

(Beifall bei der SPD.)

Für die Gewerbeaufsicht haben wir z. B. Erneuerungen und Ersatzbeschaffungen vorgenommen, etwa für das Luftüberwachungsnetz. Wir haben im Haushalt Gelder für spezielle Verkehrsmessungen vorgesehen. Ferner haben wir für großräumige Immissionsmessungen 1,5 Millionen DM im Haushalt eingeplant. Insofern sind Gelder für eine ganze Menge von Dingen vorgesehen, die bisher noch nicht berücksichtigt worden waren. Beispielsweise haben wir für Rüstungsalasten 13,5 Millionen DM eingeplant. Dieses Gebiet ist sehr wichtig. Sie sagen, wir täten auf diesem Gebiet nichts. Dieses Gebiet kann ich aber vorweisen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Wir haben für eine Menge Dinge den Start gemacht. Im Naturschutz gibt es 31 neue Stellen. Wir haben für den Naturschutz 7,2 Millionen DM mehr als im Vorjahr und bauen jetzt die Programme auf, die bei Ihnen bislang nicht gelaufen sind, um dann zusätzlich noch Sachmittel einzubauen. Dann werden wir sehen, ob wir nicht gute Naturschutzflächen für Niedersachsen hinkriegen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Ich möchte jetzt gern denen danken, die sonst vielleicht etwas zu kurz kommen. Ich habe bei der Beratung der Regierungsvorlage im Umweltausschuß sehr viel Unterstützung bekommen. Ich habe auch sachgerechte Empfehlungen zu der Regierungsvorlage im Haushaltsausschuß erhalten. Ich bedanke mich sehr herzlich dafür, weil dies der erste Einzelplan ist, den ich einbringe. — Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

**Vizepräsidentin Goede:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Damit haben wir den Bereich Umwelt diskutiert.

Wir kommen jetzt zu dem Block Gleichberechtigung und Frauenfragen. Wortmeldungen liegen mir dazu bis jetzt nicht vor.

(Fischer [CDU]: Dann ist Schluß, vorbei! — Weitere Zurufe. — Frau Pawelski [CDU] meldet sich zu Wort.)

— Frau Pawelski hat sich zu Wort gemeldet. Hiermit erteile ich Frau Kollegin Pawelski das Wort.

**Frau Pawelski (CDU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Hammelstein, ich hatte gedacht, als Regierungsfraktion hätten Sie den Vortritt. Ich wollte höflich sein.

Meine Damen, meine Herren! Es gibt einen neuen Unterschied zwischen Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine.

(Frau Schliepack [CDU]: Wer ist denn das?)

— Wer Gerhard Schröder ist, wollen Sie wissen?

(Frau Schliepack [CDU]: Ja!)

— Es ist schwierig, diese Frage zu beantworten. Das ist der Herr, der hier manchmal neben Herrn Trittin sitzt und immer das macht, was der will. Meine Damen und Herren, während Gerhard Schröder ein Frauenministerium gegründet hat, hat Oskar Lafontaine seines nach einem Jahr wieder abgeschafft.

(Hört, hört! bei der CDU.)

Ich hoffe sehr, daß dem Niedersächsischen Frauenministerium diese Zukunft erspart bleibt, auch wenn ich so richtige Knackpunkte einer zukunftsweisenden Politik vermissem, und zwar Knackpunkte, die untermauern, daß das Frauenministerium wirklich unentbehrlich ist.

Es war schon peinlich und diente nicht der Sache, als das neu eingerichtete Frauenministerium im ersten halben Jahr seines Bestehens nahezu ausschließlich dadurch Schlagzeilen produzierte, daß die Landesregierung ihm keine geeigneten Büroräume zuweisen konnte. Da besetzte ein Minister die geeigneten Räume, da machte das Sommer-

Frau Pawelski

kabinett dumme Sprüche darüber. Das war schon eine peinliche Sache.

(Frau Detert-Weber [SPD]: Frau Pawelski, wann haben Sie Ihre Rede geschrieben?)

Frau Schoppe, Ihr Ministerium ist vor allem auch als Versorgungsanstalt für grüne Ex-Abgeordnete und Funktionärinnen bekannt geworden.

(Beifall bei der CDU. — Fischer [CDU]: Ja! — Frau Schliepack [CDU]: Ein Skandal ist das!)

Kaum ein anderes Ministerium betreibt eine solch knallharte, einseitige parteipolitische Personalpolitik wie Ihr Ministerium, obwohl wir in diesem Bereich ja einigsgewohnt sind.

(Frau Schliepack [CDU]: Deshalb fallen die jetzt dem Sozialminister nicht mehr zur Last!)

Es ist schon verwunderlich, daß Ihr Koalitionspartner, die SPD, zwar grollend — gucken Sie einmal, die schauen immer noch böse —, aber anscheinend tatenlos zuschaut, wie eine Stelle nach der anderen bei Ihnen mit grünen oder seenlenverwandten grünen Frauen besetzt wird.

(Zuruf von Frau Hammelstein [SPD].)

Es fehlt eigentlich nur noch der passende Briefkopf „Grünes Frauenministerium“; dann wäre alles komplett!

(Frau Detert-Weber [SPD]: Und was macht Frau Wigbers?)

Damit aber wird den Interessen der Frauenpolitik nicht genützt, sondern es wird den Frauen auf Dauer geschadet, weil Sie so ständig neues Öl auf das Feuer der Vorurteile gießen. Verbrennen Sie sich dabei nicht die Finger, Frau Schoppe!

(Beifall bei der CDU.)

Es ist immerhin schon etwas, wenn wenigstens ein Regierungsmitglied — nämlich Sie, Frau Schoppe — die Gleichstellung der Frau ernst nimmt. Bei Ihren Kolleginnen und Kollegen drängt sich da eher der Eindruck auf, zwar medienwirksam über das Thema zu reden, aber außer einer Menge Sprechblasen nichts zu produzieren.

(Frau Schliepack [CDU]: Wie zum Beispiel bei den Staatssekretären!)

Wie ist es anders zu erklären, daß in den alten Ministerien von 25 neu besetzten Abteilungsleiter-Positionen lediglich zwei mit Frauen besetzt wurden?

(Frau Schliepack [CDU]: Das ist die Gleichstellung!)

In der Riege der Staatssekretäre müssen sich die beiden Frauen ja ziemlich verloren vorkommen!

Gerade am vergangenen Mittwoch haben die SPD und die Grünen beim Tagesordnungspunkt „Wahl von Vertrauensleuten“ bewiesen, wie wenig ernst ihnen dieses Thema ist. Sie haben für diese Positionen der ordentlichen Mitglieder nur Männer vorgeschlagen, keine einzige Frau.

(Beifall bei der CDU. — Frau Schliepack [CDU]: Hört, hört! — Fischer [CDU]: Unglaublich!)

Frauenpolitik ist von Familienpolitik schwer zu trennen. Frau Schoppe, es ist schon bemerkenswert, daß das Wort „Familie“ in Ihrem Koalitionspapier überhaupt nicht vorkommt. Um so bemerkenswerter ist es — das sage ich ohne Häme —, daß Sie persönlich bereit sind, sich auch der Probleme der Familie anzunehmen.

In Gesprächen, die Sie mit einzelnen Verbänden geführt haben, versicherten Sie Ihren Gesprächspartnern glaubhaft, deren Wünsche bei den Etatberatungen zu berücksichtigen. Diese Botschaft hören wir gern, uns fehlt jedoch der Glaube, denn wir müssen feststellen, daß sich Ihre Versprechungen im Haushaltsplan nicht niederschlagen.

Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Sie wollen die Familienerholung ausbauen und haben den Familienverbänden zugesichert, für die Koordinierung der Aufgaben eine Halbtagskraft zu finanzieren. Ein Antrag der CDU-Fraktion zu diesem Thema wurde von Ihren Koalitionsfreundinnen und -freunden abgelehnt. Schade!

(Frau Schliepack [CDU]: Das ist unerhört!)

Wir wollen uns genau wie Sie dafür einsetzen, daß die Zahl der Familien — insbesondere der Kinderreichen und der Alleinerziehenden — nicht steigt, die sich Urlaube und Freizeiten nicht mehr leisten können.

(Beifall bei der CDU.)

Sie verkünden, daß Sie für ein Landeserziehungsgeld eintreten, und unterstützen somit eine Forderung der CDU. Vielen Dank dafür,

(Beifall bei der CDU)

aber wo bleiben die finanziellen Mittel im Haushalt? Spätestens in der mittelfristen Finanzplanung müßte der Haushaltsansatz sichtbar sein.

Frau Schoppe, es ist Ihnen zweifellos gelungen, die meisten Haushaltstitel aufzustocken. Wir



wollen daran auch keine Kritik üben. Das hilft weder Ihnen noch uns. Sie haben das ordentlich gemacht.

(Frau Hammelstein [SPD]: Kritik wäre auch nicht angebracht!)

Es gibt aber etliche Bereiche, in denen wir feststellen müssen, daß Geld scheinbar nicht alles ist. Es fehlt das politische Signal. Wir vermissen ein klares Wort zu Maßnahmen, die von der CDU-FDP-Regierung eingeleitet wurden, die erfolgreich laufen, deren Zukunft aber wegen Ihrer zögerlichen Haltung unsicher ist.

Werden die hervorragend besuchten Kurse „Neuer Start ab 35“ auch im Jahre 1992 und später weitergeführt werden?

(Frau Bührmann [SPD]: Sie wissen, daß diese Kurse keine Perspektive haben!)

Was wird mit den Kursen für Frauen über 60? Wann und wie werden die regionalen Beratungsstellen für Berufsbildung von Frauen und Mädchen gefördert? Warum läuft die sehr gut besuchte Ausstellung „Mädchen können mehr“ nicht weiter? Wir wissen, daß diese Ausstellung praktisch ausgebucht war. Sie sollte verändert werden, aber das kann doch wohl unmöglich so lange dauern.

(Beifall bei der CDU.)

**Vizepräsidentin Goede:**

Frau Kollegin Pawelski, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Frau Pawelski (CDU):**

Nein, ich gestatte keine.

Wir bedauern sehr, daß SPD und Grüne im Ausschuß für Gleichberechtigung und Frauenfragen unseren Antrag zur finanziellen Förderung eines zweiten Kinderschutzzentrums in Niedersachsen rigoros abgelehnt haben. Im Haushaltsplan sind Mittel für ein einziges Kinderschutzzentrum vorgesehen. Außerdem soll ein Mädchenhaus finanziert werden.

(Puls [Grüne]: Das gab es schon vorher!)

— Ich freue mich immer, wenn Sie sich so richtig ärgern! Dann habe ich wohl immer das Richtige getroffen. Weiter so!

(Beifall bei der CDU. — Puls [Grüne]: Wieviel gab es denn vorher schon?)

Meine Damen und Herren! Gewalt und sexueller Mißbrauch machen auch vor Jungen nicht halt

(Plaue [SPD]: Reden Sie nicht soviel! Die lachen sich nachher noch tot!)

— Ach, jetzt kommt auch noch Herr Plaue. Sie habe ich richtig vermißt.

(Plaue [SPD]: Und schon bin ich im Protokoll!)

— Ja.

Sie selbst, Frau Schoppe, haben gesagt, daß sexueller Mißbrauch an Jungen zu den bestgehüteten Geheimnissen unserer Gesellschaft gehört. Darum kann es nicht angehen, daß ein Haus ausschließlich für mißhandelte und mißbrauchte Mädchen gebaut wird.

(Frau Lemmermann [SPD]: Das ist doch Unfug!)

Wo, bitte, bleibt Ihre Verantwortung gegenüber den mißhandelten und mißbrauchten männlichen Jugendlichen?

(Beifall bei der CDU.)

Wollen Sie die wirklich draußen lassen, wenn sie an die Tür eines Mädchenhauses anklopfen und um Hilfe bitten?

(Frau Lemmermann [SPD]: Sie reden wider besseres Wissen!)

Wir möchten wie Sie, daß für Mütterzentren eine Koordinierungsstelle eingerichtet wird, die den bestehenden und noch zu gründenden Mütterzentren mit Rat und Tat zur Seite steht. Wir wissen aus Gesprächen mit Mütterzentren, wie schwierig und mühsam es ist, die Hürden der Gründung zu überwinden. Räume müssen besorgt werden, Anträge ausgefüllt und Behördengänge erledigt werden. Das alles bindet unnötig Kräfte und zermürbt Frauen, bevor sie mit der eigentlichen Arbeit beginnen. Wir streben an, daß alle Mütterzentren vom Land auch finanziell unterstützt werden.

(Beifall bei der CDU.)

Ein Grundkapital von mindestens 15 000 DM bis 20 000 DM pro Jahr ist notwendig, damit ein Mütterzentrum arbeiten kann. Für die Kommunen bleiben letztlich die Kosten für Miete, Strom, Wasser und eventuell Personal übrig.

Die CDU-Fraktion fordert 1,5 Millionen DM für ein neues Programm zum überbetrieblichen Verbund zur Förderung der Berufsrückkehrerinnen in kleinen und mittleren Betrieben.

(Frau Schliepack [CDU]: Das ist eine gute Sache!)

Meine Damen und Herren! Sicher ist Ihnen das Modell „Zwischenbetrieblicher Verbund“ von

Frau Pawelski

Professor Geißler bekannt. Dieses Modell, das gerade im Hinblick auf die Erweiterung des Erziehungsurlaubs auf drei Jahre neue Bedeutung hat, sollte nicht nur in einer Region aufgebaut werden, sondern zugleich in verschiedenen städtischen und ländlichen Räumen erprobt werden.

Während der Haushaltsberatungen im Ausschuß für Gleichberechtigung und Frauenfragen haben Sie, Frau Schoppe, ausgeführt, daß ein Betrag von 150 000 DM für pro familia zur Verfügung gestellt werden soll. Damit soll ein sozialpädagogischer Arbeitskreis Materialien zur Aufklärungsarbeit mit Kindern erarbeiten. Wir fordern Sie auf, an der Entwicklung der Unterlagen auch Familienverbände zu beteiligen.

Meine Damen, meine Herren! Am Schluß meiner Rede kann ich nicht umhin, zu bemerken, daß die CDU-FDP-Regierung mit ihrer Landesfrauenbeauftragten und deren wirklich kleinem Mitarbeiterstab eine äußerst gute Arbeit geleistet hat.

(Beifall bei der CDU.)

Neue Zeichen hat das große, personell reichlich ausgestattete Frauenministerium nicht entwickelt bzw. gezeigt. Sie führen lediglich das fort, was wir begonnen haben. Ich denke an die Frauenbeauftragten, von denen bis Mai 1990 — — —

(Zuruf von Frau Hammelstein [SPD].)

— Frau Hammelstein, Sie kommen doch gleich dran! Nun beruhigen Sie sich doch!

Ich denke also an die Frauenbeauftragten, von denen es bis Ende Mai 1990 bereits über 100 in Niedersachsen gab. Ich denke an Mütterzentren, Beratungsstellen, Wiedereingliederungskurse und und und. Ich erhoffte von Ihnen ein Feuerwerk zündender Ideen. Was bis heute herauskam, ist lediglich der Knall einer Knallerbse.

(Beifall bei der CDU.)

**Vizepräsidentin Goede:**

Als nächste hat sich die Frau Kollegin Lenke zu Wort gemeldet. Sie haben das Wort.

**Frau Lenke (FDP):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die FDP hat schon in der letzten Legislaturperiode einen ihrer Schwerpunkte auf Frauenpolitik gelegt.

(Beifall bei der FDP.)

1986, bei den damaligen Koalitionsverhandlungen mit der CDU, haben wir die Position der Frauenbeauftragten geschaffen, und wir haben

die Einrichtung des Ausschusses für Gleichberechtigung und Frauenfragen gefordert,

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

deren Vorsitzende unsere Landtagsabgeordnete Frau Sigrid Schneider war.

Meine Damen und Herren von dieser Seite, Sie werden doch anerkennen, daß sich Frau Schneider vehement für die Frauenpolitik hier in Niedersachsen eingesetzt hat.

(Beifall bei der FDP.)

Ich möchte Sie auch noch daran erinnern, daß wir im Landwirtschaftsministerium eine Beauftragte für die Landfrauen eingesetzt haben.

(Beifall bei der FDP.)

Ihre Behauptung, Frauenpolitik hätte in der letzten Wahlperiode nicht stattgefunden, ist also falsch. In der letzten Wahlperiode haben wir auch schon Frauenhäuser vom Land unterstützt, und wir haben diese Unterstützung kontinuierlich erhöht.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Das ist ein wichtiger Punkt für die FDP. Hier werden Steuergelder sinnvoll für Frauen und für Mütter mit ihren Kindern ausgegeben. Allerdings fordern wir auch Geld für Mädchenhäuser, wie Sie es ja in Ihren Haushalt eingesetzt haben. Wir fordern, daß auch Jungen, die den Torturen durch manche Erwachsene ausgesetzt sind, mit gleicher Intensität geholfen wird. Das sollte entsprechend im Haushalt ausgewiesen werden; ich denke da an die Titelgruppen 65 und 66.

Ein Wort zu den Familienplanungszentren und zu der Konzeption, wie Sie sie durchsetzen wollen. Sexualberatung der verschiedenen Partnerschaften, Hilfen für Kinder und Erwachsene und im medizinischen Bereich der ambulante Schwangerschaftsabbruch — das alles soll unter einem Dach stattfinden, wie es in Ihrem Koalitionspapier steht. Wir halten diese Konzeption für problematisch. Ich erwarte von Ihnen, daß Sie diese Konzeption vor Freigabe der Mittel im Ausschuß noch einmal intensiv diskutieren.

(Beifall bei der FDP.)

Zudem wollen wir, daß die frauenpolitischen Maßnahmen dieser Art nicht nur in Großstädten stattfinden; denn Niedersachsen ist ein Flächenland. Auch das müssen wir bei unserer Frauenpolitik berücksichtigen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Gleich zu Anfang des Jahres forderten wir die Einstellung zusätzlicher Haushaltsmittel für

Frauenbeauftragte an niedersächsischen Hochschulen. Wir freuen uns sehr, daß Sie dafür den Haushaltsansatz noch in dieser Weise erhöht haben und jetzt etwas tun. Das begrüßen wir.

In den wenigen Minuten, die ich noch zur Verfügung habe, möchte ich mich für den Bau von Kindertagesstätten an Hochschulen und Kliniken des Landes einsetzen.

(Beifall bei der FDP.)

Vorarbeit haben wir geleistet, indem wir das NHG geändert haben. Die rot-grüne Landesregierung verweigert sich hier, wie ich meine. Das sehe ich durch die Antwort auf meine Anfrage an die Landesregierung bestätigt. Dies kann nicht das letzte Wort der rot-grünen Landesregierung sein. Unter gesellschaftspolitischen und besonders unter frauenpolitischen Gesichtspunkten sind hier wirklich Kinderbetreuungsmöglichkeiten zu schaffen.

Die vorgesehene Praxis der Auftragsvergabe des Landes an die Wirtschaft lehnen wir strikt ab. Frau Schoppe, Sie haben Gesetze angekündigt. Zum einen soll das Land Aufträge nur an Firmen vergeben, wenn in diesen Firmen Frauenförderpläne vorhanden sind und auch eingehalten werden. Zum zweiten wollen Sie, daß es in diesen Firmen keine sozialversicherungsfreien Beschäftigungsverhältnisse gibt. Sie haben noch nicht einmal „überwiegend“ gesagt oder von Ausnahmemöglichkeiten gesprochen.

(Widerspruch von Ministerin Schoppe.)

— Nein, Sie haben das generell ausgeschlossen. Lesen Sie Ihren Antrag durch; in ihm steht nichts anderes. Dann müssen Sie halt Ihren Antrag anders formulieren. — Wir von der FDP jedenfalls meinen, daß diese Instrumente nicht zum Ziel führen werden, und lehnen sie ab.

(Beifall bei der FDP.)

Zum Schluß möchte ich noch einmal auf den Anfang meiner Rede zurückkommen. Liebe Kollegen und Kolleginnen von der SPD und von den Grünen, nicht nur Sie machen Politik für Frauen in Niedersachsen. Wir waren vor Ihnen da.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

#### Vizepräsidentin Goede:

Als nächste hat sich Frau Kollegin Hammelstein zu Wort gemeldet.

#### Frau Hammelstein (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Pawelski, ich warte gespannt auf die Einrichtung eines Frauenministeriums in einem CDU-regierten Bundesland.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.  
— Eveslage [CDU]: Im Bund haben wir es doch jetzt!)

— Bundesland!

SPD und Grüne wollen die wirkliche Gleichstellung von Mann und Frau. Frauenpolitik als Querschnittsaufgabe muß alle Politikbereiche umfassen und daher mit Maßnahmen in allen Ressorts wirken. Wir wollen Benachteiligungen von Mädchen und Frauen abbauen, zum Beispiel durch gesetzliche Vorgaben, durch Frauenförderung, durch Unterstützung frauenrelevanter Initiativen. So steht es in unserer Koalitionsvereinbarung. Das hat unser Ministerpräsident Gerhard Schröder in seiner Regierungserklärung im Juni 1990 bekräftigt. Und dies zeigt eine deutliche Handschrift im Haushalt 1991.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Was haben wir bei Regierungsantritt im Lande Niedersachsen vorgefunden?

(Auditor [SPD]: Frau Schneider!)

Was wurde durch CDU-FDP-Politik für Frauen erreicht? Frauenpolitik — das war doch bisher ein Lippenbekenntnis.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.  
— Frau Pawelski [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

Die Landesfrauenbeauftragte hatte ja nicht einmal Rederecht im Parlament. Die Finanzministerin mußte für sie reden. Was für eine Mißachtung!

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Ihr stand ein Mini-Haushalt zur Verfügung. Ohne Moos nichts los. Ganze 13 Mitarbeiterinnen sollten die vielfältigen Aufgaben erledigen. Wenn wir uns ansehen, was da gemacht wurde: Produzieren von Papier, Abhalten von Show-Veranstaltungen — das nennt sich Kongresse —, Initiieren von Ausstellungen und ähnlichem.

(Böhlke [CDU]: Sie sind häßlich in Ihren Ausführungen! Das ist unfair!)

Frauenbeauftragte in den Kommunen arbeiten unterbezahlt oder ganz umsonst. Das nennt sich dann ehrenamtlich. Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf — der Rechtsanspruch

Frau Hammelstein

auf einen Kindergartenplatz scheiterte bekanntlich im Bundesrat an dem CDU-regierten Niedersachsen.

(Eveslage [CDU]: Dann können Sie ja unserem Gesetz jetzt zustimmen!)

Ein unverbindlicher Frauenförderplan für den öffentlichen Dienst und ein schwaches Sprachgesetz konnten nicht viel bewirken. In Bezug auf Ausbildung, Arbeitslosigkeit, Erwerbsbeteiligung und Armut im Alter ist die Situation von Frauen in Niedersachsen noch schlechter als im Bundesdurchschnitt. Dies hat Ihr eigener Bericht an den Tag gebracht.

Jetzt hören Sie einmal gut zu.

(Zuruf von der CDU: Das tun wir die ganze Zeit!)

— Ich meine den Herrn hier vorne. — Frauenpolitik ausschließlich als Goodwill-Veranstaltung, bewußtseinsbildende Maßnahmen und Vertrauen auf die Einsicht der Männer — das geht nicht. Schmuse-Kurs geht nicht mit Kätzchen-Kätzchen — es ist nämlich ein Kater. Und der will die fettesten Mäuse alleine fressen.

(Frau Stoll [CDU]: Wiederholen Sie das noch einmal! Das habe ich nicht verstanden!)

— Das können Sie ja nachlesen. — Gut zureden und Kraulen veranlaßt ihn nicht, die Mäuse zu teilen. Kater braucht schon mal Leine, zugeteiltes Futter und eventuell Maulkorb. Dies gilt nicht für rot-grüne Kater, sondern für sone Schwatten wie Herr Kuhlmann und Konsorten.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der SPD und bei den Grünen. — Böhlke [CDU]: Bei Ihnen heißt doch jeder Kater von vornherein Macho! — Kuhlmann [CDU]: Das ist wahrscheinlich als Kompliment zu verstehen! Aber Sie können sich noch so bemühen, Sie haben doch keine Chance bei mir!)

— Ich leide nicht unter Geschmacksverirrung. — Wir haben in neun Monaten ein Frauenministerium eingerichtet, das Personal gut vervierfacht, die Mittel verzehnfacht. Ein Schwerpunkt rot-grüner Frauenpolitik ist die Integration von Frauen und Mädchen in das Erwerbsleben. Welch hohen Stellenwert Erwerbsarbeit für Frauen hat, zeigt nicht zuletzt die genannte Studie der abgewählten Landesregierung auf. Junge Frauen heute wollen beides — Familie und Beruf. Und sie wollen beides möglichst lebenslang miteinander verbinden. Ältere Frauen wollen wieder in das Erwerbsleben einsteigen.

Wir bezuschussen Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungs- und Beschäftigungssituation, insbesondere zur Qualifizierung. Wir fördern den Wiedereinstieg in das Erwerbsleben. Erforderlich sind hierfür zwar auch noch Motivationsmaßnahmen — das sehe ich durchaus —, aber vorwiegend Qualifizierungsmaßnahmen. Wir nutzen die EG-Programme und die Bundesprogramme durch Gegenfinanzierung. Genannt seien hier auch die Existenzgründerinnenmittel des Wirtschaftsministeriums und die Programme des Sozialministeriums, z. B. das spezielle Frauenprogramm zur Förderung allgemeiner Kenntnisse und zur berufspraktischen Qualifizierung mit Kinderbetreuung.

(Zuruf: Das läuft schon lange!)

Auch die Maßnahmen im Schulbereich, z. B. auch das Sofortprogramm Kindergartenplätze, das ja die Voraussetzungen für eben jenen Rechtsanspruch in diesem Bereich schafft, gehören hierher.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Frauenpolitik ist der Komplex Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Hier ist leider immer noch sehr viel zu tun. Ich denke, die Notwendigkeit dieser Maßnahmen wird in diesem Hause niemand mehr in Frage stellen. Für die Frauenhaus-Arbeit ist der Haushaltsansatz von 1,6 Millionen DM auf 3,4 Millionen DM gut verdoppelt worden. Hier wird nach wie vor von engagierten Frauen sehr viel Arbeit ehrenamtlich geleistet. Mit dem zusätzlichen Geld finanziert das Land zu 50 % eine dritte Arbeitskraft in Frauenhäusern zur Nachbetreuung der betroffenen Frauen.

(Zustimmung von Frau Lenke [FDP].)

Wir stellen Mittel zum Aufbau eines ersten Mädchenhauses in Niedersachsen bereit — das hatten wir bisher gar nicht —, um Mädchen ab 14 Jahren, die von sexuellem Mißbrauch betroffen sind, unterbringen zu können.

(Böhlke [CDU]: Sehen Sie einmal die Macho-Männer in Ihrer Fraktion an! Das ist ein reiner Männerkreis! Die hören Ihnen überhaupt nicht zu, diese Macho-Typen!)

— Sie sind leider durch Ihre Anträge zum Haushalt noch mit anderem beschäftigt. Sie werden es nachher noch schnackeln.

Beratungsstellen, die sich der Problematik sexueller Gewalt gegen Kinder annehmen, bekommen statt mickriger 300 000 DM im Vorjahr 1,2 Millionen DM in diesem Jahr.

Geld ist vorgesehen für die Einrichtung eines ersten Kinderschutzzentrums in Niedersachsen

— auch das hatten wir bisher nicht — als erstem Schritt hin zu mindestens einem solchen Zentrum in jedem der vier Regierungsbezirke.

Wir machen Ernst mit der Unterstützung von Frauengruppen, Fraueninitiativen, Frauenprojekten. Bisher gab es überhaupt nichts in diesem Bereich. Im Haushalt 1991 stellen wir hierfür 1,55 Millionen DM zur Verfügung.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Wir fördern Maßnahmen, die das traditionelle Bildungs- und Beratungsangebot nicht erfaßt. Wir wollen Hilfestellung für Frauen aller Altersgruppen bei der Bewältigung — — —

(Böhlke [CDU]: In der ganzen ersten Reihe nicht ein Mann bei der SPD!)

— Sie müssen sich ärgern — schwieriger Lebenssituationen nach dem Prinzip: Hilfe zur Selbsthilfe. — Ferner haben wir vor, ein Familienplanungszentrum einzurichten. Wir halten das für eine sehr gute Sache. — Alles unter einem Dach: Angebote zur Sexualerziehung und -aufklärung, Sexualpädagogik und -forschung, Beratung, Schwangerschaftsbetreuung und Möglichkeiten für einen ambulanten Schwangerschaftsabbruch, für den Niedersachsen bekanntlich jetzt endlich die gesetzlichen Voraussetzungen schafft.

(Frau Lenke [FDP]: Wann?)

Die CDU-Fraktion will nun plötzlich die Ansätze für die Mütterzentren aufstocken. Im Haushalt 1990 waren dafür ganze 50 000 DM vorgesehen. Wir verachtfachen das! Wir stellen 400 000 DM zur Verfügung!

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Finanziert werden auch Maßnahmen zur Teilhabe älterer Frauen an gesellschaftlichen Angeboten, eine Untersuchung der Situation von Frauen im ländlichen Bereich und ein Modellprojekt zur Qualifizierung von Frauen für politische Aufgaben. Die Mittel sind übrigens überwiegend zur Anschubfinanzierung gedacht. Die Kommunen bleiben also voll in der Verantwortung.

Daß wir Ernst machen mit der Frauenförderung an Hochschulen, haben Sie gemerkt. Das geht nicht sofort. Vielmehr muß zunächst noch die Frauenbeauftragte gewählt werden, Frauenbüros müssen eingerichtet werden, Personal muß eingestellt werden. Deshalb werden wir in diesem Jahr mit 628 000 DM auskommen. In den Folgejahren brauchen wir mehr. Bisher waren dafür ganze 100 000 DM vorgesehen. Nach der Analyse der Ergebnisse der letzten Landtagswahl oder — besser gesagt — nach dem Machtverlust ist der CDU nun die Frauenfrage begegnet. Die CDU-Parla-

mentarierinnen dürfen jetzt frauenpolitisch richtig loslegen — das haben wir gerade gehört —; zumindest verbal. Sie dürfen sich jetzt bei Abstimmungen über Rot-Grünes sogar enthalten.

(Oh! bei der SPD.)

Das tut ja nicht weh, das kostet ja nichts. Forderungen kosten zur Zeit auch nichts, da sie nicht umgesetzt zu werden brauchen.

(Eveslage [CDU]: Dann können Sie unseren Vorschlägen ja zustimmen!)

Nicht einmal Deckungsmittel wurden im Ausschuß genannt. — Das alles dient als Feigenblatt, ist aber wenig glaubwürdig.

Wir waren sehr gespannt, was von der FDP so kommt. Frau Lenke macht ja frauenpolitisch immer dicke Backen.

(Zuruf: Na, na, na!)

Zum Haushalt 1991 des Frauenministeriums hat sie nichts zu bieten als einen Kürzungsantrag — minus 100 000 DM für Öffentlichkeitsarbeit. An den Taten sollt ihr sie erkennen!

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Wir handeln! Frauenpolitik, Frauenförderung im Lande Niedersachsen werden so selbstverständlich wie Kulturförderung und Wirtschaftsförderung. Das ist Frauenpolitik, die diesen Namen verdient.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

#### Vizepräsidentin Goede:

Frau Kollegin Hoops hat sich als nächste zu Wort gemeldet. Sie hat jetzt das Wort.

#### Frau Hoops (Grüne):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Heute ist ein besonderer Tag. Heute ist der Tag, an dem in Niedersachsen erstmalig über den Haushalt eines Frauenministeriums debattiert wird.

(Kuhlmann [CDU]: Schon wieder eine neue Zeitrechnung?)

Es verwundert mich überhaupt nicht, daß nach den verlorengegangenen Wahlen jetzt auch CDU und FDP die Frauenpolitik entdeckt haben. Aber, meine Damen und Herren, Vorsicht! Lippenbekenntnisse reichen hier wirklich nicht, und Papier ist geduldig. Die Taten sind entscheidend! Ich erinnere Sie nur daran, daß Sie sich erst in der letzten Sitzung des Ausschusses für Gleichberechtigung und Frauenfragen nicht durchringen

Frau Hoops

konnten, der Verankerung eines Frauenförderplans im NDR-Staatsvertrag zuzustimmen. Sie konnten sich nicht zu dieser Entscheidung durchringen!

Erst Rot-Grün hat die Frauenpolitik vom Rand in die Mitte der Bedeutung geholt.

(Kuhlmann [CDU]: Und ruiniert sie von dort! Die Frauen werden sich schön bedanken!)

Mit dem Haushalt wird das Frauenministerium auf eine solide Grundlage gestellt, so daß es seine Schlüsselfunktion in der Politik einnehmen kann.

Rot-grüne Frauenpolitik hat sich zum Ziel gesetzt, der Vielfalt unterschiedlicher Lebensstile von Frauen Rechnung zu tragen. Wir favorisieren nicht ein bestimmtes Modell von Emanzipation und Partizipation. Ziel sind plurale Angebote und eine zeitgemäße Weiterentwicklung von Konzepten.

Im vorliegenden Haushaltsentwurf und in den Anträgen der Koalitionsfraktionen finden sich sowohl die Aufstockung von bisherigen Titeln als auch Mittel für neue Maßnahmen und Schwerpunkte. Wegen der Kürze meiner Redezeit kann ich unmöglich alle herausstellen und würdigen. Ich will mich im folgenden auf Schwerpunkte konzentrieren.

(Unruhe. — Glocke der Präsidentin.)

Die Verhinderung und Auseinandersetzung mit den Folgen der Gewalt gegen Frauen und Kinder ist ein zentraler Bereich. Die Mittel für die Frauenhäuser werden nahezu verdoppelt. Damit werden langjährige Forderungen der Frauenhäuser erfüllt. Es ist beabsichtigt, mit den Mitteln eine zusätzliche dritte Stelle mit 50 % zu bezuschussen oder ersatzweise Sachkosten und Honorare in einer vergleichbaren Höhe zu übernehmen.

Ein weiterer Punkt: In der alten BRD existieren derzeit 15 Kinderschutzzentren und fünf Mädchenhäuser. Niedersachsen war aber in dieser Hinsicht bisher ein weißer Fleck auf der Landkarte. Das wird endlich geändert werden.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Schon 1991 stehen Mittel für ein erstes Kinderschutzzentrum zur Verfügung. Ziel ist es, in den nächsten Jahren in jedem Regierungsbezirk eine solche Einrichtung aufzubauen. Meine Damen und Herren von der CDU, es ist doch scheinheilig, wenn Sie schon für dieses Jahr ein weiteres Kinderschutzzentrum fordern. Es ist doch auch eine konzeptionelle Anlaufzeit notwendig. Noch nicht einmal diese konzeptionelle Arbeit haben Sie geleistet.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.  
— Puls [Grüne]: Genauso ist es!)

Aufgebaut werden soll darüber hinaus ein erstes Mädchenhaus in Niedersachsen. Hier finden Mädchen Zuflucht, die zum Beispiel aufgrund von Gewalterfahrungen im Elternhaus von daheim weglaufen. Vor dem Hintergrund, daß zur Zeit Mädchen mangels anderer Möglichkeiten in der Psychiatrie oder in Altersheimen untergebracht werden, ist eine solche Einrichtung längst überfällig.

(Böhlke [CDU]: Und die Jungs?)

Hier muß und wird endlich gehandelt werden.

Gleichzeitig erhöhen wir die Zuschüsse für Beratungsstellen. Sie werden verdreifacht.

(Böhlke [CDU]: Wo bleiben die Jungs?)

Meine Damen und Herren, wesentlicher Schwerpunkt für rot-grüne Frauenpolitik sind Maßnahmen zur Integration von Frauen und Mädchen ins Erwerbsleben. Die Verwirklichung im Beruf und ein eigenes Einkommen eröffnen Frauen eine andere Lebensperspektive und sind Voraussetzung dafür, daß es zu einer wirklichen Gleichberechtigung von Männern und Frauen kommt. Die Förderung umfaßt strukturpolitische Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungs- und Beschäftigungssituation von Mädchen und Frauen insbesondere in den Bereichen Berufsorientierung, Wiedereingliederung in den Beruf und Qualifizierung berufstätiger Frauen.

(Zustimmung von Puls [Grüne] und bei der SPD.)

Ziel sind auch hier aufeinander bezogene Maßnahmen, ein regelrechtes Netz von Angeboten und Forschungsmaßnahmen. Eine Untersuchung über solch ein Gesamtkonzept für die Integration von Frauen und Mädchen ins Erwerbsleben wurde bereits in Auftrag gegeben und wird hoffentlich wirkungsvolle Wege aufzeigen.

Besonderes Anliegen der Fraktion der Grünen war und ist die Förderung von Frauengruppen, Selbsthilfegruppen und Projekten. Schon jetzt liegen dem Frauenministerium zig Anträge aus unterschiedlichen Bereichen vor, zum Beispiel von Arbeitsloseninitiativen, Mädchenarbeitsinitiativen, Frauenbildungsstätten, Ausländerinnengruppen, Initiativen aus dem Kulturbereich und aus der Gesundheitsförderung. Diese Projekte sind durch ihre unbürokratische und zum Teil unkonventionelle Arbeit eine überaus wichtige und unentbehrliche Ergänzung zu den traditionellen Hilfs- und Beratungseinrichtungen.

Immer wieder waren und sind es Frauenprojekte, die Problemfelder sensibel aufgreifen. Sie arbeiten in Bereichen, an die sich traditionelle Einrichtungen nicht in gleicher Weise herantrauen oder bei denen diese Einrichtungen zu schwerfällig sind, als daß sie schnell genug reagieren könnten. Die wichtige und gesellschaftlich notwendige Arbeit der Frauenprojekte findet in diesem Haushaltsplan endlich ihre Anerkennung.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Meine Damen und Herren! Hier in Niedersachsen ist die Frauenpolitik in den letzten Jahren regelrecht verpennt worden.

(Puls [Grüne]: Genau! — Widerspruch bei der CDU.)

Sie wurde als Randproblem gesehen. Rot-Grün hat mit dem Aufbau des Frauenministeriums eine große Anstrengung unternommen.

(Frau Pawelski [CDU]: Kein einziger Posten im Haushalt ist neu! Es sind alles Übertragungen aus dem letzten Jahr!)

Mit diesem Haushalt haben wir die Basis für eine richtungsweisende Frauenpolitik in Niedersachsen geschaffen.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

#### Vizepräsidentin Goede:

Danke schön. — Frau Ministerin Schoppe, Sie haben als nächste das Wort.

#### Schoppe, Frauenministerin:

Meine Damen und Herren! Wir können uns gegenseitig loben, wieviel schon alle für die Frauen getan haben und wie gut die Frauenpolitik der einzelnen Parteien war. Tatsache ist: Der Auftrag des Grundgesetzes, die Gleichberechtigung durchzusetzen, ist nicht erfüllt. Deshalb hat Niedersachsen die einzig richtige Konsequenz gezogen: Niedersachsen hat ein Frauenministerium eingerichtet.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Es gibt bei den Frauenministerien sone und solche. Hinsichtlich der Frauenministerien, die es in Bonn gibt, würde ich den Mund nicht so voll nehmen.

(Präsident Milde übernimmt den Vorsitz.)

Es hat dort nicht nur eine merkwürdige Zellteilung gegeben. Das Frauenministerium in Bonn war immer ohne Kompetenzen. Es hat nie die Federführung bei der Gesetzgebung gehabt.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.  
— Hildebrandt [FDP]: Haben Sie die denn?)

Das Niedersächsische Frauenministerium ist das erste Ministerium für Frauen, das die Federführung bei Gesetzen hat. Das ist das Neue. Deshalb stehen wir in der Bewegung ganz vorn.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Ich möchte ein Wort zum Erziehungsgeld sagen. Ich will mit Ihnen, meine Damen und Herren, gern über ein Erziehungsgeld diskutieren. Aber vorher sind einige Fragen zu klären. Ich möchte die Frage geklärt haben, ob ein Erziehungsgeld, das ich für notwendig und richtig halte, im dritten Jahr tatsächlich vom Land gezahlt werden muß oder ob es angesichts der Kosten der Vereinigung, die jetzt auch die Länder zu tragen haben, nicht vom Bund gezahlt werden muß.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.  
— Frau Schliepack [CDU]: Lassen Sie sich im Kabinett nicht so einlullen wie Herr Hiller! Seien Sie doch Frau genug! — Weitere Zurufe von der CDU.)

Wenn Ihnen die Situation der Familien so am Herzen liegt, möchte ich mit Ihnen auch über die Frage diskutieren, ob das Kindergeld nicht viel zu niedrig ist und ob nicht für jedes Kind ein Kindergeld von 200 DM gezahlt werden sollte.

(Zustimmung bei den Grünen und bei der SPD.)

Ich möchte mit Ihnen auch darüber diskutieren, ob es richtig ist, daß der Bund zwar zusammen mit den Ländern den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz begründen will, sich dann aber aus der Finanzierung heraushalten will, oder ob man nicht die Länder durch einen anderen Bund-Länder-Ausgleich so unterstützen müßte, daß sie den Rechtsanspruch tatsächlich einlösen können. Über diese Fragen will ich im Zusammenhang mit dem Erziehungsgeld gern mit Ihnen diskutieren.

Die Niedersächsische Landesregierung hat im ersten Haushaltsplan im Bereich der Frauenpolitik eindeutige Schwerpunkte gesetzt. Sie sind sehr deutlich. Sie sind das Resultat der Situation der Frauen, die sich kaum verändert hat. Die Frauen haben es nach wie vor schwer, in einen qualifizierten Beruf zu kommen. Die Frauen sind diejenigen, die für die Kindererziehung zuständig sind. Sie haben es sehr schwer, nach der sogenannten Familienphase wieder in den Beruf einzukommen.

Frau Schoppe

Deswegen haben wir ein Programm mit einem Volumen von 2 Millionen DM allein bei uns im Frauenhaushalt aufgelegt, um es den Frauen durch besondere Programme — etwa durch Teilzeitangebote zur Wiedereingliederung von Frauen — zu ermöglichen, endlich die Berufstätigkeit auszuüben, die sie sich wünschen, finanziell unabhängig zu sein, eigenes Geld in der Hand zu haben und ihre Fähigkeiten, die ich bei den Frauen sehr hoch einschätze — viel höher als bei manchen Männern —, im Beruf richtig entfalten zu können.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Das ist ein eindeutiger Schwerpunkt bei uns im Haushalt. Das ist ein notwendiger und richtiger Schwerpunkt. Dieser Schwerpunkt wird durch unser wunderbares Kindergartenprogramm flankiert. Denn wenn wir nicht die Zahl der Kinderbetreuungsplätze ausbauen würden, dann würde es einer Frau überhaupt nichts nützen, wenn sie toll qualifiziert ist und möglicherweise ein attraktives Beschäftigungsangebot hat.

(Böhlke [CDU]: Dann sind Sie ja für unser Kindergartengesetz!)

Wenn man ihr die Betreuung des Kindes nicht zum Teil abnimmt, dann sitzt sie zu Hause fest. So ist die Situation. Die können Sie sich schlecht vorstellen, meine Herren. Sie sind ja meistens aushäusig. Nestflüchter, sage ich immer.

Einen zweiten Schwerpunkt haben wir bei der Gewalt gegen Frauen und Kinder gesetzt. Als ich mir die bisherigen Diskussionsbeiträge angehört habe, habe ich gemerkt, daß auf diesem Gebiet ein großes Defizit vorhanden ist. Nicht nur im Hinblick auf den Ausbau von Maßnahmen, sondern auch im Hinblick auf die Notwendigkeit, darüber informiert zu sein. Ich habe mich über Ihre Ausführungen zu den Mädchenhäusern und über Ihre Ängste dahingehend, daß wir die armen Jungs allein lassen könnten, gewundert. Wir haben doch den Kinder- und Jugendschutz. Das ist doch bekannt. Wenn Sie die Konzepte inhaltlich kennen würden, dann würden Sie nicht immer danach fragen, wo denn die armen Jungs bleiben. Das Mädchenhaus wendet sich an ältere Mädchen, die — um es einmal deutlich zu sagen — die Nase voll davon haben, von Männern umgeben zu sein, weil sie durch diese sexuelle Gewalt erfahren haben und jetzt nur einmal unter sich sein wollen. Das ist das Angebot für Mädchen. Ein Kinderschutzzentrum wendet sich an Kinder. Das sind — wie man weiß — Jungen und Mädchen vom niedrigsten Alter an. Sie wenden sich auch an die Familien, um mit Ihnen gemein-

sam über Formen von Gewalt zu reden und um dahin zu kommen, daß diese Formen von Gewalt zu Hause nicht mehr auftreten. Diesbezüglich sind Ihre Ängste überhaupt nicht berechtigt.

Ich möchte jetzt noch einen anderen Punkt ansprechen. Wenn Sie sagen, daß Sie in der Frauenpolitik so gut gewesen seien, dann muß ich Ihnen entgegenhalten, daß es nicht so gut gewesen sein kann. Wir haben einen Topf mit 1,5 Millionen DM für die Finanzierung von Frauenprojekten eingerichtet. Schon jetzt haben wir aber mehr als 120 Anträge vorliegen. Wir haben deshalb so viele Anträge bekommen, weil die Antragstellerinnen von der alten Landesregierung abgewiesen worden sind und jahrelang darauf gewartet haben, gefördert zu werden.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Sie haben einfach nicht gesehen, daß es notwendig und wichtig ist, auch durch kleinste Anschubfinanzierungen diese Frauenprojekte auf die Füße zu stellen.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Wenn man nur einmal diese drei Punkte, die ich gerade vorgestellt habe, nimmt, dann kann man sagen: Man kann auf das Frauenministerium nicht verzichten. Ihre Politik mag in Ansätzen zwar gut gewesen sein; ausreichend war sie aber nicht.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

**Präsident Milde:**

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

(Kuhlmann [CDU]: Sagen Sie es nicht so vorwurfsvoll!)

— Nein? In Ordnung. Ich möchte nur vorbeugen, damit nachher nicht jemand sagt, er habe sich gemeldet, und wir wissen es nicht. Also keine weiteren Wortmeldungen.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu den Abstimmungen in zweiter Beratung. Das ist der Punkt. Deshalb meine Vorbemerkung. — Abgestimmt wird nur über die zu den Einzelplänen und zum Haushaltsgesetzentwurf vorliegenden Beschlußempfehlungen des Ausschusses.

(Zuruf: Bundes- und Europaangelegenheiten!)

— Meine Damen und Herren, ich habe aber aufgerufen.

(Kuhlmann [CDU]: Konsequenz bleiben, Herr Präsident!)



— Bin ich. Ich habe hier noch eine Wortmeldung zu dem Block Bundes- und Europapolitik.

(Kuhlmann [CDU]: Die hat der grüne Kollege erst hinterher abgegeben!)

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Abstimmung. Abgestimmt wird nur über die zu den Einzelplänen und zum Haushaltsgesetzentwurf vorliegenden Beschlußempfehlungen des Ausschusses und über Änderungsanträge. Ich lasse über die Beschlußempfehlung und über jeden Änderungsantrag zu jedem Einzelplan sowie zum Haushaltsgesetzentwurf insgesamt abstimmen. Dabei lasse ich jeweils zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 1066 und im Anschluß daran über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 1076 sowie anschließend über die Beschlußempfehlungen des Ausschusses abstimmen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Einzelplan 01 — Niedersächsischer Landtag —. Wir stimmen ab über die Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 1001. Wer dieser Beschlußempfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. — Die Gegenprobe!

(Die Abgeordneten der SPD und der Grünen heben die Hand. — Jahn [CDU]: Die lehnen den Landtag ab! — Stürmische Heiterkeit bei der CDU und bei der FDP. — Zurufe von der CDU und von der FDP. — Gansäuer [CDU]: Das war ganz eindeutig! Zukünftig gibt es keine Diäten mehr!)

— Meine Damen und Herren! Ich kann Ihre Freude ja verstehen. Ich meine aber, daß die Abstimmung über den Landeshaushalt eine ernste Sache ist, und weise daher auf die entsprechenden Bestimmungen der Geschäftsordnung hin, die es zulassen, daß die Abstimmung bei einem Irrtum durchaus wiederholt werden kann.

Ich lasse jetzt also noch einmal über die Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 1001 abstimmen. Es handelt sich dabei um den Einzelplan 01 — Niedersächsischer Landtag —. Wer dieser Beschlußempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Die Beschlußempfehlung des Ausschusses ist damit einstimmig angenommen. So hatte ich mir das auch vorgestellt.

(Heiterkeit. — Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

— Meine Damen und Herren, es wäre gut, wenn es jetzt ein bißchen ruhiger wäre. Ich mache auch

Gebrauch von der Geschäftsordnung und weise diejenigen aus dem Saal, die jetzt noch stören sollten.

Wir kommen nun zum Einzelplan 02 — Niedersächsische Staatskanzlei —. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 1066 abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Das letzte war die Mehrheit.

Wir stimmen nun über die Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 1002 ab. Wer dieser Beschlußempfehlung des Ausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Die Beschlußempfehlung des Ausschusses ist angenommen.

Wir kommen nun zum Einzelplan 03 — Niedersächsisches Innenministerium —. Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 1066 ab. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Enthaltungen? — Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 1076 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Enthaltungen? — Bei wenigen Stimmenthaltungen ist der Antrag abgelehnt.

Wir stimmen nun über die Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 1003 ab. Wer der Beschlußempfehlung des Ausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Die Ausschlußempfehlung ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen nun zum Einzelplan 04 — Niedersächsisches Finanzministerium —. Wer dem dazu vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 1066 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Enthaltungen? — Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Wir kommen nun zum Einzelplan 05 — Niedersächsisches Sozialministerium —. Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 1066, und zwar über die Nrn. 2 und 4, ab. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der FDP zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Enthaltungen? — Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 1076 zustimmen möchte, den

Präsident

bitte ich um das Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Wir kommen nun zur Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 1004. Wer der Beschlußempfehlung des Ausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Die Ausschlußempfehlung ist angenommen.

Wir kommen jetzt zum Einzelplan 06 — Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur —. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 1066, und zwar über die Nrn. 2 und 3, abstimmen. Wer stimmt zu? — Wer ist dagegen? — Wer enthält sich? — Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 1076. Wer stimmt zu? — Wer ist dagegen? — Stimmenthaltungen? — Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zur Ausschlußempfehlung in der Drucksache 1005. Wer gibt ihr die Zustimmung? — Die Gegenprobe! — Die Ausschlußempfehlung ist mit Mehrheit angenommen.

Einzelplan 07 — Niedersächsisches Kultusministerium —. Dazu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 1066 vor. Wer stimmt zu? — Wer ist dagegen? — Stimmenthaltungen? — Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 1076. Wer gibt ihm die Zustimmung? — Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zur Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 1006. Wer gibt dafür die Zustimmung? — Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Die Beschlußempfehlung des Ausschusses ist mit Mehrheit angenommen.

Einzelplan 08 — Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr —. Wir kommen zunächst zu dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 1066. Wer stimmt zu? — Wer stimmt dagegen? — Stimmenthaltungen? — Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 1076. Wer gibt ihm die Zustimmung? — Wer stimmt dagegen? — Stimmenthaltungen? — Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zur Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 1007. Wer stimmt der Ausschlußempfehlung zu? — Wer ist dagegen? — Die Ausschlußempfehlung ist mit Mehrheit angenommen.

Einzelplan 09 — Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten — Ernährung und Landwirtschaft —. Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 1066. Wer gibt ihm die Zustimmung? — Wer ist dagegen? — Stimmenthaltungen? — Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Es liegt nun der Änderungsantrag der CDU in der Drucksache 1076 vor. Wer stimmt zu? — Wer ist dagegen? — Stimmenthaltungen? — Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen dann zur Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 1008. Wer stimmt zu? — Wer ist dagegen? — Stimmenthaltungen? — Keine. Der Beschlußempfehlung des Ausschusses ist gefolgt.

Einzelplan 10 — Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten — Landesforstverwaltung —. Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 1066 ab. Wer stimmt zu? — Wer ist dagegen? — Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zur Beschlußempfehlung des Ausschusses. Wer stimmt zu? — Wer ist dagegen? — Stimmenthaltungen? — Keine. Die Beschlußempfehlung ist mit Mehrheit angenommen.

Einzelplan 11 — Niedersächsisches Justizministerium —. Wer stimmt dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 1066 zu? — Wer ist dagegen? — Stimmenthaltungen? — Eine Stimmenthaltung. Der Änderungsantrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zur Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 1010. Wer stimmt zu? — Wer ist dagegen? — Stimmenthaltungen? — Keine. Die Beschlußempfehlung des Ausschusses ist mit Mehrheit angenommen.

Einzelplan 12 — Niedersächsisches Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten —. Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 1076 ab. Wer stimmt zu? — Wer ist dagegen? — Stimmenthaltungen? — Der Antrag ist bei wenigen Stimmenthaltungen mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen nun zur Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 1011. Wer stimmt

der Ausschußempfehlung zu? — Wer ist dagegen? — Stimmenthaltungen? — Keine. Die Beschlußempfehlung des Ausschusses ist mehrheitlich beschlossen.

Einzelplan 13 — Allgemeine Finanzverwaltung — Es liegt vor der Änderungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 1066. Wer stimmt zu? — Wer ist dagegen? — Stimmenthaltungen? — Bei einigen Stimmenthaltungen ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zum Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 1076. Wer stimmt zu? — Enthaltungen? — Gegenstimmen? — Der Antrag ist bei einigen Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 1012. Wer stimmt zu? — Wer ist dagegen? — Keine Stimmenthaltungen! Die Beschlußempfehlung ist mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zum Einzelplan 14 — Niedersächsischer Landesrechnungshof —. Hierzu liegt nur die Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 1013 vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer stimmt zu? — Das ist einstimmig der Fall gewesen.

Einzelplan 15 — Niedersächsisches Umweltministerium —. Hierzu liegt vor der Änderungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 1066. Wer stimmt zu? — Wer ist dagegen? — Stimmenthaltungen? — Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zum Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 1076. Wer stimmt zu? — Wer ist dagegen? — Stimmenthaltungen? — Der Antrag ist mehrheitlich bei wenigen Stimmenthaltungen abgelehnt.

Wir kommen zur Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 1014. Wer ist dafür? — Wer ist dagegen? — Keine Stimmenthaltungen! Die Beschlußempfehlung des Ausschusses ist mit Mehrheit angenommen.

Einzelplan 16 — Niedersächsisches Frauenministerium —. Wir stimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 1066 ab. Wer stimmt zu? — Wer stimmt dagegen? — Wer enthält sich? — Bei einigen Enthaltungen ist der Änderungsantrag der Fraktion der FDP mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zum Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 1076. Wer stimmt zu? — Wer stimmt dagegen? — Wer enthält

sich? — Bei einigen Enthaltungen ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU abgelehnt.

Wir kommen zur Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 1015. Wer stimmt zu? — Wer stimmt dagegen? — Der Beschlußempfehlung des Ausschusses ist mehrheitlich entsprochen.

Einzelplan 20 — Hochbauten —. Hierzu liegt nur die Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 1016 vor. Wir stimmen darüber ab. Wer stimmt zu? — Wer ist dagegen? — Die Beschlußempfehlung des Ausschusses ist mehrheitlich angenommen.

Wir kommen jetzt zum Haushaltsgesetzentwurf. Dazu empfiehlt der Ausschuß für Haushalt und Finanzen, den Gesetzentwurf in der Drucksache 515 mit den in der Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 1000 vorgeschlagenen Änderungen anzunehmen.

Zu § 1 sowie zur Ersten Anlage weise ich besonders auf die Bemerkung in der Beschlußempfehlung in der Drucksache 1000 hin.

Außerdem liegen die Änderungsanträge der Fraktion der FDP in der Drucksache 1066 Nr. 1 und der Fraktion der CDU in der Drucksache 1076 Nr. 1 vor.

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 1066 Nr. 1 zu § 3 ab. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. — Wer ist dagegen? — Keine Enthaltungen! Der Änderungsantrag der Fraktion der FDP ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen dann über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 1076 Nr. 1 zu § 3 ab. Wer stimmt diesem Antrag zu? — Wer stimmt dagegen? — Der Änderungsantrag der Fraktion der CDU ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen jetzt über die in der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zum Haushaltsgesetz in der Drucksache 1000 vorgeschlagenen Änderungen insgesamt ab.

Wer dieser Beschlußempfehlung die Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Gegenprobe! — Die Beschlußempfehlung ist mit Mehrheit angenommen worden.

Ich rufe nun zur Abstimmung in der zweiten Beratung über den gesamten Haushaltsgesetzentwurf auf. Über den § 1 sowie über die Erste Anlage wird dabei mit dem von mir erwähnten Vorbe-

Präsident

halt abgestimmt. Das neu errechnete Zahlenwerk wird zur Schlußabstimmung in den Gesetzestext eingefügt.

Wer dem Haushaltsgesetzentwurf — Drucksache 515 — mit den zum Gesetz und zu den Einzelplänen beschlossenen Änderungen insgesamt zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. — Die Gegenprobe!

(Zuruf von der SPD: Die ist, glaube ich, nicht nötig!)

Der Haushaltsgesetzentwurf ist in zweiter Beratung mit Mehrheit angenommen worden.

Wir kommen nun zur dritten Beratung.

(Hildebrandt [FDP] meldet sich zu Wort.)

— Ja, ich habe es gesehen, aber ich darf noch aussprechen, Herr Kollege Hildebrandt! — Zunächst eine Bemerkung: Nach § 33 der Geschäftsordnung kann in diesem Fall die dritte Beratung unmittelbar nach Schluß der zweiten Beratung stattfinden.

Dritte Beratung: Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 1991 (Haushaltsgesetz 1991 — HG 1991 —) — Gesetzentwurf des Landesministeriums — Drs 12/515 — Beschlußempfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen — Drs 12/1000 bis 12/1016 — Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der Grünen — Drs 12/1073 — Änderungsantrag der Fraktion der CDU — Drs 12/1077 — Änderungsantrag der Fraktion der FDP — Drs 12/1079 — Übersicht über Beschlußempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben — Drs 12/949 — Fassung der Dritten Beratung — Drs 12/1080

Wird das Wort gewünscht? — Das Wort hat der Kollege Hildebrandt.

Hildebrandt (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben eben in der zweiten Beratung mit der Mehrheit der Koalition einen Antrag verabschiedet, der nur Makulatur ist. Wir haben jetzt formal die Mitteilung des Präsidenten bekommen, daß ein Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen vorliegt. Zu Beginn dieser Sitzungsperiode hatten wir beantragt, diese dritte Lesung von der zweiten zu trennen, um in vier Wochen eine vernünftige Beratung in dritter Lesung und der entsprechenden Änderungsanträge, einschließlich möglicher Änderungsanträge der Oppositionsfraktionen, durchführen zu können. Das haben Sie abgelehnt. Sie haben auch abge-

lehnt, daß wir Ihren Änderungsantrag in den Fraktionen vernünftig beraten können und daß der Haushaltsausschuß — ebenfalls eine normale parlamentarische Vorgehensweise — über den Änderungsantrag beraten kann.

Ich beantrage daher für meine Fraktion, daß wir die Sitzung für zwei Stunden unterbrechen,

(Zuruf von der SPD: Hören Sie doch auf!  
— Weiterer Zuruf von der SPD: Das gibt es doch nicht!)

um so eine vernünftige Beratung, soweit sie im Rahmen dieses Zeitraumes möglich ist, für die Fraktionen und für den Haushaltsausschuß sicherzustellen.

Ich erkläre gleichzeitig, Herr Kollege Waike, daß wir mit dieser Vorgehensweise die Geschäftsordnung dann auch so interpretieren werden, daß wir einer dritten Lesung nichts in den Weg stellen werden. Wir gehen davon aus, daß wir im Anschluß an die zweistündige Unterbrechung zu einer abschließenden Beratung kommen werden.

Ich würde mich freuen, wenn die Mehrheit dieses Hauses der Opposition diese Beratungsmöglichkeit einräumen würde und damit auch der Haushaltsausschuß zu seinem Recht käme. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Präsident Milde:

Herr Kollege Waike, Sie haben das Wort.

Waike (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mir liegt zunächst einmal daran festzustellen, daß das, was hier abläuft, ein ganz normales und seit Jahren geübtes Verfahren ist und nichts Ungeöhnliches darstellt.

Ich werde im übrigen nicht wiederholen, was wir vorgestern in diesem Zusammenhang in diesem Hause diskutiert haben. Es macht aus unserer Sicht nun wirklich keinen Sinn mehr, über Änderungsanträge, die im Zusammenhang mit dem Haushaltsplanentwurf bereits gestern und heute — im übrigen in allen Diskussionsbeiträgen — erörtert worden sind, nun noch einmal im Haushaltsausschuß beraten zu lassen.

(Beifall bei der SPD.)

Herr Hildebrandt, wenn Sie sagen, die Zeit habe in Ihrer Fraktion nicht ausgereicht, wollen wir uns wirklich nicht stur anstellen und erklären deshalb, daß wir mit einer Unterbrechung für Frak-

tionsberatungen, allerdings nur für die Dauer einer Stunde, einverstanden sind. Haushaltsausschußberatungen machen zu dieser Stunde, nach Eintritt in die dritte Beratung, wirklich keinen Sinn mehr.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

**Präsident Milde:**

Herr Kollege Gansäuer, Sie haben das Wort.

**Gansäuer (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vorgestern hat die Kollegin Dückert von dieser Stelle aus gesagt — ich glaube, ich habe es noch richtig in Erinnerung —, daß die Mehrheit dieses Hauses selbstverständlich bereit sei, den Oppositionsfraktionen entsprechende Zeit zur Verfügung zu stellen, um die Fraktionsberatungen über die neuen Vorstellungen der SPD und der Grünen sowie der Landesregierung führen zu können. Wir möchten jetzt davon Gebrauch machen; der Kollege Hildebrandt hat diesen Antrag gestellt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sprachen von einer Stunde. Ich muß Ihnen ganz offen gestehen, daß dies nun wirklich mehr als makaber ist; denn Sie selber, Herr Waike, haben am Mittwoch — —

(Zurufe von der SPD.)

— Ich habe Zeit, so ist es nicht.

(Zuruf von der SPD: Wir auch!)

— Das ist ja schön. Wenn Sie auch Zeit haben, dann stimmen Sie doch den zwei Stunden zu. Dann ist es doch gar kein Problem.

(Beifall bei der CDU.)

Ich möchte Sie nur daran erinnern, Herr Waike, daß Sie von dieser Stelle aus gesagt haben — ich glaube, daß ich auch das noch richtig in Erinnerung habe; mindestens ist es allgemein bekannt —, daß Ihre Fraktion am Dienstag von 15 Uhr bis 17.30 Uhr über diesen Antrag beraten habe. Das heißt, Sie haben zweieinhalb Stunden über diesen Antrag beraten, wenn ich es nicht falsch wiedergebe. Nun geben Sie uns doch wenigstens zwei Stunden, damit wir in der Fraktion ebenso wie Sie auch darüber beraten können. Das ist doch nicht mehr als fair.

(Widerspruch von der SPD.)

— Ich höre diesen Protest. Ich kann aber nur sagen: Wenn Sie das ablehnen, dann ist das einmal mehr ein Beweis dafür, wie Sie mit diesem Par-

lament umgehen. Ein weiterer Beweis dafür findet sich im übrigen auf der Regierungsbank wieder; denn drei Minister fehlen bei der wichtigsten Abstimmung, die ein Landesparlament in einem Jahr vornimmt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Das ist auch ein ziemlich deutliches Zeichen dafür, was Sie von diesem Parlament halten. Von Frau Griefahn sind wir das gewohnt. Wir hatten eigentlich gehofft, daß das bei Herrn Hiller und bei Herrn Fischer noch anders ist.

(Lebhafte Zurufe von der SPD. — Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

— Regen Sie sich doch nicht so auf! Bleiben Sie doch ruhig!

(Zurufe von Auditor [SPD].)

— Herr Auditor, um Sie habe ich wirklich ernsthafte Sorgen.

(Beifall bei der CDU.)

Wenn Herr Hiller sich nicht auf seinen Platz setzt, kann ich ihn auch nicht sehen.

(Zuruf von der CDU: Er ist im Stehen auch nicht größer als andere im Sitzen!)

Wenn er da gesessen hätte, hätte ich ihn nicht erwähnt; das ist doch ganz einfach.

(Zurufe von der SPD. — Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

— Provozieren Sie mich nicht; sonst müßte ich Ihnen jetzt sagen, daß er eh reichlich unscheinbar ist.

(Beifall bei der CDU. — Pfui!-Rufe von der SPD.)

— Darf ich ausreden, oder nicht?

(Bruns [SPD]: Ein echter Gansäuer!)

— Herr Bruns, regen Sie sich nicht so auf! Was Sie früher über die Minister der CDU und der FDP abgelassen haben, können Sie in den Protokollen nachlesen. Notfalls sage ich Ihnen das auch noch einmal.

(Beifall bei der CDU.)

Sie haben für sich selbst, obwohl Sie die Vorarbeit der Regierung in Anspruch genommen haben, was wir gar nicht kritisieren, eine fast dreistündige Fraktionsberatung gehabt. Wir haben die Vorarbeit der Regierung nicht, und ich bitte Sie herzlich, daß wir jetzt zwei Stunden Zeit bekommen, um diesen Antrag beraten zu können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Präsident

**Präsident Milde:**

Herr Kollege Kempmann, Sie haben das Wort.

**Kempmann (Grüne):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Gansäuer, Herr Kollege Hildebrandt, es ist richtig, was der Kollege Waike gesagt hat. Daß es Änderungsanträge, zusätzliche Anträge zur dritten Beratung gibt, ist ein ganz normaler, überhaupt kein neuer Vorgang. Wir hatten Ihnen zu Beginn dieser Landtagssitzung am Mittwoch angeboten, eine Haushaltsausschußsitzung zu machen. Herr Gansäuer, Sie haben aus dem Gedächtnis zitiert, was Frau Dückert gesagt hat. Nun will ich Ihnen aber einmal vorlesen, was sie wirklich gesagt hat, damit Sie sich daran erinnern. Ihr Gedächtnis reicht hier nicht so weit. Sie sagte:

„Ich möchte nur von diesem Platz aus Frau Lenke etwas fragen. Wir bieten Ihnen eine Haushaltsausschußberatung an. Warum lehnen Sie dieses Angebot seit gestern abend ab? Wir können die Beratungen im Haushaltsausschuß heute oder auch morgen machen. Möchten Sie das, ja oder nein?“

So im Protokoll zu lesen. Ich erinnere mich, Sie wollten es am Mittwoch nicht, Sie wollten es am Donnerstag nicht.

Jetzt geht es weiter. Unmittelbar darauf meldete sich der Kollege Hildebrandt zu Wort. Ich will auch vortragen, was der Kollege Hildebrandt gesagt hat:

„Meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Dückert, Sie haben das Angebot gemacht, daß noch eine Haushaltsberatung im Ausschuß erfolgen sollte. Wir würden dieses Angebot gerne annehmen, setzen dann aber voraus, daß zuvor die Fraktionen ausreichend Zeit haben, um über die vorgelegten Anträge zu beraten und zu entscheiden.“

Ich frage mich: Warum haben Sie eigentlich am Mittwoch keine Fraktionssitzung gemacht und beraten? Warum haben Sie eigentlich am Donnerstag keine Fraktionssitzung gemacht und beraten?

(Zurufe von der FDP und der CDU: Wann denn? — Kuhlmann [CDU]: Wir hatten Plenum!)

Ihnen geht es ausweislich des Protokolls und Ihres Verfahrens überhaupt nicht darum, zu einer vernünftigen Beratung in Ihrer Fraktion zu kommen.

(Zurufe von der CDU: Nur!)

Überhaupt nicht! Sie wollen Theater!

(Lebhafter Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Denoch werden wir einer Unterbrechung der Sitzung für eine Stunde zustimmen.

(Kuhlmann [CDU]: Was soll denn diese Feilscherei?)

Meine Fraktion tut dies allerdings nach dem Auftritt Herrn Gansäuers nur mit ganz schwerem Herzen. Eigentlich gibt es keine Notwendigkeit dafür.

(Lebhafter Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

**Präsident Milde:**

Herr Kollege Hildebrandt, Sie haben das Wort.

**Hildebrandt (FDP):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Kempmann, Sie wissen ganz genau, daß ich nicht bereit war, neben dem Plenum Sitzungen des Haushaltsausschusses zuzulassen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU. — Frau Hammelstein [SPD]: Vorher! — Weitere Zurufe von der SPD.)

Ich war auch nicht bereit, neben dem Plenum Fraktionsberatungen zuzulassen.

(Erneute Zurufe von der SPD. — Zurufe von der CDU: Ruhe! — Glocke des Präsidenten.)

Erst jetzt, Herr Kempmann, liegt formal der Antrag der Koalitionsfraktionen zur Dritten Beratung vor.

(Unruhe bei der SPD und bei den Grünen.)

Bis zu diesem Zeitpunkt haben wir in zweiter Beratung, ohne daß dieser Änderungsantrag vorlag, diskutiert.

In diesem Zusammenhang darf ich Sie, Herr Kempmann, auch einmal an Ihre Worte erinnern. Sie haben hier — das können Sie auch noch einmal im Protokoll nachlesen — wörtlich gesagt, Sie seien zu jeder Tages- und Nachtzeit bereit, uns ausreichend Zeit zu geben, damit wir beraten können.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU. — Kempmann [Grüne]: Zu jeder vernünftigen!)

Es ist nun wirklich eine Steigerung von Arroganz, wenn Sie sagen, Sie seien nur bereit, uns eine

Stunde zu geben. Dies muß in Relation zu dem ganzen Verfahren, das hier abgelaufen ist, in Relation zur Beratungszeit, die Sie hatten, gesehen werden. Wir wollen zwei Stunden haben, um in einem geordneten Verfahren — eine Stunde Fraktionssitzung und eine Stunde Sitzung des Haushaltsausschusses — hierüber zu beraten. Da stellen Sie sich hin und sagen: Wir geben Ihnen das nicht. Bestenfalls wären wir schweren Herzens bereit, Ihnen eine Stunde zu geben. Dies ist eine unglaubliche Arroganz!

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Herr Kempmann, meine Herren von der SPD-Fraktion, meine Damen! Dieses Spiel lasse ich mit meiner Fraktion nicht machen. Wir haben als Opposition ein Recht darauf, daß wir ein Mindestmaß an vernünftiger Beratungszeit haben. Dieses Recht wollen wir von Ihnen auch haben und nicht genommen bekommen!

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

**Präsident Milde:**

Das Wort hat der Kollege Waike.

**Waike (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Gansäuer, ich habe es nicht nachgelesen, aber ich vermute auch, daß Sie aus der Erinnerung heraus richtig zitiert haben, was ich gesagt habe. Ich habe in der Tat bestätigt, daß unsere Fraktionssitzung um 15 Uhr begann und um 17.30 Uhr zu Ende war. Das sind zweieinhalb Stunden. Vielleicht können Sie mir aber auch zustimmen, daß es ein Unterschied ist, ob man sich mit einem solchen Antrag das erste Mal zu befassen hat oder ob, wie jetzt gegeben, über diesen Antrag bereits seit zwei Tagen diskutiert worden ist.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Ich will nicht wiederholen, was der Kollege Kempmann hier gesagt hat. Aber ganz unumstritten ist es richtig, daß Sie zwei Tage lang von unserem Angebot überhaupt keinen Gebrauch gemacht haben. Herr Hildebrandt, nachdem Sie sich so aufgeregt haben, will ich eines sagen, weil ich denke, auch die Öffentlichkeit muß dies wissen: Diese Blauäugigkeit sollten Sie uns nicht unterstellen. In Wahrheit geht es Ihnen und auch der CDU-Fraktion überhaupt nicht darum, daß jetzt noch eine Ausschusssitzung stattfindet. Sie wollen vielmehr über den Umweg der Ausschus-

sitzung und dann mit Hilfe der Geschäftsordnung erreichen, daß die Dritte Beratung heute nicht mehr stattfinden kann.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den Grünen. — Unruhe bei der CDU und bei der FDP. — Frau Lenke [FDP]: Das ist eine Unterstellung, Herr Waike!)

Herr Hildebrandt, ich weiß, was Sie sagen wollen. Meine Fraktion und ich haben sehr wohl zur Kenntnis genommen, daß Sie gesagt haben, Sie wollten nicht verhindern, daß die dritte Lesung heute stattfindet. Nur, Herr Hildebrandt, so wohlwollend das auch gemeint sein kann: Wenn wir einmal einen Blick in die Geschäftsordnung und insbesondere in die §§ 33 und 35 werfen, dann bestehen ganz erhebliche Zweifel, ob Sie dies — und zwar verbindlich — für Ihre Fraktion erklären können oder ob nicht jeder einzelne Abgeordnete das Recht hat zu bestreiten, daß durch eine Erklärung Ihrerseits die Geschäftsordnung insofern außer Kraft gesetzt werden kann. Dort setzen unsere Zweifel ein.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Deshalb sagen wir Ihnen noch einmal: Diesen Weg gehen wir nicht mit. Wir wollen, daß der Haushalt heute verabschiedet wird.

(Zuruf von der CDU.)

— Frau Knoblich, ich will das nicht wiederholen. Sie können uns eine gewisse Blauäugigkeit unterstellen. Sie sollten das nur nicht übertreiben. — Wir wollen, daß der Haushalt heute verabschiedet wird, nicht zuletzt auch deshalb, damit den neuen Ländern im Osten geholfen werden kann. Auch sie haben einen Anspruch darauf, daß dieser Haushalt unverzüglich in Kraft tritt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den Grünen. — Lachen bei der CDU.)

**Präsident Milde:**

Meine Damen und Herren, ich will versuchen, einen Vorschlag zur Güte zu machen, bevor wir zwei Stunden diskutieren und damit die Zeit verbrauchen, die Sie für die Beratung benötigten. Vielleicht ist die folgende Abstimmung etwas leichter zu erreichen, wenn es eine dementsprechende Erklärung im Sinne dessen gibt, was der Kollege Waike ausgeführt hat.

Herr Kollege Gansäuer, Sie haben das Wort.

**Gansäuer (CDU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte an dieser Stelle noch einmal sagen, daß

Gansäuer

wir genauso wie die FDP-Fraktion bereit wären, die dritte Lesung anzuschließen, nachdem wir zwei Stunden Zeit gehabt haben, über die neuen Vorstellungen zu beraten, die wir erst seit kurzer Zeit kennen.

Herr Waike, es geht doch auch darum — dieses Recht müssen Sie uns doch zubilligen —, daß wir in der dritten Lesung zu dem Antrag, den Sie einbringen wollen, einen Alternativantrag stellen können. Es geht doch nicht nur darum, daß wir zu Ihrem Antrag ja oder nein sagen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Sie müssen an dieser Stelle den beiden Oppositionsfraktionen doch wenigstens zubilligen, daß sie auf der Basis eines Alternativantrages ihr jeweiliges politisches Profil deutlich machen. Das ist doch das Mindeste, was man von Parlamentskollegen, auch wenn sie ein anderes Parteibuch in der Tasche haben, verlangen kann, verdammt noch einmal.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Damit das einmal ganz klar ist, Herr Kempmann: Ich darf einmal Ihre Ausführungen vom Mittwoch zitieren:

„Es liegt an Ihnen, uns zu sagen, wann der Ausschuß tagen soll.“

— Dann kommt es:

„Wir sind bereit“

— Originalton Herr Kempmann —

„zu jeder vernünftigen Tages- und Nachtzeit“

(Kempmann [Grüne]: Vernünftigen!)

„mit Ihnen im Haushaltsausschuß den von uns vorgelegten Änderungsantrag zu diskutieren.“

Was heißt das eigentlich? — Normal wäre es doch — so haben wir das immer gehalten —, wenn Änderungsanträge — um einen solchen handelt es sich — zunächst einmal von den Fachleuten des Haushaltsausschusses beraten werden. Das heißt, ganz korrekt wäre es gewesen — wenn der Kollege Hildebrandt darauf verzichtet, sollten Sie das anerkennen —, wenn wir gesagt hätten: Fraktionsberatung, anschließend Empfehlung des Haushaltsausschusses, und daran anschließend wird in dritter Lesung im Parlament darüber gesprochen.

(Bruns [SPD]: Dann ist die dritte Lesung weg!)

— Nein! Ich sage noch einmal: Wir wollen das ja nicht! Ich erkläre für meine Fraktion ebenso wie Herr Hildebrandt das für seine Fraktion erklärt hat:

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Wir wollen das nicht. Wir machen das ohne Haushaltsausschuß, aber wir wollen zwei Stunden Zeit haben. Sie müssen sich doch auch einmal folgendes überlegen: Was wir beraten, muß doch noch geschrieben werden, damit das hier als Drucksache vorgelegt werden kann.

Was die Sprüche darüber angeht, wie Sie mit dem Parlament umgehen wollen, kann ich Ihnen nur sagen: Ich bin jetzt 17 Jahre in diesem Haus. Aber arroganter als diese Mehrheit ist noch keine Mehrheit mit dem Parlament umgegangen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

**Präsident Milde:**

Das Wort hat Frau Dr. Dückert.

**Frau Dr. Dückert (Grüne):**

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Herr Gansäuer, wir können zwar nicht verstehen, daß Sie die letzten Tage nicht genutzt haben, in Ihrer Fraktion über diesen wichtigen Punkt zu beraten.

(Gansäuer [CDU]: Wann denn? — Hildebrandt [FDP]: Wir hatten doch Plenarsitzung!)

Wir akzeptieren aber Ihr Anliegen in der Form, wie Sie es eben vorgetragen haben — das sage ich für beide Koalitionsfraktionen —: Zwei Stunden Unterbrechung zum Zwecke einer Fraktionssitzung, und zwar ausschließlich dafür, dann keine Haushaltsausschußsitzung mehr.

(Zustimmung bei den Grünen und bei der SPD.)

**Präsident Milde:**

Das Wort hat der Herr Kollege von Wangenheim.

**Freiherr von Wangenheim (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich über die Erklärung, die wir eben gehört haben, und sehe auf die Uhr. Es ist 17.02 Uhr. Um 19.02 Uhr treffen wir uns hier wieder. Ich hoffe, der Präsident ist einverstanden.

(Heiterkeit.)



**Präsident Milde:**

Meine Damen und Herren, es geht nicht um den Präsidenten, sondern um die jetzt folgende Abstimmung. Ich lasse abstimmen über den Antrag der Fraktion der FDP — so darf ich das formulieren, Herr Kollege Hildebrandt —, die Sitzung für zwei Stunden zu unterbrechen. Das ist der weitergehende Antrag. Deswegen lasse ich zunächst über ihn abstimmen. Wer diesem Antrag, die Sitzung für zwei Stunden zu unterbrechen, zustimmen möchte — — —

(Frau Dr. Dückert [Grüne]: Zum Zwecke einer Fraktionssitzung!)

— Zwei Stunden Sitzungsunterbrechung. Der Zweck spielt gar keine Rolle. Es ist eine Sitzungsunterbrechung beantragt worden. Was in dieser Sitzungsunterbrechung gemacht wird, bestimmen die Fraktionen. Wer dieser Sitzungsunterbrechung — damit es ganz deutlich wird, kann ich auch noch sagen: entsprechend § 74 Abs. 2 der Geschäftsordnung — zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. — Die Gegenprobe!

(Zuruf von der CDU: Da sind aber einige sauer!)

Stimmenthaltungen? — Dem Antrag ist mit Mehrheit entsprochen worden. Wir treffen uns wieder um 19.02 Uhr.

Unterbrechung: 17.02 Uhr.

Wiederbeginn: 19.09 Uhr.

**Präsident Milde:**

Meine Damen und Herren, wir wollen die dritte Beratung des Haushaltsplanentwurfs fortsetzen.

In der Zwischenzeit sind bei mir zwei Änderungsanträge eingegangen, nämlich zum einen der Änderungsantrag der CDU-Fraktion. Dieser Antrag hat die Drucksachenummer 12/1077 erhalten. Zum anderen liegt mir ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP vor. Dieser hat die Drucksachenummer 12/1078 erhalten.

(Zurufe von der SPD: Haben wir nicht!)

— Nach meinem Kenntnisstand ist der Antrag der CDU-Fraktion insgesamt verteilt worden.

(Zurufe von der SPD: Nein!)

— Wenn nicht, dann geschieht das jetzt noch. — Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion ist aus technischen Gründen insgesamt noch nicht verteilt worden.

(Bruns [SPD] begibt sich zum Präsidium.)

— Ich habe das eben vorgetragen, Herr Bruns. Bleiben Sie bitte sitzen. — Ich wiederhole es. Der Änderungsantrag der CDU-Landtagsfraktion hat die Drucksachenummer 12/1077.

(Bruns [SPD]: Den haben wir nicht!)

— Herr Kollege Bruns, das, was Sie da vorliegen haben! Ich sehe das von hier aus.

(Lachen bei der CDU. — Zurufe.)

Zur Klarstellung: Die Drucksachenummer steht natürlich noch nicht auf dem Änderungsantrag. Deswegen habe ich gesagt, daß der Änderungsantrag verteilt worden ist und die entsprechende Drucksachenummer hat. Der Änderungsantrag der Fraktion der FDP hat — das ist gerade berichtigt worden — die Drucksachenummer 12/1079 und nicht, wie ich vorhin gesagt habe, die Nummer 12/1078.

(Zurufe von der SPD: Haben wir nicht! — Unruhe. — Zurufe.)

— Ja, Sie haben den Antrag noch nicht! — Im Interesse des Hauses frage ich jetzt aber, ob wir nicht diesen Antrag, der ja noch begründet wird, in den Fraktionsspitzen zur Kenntnis nehmen und dann darüber abstimmen können. Wenn das nicht der Fall sein sollte, meine Damen und Herren, würde die Sitzung noch länger dauern, da ich sie vermutlich aus technischen Gründen noch einmal unterbrechen müßte.

(Anhaltende Unruhe.)

Meine Damen und Herren! Ich bin kein Angehöriger irgendeiner Gruppe, die mit Zwischenrufen unterbrochen werden muß. Ich wäre wirklich dankbar, wenn der Präsident ausreden könnte. Das liegt doch auch in Ihrem Interesse.

(Beifall bei allen Fraktionen.)

Wenn wir uns, wie soeben von mir angeregt, verständigen könnten, würde ich den Sprechern der Fraktionen zur Begründung dieser beiden Anträge das Wort erteilen. Danach würden wir dann über diese Anträge abstimmen und anschließend noch einmal in die allgemeine Aussprache in dritter Beratung eintreten.

(Gansäuer [CDU]: Abstimmen nach der dritten Beratung?)

— Ja, die Anträge müssen doch begründet werden, und selbstverständlich wird erst danach abgestimmt. Daran schließt sich dann die allgemeine Aussprache mit der Abstimmung an.

(Zuruf von Gansäuer [CDU].)

Präsident

— Meine Damen und Herren, es ist doch ein völlig selbstverständliches Verfahren, daß Anträge — bevor darüber abgestimmt wird — erst begründet werden müssen. Sonst hätte die Begründung ja keinen Sinn. — Ich erteile das Wort

(Zuruf von Gansäuer [CDU]. — Weitere Zurufe.)

— Was wollen Sie denn? Herr Gansäuer, melden Sie sich doch zur Geschäftsordnung!

(Herr Kayser von der Landtagsverwaltung spricht mit dem Präsidenten.)

— Ja natürlich, klar! Das sind aber Selbstverständlichkeiten, über die wir nicht zu reden brauchen. — Zunächst einmal erteile ich das Wort dem Abgeordneten Krapp für die CDU-Fraktion.

(Zuruf von der SPD: Habt ihr den Gansäuer abgesetzt?)

**Krapp (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem die Zählgemeinschaft unsere Anträge zur zweiten Lesung, die die politischen Vorstellungen der CDU in Niedersachsen deutlich machen sollten, abgelehnt hat, wollen wir zur dritten Lesung, nach der Beratung der Fraktion, versuchen, unsere Vorstellungen in einer Kurzfassung darzulegen. Die Drucksache 12/1077 liegt Ihnen vor. Wir haben damit ein vereinfachtes Verfahren gewählt, das die Zählgemeinschaft in diesen Tagen ebenfalls praktiziert hat. In der Kürze der Zeit war dies leider auch nicht anders machbar. Eine ordentliche Haushaltsberatung hätte sicherlich die Möglichkeit eröffnet, mehr ins Detail zu gehen, und wir bedauern, daß das heute nicht mehr der Fall sein konnte.

Ich beziehe mich also auf die Drucksache 12/1077 und trage sie in sieben Punkten vor.

Erstens geht es darum, 536 Millionen DM Bruttoausfall für das Land Niedersachsen im Haushalt unterzubringen. Hierbei ist der kommunale Anteil mit 93,8 Millionen DM festgesetzt worden. Es verbleibt somit ein Betrag von 442,2 Millionen DM. Zu diesem Betrag hat die Zählgemeinschaft 1,7 Millionen DM für die Expo-Umweltverträglichkeitsprüfungen hinzugerechnet. Wir kommen also auf eine Summe von 443,9 Millionen DM. Dies ist die Ausgangsbasis unseres Änderungsantrages. Wir wollen die Begründung bei den 1,7 Millionen DM allerdings nicht so eingeeengt wissen, sondern sagen: Hier ist im Bereich

des ÖPNV, aber insgesamt zur Expo einiges an Drittmitteln, wenn ich das so sagen darf, darzustellen.

Wir haben — das ist zunächst der entscheidende Punkt — die 130 Millionen DM, die die Zählgemeinschaft den Kommunen vorenthalten will, nicht in unseren Änderungsantrag aufgenommen. Wir meinen, daß die Kommunen mit den 93,8 Millionen DM bundesweit dann auch in einem Gleichklang sind

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

und diese 130 Millionen DM ausschließlich willkürlicher Dirigismus für Räte und Kreistage im Lande sind, und dagegen wehren wir uns.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Senff [SPD]: Wer hat dir das aufgeschrieben?)

— Du kennst mich. Ich werde dir das gleich sagen.

Zweitens. Die Mehreinnahmen nach den Steuerschätzungen von 100 Millionen DM wollen wir nicht wie die Zählgemeinschaft der Rücklage zuführen. Wir sind der Auffassung, daß man dann, wenn die Rücklage schon ein Phantom ist, ihr nicht auch noch Geld zuführen sollte. Wir meinen, die 100 Millionen DM müssen dazu dienen, die Nettokreditaufnahme herunterzudrücken.

(Beifall bei der CDU.)

Drittens. Ich fasse das zusammen, was unter 75 Millionen DM für Zinsen, 5 Millionen DM für die Inanspruchnahme aus Bürgschaften und Erstattungen von vorfinanzierten Bundesmitteln ausgedrückt worden ist, insgesamt 125 Millionen DM. Diese Beträge sind auch in unserem Antrag enthalten. Wir sind allerdings darüber erstaunt, daß die Zinsen, die man für 1990 zahlen mußte, bei der Schlußberatung des Haushaltsausschusses am 14. Februar auf Nachfragen von uns nicht dargelegt worden sind.

(Lebhafter Beifall bei der CDU. — Gansäuer [CDU]: Eine Schweinerei ist das!)

Viertens. In unserem Änderungsantrag zur zweiten Beratung hatten wir Personaleinsparungen in Höhe von 50 Millionen DM vorgesehen. Wir haben jetzt 60 Millionen DM vorgeschlagen. Wir sind nämlich folgender Auffassung: Wenn sich die Situation so verändert hat, dann haben wir einen Appell insbesondere an die Landesregierung zu richten, mit Personaleinstellungen vorsichtig umzugehen, so daß durchaus 60 Millionen DM

eingespart werden könnten. Die Personalvermehrung im Lande, insbesondere in den Ministerien, paßt uns nicht.

(Beifall bei der CDU.)

Fünftens. Die Einsparungen bei den Ressorts in den sächlichen Verwaltungsausgaben haben wir mit 100 Millionen DM etwa auf die Höhe von 1990 zurückgebracht. Wer also sparen und das deutlich machen will — „sparen“ kommt von „Geld einbehalten“ und nicht von „Geld ausgeben“ —, muß der Verwaltung deutlich machen, daß sie auch mit den sächlichen Verwaltungsausgaben hauszuhalten hat. Wir meinen, hier sind 100 Millionen DM durchaus vertretbar.

(Beifall bei der CDU.)

Sechstens. Die Gutachteritis, die bei der Regierung eingetreten ist, weil sie sich nicht entscheiden kann, hat im Haushalt einen Umfang von 63,9 Millionen DM angenommen. Wir meinen, daß auf 20,2 Millionen DM durchaus verzichtet werden kann, wenn die Landesregierung bereit ist, die Fachkompetenz der Ministerien zu nutzen und sich zu entscheiden, und durch das Einholen von Gutachten nicht immer verschieben will.

(Lebhafter Beifall bei der CDU.)

Siebtens. Wir haben die Plus-Minus-Berechnungen des Haushaltsjahres — diese dicke Schwarte — noch einmal durchgewälzt. Dabei haben wir festgestellt, daß in kleineren Positionen Reserven vorhanden sind.

(Zurufe von der SPD.)

— Wir sind immer fleißige Leute. Das sage ich, falls Sie es noch nicht bemerkt haben.

(Beifall bei der CDU. — Weitere Zurufe von der SPD.)

Wir meinen, daß in den Einzelplänen durchaus Schätzkorrekturen in Höhe von minus 180 Millionen DM vorgenommen werden können, insbesondere dann, wenn man bedenkt, daß von der jetzigen Landesregierung als Ergebnis des Haushaltsjahres 1990 Mehreinnahmen in Höhe von 315 Millionen DM ausgewiesen worden sind, so daß wir bei Schätzkorrekturen in Höhe von 180 Millionen DM durchaus auf der sicheren Seite liegen.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, wenn Sie das alles addieren, sparen Sie 643,9 Millionen DM. Das bedeutet, die CDU-Fraktion hat sich in diesen zwei Stunden intensiver Beratung darum gekümmert — — —

(Lachen bei der SPD und bei den Grünen.  
— Beifall von Senff [SPD].)

— Sie machen Klamauk, obwohl Sie gar nicht dabei waren. Daß Sie unten in der Gastwirtschaft waren, zeigt Ihre Stimmung.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der CDU. — Senff [SPD]: Wir haben viele von Ihnen in der Kneipe gesehen! — Bruns [SPD]: Sie waren doch in der Gastwirtschaft!)

Wir wollen deutlich machen, daß wir nicht 2,4 Milliarden DM an Nettoneuverschuldung nötig haben, sondern mit 2,2 Milliarden DM durchaus auskommen können. Die CDU trägt die Verantwortung für die Finanzen des Landes besser als die SPD, oder anders herum formuliert,

(Beifall bei der CDU)

die SPD kann mit dem Geld der Bürger nicht umgehen. — Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU. — Lachen bei der SPD.)

**Präsident Milde:**

Das Wort hat der Kollege Küpker.

**Küpker (FDP):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir wollen heute die dritte Beratung des diesjährigen Haushalts durchführen, damit das Land den Haushalt 1991 bekommt.

(Beifall bei der SPD. — Senff [SPD]: Diese Reden können Sie sich sparen!)

Wir müssen zwar nicht dankbar sein, sind aber dennoch angenehm überrascht, daß Sie uns die zwei Stunden zugestanden haben, damit wir zum Ausgleich der 536 Millionen DM an Mehrwertsteuerausfällen zur Klarstellung unserer Position dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen einen FDP-Änderungsantrag gegenüberstellen können.

(Beifall bei der FDP. — Waike [SPD]: Phantomantrag!)

Wir hätten — das will ich nicht verhehlen — gern eine — wenn auch kurze — Beratung im Haushaltsausschuß gehabt, weil es Klarstellungsbedarf zu einigen Positionen gab.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, der FDP-Antrag kann aus technischen Gründen nicht mehr an alle Kolleginnen und Kollegen verteilt werden. Dieser

Küpker

geht von dem Ergebnis der Abstimmung in zweiter Beratung aus, hat also nicht das zur Grundlage, was die FDP-Fraktion über Wochen beraten und dann in den letzten Tagen gebündelt als Änderungsantrag zur zweiten Beratung vorgelegt hat, womit wir den Nachweis erbracht hatten, daß wir, wenn wir den Haushalt 1991 aufgestellt hätten, mit einer Nettoneuverschuldung von 1,9 Milliarden DM ausgekommen wären.

(Beifall bei der FDP. — Gansäuer [CDU]:  
Genau wie bei uns!)

Meine Damen und Herren, wir haben uns also mit diesen 536 Millionen DM beschäftigt und meinen — ich denke, das akzeptieren auch die Gemeinden —, daß die Gemeinden mit 17,5 % entsprechend der FAG-Quote an diesen Minder-einnahmen beteiligt werden sollten, so daß — wie Sie es gesagt haben — Handlungsbedarf in Höhe von 443,9 Millionen DM besteht. Wir sind mit einigen Positionen Ihres „Vorpapiers“ und Ihres Änderungsantrages zur dritten Beratung einverstanden, wobei ich allerdings bemerke, daß die Zahlen in den beiden Papieren nicht deckungsgleich waren, sondern daß es Verschiebungen gab.

(Hildebrandt [FDP]: Sogar erhebliche!)

Man mußte wirklich suchen, was gemeint war und was wo steht.

Sei es drum: Wir haben es geschafft und tragen Ihnen nun unsere Positionen vor.

Wir sind natürlich damit einverstanden, daß der Finanzminister 75 Millionen DM Zinsen sparen konnte. Über die Einsparungen bei den Bürgschaften des Landes und über die Erstattung von Bundesmitteln in Höhe von 45 Millionen DM brauchen wir nicht zu reden.

Wir akzeptieren auch, daß es nach Vorlage des Haushaltsplanentwurfs eine Änderung im Planungsausschuß „Regionale Wirtschaftsstruktur“ gegeben hat, wonach wir 20 Millionen DM weniger Bundesmittel bekommen. Die Gegenfinanzierung, das heißt die Mitfinanzierung, in Höhe von 20 Millionen DM entfällt dadurch. Wir sind ebenfalls mit der Einsparauflage der Ressorts über alle Haushalte hinweg einverstanden, die Sie mit 45 Millionen DM eingestellt haben. Wir sagen: noch einmal 25 % drauf! Wir schlagen hier Einsparungen in Höhe von 60 Millionen DM vor.

Wir sind nicht mit der Kürzung von 130 Millionen DM einverstanden, die, wie Sie es genannt haben, ein Solidarbeitrag der Gemeinden sein sollen.

(Eveslage [CDU]: Deckelung ist das! — Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

— Genau, Herr Kollege Eveslage, das ist nämlich die Deckelung der Deckelung, um das einmal ganz klar zu sagen!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Wir sind auch nicht mit der Kürzung um 7 Millionen DM bei den §-12-Mitteln für die Universitäten oder Hochschulen allgemein einverstanden. Diese Mittel sind vorgesehen, um im Personalbereich flexibler handeln zu können.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Das wollen wir den Universitäten und Hochschulen erhalten.

Wir sind auch nicht mit der weiteren Entnahme aus dem Darlehensprogramm in Höhe von 20 Millionen DM einverstanden. Die FDP hatte bereits bei den Haushaltsberatungen die Position eingenommen, eine Ausgleichsposition zu finden, indem wir sagten: Die Zinseinnahmen und die Darlehensrückflüsse können um 5 bzw. 15 Millionen DM erhöht werden. Das sind genau die 20 Millionen DM, die man brauchte, um nach der Beschlußlage der zweiten Beratung den gegenwärtigen Status zu halten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Wir tragen also drei Positionen nicht mit und schlagen Ihnen in dieser Situation erneut vor — darüber ist abgestimmt worden —, die Einnahmepositionen, die Sie in den FDP-Änderungsanträgen finden, zu übernehmen. Das sind die Änderungsanträge zu den Kapiteln 04 06 — Säumniszuschläge — mit plus 3 Millionen DM und bei Kapitel 05 42 — Verwaltungsgebühren — mit plus 1,8 Millionen DM. Die Zinseinnahmen im Wirtschaftsförderfonds hatte ich genannt, ebenso die Darlehensrückflüsse im Wirtschaftsförderfonds. Weiterhin gibt es bei Kapitel 09 41 und bei Kapitel 09 42 kleine Einnahmeverbesserungen. Wir schlagen nochmals vor, bei Kapitel 10 04 — Holzverkäufe — die Einnahmepositionen um 10 Millionen DM zu erhöhen und bei Kapitel 11 04 die Geldstrafen um 5 Millionen DM anzuheben.

Wir kommen also zu Einnahmeverbesserungen in Höhe von 40,3 Millionen DM und schlagen Ihnen eine Ausgabenkürzung in Höhe von 12,6 Millionen DM vor, und zwar bei Kapitel 05 36 — Finanzierungshilfen zu Einrichtungen und Maßnahmen für alte Menschen —. Das ist genau der Betrag, der im Zuge der Haushaltsberatungen hineingekommen ist. Der Entwurf der Landes-

regierung sah 8 Millionen DM vor, und wir gehen wieder auf die 8 Millionen zurück.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie so schnell mitrechnen konnten, dann werden Sie feststellen,

(Widerspruch bei der SPD)

daß wir einen Betrag von 186 Millionen DM nicht näher beziffert haben. Das ist etwa das Doppelte von dem, was in Ihrem Papier als globale Minderausgabe aufgeführt ist. Wir schlagen vor, diese 186 Millionen DM als globale Minderausgabe über alle Ressorts hinweg und nicht nur bei den Investitionen einzukürzen. Für diese Arbeit — das schlagen wir nochmals vor; über den Antrag muß ja noch abgestimmt werden — brauchen Sie eine Haushaltsstrukturkommission, die zugleich weitere Durchforstungen des Landesetats vornehmen kann, damit auch die neuen Risiken, die auf diesen Etat zukommen, abgefangen werden können. Denken Sie nur an die anstehende Entscheidung im tariflichen Bereich, die aufgenommen werden muß. Dann haben Sie etwas Luft und können so den Haushalt 1991 vernünftig fahren. Ich bitte Sie, in unserem Sinne zu beschließen. — Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

**Präsident Milde:**

Herr Kollege Aller, Sie hatten um das Wort gebeten. Ich erteile es Ihnen hiermit.

**Aller (SPD):**

Angesichts der beiden jetzt vorliegenden Anträge will ich, bevor ich unseren Antrag einbringe, einiges zum Verfahren feststellen.

Wenn es Ihnen gelungen ist, meine Damen und Herren, innerhalb von wenigen Minuten diese Antragspapiere zu erarbeiten,

(Zuruf von der CDU: In wenigen Minuten?)

dann frage ich mich, was Sie hätten auf den Tisch legen können, wenn Sie am 28. Februar zu arbeiten angefangen hätten. Seit dem Tag ist das nämlich bekannt.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Meine Damen und Herren, hätten Sie so gearbeitet wie SPD und Grüne, dann hätten Sie zur zweitägigen Debatte über den Haushalt auch zwei Anträge vorlegen können: einen, der sich mit der Haushaltsvorlage der Landesregierung, also quasi mit den zusammengefaßten Beratungsergebnissen von Dezember bis Mitte Februar, auseinandergesetzt hätte, und einen, der sich mit

der aktuellen, sachgerechten Reaktion auf die Situation nach dem 28. Februar befaßt hätte. Sie haben das nicht getan, weil dann zwei Dinge nicht hätten herübergebracht werden können. Zum ersten wollten Sie hier unbedingt beweisen, daß Sie die Neuverschuldung um eine halbe Milliarde DM hätten senken können; die CDU wollte um 479 Millionen DM heruntergehen. Das ging aber nur so lange, wie wir den Solidarbeitrag für die fünf neuen Bundesländer nicht mit in die Kalkulation einbezogen haben. Wenn wir das einfach verlagt hätten, hätten wir das auch locker machen können.

(Lachen bei der CDU. — Zurufe von der CDU: Haben Sie ja nicht!)

— 442 Millionen DM entsprechen fast exakt dem Vorschlag der CDU für die Kürzung der Nettokreditaufnahme. Das ist Ihnen vielleicht nicht herüberzubringen, aber es ist rechnerisch so.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Dieses Finanzkunststück hätten wir allemal vorführen können. Aber für Sie war ja das Problem, daß Rot-Grün schnell, präzise und akkurat zwei Anträge stellte, die zwei Schwerpunkte hatten. Zum einen haben wir die Haushaltsvorlage der Landesregierung ergänzt und zusätzlich profiliert. Zum zweiten haben wir schnell, präzise und nachhaltig dafür gesorgt, daß sich die fünf neuen Bundesländer auf Niedersachsen verlassen können. Das war entscheidend.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Lassen Sie mich nun etwas zu den neuerlichen, krampfhaften Versuchen der CDU sagen, bei der Nettoneuverschuldung wieder um 2,50 DM herunterzugehen. Ich mache das an zwei Stellen deutlich. Ausgerechnet Sie wollen nun die Rücklage auflösen oder reduzieren — Sie, die uns noch in der Haushaltsdebatte vorgerechnet haben, wie segensreich eine Rücklage doch sei. Wir hätten von Ihnen 1,25 Milliarden DM als Rücklage zur Verfügung, damit wir etwas tun könnten. Herr Eveslage, genauso wollen wir doch auch für die Zukunft Vorsorge tragen. Deshalb ist es wichtig, daß wir 100 Millionen DM in die Rücklage packen. Wenn Sie 100 Millionen DM herausnehmen, dann ist es falsch.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Wenn es dann richtig sein sollte, wie Sie in Ihrem Antrag rechnen, daß nämlich Steuermehreinnahmen fließen, dann traue ich Herrn Swieter, den Roten und den Grünen zu, daß wir dann keine Kredite aufnehmen, weil das allemal schlechter wäre, als das Geld einzusparen.

Aller

Über eines können wir uns auch einig sein: Wenn wir Geld ausgeben, dann sorgen wir dafür, daß wir es für unsere Politik, nicht aber für Ihre ausgeben.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Lassen Sie mich noch drei Bemerkungen zu Ihrem glorreichen Antrag machen.

(Zuruf von Kuhlmann [CDU].)

— Herr Kuhlmann, in diesem Hause fallen Sie ja oft auf, im wesentlichen durch Zwischenrufe. Deshalb sollten Sie für Ihre Debatten im Wahlkreis mitnehmen, daß wir sehr wohl festgestellt haben, daß Herr Stock gestern eine Riesenrede über die Situation der Expo und über das, was die Landesregierung nicht tue, was aber die Bundesregierung tue, gehalten hat.

(Beifall bei der CDU. — Stock [CDU]: Das war heute!)

— Heute morgen stand es schon in der Zeitung. Sie haben recht, Sie haben heute geredet; aber es stand schon heute morgen in der Zeitung.

(Stock [CDU]: Sie reden morgens allemal besser als abends!)

— Herr Stock, es hat mich sehr gefreut, daß Sie dann wenigstens noch die Kurve gekriegt und aus unserem Antrag abgeschrieben haben. Sie hatten nämlich in Ihrem Ursprungsantrag einen Haushaltsposten zur Expo ganz vergessen. Sie haben zwar eine dicke Lippe riskiert und große Sprüche gemacht, aber keinen Pfennig für die Expo in den Haushalt eingesetzt.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Ich wollte das vorhin schon bei der Debatte über den Wirtschaftshaushalt sagen, habe es dann aber gelassen.

(Zurufe von der CDU.)

— Sie müssen es sich schon gefallen lassen, daß wir jetzt ein bißchen über unseren Antrag und über das reden, was Sie zusammenzustoppeln versucht haben.

(Anhaltende Zurufe von der CDU.)

Ich will dann durchaus noch den Vergleich mit dem herstellen, was Sie heute in der zweiten Abstimmung — — —

#### Präsident Milde:

Herr Kollege Aller, einen Moment, bitte! — Meine Damen und Herren, Sie merken alle, daß die Stimme von Herrn Aller stark geschädigt ist. Es wäre etwas menschlicher, jetzt etwas ruhiger zu sein und ihm hier zuzuhören.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Aller (SPD):

Ich möchte trotzdem einen Zusammenhang zwischen Ihrem Antrag zur zweiten Lesung und dem herstellen, was Sie jetzt auf den Tisch gelegt haben. Ich stelle zunächst einmal fest, daß Sie, um eine Senkung der Nettokreditaufnahme um 200 Millionen DM zu erreichen, alles einkassiert haben, was Sie mit Ihren Anträgen von vor ungefähr zwei Stunden Gutes tun wollten.

(Bruns [SPD]: Hört, hört!)

Das zweite ist, daß durch Ihren Antrag und durch Ihr Abstimmungsverhalten vorhin die etwa 140 Millionen DM, die wir für Teilanträge bereitgestellt haben, auch als erledigt zu betrachten sind; denn das kassieren Sie auch ein. Da war das Geld drin, das Sie seit Wochen im ganzen Land lautstark gefordert haben: Für Erwachsenenbildung, für Frauenpolitik, für die Frauenförderung an Hochschulen, für Umweltmaßnahmen.

(Zurufe von der CDU.)

Nur damit das klar ist: Das haben Sie alles erledigt, indem Sie diesen Antrag heute vorgelegt haben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den Grünen. — Unruhe bei der CDU.)

Dann kommen wir auch zu der Frage, wie Sie denn Ihren Haushalt, den Sie nun endgültig vorgelegt haben, zur Deckung bringen mit dem Ziel, am Schluß zwei Signale zu setzen: Wir verschonen die Kommunen von den 130 Millionen DM,

(Zuruf von der CDU: Jetzt haben Sie es erkannt!)

und wir senken die Nettokreditaufnahme weiterhin um 200 Millionen DM. Das machen Sie dann, wie es ordentliche Finanzpolitiker in der CDU immer gemacht haben. Sie machen eine ordentliche globale Minderausgabe von 340 Millionen DM.

(Zurufe von der CDU: Nein, nein!)

— Soll ich Ihnen die Titel einzeln vorlesen? Der letzte und dickste Brocken: 180 Millionen Schätzkorrekturen.

(Weitere Zurufe von der CDU.)

— Es hat keinen Zweck, mit Ihnen über solide Finanzpolitik zu reden. Ich rede jetzt lieber über unseren Antrag, um noch einmal deutlich zu machen, warum dieser qualitativ besser und warum

er auch ehrlicher ist. Darum geht es uns in der Finanzpolitik auch, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Ich glaube, wir haben zu Recht und mit großer Sorgfalt darüber diskutiert, ob wir die 130 Millionen DM, die wir den Kommunen zumuten, einsetzen sollten. An unserer Beschlußfassung ändert sich auch nichts dadurch, daß Sie nun fadenscheinige Wege aufgezeigt haben, wie man diese Klippe umschiffen kann. Das wird Ihnen auch im Kommunalwahlkampf nicht helfen. Jeder weiß, daß durch die Rücknahme der Ausgaben an dieser Stelle zwangsläufig andere Bereiche belastet werden müssen. Dies trifft möglicherweise gezielter und noch genauer in das Herz der Kommunen als das, was wir tun wollen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.  
— Lachen bei der CDU.)

Wichtig erscheint uns auch, daß deutlich wird, daß die SPD mit der Vorlage ihres zweiten Antrages zwei Dinge erreicht hat. Erstens finde ich wichtig, daß Sie so richtig die Maske fallengelassen und gezeigt haben, wie Ihre Finanzpolitik angelegt ist. Ihnen geht es nicht um ordentliche Finanzplanung, Ihnen geht es nicht um einen ordentlichen Haushalt. Ihnen geht es um Kasperei und Theater im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Wenn Sie die Zeit, die Sie zur Vorbereitung Ihrer Auftritte verwendet haben, dazu verwendet hätten, einen vernünftigen Antrag zur Deckung der 442 Millionen DM zu erarbeiten, dann hätten Sie den fünf neuen Ländern geholfen und dem niedersächsischen Landeshaushalt auch. Das haben Sie aber nicht getan.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Ich sage abschließend: Die Bürgerinnen und Bürger in Sachsen-Anhalt werden nicht zu Ihnen gehen, wenn sie Hilfe brauchen, weil sie wissen, wie Sie diese finanzieren. Sie kommen zu uns, weil sie dann wissen, daß diese Hilfe dann solide finanziert ist.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den Grünen. — Lachen bei der CDU.)

**Präsident Milde:**

Frau Dr. Dückert, Sie haben das Wort.

**Frau Dr. Dückert (Grüne):**

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Ich möchte noch folgendes ergänzend zu der Begründung unseres Antrages durch Herrn Aller hinzufügen. Unser Antrag — dies zeigt sich jetzt noch deutlicher — ist notwendig, weil wir abwehren müssen, was Sie vorhaben: die Fortsetzung der alten Verschuldenspolitik in Niedersachsen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den Grünen — Lachen bei der CDU)

verbunden mit einem völlig unsozialen Streichkonzert, wie wir das schon aus der Vergangenheit kennen. Herr Aller hat das ausgeführt.

Aber ich möchte zu des Pudels Kern kommen, über den Sie sich aufregen und der da heißt: Ist es, wie Sie behaupten, willkürlicher Dirigismus, wenn die Koalitionsfraktionen vorschlagen, den Kommunen im Hinblick auf die gerechte Verteilung der Kosten der deutschen Einheit 130 Millionen DM anzulasten? Ist es dieses, wie Sie behaupten, oder ist das nicht — das will ich Ihnen gern begründen — ein völlig gerechter, ja auch politisch notwendiger und ehrlicher Akt, der im übrigen auch politischen Mut verlangt, den Sie vor den Kommunalwahlen nicht aufbringen?

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Ich möchte Ihnen kurz erläutern, worum es im Kern, worum es im Streitpunkt der Anträge geht. Der Anteil der Kommunen am Gesamtsteueraufkommen beträgt 37 %. Der Gesamteinnahmeverlust Niedersachsens durch Fonds und durch Umsatzsteuerkompromiß beträgt 778 Millionen DM. 37 % davon entsprechen 288 Millionen DM. Abgerechnet, was bereits bei den Kommunen durch den kommunalen Finanzausgleich und durch den Fonds weggeht, bleibt eine Summe von 131 Millionen DM Solidarbeitrag. Wir sagen: Dies ist gerecht. — Warum?

(Eveslage [CDU]: Sonst waren Sie immer gegen Deckelung!)

— Das ist keine Deckelung. Das ist genau der Punkt. Das ist ein gutes Stichwort. Ich möchte Ihnen das gern erklären. Sie haben in der Vergangenheit die Kommunen gedeckelt. Dabei ist herausgekommen, daß die Kommunen im Schnitt in den letzten drei Jahren jeweils etwa 100 Millionen DM bekommen haben. Wir haben nach dem Modell, das hier vorliegt, in der Summe einen über doppelt so hohen Zufluß von Geldern an die Kommunen, auch dann, wenn dieser Vorschlag heute hier durchgeht, von über 200 Millionen DM.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.  
— Zurufe von der CDU.)

Frau Dr. Dückert

Die Höhe der 37 % bemißt sich nach dem Anteil, den die Kommunen an zusätzlichen Einnahmen haben. Das bedeutet: zusätzliche Einnahmen, die in den Haushalten der Kommunen zur Zeit noch nicht veranschlagt sind, Einnahmen, die durch Zusätzliches auf sie zukommen, beispielsweise durch Gewinne durch eine gute Konjunktur im Zuge der deutschen Einheit.

(Zurufe von der CDU.)

— Genau darum geht es bei diesem Solidaritätsbeitrag. Es gibt drei Gruppen, die dort zulegen. Das sind die Länder, das sind die Kommunen, und das ist die Wirtschaft. Auf diese Gruppen muß der Solidarbeitrag gerecht verteilt werden.

(Hildebrandt [FDP]: Auf das Land auch!)

Wenn die 536 Millionen DM, um die es im Kern geht, durch den Umsatzsteuerkompromiß von letzter Woche nicht zusätzliche Einnahmen für Niedersachsen werden, sondern als Solidarbeitrag an die neuen Länder gehen, dann kommen sie hier nicht an. 37 % dessen, was hier nicht ankommt, kommt nicht bei den Kommunen an, und 63 % kommen nicht beim Land an.

Ich betone noch einmal: Gerecht und politisch kalkulierbar ist es auch deshalb, weil es erstens in den kommunalen Haushalten nicht eingestellt ist, was zweitens bedeutet, daß kein einziges Projekt, das in den Kommunen heute geplant ist und in den Haushalten finanziert ist, in irgendeiner Beziehung gefährdet ist. An diesem Punkt will ich etwas zu Ihrem Antrag sagen, der eigentlich überhaupt nicht beschlußfähig ist, weil er keine Zuordnung hat. Aber das ist wurscht.

(Gansäuer [CDU]: Wenn ihr uns mehr Zeit gegeben hättet! — Weitere Zurufe. — Glocke des Präsidenten.)

Sie schlagen hier unter anderem vor — das haben wir heute morgen schon abgelehnt —

(Lachen bei der CDU)

Senkung der Kosten für Asylbewerber durch Beschleunigung des Verwaltungsverfahrens: 32,7 Millionen DM. — Sie greifen an dieser Stelle Rechtsverpflichtungen auf. Das ist ein ganz klarer Griff in die Kassen der Kommunen, und zwar bei Dingen, die sie jetzt bezahlen müssen und bei denen sie nicht etwa wie wir zusätzliche Einnahmen haben, die bei ihnen ja überhaupt noch nicht angekommen sind.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD. — Gansäuer [CDU]: Wir wollen Ihnen das sparen!)

Das ist eine sehr komplizierte Materie. Ich verstehe, daß das bei Ihnen vielleicht nicht ganz begriffen worden ist.

(Widerspruch bei der CDU.)

Noch eine andere Sache: Sie schlagen vor, ausuferndes Gutachtenwesen einzuschränken. Ich will Ihnen nur eines sagen: Hätten Sie in den 14 Jahren Ihrer Regierungsverantwortung hin und wieder einmal auf ein vernünftiges Gutachten zurückgegriffen, wäre Niedersachsen vieles erspart worden. Beispielsweise hätten Sie nicht jahrelang diese idiotische Ruine des Dollarthafens geplant.

(Beifall bei den Grünen. — Bruns [SPD]: Was? — Lachen bei der CDU.)

Herr Bruns, ich sage das auch im Sinne von Emden. Dann hätte Emden nämlich schon längst einen neuen Hafen gehabt, und zwar einen umweltverträglichen Hafen. Darüber hinaus hat Niedersachsen sehr viel Schaden beispielsweise durch Ihre Nummern mit Transrapid genommen. Das liegt etwa auf der gleichen Ebene.

(Zustimmung bei den Grünen. — Gansäuer [CDU]: Bruns wird abgemeldet!)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß. In der Wertung der Anträge der Fraktionen der FDP und der CDU, wie sie hier vorgelegt worden sind und die sich ja im Kern nicht von den Änderungsanträgen unterscheiden, die Sie hier zur zweiten Beratung eingebracht haben, möchte ich mit einem Zitat von Bischof Dr. Hengsbach schließen. Es lautet wie folgt:

„Habe ich ohne wichtigen Grund durch eine Wortmeldung“

— oder vielleicht einen Antrag oder eine Pause —

„eine Sitzung verlängert und somit mich und andere von der Familie ferngehalten, lieber Gott, hilf mir, mein großes Maul zu halten, bis ich weiß, worüber ich rede.“

(Starker, lang anhaltender Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

**Präsident Milde:**

Herr Kollege Kempmann, Sie haben das Wort.

**Kempmann (Grüne):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu den Inhalten der beiden jetzt vorgelegten Änderungsanträge von FDP und CDU ist schon einiges gesagt worden.

(Hildebrandt [FDP]: Denken Sie an die Familien!)



Zu den Inhalten will ich nicht viel hinzufügen. Ich will allerdings sagen: Zunächst ist der Antrag der CDU-Fraktion an alle verteilt worden. Er wird einmal die Drucksachenummer 1077 tragen. Ich habe mir in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit wirklich Mühe gegeben, zu ergründen, was die mit diesem Antrag wollen.

(Frau Schliepack [CDU]: Das verstehen Sie sowieso nicht so schnell!)

Sie wollen sich hier ja als seriöse Haushaltspolitiker darstellen. Da gibt es nur einen Grundsatz, nämlich: Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit. Das sollten Sie schon einmal gehört haben. Nun frage ich mich immer: Wo wollen Sie eigentlich einsparen? Wenn man einen Änderungsantrag zu einem Haushaltsgesetz vorlegt, ist es doch das mindeste, daß man angibt: Wir wollen in diesem Einzelplan in dieser Titelgruppe die und die Summe sparen. Dort steht: Senkung der Kosten für Asylbewerber durch Beschleunigung des Verwaltungsverfahrens 32,7 Millionen DM. Gucken Sie sich einfach mal unseren Antrag an, den wir vorgelegt haben; dann wissen Sie, wie man das macht. Man nimmt ein Blatt, auf dem oben zum Beispiel „Einzelplan 02 — Staatskanzlei“ steht. Dann steht da eine Titelgruppe, eine Begründung und auch eine Summe. Darüber kann man dann abstimmen. Dann weiß man nämlich, in welchem Einzelplan welche Summe eingespart werden soll. Das, was Sie hier vorgelegt haben, entspricht nach meiner bescheidenen Meinung in der Tat an keinem Punkt den Grundsätzen von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit. Selbst wenn man gutwillig ist — Ihre Finanzpolitiker müßten das wissen —, ist das in keinem Punkt ein tatsächlich abstimmungsfähiger Antrag. Er ist zusammengeschustert worden.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Sie haben sich damit in der Tat selbst entlarvt. Wissen Sie, was mich dabei wirklich bedrückt? — Wenn ich das sehe, glaube ich Ihnen plötzlich, Herr Gansäuer und Herr Stock, daß Sie tatsächlich erst in den letzten zwei Stunden angefangen haben, über einen solchen Änderungsantrag nachzudenken.

(Lebhafter Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

#### Präsident Milde:

Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. — Herr Kollege Waike hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet. Bitte schön!

#### Waike (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will die Angelegenheit wirklich nicht verlängern. Aber da der Eindruck nicht ganz unberechtigt war, daß hier der Versuch unternommen worden ist, uns sozusagen vorzuführen, Herr Präsident, beantrage ich, daß geprüft wird, ob der Antrag der CDU-Fraktion überhaupt abstimmungsfähig ist. Wir sind der Meinung, er ist nicht abstimmungsfähig. Er muß von uns nicht einmal abgelehnt werden.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

#### Präsident Milde:

Herr Kollege Waike, damit das sorgfältig geprüft werden kann, müßte ich die Sitzung jetzt unterbrechen.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den Grünen. — Senff [SPD]: Zwei Stunden! — Weitere Zurufe.)

Meine Damen und Herren! Das war ein Antrag. Auch wegen der Bedeutung der Unterbrechung — ich weiß, was los ist — lasse ich jetzt darüber abstimmen, ob das der Wille der Mehrheit ist. — Zur Geschäftsordnung? — Herr Kollege Gansäuer, nur zu diesem Punkt bitte!

(Kempmann [Grüne]: Ziehen Sie den Antrag zurück! — Senff [SPD]: Er findet ihn selbst nicht gut!)

#### Gansäuer (CDU):

Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen vorhin gesagt, der normale Weg wäre gewesen — das können Sie nicht bestreiten —, daß die Fraktionen beraten hätten und daß der Haushaltsausschuß dem Landtag einen Vorschlag unterbreitet hätte.

(Beifall bei der CDU.)

In der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit — — —

(Kempmann [Grüne]: Die FDP konnte das aber!)

— Wir sind, Gott sei Dank, noch sechsmal so groß wie die FDP-Fraktion, mit Verlaub gesagt.

(Lachen bei der SPD. — Zurufe von der SPD. — Glocke des Präsidenten.)

Ich meine das jetzt quantitativ.

Gansäuer

In der uns zur Verfügung stehenden Zeit — daran können Sie sehen, daß eine Stunde mit Sicherheit nicht ausgereicht hätte — war es nicht

(Zurufe von der SPD. — Kuhlmann [CDU]: Herr Präsident, es ist schlimm!)

In der uns zur Verfügung stehenden Zeit war es nicht möglich, die einzelnen Kapitel und Titel anzugeben.

(Kempmann [Grüne]: Aber Sie wissen auf jeden Fall, daß Sie da sparen können!)

Nun verkehrt sich die Argumentation. Sie wählen hier ein völlig unglaubliches Verfahren, das wir noch nie erlebt haben.

(Beifall bei der CDU.)

Und jetzt geben Sie uns im Umkehrschluß die Schuld, daß wir in eineinhalb Stunden nicht all das gemacht haben, wozu Sie zwei Tage Zeit hatten; darüber hinaus konnten Sie die Vorarbeit der Regierung nutzen. Das ist doch die Wahrheit.

(Frau Dr. Dückert [Grüne]: Wir alle hatten seit dem 28. Februar Zeit!)

Herr Waike, machen Sie sich den Spaß! Das Klima in diesem Hause haben Ihre Fraktion und vor allen Dingen auch Sie, Frau Dückert, schon hinlänglich vergiftet. Da kommt es auf dieses bißchen auch nicht mehr an.

(Beifall bei der CDU.)

**Präsident Milde:**

Zur Geschäftsordnung hat der Kollege Bruns das Wort.

**Bruns (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Gansäuer, ich wiederhole noch einmal das, was hier schon sehr oft gesagt worden ist. Der Vorgang, daß die Fraktionen zur dritten Beratung Anträge stellen, ist normal und ist in unserer Geschäftsordnung ausdrücklich vorgesehen.

(Gansäuer [CDU]: Darüber haben wir uns doch unterhalten!)

Nirgendwo ist aber vorgesehen, daß es einer Fraktion erlaubt ist, Anträge zu stellen, die den Anforderungen der Landeshaushaltsordnung nicht entsprechen.

Meine Damen und Herren! Sie sagen jetzt, in der kurzen Zeit seien Sie nicht in der Lage gewesen, nachzuschauen, bei welchen Titeln und Titelgruppen die Ansatzveränderungen vorgenommen

werden müssen. Herr Gansäuer, wissen Sie, was Sie damit sagen? Sie sagen damit: Ohne daß Sie wissen, was das im einzelnen in den Titelgruppen bewirkt, können Sie uns vorschlagen, daß 300 Millionen DM eingespart werden.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Wissen Sie, lieber Herr Gansäuer — — — Gucken Sie mich mal an! — Er traut sich nicht mehr.

(Lachen bei der SPD.)

Dann sage ich es Ihnen, ohne daß Sie mich anblicken. Wir haben das bisher alles unter dem Motto mitgemacht: Man muß das nicht so ganz ernst nehmen, Politik ist nicht tierisch ernst. Wenn die Opposition sagt, sie braucht etwas mehr Zeit, gut, warum sollen wir ihr nicht die Zeit einräumen? Wir haben auch Verständnis dafür, daß wir einen Teil der Leute, die mindestens zwei Stunden für die Beratung brauchten, schon um 18 Uhr in Gaststätten gesehen haben. Dazu hätten wir nichts gesagt.

(Zustimmung bei der SPD. — Kuhlmann [CDU]: Kein einziger von uns! — Weitere Zurufe von der CDU.)

Meine Damen und Herren! Wenn Herr Gansäuer geschwiegen hätte — — —

(Jahn [CDU]: Jetzt die Namen auf den Tisch, aber schnell! — Grill [CDU]: Es ist wirklich nicht mehr zu überbieten! Es wird immer schlimmer! — Anhaltende Zurufe von der CDU.)

Meine Damen und Herren! Wenn Herr Gansäuer

(Anhaltende Zurufe von der CDU. — Glocke des Präsidenten.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn Herr Gansäuer geschwiegen hätte und nicht am Schluß durch seine Bemerkung für die ganze CDU-Fraktion erklärt hätte, Sie wüßten im Grunde nicht, worüber Sie redeten, hätten wir das auch bis zum Schluß schmunzelnd mitgemacht.

(Zurufe von der CDU: Aufhören!)

Der Antrag widerspricht nach unserer Auffassung der Landeshaushaltsordnung. Wir bitten den Präsidenten um eine gründliche Prüfung.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der SPD und bei den Grünen. — Kuhlmann [CDU]: Das ist ja ein richtiger Strolch! Pfui Teufel! — Die Abgeordneten der Fraktion der CDU verlassen den Plenarsaal.)

**Präsident Milde:**

Meine Damen und Herren, eben war es hier sehr, sehr laut. Dennoch ist mir nicht entgangen, daß der Kollege Kuhlmann „Ihr Strolche“ gerufen hat. Ich erteile ihm dafür einen Ordnungsruf.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den Grünen. — Zuruf von der SPD: Pfu! — Fischer [CDU], beim Hinausgehen: Hoffentlich haben Sie auch gehört, daß Herr Bruns unsere Fraktion verleumdet hat!)

— Herr Fischer, auch Sie erhalten einen Ordnungsruf, weil Sie mich bei der Ausübung meiner Geschäftsführung unterbrochen haben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Meine Damen und Herren, bevor wir zur Abstimmung über die Änderungsanträge kommen, erkläre ich Ihnen, daß der Änderungsantrag der CDU-Landtagsfraktion nicht abstimmungsfähig ist, da die Kapitel- und Titelangaben fehlen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion abstimmen, der zu den Einzelplänen gestellt worden ist. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 1079 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen dann zur Abstimmung über die Nr. 2 und die dazugehörigen Anlagen im Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der Grünen in der Drucksache 1073. Wer dem Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der Grünen in der Drucksache 1073 insoweit zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Der Änderungsantrag ist insoweit angenommen.

Weitere Anträge oder Wortmeldungen zu den Einzelplänen liegen mir jetzt nicht mehr vor. Damit sind die Beratungen zu den Einzelplänen abgeschlossen.

Ich rufe jetzt die Paragraphen des Haushaltsgesetzentwurfes 1991 der Reihe nach auf. Danach kommen wir zu den Schlußerklärungen.

§ 1 vorbehaltlich des noch zu errechnenden Zahlenwerks. Wer § 1 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Die Gegenstimmen! — Mehrheitlich so beschlossen.

§§ 2 bis 8. Wer stimmt ihnen zu? — Gegenstimmen? — Nach Enthaltungen brauche ich nicht zu fragen. Die §§ 2 bis 8 sind mehrheitlich angenommen worden.

§ 9 einschließlich der Anlage 2. — Wer stimmt zu? — Die Gegenprobe! — Mit Mehrheit angenommen.

§§ 10 bis 15. Wer stimmt zu? — Die Gegenprobe! — Mit Mehrheit angenommen.

§ 16 einschließlich der Nr. 1 im Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der Grünen in Drucksache 1073. Wer stimmt dem Änderungsantrag insoweit zu? — Die Gegenprobe! — Mit Mehrheit angenommen.

§§ 17 bis 20. Wer stimmt zu? — Die Gegenprobe! — Mit Mehrheit angenommen.

Gesetzesüberschrift.

Bevor wir zur Schlußabstimmung kommen, besteht jetzt Gelegenheit, die Schlußerklärungen zum Haushalt 1991 abzugeben. Inzwischen werden die Fassung des § 1 sowie die Erste Anlage des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 1991 an Sie verteilt worden sein. — Das Wort hat der Herr Finanzminister.

**Swieter, Finanzminister:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hätte jetzt gern Gelegenheit genommen, mich in der Schlußerklärung mit den Debattenbeiträgen der letzten Tage und auch mit den Erklärungen insbesondere der Vertreter der CDU-Fraktion auseinanderzusetzen. Das ist mir leider Gottes nicht vergönnt, weil sich die CDU völlig undemokratisch, unparlamentarisch dieser Auseinandersetzung entzogen hat.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Ich werte das wirklich so, daß durch den Auszug der CDU indirekt anerkannt wird — weil man es nicht öffentlich zugeben will —, daß ich einen guten Haushalt vorgelegt habe, und ich bitte Sie ganz herzlich, ihm zuzustimmen.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

**Präsident Milde:**

Das Wort hat der Kollege Bruns.

**Bruns (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde wegen der obwaltenden Umstände an den Satz von Herbert Wehner erinnert: „Wer rausgeht, muß auch wieder reinkommen.“

(Beifall von Goldmann [FDP].)

Bruns

Ich möchte zu diesem Haushalt am Schluß unserer Beratungen zunächst einige Bemerkungen machen, von denen ich glaube, daß sie nicht umstritten sind, trotz des ganz verständlichen Streits über diesen Haushalt. Der vorliegende Haushaltsplanentwurf ist unbestreitbar der umfangreichste in der Geschichte unseres Landes. Obwohl uns die Vorgängerregierung einen Rekordschuldenstand von 41 Milliarden DM hinterlassen hat und damit auch eine Rekordzinsbelastung von mehr als 3 Milliarden DM für die Altschulden, hat kein Haushalt je zuvor so umfangreiche Leistungen für die Menschen in unserem Lande Niedersachsen vorgesehen — das ist unbestreitbar —, z. B. für die soziale Sicherung, für die Bekämpfung der Umweltzerstörung, für den ökologischen Umbau der Wirtschaftsförderung, für unsere Kinder, für den sozialen Wohnungsbau und für vieles mehr. In keinem Haushalt in der Geschichte unseres Landes waren für diese Schwerpunkte so viele Ansätze vorgesehen wie heute. Nun gebe ich gern zu — das hätte ich jetzt so richtig nachdrücklich an die CDU gewandt gesagt, wenn sie hier wäre, um Widersprüche zu provozieren; ich muß jetzt aber leider eine langweilige Rede halten; mir fehlt der Resonanzkörper —, daß ich es zunächst nicht unserem Verdienst zurechne, daß wir das so gut können. Denn das ist natürlich auch ein Reflex auf die anhaltend gute Konjunktur, von der diese Koalition nicht in Anspruch nehmen kann, daß sie ihr Verdienst ist.

Der Haushalt 1991 ist der leistungsfähigste in der Geschichte unseres Landes. Er bringt unser Land Niedersachsen ökologisch und wirtschaftlich voran.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Der Haushalt 1991 ist der Schlüsselhaushalt der neuen Regierungskoalition. Dieser Haushalt entscheidet darüber, ob die Koalition ernsthaft und erfolgreich bemüht ist, die vor der Wahl angekündigte und in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten formulierte Politik für unser Land auch wirklich durchzusetzen. Das, was ich jetzt sage, ist natürlich im Streit. Natürlich kritisiert die Opposition, soweit sie da ist — sie ist aber dazu da, das zu tun —, aber ich möchte der CDU und auch der FDP, die hier ist, lieber Kollege Hildebrandt, den Rat geben, darüber nachzudenken, ob sie denn auch immer wissen, wen sie kritisieren, wenn sie sagen, es müsse noch mehr für die Wohnungsbauförderung, noch mehr für die Kinderbetreuung, noch mehr für die Krankenhäuser, noch mehr für die Kommunen getan werden. Wenn all diese Positionen, die ich jetzt genannt habe, in unserem Haushalt besser be-

dacht sind als in irgendeinem Haushalt Ihrer Koalition und der CDU vorher, dann ist das, was Sie hier gemacht haben, in der Tat eine vernichtende Kritik, aber vernichtend für Ihre eigene Vergangenheit und für die Regierung Albrecht.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Wenn die Gesetze der Logik in der Politik noch gelten, kann das nicht anders sein, und darum sage ich über Herrn Dr. Albrecht und Ihr Verhältnis zu ihm: Gestern haben Sie ihm noch zugejubelt, und heute begehen Sie den politischen Vätermord. Sonst kann ich das nicht verstehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Jetzt wende ich mich einem erfreulichen Thema zu, nämlich unserem Ministerpräsidenten.

(Frau Lenke [FDP]: Oh!)

— Mir wurde eben von einer Dame, so richtig von innen kommend, zugestimmt, was ich auch verstehen kann.

Der Haushaltsplan ist das zum Zahlenwerk gewordene Regierungsprogramm, entkleidet, lieber Gerhard, aller schönen Worte, bar jeden verbalen Outfits. Der Haushalt ist das Dokument, welches entlarvt, was jenseits der großen Reden wirklich getan oder nicht getan wird. Mit dem Haushalt wird die schönste Verteidigungsrede, aber auch das effektivste Verdammungsurteil durch die nackte Zahl ersetzt. Durch den Haushaltsplan betrachtet, Gerhard Schröder, sehen wir den Ministerpräsidenten sozusagen nackt.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD.)

— Nur durch den Haushaltsplan betrachtet. — Da sitzt er nun. Durch den Haushaltsplan betrachtet, frage ich mich jetzt — ihr könnt ja mal hingucken —: Ist er gut beieinander? Ist das Profil ansehnlich? Ist er bei guter Kondition? Hält die Realität, was seine Rede versprach?

Meine Damen und Herren! Jetzt antworte ich auf die selbst gestellten Fragen. Die Menschen in unserem Lande — das beweisen die Umfragen — haben die Kernpunkte seiner Regierungserklärung in deutlicher Erinnerung. Mehr als 40 % wissen im großen und ganzen, welches die Schwerpunkte seiner Regierungserklärung waren. Das ist ein ganz tolles Ergebnis. Er muß damals erfreulicherweise für uns eine gute Rede gehalten haben. Der Haushalt 1991 und die Mipla weisen folgendes aus — jetzt bin ich bei Kondition, Profil und all dem, was ich von Gerhard Schröder gesagt habe —: Die Lernmittelfreiheit wird umgesetzt und ist über vier Jahre durchfinanziert. Die versprochene Zahl neuer Lehrer wird übererfüllt,

wie Sie zugeben müssen, und ist durchfinanziert, lieber Herr Goldmann; er freut sich mit mir. Das Kindergartenprogramm schafft 30 000 neue Kindergartenplätze — Kitaplätze, das habe ich gelernt — und ist durchfinanziert. Das Wohnungsbauprogramm steht und ist durchfinanziert. Der Öko-Fonds steht und ist durchfinanziert. Die Seeverbrennung von Giftmüll ist vorbei und kommt nicht wieder, jedenfalls nicht solange, wie wir regieren.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Ich sehe euch doch noch hier stehen, als ihr gesagt habt: Kommt her zu uns, die ihr mit Giftmüll beladen seid. Wir werden euch entsorgen. — Das ist vorbei, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den Grünen)

Sie sehen, ich habe meinen Marx gelesen. Herr Gansäuer hat recht gehabt, als er das gestern sagte.

Ich fahre fort, über das Profil des Ministerpräsidenten nachzudenken. Die Bekämpfung des Studiennotstandes an unseren Hochschulen mit 15 000 neuen Plätzen läuft und ist in der Mipla durchfinanziert. Nun kommt das Entscheidende. Die Mittelfristplanung bis 1994 steht und weist aus: Die Schuldenanstiegspolitik der Ära Albrecht ist gekappt, die Neuverschuldung nimmt endlich ab und nicht mehr zu — nach 20 Jahren zum erstenmal.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Ist das ein Jammer, daß die nicht da sind! Aber ich kann es auch nicht ändern.

Der Haushalt beweist: Punkt für Punkt wird durchgeführt, was wir versprochen. Wie gesagt, so getan. Das ist anders als in Bonn bei den Gelb-Schwarzen. Dort lautet das Motto: Es gilt das gebrochene Wort.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Ebenso wie Frau Dr. Dückert bin ich so stolz darauf, wie die Opposition enttäuscht ist — sie konnten es nicht ertragen, wie Sie sehen —, daß die Fraktionen der SPD und der Grünen in der Lage waren, den zusätzlichen Solidaritätsbeitrag Deutsche Einheit in Höhe von einer halben Milliarde DM im Haushalt zu erwirtschaften. Wir hatten bei dem gewaltigen Eingriff in unsere Landesfinanzen drei Möglichkeiten: verschieben, verschulden oder Verantwortung übernehmen. Wir haben uns für die Verantwortung entschieden, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Frau Dückert, das müssen Sie noch lernen: Das war die Attitüde von staatstragend! Das gehört auch dazu.

(Frau Dr. Dückert [Grüne]: Das will ich gar nicht lernen! — Heiterkeit.)

Einsparungen im öffentlichen Haushalt tun natürlich immer weh. — Da war irgend etwas, was ich nicht verstanden habe. Ich fange also noch einmal an. — Bei Einsparungen im Haushalt kann man es niemandem recht machen. Aber unser Sparkonzept ist ausgewogen. Es trifft das Land, die Wirtschaft und die Kommunen gleichermaßen. Meine Damen und Herren, dies muß ich jetzt in allem Ernst noch einmal nachdrücklich unterstreichen: Bei den Kommunen geht es nicht um Kürzungen. Erzählen Sie den Menschen keine Märchen. Nicht ein einziger Pfennig wird bei den Kommunen gekürzt, sondern trotz unseres Sparens für die Einheit erhalten die Kommunen allein in den Jahren 1991 bis 1993 — ich spreche jetzt auch unsere eigenen Leute an — 2,1 Milliarden DM mehr, als in der Mittelfristplanung Albrechts vorgesehen war.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen. — Hildebrandt [FDP]: Sie haben Anspruch auf mehr!)

2,1 Milliarden DM! Die Kommunen erhalten allein im Vergleich von 1990 zu 1991 eine Viertelmilliarde DM zusätzlich, und zwar nach unserem Sparkonzept. Obwohl wir die halbe Milliarde DM natürlich gern für die Alten, für die Kinder, für die Natur in unserem Land ausgeben würden, haben wir uns der Verantwortung für die Einheit gestellt. Niedersachsen gibt mehr als jedes andere Bundesland!

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Wir danken Herrn Schröder dafür — es ist wirklich ein Jammer, daß die nicht da sind; Sie werden gleich merken, warum —, daß er half, diese Sofortleistung gegen die Not der Menschen in Ostdeutschland zu organisieren. „Ohne das Verhandlungsgeschick des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz, unseres verehrten Ministerpräsidenten Gerhard Schröder, wäre dieser Erfolg nicht denkbar gewesen.“

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Ich hätte mir — guck mich mal an, Hinni — natürlich den Abschluß meiner Rede viel schöner vorgestellt. Ich hatte eigentlich gedacht, daß jetzt das große Jodeln losgehen würde. Das müssen Sie

Bruns

sich jetzt im Geiste vorstellen, damit ich sagen kann: Nicht Joke Bruns, sondern der Bayerische Ministerpräsident Streibl sagte das bei der Abschlußkonferenz am 28. Februar 1991!

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Wir schließen uns diesem Dank an unseren Ministerpräsidenten an.

Wir danken auch unserem Finanzminister Hinni Swieter; aber nicht nur dir, mein lieber Hinni, sondern all denen in deinem Ministerium, die dabei geholfen haben. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Sollte es unter Ihnen noch irgend jemanden geben, der Skrupel hat, diesem Haushalt zuzustimmen, so bitte ich zu bedenken: Schmeißen Sie die über Bord. Der Haushalt 1991 ist der beste, den wir je hatten! — Danke schön.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

**Präsident Milde:**

Herr Kollege Hildebrandt, Sie haben das Wort.

**Hildebrandt (FDP):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist ja ein sehr seltenes Vergnügen, als liberaler Fraktionsvorsitzender gleichzeitig den Oppositionsführer darzustellen.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der FDP, bei der SPD und bei den Grünen.)

Aber so überraschend ist das auch wieder nicht; denn Sie wissen ja: Wir sind zwar kleiner, aber wir sind besser!

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP, bei der SPD und bei den Grünen.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich muß jetzt doch noch ein ernstes Wort sagen. Ich meine, das, was Sie sich hier geleistet haben, war wirklich unnötig. Ich will noch einmal sagen: Wir haben tatsächlich, obwohl Sie es vielleicht nicht glauben mögen, zwei Stunden sehr intensiv beraten.

(Bruns [SPD]: Sie ja!)

Ich will Ihnen auch sagen, woran das lag; das muß hier auch deutlich werden: Sie hatten uns eine Fraktionsdrucksache an die Hand gegeben, in der Sie einige Positionen aufgeführt hatten. Aber das, was Sie gestern vorgelegt hatten, war eine erheblich andere Vorlage der Koalitionsfraktionen

mit zum Teil sehr veränderten Positionen, so daß es für uns wirklich nicht einfach war, dieses Zahlenwerk zu bewerten und darauf eine Antwort zu finden. Ich bin dem Kollegen Küpker sehr dankbar dafür, daß er in der kurzen Zeit mit uns gemeinsam sowie mit den Mitarbeitern unserer Fraktion den von uns vorgelegten Änderungsantrag zustande gebracht hat.

(Beifall bei der FDP.)

Aber bevor ich noch einmal auf den Haushalt selbst zu sprechen komme, gestatte mir noch eine Bemerkung zu deiner Rede, Joke Bruns; sie hatte ja Zeichen einer Büttenrede an sich. Ich will dir einen Vorschlag machen. Du sprachst vom nackten Ministerpräsidenten Schröder

(Bruns [SPD]: Der kann sich sehen lassen!)

und hast uns das sehr bildreich dargestellt. Ich möchte dir vorschlagen, daß du Herrn Schröder für die Sendung von Hella von Sinnen vorschlägst.

(Große Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der FDP, bei der SPD und bei den Grünen.)

Vielleicht gibt es doch die eine oder andere oder vielleicht auch den einen oder anderen außerhalb deiner Fraktion, die daran Vergnügen finden können.

Gestatte mir aber noch eine andere Bemerkung, lieber Joke Bruns. Es ist schon ein tolldreistes Kunststück gewesen — ich bewundere auch deinen Mut und deine Tolldreistigkeit —, hier den Eindruck zu erwecken, als würde die Neuverschuldung gegenüber der alten Regierung abgebaut werden. Die alte Landesregierung hatte im Haushaltsplan 1990 noch 1,9 Milliarden DM Nettoneuverschuldung. Ihr habt trotz erheblicher Steuermehreinnahmen und trotz des unglaublichen Griffs in die Rücklage eine Nettoneuverschuldung von 2,4 Milliarden DM.

(Beifall bei der FDP.)

Das ist eine Steigerung, die unglaublich hoch ausgefallen ist.

Wir haben ohne Griff in die Rücklage und ohne Schätzkorrektur, wie dies die CDU-Fraktion gemacht hat, jetzt einen Haushalt zusammengebaut, der bei etwa 2,2 Milliarden DM landet. Auch das ist uns noch zu hoch. Wir konnten in der Kürze der Zeit aber mehr nicht leisten. Auch wir haben das natürlich nur mit dem Mittel einer globalen Minderausgabe geschafft. Mehr konnten auch wir nicht bewegen. Wir haben ja auch entsprechend vorgeschlagen, eine Haushaltsstruktur-

kommission einzusetzen, um die einzelnen Punkte in dieser globalen Minderausgabe in ihren Einzelteilen belegen zu lassen.

(Beifall bei der FDP.)

Das Land muß die Kraft haben, auch die Politik muß die Kraft haben, gerade vor dem Hintergrund wachsender Steuermehreinnahmen, notwendigen Ausgaben nicht durch mehr Schulden, sondern durch den eisernen Willen zum Sparen zu begegnen.

(Beifall bei der FDP.)

Wir haben Ihnen einen Entwurf vorgelegt, der nicht die konsumtiven Ausgaben anhebt, sondern den Versuch macht, die Investitionskraft des Landes zu stärken.

(Beifall bei der FDP.)

Wir haben Ihnen einen Haushaltsentwurf vorgelegt, der nicht der Versuchung unterliegt, in die Taschen der Kommunen zu greifen, um in dieser Form nicht notwendige Wahlgeschenke zu machen.

(Beifall bei der FDP.)

Es ist ja interessant, daß der Kollege Bruns die Argumentation der alten Koalition zur Deckelung der kommunalen Finanzen beinahe wortgetreu übernommen hat. Auch die Kommunen haben Anspruch auf einen Zuwachs, wie ihn jetzt auch das Land bekommen hat.

(Beifall bei der FDP.)

Dies haben Sie den Kommunen jedoch genommen.

Ich sagte schon, daß wir nicht der Versuchung erliegen seien, in die Taschen der Kommunen zu greifen, um in dieser Form nicht notwendige Wahlgeschenke zu machen. Daß dies möglich ist, zeigt unser Änderungsantrag zur dritten Beratung. Das belegt aber auch das, was ich gestern schon gesagt habe: Richtig ist, daß Ihre Koalition strukturell unfähig ist, vernünftig mit dem Geld anderer umzugehen.

(Beifall bei der FDP.)

Ich sage Ihnen erneut: Sie wollen die politische Akzeptanz der Bürger mit deren Geld erkaufen.

(Beifall bei der FDP.)

Wir haben eine andere Vorstellung von Politik als Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Regierungskoalition.

Was Sie sich, Herr Schröder, in Ihrer gestrigen Rede geleistet haben, war eine einzige Diffamie-

rung anderer politischer Positionen. Ich bin nun nahezu neun Jahre Mitglied dieses Hauses. Aber was Sie gestern in Ihrer Rede vollzogen haben, Herr Schröder, war eine einzige verlogene Demagogie!

(Beifall bei der FDP. — Frau Tewes [SPD]: Jetzt gehen wir raus, oder?)

— Dann haben wir vielleicht heute noch die Mehrheit. — Ich will das auch belegen: Wenn wir Ihre Art von Entsorgungspolitik kritisieren, sagen Sie, wir machten das Land schlecht. Wenn wir darauf hinweisen, daß wir nicht nur die Kosten für die deutsche Einheit zu tragen haben, sondern aus der deutschen Einheit auch erhebliche Mehreinnahmen erzielen, dann rechnen wir nach Ihren Worten das Land reich. Das Land ist nicht reich; aber es hätte es aufgrund der Finanzsituation bei einer anderen Politik nicht nötig, in diese gewaltige Verschuldung hineinzugehen. Und wenn wir auf die zusätzlichen Einnahmen aus der deutschen Einheit hinweisen, dann sagen Sie, wir würden den zahllosen Einzelhändlern, die jetzt eine bessere Ertragslage haben, nicht den zusätzlichen Verdienst gönnen. Wenn wir sagen, Sie hätten zu viel und zu teures Personal an der falschen Stelle eingesetzt, dann sagen Sie, wir wollten keine ausreichende Lehrerversorgung. Wenn wir sagen, wir wollten die Verantwortung der Kommunen für die Investitionen im Kinderbetreuungsbereich belassen und uns an den Personalkosten beteiligen, dann sagen Sie, wir seien nur für eine unzureichende Versorgung mit Kinderkrippen und Kindergärten.

Ich sage Ihnen noch einmal: Dies ist eine solch verlogene Demagogie, wie ich sie in diesem Hause bisher nicht erlebt habe.

(Beifall bei der FDP. — Oh-Rufe bei der SPD und bei den Grünen.)

Deshalb sage ich auch noch einmal, Herr Ministerpräsident: Sie sind unwahrhaftig, und Ihre Koalition ist strukturell unfähig, mit dem Geld anderer umzugehen.

(Beifall bei der FDP.)

Sie wollen sich — ich wiederhole es — die politische Akzeptanz der Menschen mit deren Geld erkaufen. Vielleicht mag es auch daran liegen, daß Sie binnen weniger Wochen schon den zweiten Staatssekretär verloren haben. Vielleicht liegt es auch daran, daß niemand weiß, was bei Ihnen Privatmeinung ist, was Parteimeinung ist, was einmal gesagt wird, ohne so gemeint zu sein, was offizielle Regierungsmeinung „vorbehaltlich

Hildebrandt

anderer Regelungen“ ist. Vielleicht liegt es auch daran, daß ich recht habe, wenn ich sage, daß Sie eine rot-grüne Chaos-Truppe sind.

(Schneider [Salzgitter] [SPD]: Wo bleibt denn da der österliche Friede?)

Ich fasse zusammen: Die groß angekündigte Wende in der Sozial- und Umweltpolitik ist ausgeblieben.

(Beifall bei der FDP.)

Was gemacht wird, geschieht auf Pump. Sie finanzieren den Wohlstand von heute mit dem Geld künftiger Generationen. Sie vermehren die Schulden drastisch und ausschließlich für konsumtive Zwecke und bauen die investiven Ausgaben ab. Mit fast 4 Milliarden DM Schulden einschließlich der ausgeschöpften Rücklagen haben Sie in diesem Jahr das kaputtgemacht, was wir in vier Jahren erarbeitet haben.

(Beifall bei der FDP.)

Sie treffen für den Fall einer Verschlechterung der konjunkturellen Lage keine Vorsorge. Einen noch höheren Anstieg der Verschuldung konnten Sie nur dadurch verhindern, daß Sie die Kommunen dreist und unverfroren belogen haben.

(Beifall bei der FDP.)

Sie wollen einen Haushalt beschließen, obwohl Sie wissen, daß auch dieser Haushalt aller Wahrscheinlichkeit nach aufgrund der Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst schon jetzt Makulatur ist und daß er der Verfassung nicht mehr entsprechen wird. Wir lehnen deshalb diesen Haushalt als verantwortungslos ab.

(Beifall bei der FDP.)

**Präsident Milde:**

Frau Kollegin Dr. Dückert, Sie haben um das Wort gebeten. Ich erteile es Ihnen hiermit.

**Frau Dr. Dückert (Grüne):**

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Wir haben lange Beratungen zum Haushalt hinter uns, und zwar nicht nur in den letzten Tagen, sondern vor allen Dingen in den letzten Wochen, um den Haushalt noch so gut finanziert zustande zu bringen, wie wir es erreicht haben. Da wir dies erreicht haben, will ich hier kein langes Schlußwort halten, zumal die Debatte in den letzten Tagen auch gezeigt hat, daß dieser Reformhaushalt keine Alternative hat.

(Hildebrandt [FDP]: Das haben wir gezeigt!)

— Ja, das haben wir gezeigt, weil Sie mit Ihren Änderungsanträgen von der FDP, aber auch von der CDU etwas auf den Tisch gelegt haben, was im Grunde genommen die Fortsetzung der alten Politik mit all Ihren Streichungsvorhaben war. Wir haben hier eben ein neues Reformkonzept erarbeitet. Wenn es nicht gekommen wäre, wäre in vielen Bereichen eine ökologisch und sozial sehr ungerechte Politik fortgesetzt worden.

(Beifall bei den Grünen.)

Ich will das an dieser Stelle nicht mehr weiter ausführen; ich habe es in den letzten Tagen bereits getan. Mir ist es am Ende dieser Tagung wichtig, noch eines zu sagen. Herr Bruns hat für die Koalitionsfraktionen schon den Dank an Hinrich Swieter und den Ministerpräsidenten ausgesprochen. Für uns, für meine Fraktion, aber wohl auch für die SPD, ist es schon eine Sache, heute einen stabilen, einen für unser Projekt auch inhaltlich überzeugenden Haushalt vorgelegt zu haben. Wir verabschieden hier den ersten rot-grünen Haushalt. Wir haben in den letzten Wochen eine hervorragende, sehr solidarische Zusammenarbeit auch zwischen den Koalitionsfraktionen gehabt. Das wollte ich hier noch einmal sagen.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Ich will auch jetzt mit einem Zitat schließen. Wir haben einen guten Haushalt und eine gute mittelfristige Finanzplanung gemacht. Deswegen kann ich Mao zitieren: Die Zukunft ist Licht.

(Starker Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

**Präsident Milde:**

Meine Damen und Herren, der Kultusminister hat ums Wort gebeten. Ich erteile es ihm hiermit.

**Wernstedt, Kultusminister:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe die ganze Zeit überlegt, wohin wohl die Kolleginnen und Kollegen der CDU gegangen sind. Dabei ist mir eingefallen, das kann nur ein Ort sein. Die Drucksache des Antrags der CDU trägt die Nummer 1077. Das war das Jahr, in dem Heinrich IV. nach Canossa zog.

(Heiterkeit und starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

**Präsident Milde:**

Meine Damen und Herren, an Sie ist inzwischen die Fassung der Dritten Beratung des § 1 sowie



der Ersten Anlage des Entwurfs des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 1991 verteilt worden. Dies ist die Drucksache 1080. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer dem Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 1991 in der Drucksache 515 in der Fassung der Unterrichtung — Drucksache 1080 — mit den beschlossenen Änderungen nunmehr endgültig seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich zu erheben. — Die Gegenprobe! — Das erste war die Mehrheit.

(Starker, nicht endenwollender Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Wir haben jetzt noch über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 1066 (Nr. 5) und über die Beschlußempfehlung der Ausschüsse zu den Eingaben in der 12. Eingabenübersicht — Drucksache 949 — zu befinden.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

(Minister Swieter begibt sich zu Abg. Aller und schüttelt ihm die Hand.)

— Herr Finanzminister! — Wer dem Antrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 1066 (Nr. 5) zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Der Antrag ist abgelehnt.

Wer den Ausschlußempfehlungen zu den Eingaben in der Drucksache 949 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Das erste war die Mehrheit.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Festlegung von Zeit und Tagesordnung des nächsten Tagungsabschnitts. Der nächste, der 11. Tagungsabschnitt, ist vom 17. bis 19. April 1991 vorgesehen. Ich bitte, mich im Einvernehmen mit dem Ältestenrat zu ermächtigen, Zeit und Tagesordnung des nächsten Tagungsabschnittes festzulegen — solange die Geschäftsordnung diese Bestimmung noch enthält. — Das ist so geschehen. Ich danke Ihnen.

Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen — damit das nicht vergessen wird — ein frohes Osterfest. Ich wünsche Ihnen eine gute Heimfahrt.

Schluß der Sitzung: 20.30 Uhr.